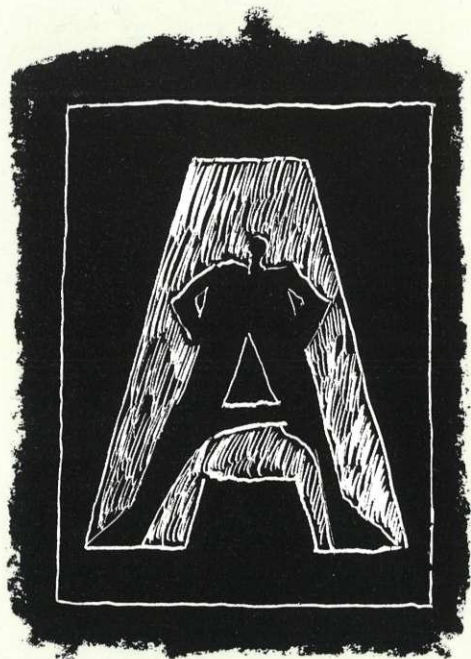


Siegfried Jäger / Jürgen Link (Hg.)

# DIE VIERTE GEWALT

Rassismus und die Medien



  
DISS

Siegfried Jäger / Jürgen Link (Hg.)

# **Die vierte Gewalt**

**Rassismus und die Medien**

© 1993 by DISS, Duisburg  
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)  
Realschulstr. 51, 47051 Duisburg  
Telefon 0203-20249, Telefax 0203-287881

**Satz und Layout: Hermann Cölfen**  
**Umschlag: Heinrich Strunk**  
**Druck: Basis-Druck, Duisburg**  
**ISBN 3-927388-36-X**

**Alle Rechte vorbehalten,  
insbesondere die des öffentlichen Vortrags,  
der Rundfunksendung  
und der Fernsehausstrahlung,  
der fotomechanischen Wiedergabe,  
auch einzelner Teile.**

# Inhalt

*Siegfried Jäger / Jürgen Link:*

Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien.

**Einleitung**.....7

*Hauke Brunkhorst:*

Demokratie, Asyl und schönes Wetter.

**Vom Notstand im Verfassungsbewußtsein der politischen Klasse**.....21

*Jürgen Link:*

Zu Hause "asylantenfrei" - in Übersee auf "Friedensmission"?

**Über eine eigenartige diskursive Konstellation**.....31

*Margret Jäger / Siegfried Jäger:*

Verstrickungen - Der rassistische Diskurs und  
seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs  
in der Bundesrepublik Deutschland.....49

*Teun A. van Dijk:*

Eliten, Rassismus und die Presse.....80

*Bernd Matouschek / Ruth Wodak:*

Rassistische Diskurse in Österreich seit 1989.

**Der ökonomistische Begründungsdiskurs als Sonderfall  
fremdenfeindlicher und rassistischer Rechtfertigungsdiskurse**.....131

*Georg Ruhrmann:*

Die Konstruktion des "Fremden" in den Medien.

**Struktur und Folgeprobleme**.....190

*Brigitta Huhnke:*

Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung  
rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre  
am Beispiel der Wochenzeitungen  
»Bild am Sonntag« und »Der Spiegel«.....213

*Georg Auernheimer:*

Die unausweichliche welthistorische Konfrontation:  
**Peter Scholl-Latours** Fernsehserie "Das Schwert des Islam".....267

*Cornelia Wilß:*

Die Diskussion über Rassismus in "linken" Medien.  
**Konjunkturelle und kontinuierliche Rezeption. Ein Überblick**.....285

*Christoph Butterwegge:*

Die Rolle der Massenmedien in der Auseinandersetzung  
mit dem Rechtsextremismus/Rassismus:  
**Ansatzpunkte einer Gegenstrategie**.....305

Die Autor(inn)en 328

Siegfried Jäger / Jürgen Link

## **Die vierte Gewalt.**

### **Rassismus und die Medien**

#### **Einleitung**

Noch bis weit in das Jahr 1991 hinein wäre die Verwendung der Kategorie "Rassismus" im (Unter-)Titel dieses Bandes auf entschiedenen Widerspruch gestoßen: der Begriff sei historisch, insbesondere in Deutschland, durch seine unlösbare Verbindung mit dem Nationalsozialismus, auf Einstellungen und Haltungen von derartig systematischem und derartig militantem Charakter festgelegt, daß er jene Haltungen völlig verfehle, die man (zusammen mit der mediopolitischen Klasse) seit Bestehen der Bundesrepublik "Ausländerfeindlichkeit" nannte. Durch die Pogromwellen der Jahre 1991 und 1992 hat sich die Lage gründlich geändert: Als hätte sie zuvor nie etwas anderes gesagt, griff die mediopolitische Klasse mit einem Male selbst die Kategorie "Rassismus" auf - und jene Wissenschaftlerinnen, die ihren Kolleginnen gegenüber gegen die Verwendung des Begriffs "Rassismus" protestiert hatten, hielten sich der mediopolitischen Klasse gegenüber natürlich vornehm mit Kritik zurück.

Angesichts dieses diskursiven Ereignisses muß festgestellt werden, daß eine solche stillschweigende Kapitulation der "Theorie" vor der "Praxis" ein eigenartiges Licht auferstere wirft; anders gesagt: gerade jetzt erscheint es dringlicher als je, sich sowohl über die Sache "Rassismus" (d.h. über seine verschiedenen, möglicherweise auch mehr oder weniger neuen, Erscheinungsformen) wie auch über seine diskursive Verwendung ernsthaft Gedanken zu machen. Es ist allerdings, wenige Monate nach Mölln und trotz einer Vielzahl neuer Anschläge, bereits zu beobachten, daß die Kategorie "Rassismus" erneut

aus dem mediopolitischen und auch aus dem wissenschaftlichen Diskurs herausgenommen wird. Nach den Lichterketten und Großdemonstrationen, nach dem Verbot einiger kleiner rechtsextremer Organisationen scheint der Zeitpunkt schon wieder gekommen zu sein, den Begriff "Rassismus" durch Wörter wie "Fremdenfeindlichkeit", oder noch unspezifischer: "Gewalt" zu ersetzen. Das "Phänomen", das durch die Kategorie "Rassismus" korrekt gefaßt wurde und zeitweilig offenbar auch so korrekt gefaßt werden mußte, soll offensichtlich auf diese Weise diskursiv entschärft werden.

Die in diesem Band vorliegenden Aufsätze und Artikel sollen einen Beitrag dazu leisten, solchen Verschleierungsversuchen entgegenzuwirken. Vielleicht ergibt sich aus den Beiträgen (wie auch aus anderen Veröffentlichungen der letzten Zeit zum Thema) so etwas wie ein Minimalkonsens: "Rassismus" kann sicherlich nicht auf eine explizit biologistische Ideologie von der Art des Nationalsozialismus eingeengt werden, er ist als "Mentalität" auch nicht von der Heftigkeit der Militanz abhängig. "Rassismus" im weitesten Sinne ist überall dort gegeben, wo auf generationsübergreifende, fixistisch-statische Weise ganze Bevölkerungsgruppen aufgrund von Stigmata für unvereinbar mit anderen erklärt werden. Die Stigmata können statt rein physisch (Hautfarbe, angebliche Nasenform usw.) auch rein kulturell sein ("Schmutz", "Knoblauchgeruch", Kleidungs-Stigmata, religiöse Stigmata usw.).<sup>1</sup> Zwei Kennzeichen sind charakteristisch: die Ablehnung jeder "Vermischung" und die Annahme, daß die Individuen unabhängig von ihrem Willen und Verhalten aufgrund ihrer "Herkunft" (z.B. auch "aus einem Kulturkreis") ohne weiteres zur stigmatisierten

- 1 **Bei unserem Verständnis von Rassismus stützen wir uns auf die internationale Forschungsdiskussion mit einem relativ engen Verständnis dieses Begriffs. Bei gewissen Unterschieden im Detail versteht man hier unter Rassismus eine Haltung bzw. Haltungen, durch die Fremde als genetisch und/oder kulturell abweichend wahrgenommen werden, diese Abweichung als negativ angesehen wird, wobei dies aus einer Position der Macht geschieht, die dazu befähigt, diese negative Einschätzung auch in Gestalt von ausgrenzenden und diskriminierenden Handlungen zu artikulieren. Erst wenn diese drei Merkmale gemeinsam auftreten, kann danach von Rassismus die Rede sein. Wir verweisen dazu auf Miles, Hall, Memmi, Balibar, van Dijk u.a.**

Gruppe gezählt werden. Man kann, um genauer zu differenzieren, diejenigen Rassismen, die ihre Stigma-Gruppen primär kulturell konstituieren (z.B. "Integrationsunfähigkeit von Angehörigen des islamischen Kulturkreises") als "Kultur-Rassismus" oder vielleicht besser noch: als "Neo-Rassismus" bezeichnen. Es steht dann hinfort fest, daß es in Deutschland starke neorassistische wie sogar inzwischen starke biologistisch-rassistische Gruppen gibt, daß sie besonders in bestimmten Jugendmilieus - aber nicht nur in diesen - auf spontane Massenunterstützung stoßen, daß sie von einem nach Millionen zählenden Publikum gewählt werden und daß sie schließlich dadurch indirekt auch einen starken Einfluß auf die Politik der "Mitte" des politischen Spektrums auszuüben vermögen. Falsch wäre es aber, davon auszugehen, daß neorassistische Haltungen und Einstellungen in irgendwie gearteter Weise als harmloser angesehen werden dürften als solche, die sich biologistischer Begründungen bedienen: beide, die im Alltagsdenken im übrigen fast immer zugleich vorkommen<sup>2</sup>, dienen der Ausgrenzung von anderen Menschen, die von der deutschen "Norm" abweichen - beide werden zugleich als Rechtfertigung dafür angeführt, die Anderen zu bedrohen und zu bekämpfen.

Die Pogromwellen haben u.E. drei Einschätzungen mehr oder weniger evident gemacht, die zuvor aufs heftigste bestritten worden waren: Erstens, daß es in Deutschland ernsthafte rassistische Gefahren gibt. Zweitens, daß diese Gefahren gegenüber den allgemein in Westeuropa verbreiteten rassistischen Tendenzen Besonderheiten (und zwar zum Schlimmeren) aufweisen. Der Hinweis auf Le Pen reicht nicht mehr aus, seit es zwar eine Parallele zwischen Schönhuber und Le Pen beim Wahlverhalten gibt, aber keinerlei Parallele bei den Tausenden mörderischer Brandanschläge und Attentate. Die folgende dritte Einschätzung dürfte auch heute noch am meisten Widerspruch herausfordern: Es ist unsere Annahme, daß bei aller direkten Gefährdung durch militante rassistische Minderheiten die größte Gefahr aus der politischen "Mitte", d.h. aus dem stillschweigenden Konsens zwischen den hegemonialen Eliten in CDU und SPD droht.

**2** Vgl. dazu besonders S. Jäger 1992, S. 220-226



Die Abschaffung des Kerns von Artikel 16 durch die "Große-Sach-Koalition" Kohl-Engholm ist für diese Gefahr exemplarisch: Selbstverständlich stellt das 'exponentielle' Wachstum der Asylsuchenden während der letzten zwei Jahre eine Denormalisierung dar. Die "moderne" Antwort darauf wäre die Schaffung eines flexibleren Instrumentariums der Regulierung gewesen: Schaffung einer besonderen Kategorie Bürgerkriegsflüchtlinge, Schaffung einer besonderen "Kontingent"-Lösung für Roma (nach dem Vorbild der "Kontingent"-Lösung für jüdische Flüchtlinge aus der Ex-UdSSR), Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit, um die Flüchtlingszahl rasch durch großzügige Einbürgerungen zu verringern, aktive Beschäftigungspolitik für Flüchtlinge, um die finanzielle Belastung zu verringern usw. Die "Antwort" der Großen Sach-Koalition mit ihrer hermetischen Sperrung sämtlicher Grenzen für Flüchtlinge verabschiedet sich dagegen auf einen Schlag von jeder "modernen Flexibilität" und wird das Problem in letzter Instanz militarisieren. So werden Pläne diskutiert, alte Grenzsicherungsanlagen der ehemaligen DDR zu reaktivieren - so Innenminister Seifers. Unliebsame Flüchtlinge und Einwanderer werden abgeschoben, ein Vorgang, der der Bevölkerung zunehmend als "normal" angedient wird. Einwanderung und Asylsuche werden kriminalisiert. Seit 1.11.1992 sind bereits 9200 rumänische Staatsbürger abgeschoben worden, wie die Grenzschutzdirektion Koblenz mitteilte. Dabei wird nicht selten so verfahren, daß die Betroffenen keine Möglichkeit haben, Rechtsmittel gegen diese Praxis einzulegen (FR vom 24.3.1993). Die Möglichkeiten, sich gegen Abschiebung juristisch zur Wehr zu setzen, werden mit Nacht- und Nebelaktionen unterlaufen. Zugleich werden sogenannte Abschiebungsgefängnisse eingerichtet, in einer Stadt wie Duisburg etwa, wie unkommentiert in der Tageszeitung zu lesen war, mit 600 Plätzen. Gegen die Einwanderung werden Infrarot-Mauern errichtet und Soldaten mobilisiert. Deutschland mauert sich ein und bewaffnet sich, nicht nur, um im fernen Ausland zu intervenieren ("Hilfe vor Ort zu leisten" und "die Fluchtursachen zu beseitigen"), sondern auch, um das Inland, die "Festung Europa", gegen zu erwartende Einwanderungen aus der Dritten Welt abzuschirmen

(vgl. dazu Link, in diesem Buch). Rassistische und militaristische Diskurse werden medial und auf der politischen Bühne weiter angeheizt; gegen die terroristischen Begleiterscheinungen dieser Volksverhetzung soll mit aller Härte einer "wehrhaften Demokratie" (Gefängnis, selbst schon gegen Kinder) angegangen werden. Die Abschottung nach außen wird durch mehr "Autorität des Staates" im Inneren flankiert.

Mit dieser "Lösung" werden wesentliche Forderungen des rassistischen Aufruhrs durch den Staat erfüllt: künftig werden staatliche militärische Verbände präventiv an der Grenze jene gleichen Flüchtlinge abzuwehren haben, die bisher von den rassistischen Kampfgruppen (italienisch: fasci) auf deutschem Boden gejagt wurden. Diese Feststellung zielt wohlgerichtet nicht auf eine angebliche Forderung "Alle reinlassen und alle aufnehmen!" ab. Sie konstatiert lediglich, daß die Große Sach-Koalition unter dem Druck des militanten Rassismus als Instanz flexibler Regulierung abgedankt und zu einem Notstandsregime Zuflucht genommen hat. Dabei stellt sich zusätzlich die Frage, inwieweit der in der Bevölkerung vorhandene latente Rassismus zugleich die Funktion hat, eine Reihe von politischen und sozialen Maßnahmen zu legitimieren, wie etwa Lauschangriffe, Militarisierung, Sozialabbau usw. und gesellschaftliche Krisenerscheinungen zu kaschieren und damit Herrschaft zu stabilisieren.

Zugleich ist zu beobachten, daß der Rechtsextremismus in Deutschland immer militanter wird. Während Republikaner und DVU nach parlamentarischen Wegen suchen, ihren völkischen Nationalismus zur Geltung zu bringen<sup>3</sup>, formiert sich - mit welchen Erfolgsaussichten auch immer - daneben ein militant putschistischer Flügel, zu dem sich neben der NPD eine ganze Reihe von kleinen bis mittleren rechtsextremistischen Organisationen zusammenschließen. Innerhalb der CDU bildet sich ein nationalistischer Flügel heraus, der den Schluß mit den Republikanern sucht und ein stärkeres Gewicht völkisch-nationalistischer Politik auf der parlamentarischen Bühne anstrebt. Diese sich zur Zeit abspielende Stärkung rechtskonservativer

**3** Vgl. dazu Kellershohn 1992

und rechtsextremistischer Bewegung profitiert von einem in Deutschland geschaffenen Klima der Angst und von Bedrohungsgefühlen, die nun seit Jahren durch Politiker und auch durch die meisten Medien mit geschürt worden sind.

Nicht erst seit den Überfällen auf Flüchtlingsunterkünfte im Herbst 1991 ist erkannt worden, daß die **Medien** bei der Erzeugung und Verfestigung rassistischer Haltungen eine überaus wichtige Rolle spielen. Sie sind - auch in Bezug auf das Phänomen Rassismus - als eine Art **Vierte Gewalt** zu betrachten, denn sie haben nicht nur enormen Einfluß auf die herrschenden Diskurse und damit auf das Denken und Handeln der Menschen im Lande, sondern sie tragen Mitverantwortung für die Eskalation von Gewalt gegen Einwanderer und Flüchtlinge. Das haben Analysen der aktuellen Presseberichterstattung (Gerhard 1991, Jäger/Januschek (Hg.) 1992, Quinkert/Jäger 1991) eindeutig gezeigt und dabei ältere Untersuchungen (etwa Delgado 1972, Link 1982, Ruhrmann/Kollmer 1987, Ruhrmann 1989) weitergeführt und bestätigt. In wissenschaftlichen Untersuchungen - etwa zum Rassismus im Alltag - wurde aber deutlich, insbesondere im Vergleich zu den Untersuchungen für die Niederlande, Großbritannien und die USA (vgl. Teun van Dijk 1991), daß für die Bundesrepublik Deutschland erhebliche Defizite hinsichtlich der Erforschung der Ursachen rassistischer Haltungen in der Bevölkerung zu beobachten waren, für die nach van Dijk in erster Linie die Eliten mit ihrem leichten Zugang zu den Medien und der Mediendiskurs selbst mitverantwortlich sind. (van Dijk 1991 etc.)

Neben der Untersuchung von Alltags-, Medien- und anderen Diskursen, die die Annahmen van Dijks auch für Deutschland im wesentlichen bestätigten (z.B. Jäger 1992, DISS 1992, Franz 1993), erschien es uns deshalb äußerst wichtig, mit Journalistinnen und Journalisten zusammenzuarbeiten, um gemeinsam der Frage nachzugehen, wie ein Beitrag von Wissenschaft und Medien zur Vermeidung und zum Abbau von Rassismus - und auch anderen diskriminierenden Diskursen - zu leisten sei. Wenn z.B. die De-facto-Abschaffung des Artikels 16 der Verfassung auf die vorherige Liquidierung jeder vernünftigen Alter-

native in der Öffentlichkeit zurückzuführen ist, so muß betont werden, daß es vor allem die Medienleute sind, die auch die Macht über die Formulierung von Alternativen besitzen. Es sind die Medien, die die Macht besitzen, eine konkrete Option (z.B. die seit langer Zeit von vielen Seiten erhobenen Forderungen nach doppelter Staatsangehörigkeit oder nach effektiver Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge usw.) entweder als "vernünftige Alternative" in den Mediendiskurs aufzunehmen oder aber totzuschweigen. Jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, kann ex post festgestellt werden, daß der mainstream der Medien fast alle vernünftigen Alternativen meistens totgeschwiegen hat. Ob die Pogromwelle hier eine Wende zum Besseren gebracht hat, muß abgewartet werden. Bei der Debatte um Artikel 16 wäre es darauf angekommen, ernsthaft und informationsgesättigt konkrete Alternativen zu seiner faktischen Abschaffung in die breiteste Öffentlichkeit zu tragen. Stattdessen wurden nicht einmal die demagogischen statistischen Kurven des Innenministeriums auf dem Bildschirm "auseinandergenommen" (im Wortsinne: durch farbliche Differenzierung nach Bürgerkriegsflüchtlingen, besonderen Kategorien wie Roma usw.). Nicht ein einziger Medienmann oder eine einzige Medienfrau hatte u.W. bis heute den Mut, den Innenminister öffentlich zu fragen, warum es seit der Wiedervereinigung keine regelmäßigen Statistiken mehr über "Wohlstandsflucht" aus der Ex-DDR nach Westdeutschland ("Übersiedlung") gibt, und warum die Flüchtlingsstatistiken nicht gegen die Gesamtheit der "Aus- und Übersiedler" gewichtet und dadurch relativiert werden. Niemand in den Medien hatte u.W. bisher den Mut, die völlig verfälschenden Vergleiche zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern bei Flucht und Einwanderung dadurch zu objektivieren, daß die in anderen Ländern automatisch eingebürgerten Einwanderer und Flüchtlinge mit in die Statistik aufgenommen werden usw. Kurz gesagt: Der mainstream der Medien "verschenkt" weiterhin erhebliche Möglichkeiten, um der Verbreitung der rassistischen Stimmung wirkungsvoll entgegenzuarbeiten - und er tut dies vermutlich hauptsächlich, um den Politikern der "Mitte" ihr Gesicht zu wahren. Aber ist das die Hauptaufgabe der Medien?

Wir erhoffen uns, daß die Vorträge und Diskussionen auf dem Kolloquium "Rassismus im Medien- und Alltagsdiskurs: Wissenschaftler und Journalisten im Dialog", das das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und die Diskurswerkstatt Bochum vom 11.-13.12.1992 gemeinsam mit der Friedrich Ebert-Stiftung durchgeführt haben, dazu beitragen können, die Diskussion über die Möglichkeiten der Medien in dieser Hinsicht, aber auch über ihren gewollten oder ungewollten Beitrag zur Reproduktion des Rassismus, ein Stück weiter zu bringen. Internationale Vergleiche des Auftretens von Rassismus in westlichen Ländern (van Dijk), insbesondere auch in Österreich (Matouschek/Wodak) ermöglichen, Ähnlichkeiten und Unterschiede zur deutschen Situation erkennbar zu machen.

Die im folgenden dokumentierten Beiträge des Kolloquiums, angereichert um Beiträge einiger Gast-Autoren (Hauke Brunkhorst, Christoph Butterwegge, Georg Auernheimer) verfolgen zusammen das Ziel, die Aufmerksamkeit für ein Problem zu schärfen, das unsere Gesellschaft zunehmend irritiert. Dabei werden ebenso unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze sichtbar wie auch unterschiedliche politische Einschätzungen. Wir hoffen, daß die hier vorliegenden Analysen von Politologen, Historikern, Journalisten, Sprachwissenschaftlern und Diskursanalytikern<sup>1</sup> zu weiterer Klärung dieser Zusammenhänge beitragen, und auch, daß wenigstens einige Ansätze zur Gegenwehr sichtbar werden.

Angesichts des gewaltigen Gegendrucks, aber auch angesichts der Apathie und Gleichgültigkeit in der Bevölkerung, über die die Lichterketten nach Rostock und Mölln nicht hinwegzutäuschen vermö-

**4** Verfahren der Sprachanalyse, insbesondere in Gestalt von Diskursanalyse (unterschiedlicher Prägung), sind geeignet, rassistische Haltungen und Einstellungen auch dann aufzudecken, wenn sie der flüchtigeren Betrachtung entgehen. Dies hat nichts mit einer Sucht zu tun, "überall Rassismus zu wittern", wie dies diesen subtileren Analysen gelegentlich vorgeworfen wird, sondern dies ist dem gegenüber anderen interpretativen Verfahren verfeinerten Analyseinstrumentarien zu verdanken, wie diese auf der Grundlage diskurstheoretischer Arbeiten entwickelt worden sind. Vgl. dazu z.B. Link 1982, Jäger 1991.

gen, wird es nicht leicht sein, Gegenwehr zu mobilisieren. Auch die Massenpresse ist nur scheinbar behutsamer geworden. Sie predigt weiterhin ihr "Ausländer raus!", bei gleichzeitiger Kritik des terroristischen Rassismus.

Doch auch die Haltung mancher Kolleginnen aus dem wissenschaftlichen und aus dem journalistischen Bereich müßte überprüft werden. So hat es einige Absagen zu diesem Kolloquium mit der Begründung gegeben, das Problem sei ja im Grunde nun politisch gelöst, man müsse sich jetzt wichtigeren Dingen zuwenden.

Absagen hat es auch aus anderen Gründen gegeben. Wir zitieren aus einem Brief eines Kollegen aus Zentralafrika, der die Absicht hatte, hier in Deutschland mit einer Arbeit über das Thema "Rassismus gegen die "Schwarze Haut"" zu promovieren.

Er schreibt: Ich muß Ihnen mitteilen, "daß ich das Thema "Rassismus" ... nicht mehr behandeln möchte. Gründe: (neben privaten Diskriminierungen, Ablehnung von Hilfe bei der Korrektur der Arbeit, usw., d. Vf. .) ... daß wir Ausländer heute noch mehr Risiken eingehen als gestern, z.B. was in Mölln passiert worden ist. Es ist nicht alles: man braucht nur - als Ausländer - etwas Schlechtes über Deutschland zu sprechen, um umgebracht zu sein. ... Wie kann ein Ausländer jetzt eine Dissertation über Rassismus in Deutschland schreiben? Wie kann er eine empirische Arbeit schreiben? Nein! Es geht nicht mehr ... Gleich nachdem ich zum ersten Mal etwas über die getöteten Türkinen in Mölln gehört und gesehen hatte - Fernsehen -, hatte ich sofort meinen Professor angerufen und ihm gesagt, daß ich nicht mehr etwas über Rassismus in diesem Land schreiben oder erforschen will. Es ist keine Zeit mehr, über Rassismus im vereinigten Deutschland zu schreiben oder zu sprechen. Die Zeit ist "reif genug geworden, um etwas Konkretes zu unternehmen. Eine (schwarze) Hautfarbe, die jetzt über Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland spricht oder schreibt, begeht Selbstmord. Aus diesen Gründen komme ich leider nicht zum Kolloquium. ... Ich bedanke mich trotzdem für die Einladung, die leider in letzter Minute gescheitert ist. Vielen Dank für Ihr Verständnis."

Diese Absage und ihre Begründung unterstreichen, daß die derzeitige Entwicklung alle Bereiche der Gesellschaft erreicht hat. Auch die Wissenschaft ist betroffen, insbesondere wenn ihre Träger, ob durch ihre Analysen, ihre Einstellungen und Haltungen oder nur durch körperliche Merkmale, von der "Normalität" abweichen. Dies gilt auch für kritische Journalisten, die es glücklicherweise, wie die Beteiligung an dem Kolloquium gezeigt hat, auch gibt. In dieser Situation stellt die engere Kooperation zwischen (kritischer) Wissenschaft und (kritischem) Journalismus eine Möglichkeit dar, ein Moment der Gegenwehr zu entwickeln, das für eine basis-demokratische Gegenbewegung gegen den weiteren Trend in Richtung einer "Notstandspolitik" eine wichtige Funktion erhalten kann: Durch präzise Analysen der Diskurse, die diesen Trend fördern, und durch kritisch-sachliche Berichterstattung in den Medien.

### **Zu den Beiträgen im einzelnen:**

Der Politologe Hauke Brunkhorst (Frankfurt) sieht in der Absicht, (nicht nur) den Artikel 16 des GG zu ändern, ein Denken der "politischen Klasse", einer "großen Koalition", das als nicht demokratisch, sondern als populistisch zu bezeichnen ist. Die Rede vom Staatsnotstand verweise auf einen Notstand im Verfassungsbewußtsein der politischen Klasse, der durch Teile der Medien manipulativ umgesetzt werde. Doch er stellt zugleich fest, daß damit eine Krise möglich geworden ist, die diese Republik verändert hinterlassen wird - nicht unbedingt im Sinne derjenigen, die die "neue Nation" wollen. Die in der Bevölkerung entstandene Gegenwehr zeige, daß wir endlich wieder vor einer offenen Situation stehen: ein Zeichen der Hoffnung.

Jürgen Link (Bochum) geht der Frage nach, warum die Verfassungsdebatte nach der Wiedervereinigung in der hegemonialen Politik und in den hegemonialen Medien sich sehr bald stereotyp auf die Forderung nach Abschaffung zweier Artikel des Grundgesetzes verengte (16 und 87a, d.h. Asyl und Kriegseinsätze nur zur Landesverteidigung). In dieser stereotypen Kopplung sieht Link den exemplarischen Fall einer symbolischen Verdichtung ("globales Helfersyndrom") poli-

tisch heterogener Sachverhalte. Im Phantasma einer "Hilfe vor Ort" werde die Militarisierung des Wanderungsproblems gleichermaßen an der "Heimatfront" wie an der "überseeischen Front" paradoxerweise symbolisch als "zivil" hingestellt und legitimiert.

Margret und Siegfried Jäger (Duisburg) stellen zunächst dar, daß und wie sich rassistische Haltungen in den verschiedensten Diskursebenen zeigen, ferner: welche Einflüsse diese Ebenen aufeinander haben und welche Funktion dem rassistischen Diskursstrang für den politischen Gesamtdiskurs der Bundesrepublik der Gegenwart zukommt. Hier zeigt sich zumindest andeutungsweise, daß sich Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse verstehen und entwickeln läßt.

Der niederländische Diskursanalytiker Teun A. van Dijk (Amsterdam) stellt auf der Grundlage einer über zehnjährigen Forschungsarbeit über die Beziehungen zwischen der Presse und andere Institutionen der Eliten in westlichen Industriegesellschaften dar, daß und wie sie zur Reproduktion und der Verfestigung rassistischer Haltungen und Einstellungen beitragen. Es zeigt sich, daß die Medien nicht nur die Ansichten der Eliten über Einwanderung, über die Anwesenheit von Minderheiten und anderer ethnischer Angelegenheiten reproduzieren, sondern selbst eine eigenständige Rolle bei der persuasiven Legitimierung der Herrschaft der weißen Mehrheit über die Minderheiten spielen. Dies gilt auch für die Diskriminierung all derjenigen, die gegen Rassismus und Unterdrückung "der Anderen" anzugehen versuchen.

Bernd Matouschek und Ruth Wodak (Wien) untersuchen den Mediendiskurs Österreichs und zeigen, daß eine zunächst in breiten Teilen der Bevölkerung vorfindbare Sympathie mit dem "rumänischen Volk" ("Mitleidsdiskurs") nach dem Sturz Ceausescus in Feindschaft und Ablehnung umgeschlagen ist.

Georg Ruhrmann (Bochum) zeichnet aus inhaltsanalytischer Perspektive den öffentlichen Diskurs über "Ausländer" und "Asylbewerber" nach. Dabei stellt er die wichtigsten inhaltsanalytisch verfahren- den Untersuchungen aus den USA, Kanada, Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, aus den Neuen Bundeslän-



dern/ehemalige DDR und aus Westdeutschland vor, sowie eigene Arbeiten, wobei sog. Alltagstheorien besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Brigitta Huhnke (Hamburg) untersucht die intermedialen Abhängigkeiten zwischen Bild am Sonntag und dem Wochenmagazin Der Spiegel. Sie stellt in ihrer sozio-historischen Analyse seit Mitte der 80er Jahre fest, daß sich auch die SPIEGEL-Berichterstattung an den Vorgaben der BamS orientierte und in diesen Jahre erheblich dazu beigetragen hat, das Feindbild "Ausländer" in der Bevölkerung zu verankern. BamS und Der Spiegel produzieren demnach nicht nur eine Form "struktureller Gewalt" gegen Ausländer, sondern sie erweisen sich als mitverantwortlich für die Eskalation rassistischer Pogrome im Deutschland der letzten Jahre.

Georg Auernheimer (Marburg) weist nach, wie der bekannte Autor und Fernsehjournalist Peter Scholl-Latour das Feindbild Islam einem Massenpublikum nahezubringen versucht und welche Rückwirkungen dies auf das Selbstverständnis derjenigen hat, die dieser Glaubensrichtung angehören.

Cornelia Wilß (Frankfurt) gibt einen exemplarischen Einblick in die teilweise sehr kontroverse Diskussion zum Thema Rassismus/Antirassismus in der linken Medienlandschaft.

Christoph Butterwegge (Bremen) entwirft auf dem Hintergrund einer analytischen Skizze der Ursachen des Rassismus und des Rechtsextremismus, zu denen er auch und besonders eine rassistische Medienansprache zählt, die die Bevölkerung "in rassistische Diskurse verstrickt", aus politologischer Sicht ein Szenario von Gegenmaßnahmen und strategischen (politischen und privaten) Ansatzpunkten politischer Arbeit.

## Literatur

- Balibar, E.: Gibt es einen "Neuen Rassismus"? Das Argument 175 (1989), S. 369-379
- Butterwegge, Ch. /Jäger, S. (Hg.): Rassismus in Europa, Köln 1. und 2. Aufl. 1992
- J.N. Delgado: Die "Gastarbeiter" in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie, Opladen 1972
- van Dijk, T.A.: Racism and the Press, London 1991
- ders.: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, 2. Aufl. Duisburg 1992 (=DISS-Texte Nr. 14)
- DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Duisburg 1. und 2. Aufl. 1992
- Gerhard, U.: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden, Über den Diskurs des Rassismus in den Medien und im allgemeinen Bewußtsein, FR vom 19.10.1991
- dies.: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: S. Jäger/F. Januschek (Hg.) 1992, S. 163-178
- Hall, S.: Rassismus als ideologischer Diskurs, Das Argument 178 (1989), S. 913-921
- Jäger, S.: Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte, 3. Aufl. Duisburg 1991
- ders.: BrandSätze. Rassismus im Alltag, 1. und 2. (durchgesehene) Aufl. Duisburg 1992
- Jäger, S./F. Januschek (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Colloquiums November 1991(= Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 1992, 46)
- Kellershohn, H.: "Unser Programm heißt Deutschland" - Der Beitrag der Republikaner zur Renaissance völkischen Denkens in Deutschland, in: Ch. Butterwegge/S. Jäger (Hg.) 1992, S. 86-104
- Link, J.: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse, kultuRRévolution 1(1982), S. 6-21
- Memmi, A.: Rassismus, Frankfurt/M. 1987

- Ruhrmann, G.: Aktuelle Berichterstattung über "Ausländer". Ergebnisse systematischer Inhaltsanalysen deutscher Tages- und Wochenzeitungen, in: J. Bellers: Sozialwissenschaften in Münster, Münster 1989, S. 121-136
- Ruhrmann, G./Kollmer, J.: Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung "ausländerfeindlicher" Alltagstheorien, Opladen 1987
- Quinkert, A./Jäger, S.: Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von BILD gegen Flüchtlinge im Herbst 1991, Duisburg 1991 (= DISS-Skripten Nr. 4)

Hauke Brunkhorst

## Über Demokratie, Asyl und schönes Wetter.

### Vom Notstand im Verfassungsbewußtsein der politischen Klasse

"Wir sind jeden Tag Ausländer" - behauptet zutreffend die Lufthansa, und auf dem Taxi steht, und auch das entspricht im wesentlichen der Wahrheit: "Mein Freund ist Ausländer". Währenddessen berät der Bundestag eine Gesetzesvorlage der neuen großen Koalition, die mit dem Parteiprogramm von Schönhubers Republikanern im Punkt Asylrechtsänderung weitgehend identisch ist. Die Tatsachen widersprechen sich **nicht**, wie es auf den ersten Blick scheint. Aber ihre Tendenz zielt doch in verschiedene Richtungen. Es ist sicher besser, in einem Land zu leben, in dem die Taxifahrer für ihren Freund, den Ausländer, demonstrieren, als in einem Land, in dem sie - wie in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre - für die Wiedereinführung der Todesstrafe die Straßen blockieren. Was der unpolitische Protest offenbart, ist immerhin dieses: CDU, FDP und SPD orientieren ihre Asylrechtspolitik keineswegs an der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung, sondern am Kampf um jene Wählerstimmen, die zur Minderheit des Republikaneranhangs zählen. Aber die Art und Weise, in der die Führungskader der großen Parteien eine am Problem der Flüchtlinge und Einwanderer vorbeigehende, in Wahrheit nach innen zielende, ausländerfeindliche Einschränkung des Asylrechts jetzt durch den Bundestag durchzuziehen versuchen, als wäre dieser nicht mehr als Vollzugsorgan der Exekutive, ein "Bureau für eine technische Umschaltung in den staatlichen Behördenapparat" (Carl Schmitt 1989, 3'19), dieser eigentlich unerhörte Vorgang bestätigt nur ein weiteres Mal eine Diagnose, die der Philosoph Ernst Tugendhat diesem Land schon Jahre bevor es zu den rechtsradikalen Exzessen kam, gestellt hatte: "Die Bundesrepublik ist ein fremdenfeindliches Land geworden." (Tugendhat 1992, 62)

Natürlich hängt das zusammen mit dem Opportunismus der sich selbst so nennenden politischen Klasse, mit dem vorwegeilenden Gehorsam des Fernsehens, mit den rasch enttäuschten Illusionen einer Wiedervereinigung, die eher dem Abschluß eines Kaufvertrags als einer Staatengründung glich. Trotzdem ist die Bundesrepublik noch immer eines der reichsten und liberalsten Länder der Welt. Das ist nicht nichts, und doch hat man den Eindruck eines tief beschädigten Selbst- und Kollektivbewußtseins, das auch schon gestern nicht in Ordnung war. Das hat natürlich zu tun mit der unaufhebbaren Wirkungsgeschichte einer Vergangenheit, die so katastrophal war, daß sie nicht vergehen kann und darf. Jeder Versuch der Normalisierung straft das Normale Lügen und schlägt unvermittelt in sein Gegenteil zurück. Das skandalöseste Beispiel ist die nahezu einhellig beklatschte Abschiebepolitik gegen die rumänischen "Zigeuner". Schon die politisch korrekte, aber nur Intellektuellen verständliche Übernahme der Selbstbezeichnung "Sinti und Roma" ist Teil der Verdrängung. Sie löscht die Erinnerung daran, daß dieses Volk als Volk der "Zigeuner" im Dritten Reich verfolgt und ermordet wurde. Ihre Ablehnung verstößt nicht nur gegen das Asylrecht. Sie kommen aus einem Land zu uns, in dem die Polizei den Pogromen zuschaut. Und es ist zynisch zu sagen, sie würden ja nicht wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt. Selbst wenn sie kein Recht auf Asyl hätten, wären wir ihnen gegenüber doch verpflichtet, sie aufzunehmen und vor Anschlägen zu schützen. Das folgt ganz einfach aus unserer Geschichte. Die Nazizeit ist aber nicht der einzige Grund unseres beschädigten Kollektivbewußtseins. Es hat auch zu tun mit einem Mangel an Demokratie, der zu den Kontinuitäten der deutschen Geschichte gehört und durch den Schwund demokratischer Legitimation im europäischen Einigungsprozeß verstärkt wird. Von John Deweys Einsicht, daß den Mängeln der Demokratie einzig und allein mit mehr Demokratie abgeholfen werden kann, sind wir immer noch weit entfernt.<sup>1</sup> Die Beschädigung des deutschen Kollektivbewußtseins hat schließlich zu tun mit einer tiefgreifenden Schwächung der sozialstaatlichen

1 Vgl. J. Dewey 1984, S. 327.

Systeme des Westens, die nun auch, beschleunigt durch die verunglückte Wiedervereinigung, Deutschland erreicht hat.

Die flotte Rede von der "politischen Klasse", die sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Westdeutschland durchsetzte, war keineswegs so neutral und wissenschaftlich, wie ihr klassifikatorischer Gebrauch vermuten ließ. Sofern der Ausdruck "politische Klasse" die Verwaltung und die Exekutive, die Regierung und ihren Vorsitzenden betrifft, widerspricht er unmittelbar der Idee der Demokratie. In einer modernen Demokratie zumindest sind die Repräsentanten der Exekutive nichts weiter als unsere Angestellten, die wir mit unseren Steuergeldern bezahlen und die wir deshalb auch jederzeit nach Maßgabe vertraglicher Verfahrensregeln feuern können. "Wir", das sind die Steuerzahler, das ist das in seinem gesetzgebenden Willen souveräne Volk und dessen Abgeordnete in den Parlamenten. Die Parlamentarier gehören dem Souverän an und stellen ihn in begrenzten, nicht allen Funktionen der Gesetzgebung dar. Die anderen, die Kanzler, Minister, Staatssekretäre und Ministerialbürokraten hingegen sind, wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal in einer Sternstunde, als er als Zeuge vor einem Ausschuß nach seinem Beruf gefragt wurde, bekannte, nichts weiter als "Angestellte". Weil sie das vergessen macht, signalisiert die Rede von der "politischen Klasse" einen Mangel im demokratischen Selbstverständnis dieses Landes. Ihre Abkunft aus dem reaktionären Milieu soziologischer Elitetheorien wurde freilich erst jetzt offenbar. Erst als die Regierung glaubte, sie müsse den Staatsnotstand ausrufen, hat sie sich als politische Klasse konstituiert. Denn Not, so sagt der Volksmund, kennt kein Gebot. Der "Notstand", so sagte einmal ein deutscher Außenminister, "ist die Stunde der Exekutive". Um die Not zu wenden, muß die politische sich als herrschende Klasse zu erkennen geben. Natürlich haben Kohl, sein sensibel deutschnationaler Fraktionsführer, sein Mann fürs Grobe, der Innenminister, und die Herren von der CSU das alles nicht so gemeint. Aber darauf kommt es nicht an. Die politische Semantik ist weder neutral noch unschuldig. Wer vom Staatsnotstand redet, spielt objektiv, ob er will oder nicht, mit dem Gedanken des Staatsstreichs. Mit jenem Notstand war in der ersten Novemberwoche des Jahres

1992 ja nichts anderes gemeint als die Tatsache, daß die Artikel 16 und 19 unserer Verfassung, die zu ihrem Grundrechtskern gehören, immer noch in Kraft und positiv geltendes Recht sind. In der gewöhnlichen Alltagssprache, die auch den Skinheads geläufig ist, hieß das, die Ausländer sind unser Notstand, und daß Not kein Gebot kennt, das wußten auch die Mörder von Mölln.

Dabei hätte es schon nach den ersten Nächten von Rostock das zivili-satorische Minimum des Staatsamtes dem Bundeskanzler und einer ganzen Reihe derer, die immer so reden, als wären sie drinnen und die Menschen draußen im Lande, geboten, sich hinter das geltende Gesetz zu stellen und den Artikel 16 des Grundgesetzes, der uns zum gemeinsamen Schutz der Opfer in den Flüchtlingsheimen verpflichtet, offensiv zu verteidigen. Stattdessen hat Kohl dem Paragraphen die Schuld gegeben. Soviel Ambivalenz auszuhalten, geltendes Recht, das der Amtsinhaber ändern will, bis zu dem Tag, an dem es außer Kraft gesetzt wird, einschränkungslos zu verteidigen, wäre dem Bundeskanzler aber schon zuzumuten gewesen. Der stattdessen offenbar gewordene Mangel jedes rechtsstaatlichen Amtsbewußtseins kann schon als eine Art Staatsnotstand gelten.

Nach den schlaun Beschlüssen von Petersberg glaubte die SPD-Führung, nun habe sie alle Blicke auf sich gelenkt und das Gesetz des Handelns in ihrer Hand. Selten hat sich eine instrumentelle Hoffnung so schnell zerschlagen. Wenige Tage nach jenen unsäglichen Beschlüssen kam es zu den Rostocker Pogromen. Und jetzt mußten die Sozialdemokraten erkennen, daß sie in der Falle der Regierung saßen. Eine wirksame Opposition war nicht mehr möglich. Bloß um ihr Gesicht zu wahren, mußten sie der Regierung nachsprechen, nicht die Täter seien schuldig, sondern das Recht, das die Opfer schützt. In der Debatte um den Staatsnotstand und in den nachfolgenden Verhandlungen glaubten Klose, Engholm und Lafontaine offenbar, nun bleibe ihnen nur noch die Rolle, sich als loyale Minister für eine kommende Regierung Schäuble zu empfehlen. Es fragt sich, ob das eine gute Empfehlung war. Selbst die CDU ist sich ihres Triumphes nicht mehr sicher. Am liebsten würde auch sie die ganze Asyldebatte begraben

und vergessen. Sie will nur noch - wie die SPD - ihr Gesicht wahren. Zwar hat sie die Verhandlungen um eine grundrechtsändernde Mehrheit erfolgreich abgeschlossen, nachdem die neu vereinte politische Klasse die Verwaltung der Demokratie einer oppositionslosen Allparteienkoalition anvertraut hatte. Aber die Rechnung der Politiker hatte einen Fehler. Sie haben ihre kluge Rechnung ohne das Ausland und ohne das eigene Volk gemacht. Und am Ende könnte sich erweisen, daß sie sie auch ohne das Parlament gemacht haben, das sich möglicherweise doch nicht von einer um die SPD-Führung erweiterten Exekutive entmachten läßt.

In dem Augenblick, in dem die politische Klasse zusammen mit der Klasse der öffentlich-rechtlichen Regierungssprecher die Macht über die öffentliche Meinung gewonnen hat, sieht sie sich erstmals seit Beginn der Asylkampagne der Macht der öffentlichen Meinung konfrontiert. Die Stimmung ist im Dezember 1992 umgeschlagen, auch wenn sie über weite Strecken stumm und ohne Stimme bleibt. Der stumme Protest hat eine Gefahr: die des universellen Konsenses. In die Lichterketten kann sich jeder einreihen. Sie tragen keinen Streit aus und sind deshalb zu unbestimmt. Aber sie sind ein Anfang. Am Ende könnte es passieren, daß die rein instrumenteile, allein aus Gründen des vorgezogenen Wahlkampfes vom Zaun gebrochene Asyldebatte doch noch umschlägt in die lang verdrängte und überfällige Debatte um das Selbstverständnis dieses Landes als Einwanderungsland. In dieser Debatte ist mit der SPD freilich nicht mehr zu rechnen. Als ihre Führer es versäumt hatten, Fragen des Einbürgerungsrechts, des jus soli, der Doppelstaatsbürgerschaft und des Ausländerwahlrechts zum **Junktin** ihrer Verhandlung mit der Regierung über **dann** durchaus denkbare Ergänzungen des Artikels 16 GG zu machen, hat sie sich als Opposition selbst enthaupet.

Die Debatte um das Asylrecht war eine Scheinkontroverse mit tödlichem Ausgang. Sie hat uns schockartig gezeigt, in welchem Ausmaß die öffentliche Meinung manipulierbar ist, sie zeigt aber auch, daß ihre Manipulierbarkeit Grenzen hat, daß es nicht von den Politikern oder irgendeiner selbsternannten Verantwortungselite abhängt, ihr



Grenzen zu ziehen, sondern allein von uns, von den Bürgern dieses Landes, von denen es im Grundgesetz heißt, alle Gewalt gehe von ihnen aus. Diese Gewalt, die mit der Macht der öffentlichen Meinung steht und fällt, wird den Bürgern aber nicht geschenkt, sie müssen sie schon den Verwaltern der Demokratie entreißen. Dazu gehört auch die Wiederherstellung der parlamentarischen Opposition quer zu den Grenzen der Parteien.

Der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Opposition ist ein lehrreiches Beispiel für die komplexe Wirksamkeit einer zutiefst manipulativen Semantik, zu der nicht nur die von Volker Rühe ausgegebene und hinter der Rede vom Asylmißbrauch kaum verhohlene Parole "Ausländer raus" gehört. Das langte fürs ZDF und die BILD-Zeitung. Aber es langte nicht, um die SPD zu kippen. Dazu bedurfte es der Ergänzung durch eine subtilere semantische Manipulation. Ich meine die Rede von der "Schönwetter-Demokratie" und die Dauerappelle an die Parteiführung, den angeblich gesinnungsethischen Kurs der Partei endlich zu verlassen und das Ruder verantwortungsethisch umzureißen und auf Kurs "stürmische Zeiten" zu sistieren. Die trostlose Rede von der "Schönwetter-Demokratie" ist manipulativ, weil sie einen inneren Zusammenhang von Demokratie und schönem Wetter unterstellt. Die neue Bundesrepublik soll eine andere Republik werden, als es die alte war. Demokratie mit einem expansiven Verständnis von Rechten ist etwas für milde Klimalagen. Für stürmische Zeiten gibt es andere Staatsformen, wehrhaft nach außen und autoritär nach innen. Eine Republik, die im Sturm steht, braucht eine andere Verfassung. Nicht die Verfassung und die Bürger gilt es vor dem Staat, sondern den Staat vor der Verfassung, vor den Rechten seiner Bürger zu schützen.

Demokratie ist die Selbstorganisation einer Bürgerschaft, und unsere fundamentalen Rechte, unsere Verfassung haben allein den Zweck, solche Selbstorganisation zu ermöglichen. Was dann in stürmischen Zeiten - unterstellt, sie kämen - not tut, ist allein der Schutz unserer Rechte, der Schutz einer demokratischen Verfassung und nicht Staatsschutz. Letzteres aber legt die Rede vom "Staatsnotstand" nahe.

Der Staat muß sich vor den Rechtsansprüchen seiner Bürger und derer, die zu uns kommen, schützen. Der Staat und die ihn leitende Klasse soll auf Kosten der Verfassung geschützt werden. Und das macht man am besten, indem man bei den Rechten derer anfängt, die keine oder noch keine Bürger dieses Landes sind. Doch die Grundrechte bilden ein System, aus dem man nicht beliebig - je nach Lage der Dinge und je nach Selbsterhaltungsinteresse der regierenden Parteien - etwas herausbrechen kann, ohne das ganze System zu ändern. Und so ist es kein Zufall, daß jetzt ein Grundrecht nach dem anderen, und sei es mit Hilfe des verfassungswidrigen Artikels 18, zur Disposition gestellt wird. Wir müssen die Rechte derer, die keinen deutschen Paß haben, schützen, schon um die Rechte derer zu schützen, die ihn haben.

Dem Schutz des Staats und seiner neuen Klasse gegen die Verfassung und die Bürger greift die Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik gefällig unter die Arme. Das hat auch die aus der Provinz nachgewachsene Führungsgruppe der Sozialdemokraten begriffen. Aber die Unterscheidung ist ebenso manipulativ wie die Rede von der "Schönwetter-Demokratie". Sie unterstellt, daß die Moral der einen bloß subjektive Gesinnung und die Moral der anderen objektives Verantwortungsbewußtsein fürs Ganze sei. Das ist aber falsch. Der Grundsatz der als Gesinnung denunzierten Ethik, "fiat justitia, pereat mundus", meinte ursprünglich nicht den Weltuntergang, sondern den Zusammenbruch einer ungerechten Herrschaftsordnung<sup>2</sup>. Kant hat das zwar generalisiert, aber ich weiß nicht, ob nicht jeder, der sich die Sache richtig überlegt, Kants Meinung beipflichten wird, in einer irreversibel ungerechten Welt lohne es sich nicht zu leben<sup>3</sup>.

- 2 Vgl. O. Höffe, 1989, S. 79: 'Justitia' meint hier die Strafgerechtigkeit, und 'mundus' bedeutet nicht neutral den Inbegriff alles Seienden, sondern einen Hochmut, wie er sich gelegentlich bei den Mächtigen findet. Deshalb verteidigt das Sprichwort nicht einen inhumanen Gerechtigkeitsfanatismus, verlangt vielmehr, daß die Strafjustiz ohne Ansehen der Person arbeitet, insbesondere nicht die Kleinen verfolgt, die Großen der Welt aber verschont und etwa das Gerichtsverfahren gegen hochgestellte Mörder niederschlägt.
- 3 Vgl. I. Kant 1777, wo er auf S. 453 im spezifischen Zusammenhang des

Umgekehrt verhält es sich mit der Verantwortungsethik. Sie ist rein instrumenten und insofern überhaupt keine Ethik, sondern Technik. Ihr Grundgedanke ist immer: Der Zweck heiligt die Mittel. Das mißachtet aber sowohl den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wie den Umstand, daß wir uns über die Gerechtigkeit und das heißt: über die heiligende Kraft der Zwecke täuschen könnten. Grundrechte sind aber nichts anderes als verrechtlichte moralische Prinzipien. Wer sich ihnen gegenüber auf eine verantwortungsethische Manipulation einläßt, setzt sich über die Verfassung hinweg. Geistig hat er sie schon zerstört, so wie jener Innenminister, der zu Zeiten der Spiegelaffäre meinte, er könne nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm rumlaufen.

Der Staatsnotstand ist nichts anderes als ein Notstand im Verfassungsbewußtsein der politischen Klasse. Das wäre an sich nicht bedrohlich, ist doch die Verfassung kein Privileg einer partikularen Gruppe, sondern die Sache aller Bürger. Aber der gegenwärtige Notstand im Verfassungsbewußtsein der politisch herrschenden Klasse und ihres publizistischen Anhangs ist auch Ausdruck einer Krise im Selbstverständnis und im moralisch-rechtlichen Selbstbewußtsein der ganzen Republik. Eine Krise ist eine Situation, in der etwas zur Entscheidung kommt. Und in dieser Krise **entscheidet sich**, ob wir das System unserer Menschen- und Bürgerrechte im Ganzen gegen die Stürme der Zeit verteidigen wollen oder ob wir es nach und nach dem Selbsterhaltungsinteresse der politischen Klasse opfern wollen. Denn unsere Rechte sind, wie der amerikanische Rechtsphilosoph John Rawls es einmal genannt hat, nichts anderes als ein inneres Asylrecht, das uns vor den Anmaßungen des Staates und den Zumutungen partikularer Gemeinschaften, Kirchen und Nachbarschaftshorden

**Strafrechts schreibt: "Das Strafgesetz ist ein kategorischer Imperativ, und, wehe dem! welcher die Schlangenwindungen der Glückseligkeitslehre durchkriecht, um etwas aufzufinden, was durch den Vorteil, den es verspricht, ihn von der Strafe, oder auch nur einem Grade derselben entbinde, nach dem pharisäischen Wahlspruch: 'es ist besser, daß ein Mensch sterbe, als daß das ganze Volk verderbe'; denn wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf Erden leben."**

schützt.<sup>4</sup> Das innere Asylrecht kann aber in der modernen Weltgesellschaft langfristig nur bewahrt werden, wenn es durch das äußere Asylrecht ergänzt wird.

Es entscheidet sich **zweitens**, und das ist die wichtigste Frage, ob wir in dem Einwanderungsland, das die Bundesrepublik ist, auch weiterhin leben, oder ob wir die Tatsache, daß dieses Land ein Einwanderungsland ist, wie bisher verdrängen wollen. Der gegenwärtige Ausbruch der Gewalt gegen Fremde und Ausländer ist auch Folge dieser Verdrängung. In einem Einwanderungsland, das diesen Status rechtlich akzeptiert, wäre Rühes Kampagne kaum so erfolgreich gewesen. Und es ist klar, daß zu einem Einwanderungsland das "jus soli" ebenso gehört wie ein fundamentales Recht auf Einwanderung, das nur durch Rechte, die die haben, die hier leben, begrenzt werden kann und nicht durch das Quantum an Sympathie oder Antipathie, das sich zwangsläufig und legitimerweise unterschiedlich auf die verschiedenen Kulturen, Religionen und Hautfarben dieser Welt verteilt. Aber beim Recht geht es nicht um Freundschaft und Liebe.

Und es entscheidet sich **drittens**, ob wir die Staatsbürgerschaft wieder wie in der Antike und im Mittelalter zum Privileg einer Mehrheit oder gar einer Minderheit machen oder ob wir nicht länger in einer Metökengesellschaft leben wollen. Wenn wir das nicht wollen, und wir dürfen es nicht wollen, dann müssen wir die Notlösung doppelter Staatsbürgerschaft zulassen.

Es ist ja keineswegs so, daß die Leute oder das Volk hierzulande ein tiefsitzendes oder kollektiv unbewußtes Fundamentalinteresse an einer grundgesetzlichen Aufrechterhaltung der puren Fiktion eines ethnisch geschlossenen und kulturell homogenen Staatsvolks hätten. Das entspricht sicher nicht der Stimmung, von der die Politiker immer sagen, sie fände sich draußen im Land, und es ist gewiß nicht der artikuliert Wille des Volkes, das ohnehin kein singuläres Subjekt ist und **nie** mit nur einer Stimme spricht. Daß die politische Klasse so zäh am Status des ethnisch geschlossenen Nationalstaats festhält und die

4 Vgl. J. Rawls 1979, S. 241.

parlamentarische und publizistische Opposition dagegen kaum spürbar ist, zeigt, daß sie **populistisch** und nicht **demokratisch** denkt. Die politische Klasse imaginiert sich als eine alleinbestimmende Exekutive, die sich unter faktischem Ausschluß des Parlaments mit dem vermeintlichen Volk kurzschließt. **Das** ist Populismus: die Liquidation des Volkes als Gesetzgeber und statt dessen seine Umwandlung in eine Akklamationsmaschine für eine sich beständig erweiternde Koalitionsregierung.

Die Demonstrationen der letzten Wochen zeigen dennoch, daß die Situation endlich wieder offen ist, daß eine Krise, eine andere Entscheidung als die der Regierung und ihrer Sprecher möglich geworden ist. Das ist zumindest ein Zeichen der Hoffnung. Ändern wird sich die Republik. Aber es gibt jetzt wenigstens wieder zwei Richtungen und nicht nur die Einbahnstraße von der alten Bundesrepublik zur neuen Nation.

## **Literatur**

- Dewey, J.: The Public and Its Problems, in: ders.: The Later Works, 1925-1953, Vol. 2: 1925-1927, Carbondale/Ill. 1984
- Höffe, O.: Politische Gerechtigkeit, Frankfurt 1989
- Kant, I. : Metaphysik der Sitten, Frankfurt 1977
- Rawls, J. : Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1979
- Schmitt, C.: Verfassungslehre, Berlin 1989
- Tugendhat, E. : Ethik und Politik, Frankfurt 1992

**Jürgen Link**

## **Zu Hause "asylantenfrei" - in Übersee auf "Friedensmission"?**

### **Über eine eigenartige diskursive Konstellation**

Warum erwiesen sich schon bald von allen Vorschlägen, das Grundgesetz nach der Wiedervereinigung zu ändern, nur zwei als wirklich interessant (Asyl bzw. Flucht und weltweite Bundeswehrinterventionen auch ohne Landesverteidigung, Artikel 16 und 87a)? Man könnte meinen: weil nur diese zwei bestehende GG-Artikel abschaffen statt neue hinzufügen wollten und daher wirklich kontrovers seien - mit mehr Umweltschutz, mehr Frauenrechten, mehr Föderalismus und mehr Europa seien alle einverstanden. Diese Antwort reicht allerdings nicht nur deshalb nicht aus, weil der angeblich breite Konsens in allen anderen Fragen keineswegs evident ist. Es gilt vor allem das Faktum zu erklären, daß die hegemoniale, mediopolitische Öffentlichkeit (Teun van Dijks Träger des "elite discourse") nur bei den beiden Punkten Asyl (Flucht) und Bundeswehrinterventionen sog. 'dringenden Handlungsbedarf sieht'. Das eigentliche Problem liegt also in diesem "Sehen": Was heißt es, daß die mediopolitische Hegemonie etwas "sieht" bzw. anderes "nicht sieht", daß sie etwas "so und nicht anders sieht" bzw. "engen Zusammenhang oder keinerlei Zusammenhang zwischen Themen erblickt"? Hier könnte man wiederum meinen, dieses "Sehen" des mediopolitischen, hegemonialen "Auges" werde in erster Linie durch die Meinungsumfragen motiviert. Aber auch diese Hypothese erweist sich als nicht ausreichend: Erstens trifft die Übereinstimmung zwischen hoher Zustimmung bei Meinungsumfragen zwar für eine Änderung des Asylrechts zu, ganz und gar nicht aber für eine Änderung des Grundgesetzartikels 87a, der die Bundeswehr auf Landesverteidigung festlegt. Dort ist die empirisch erhebbare 'Volksstimmung' genau umgekehrt wie bei Artikel 16 massiv für die

Beibehaltung des bislang gültigen Prinzips. Zweitens aber wäre die Hypothese zirkelschlüssig: Die Fragen, bei denen die Bevölkerung den 'dringlichsten Handlungsbedarf sieht', werden nicht in einer völlig freien Sondierung allererst sozusagen demokratisch konstituiert, sondern von den Instituten vorgegeben. Aufgrund welcher Vorgaben vorgegeben? Aufgrund der von der mediopolitischen Hegemonie so "gesehenen" Vorgaben. Womit der Zirkel wiederum geschlossen wäre.

Es geht mir also im folgenden um eine Untersuchung der Konstitutionsmechanismen und der Funktionsweise des hegemonialen "Sehens". Ich gehe dabei nun von einem konkreten diskursiven Ereignis aus, dem Kanther-Interview in der "Fr. Allg." vom 19. August 1992. Es handelt sich um das berühmte "Entscheidungsstau"-Interview. Manfred Kanther (CDU), Oppositionsführer in Hessen, kritisierte massiv die Bundesregierung und warf ihr eine zögerliche Politik gegenüber einer Reihe von Problemen mit dringendem Handlungsbedarf vor - eben "Entscheidungsstau": "(...) die Koalitionsregierung werde scheitern, wenn der Bonner 'Entscheidungsstau' noch länger andauerte und wenn weiterhin 'von Tag zu Tag gewurstelt' werde, anstatt die Politik 'vom Ende her zu denken'. (...) Nach der Überzeugung Kanthers muß der Entscheidungsbedarf bei den Themen Haushalt, Pflegeversicherung, Verkehrsabgaben, Asyl, Jäger 90 und Finanzbedarf Ostdeutschland 'jetzt schnell befriedigt' werden. (...) Auch in der Außenpolitik sieht Kanther Versäumnisse. Wenn die Serben ohne Rücksicht auf die schwächliche Diplomatie des Westens weitermorden' und damit Zehntausende von Flüchtlingen nach Deutschland schickten, sollte die deutsche Politik in ihren Bündnissen 'auf militärischen Einsatz als ultima ratio' drängen. 'Milosevic ist nicht besser als Saddam Hussein, warum die Unterschiede in der Bewertung, warum das Zögern', fragte Kanther." (FAZ 19.8.1992) Die Bundesregierung gab den Vorwurf des "Entscheidungsstaus" umgehend an die SPD weiter. Die SPD berief daraufhin umgehend die Petersberger Klausur ein und beschloß umgehend die sog. "Petersberger Wende", die aus einer doppelten Wende bestand, dreimal darf geraten werden in welchen Fragen: natürlich in den Fragen Asyl (Flucht) und Bundeswehrinterventionen. Der nächste Schritt war dann die Einbe-

rufung eines Sonderparteitags, der sich wiederum hauptsächlich um diese beiden Fragen drehte. Nachdem die Petersberger Wende auf dem Parteitag nur partiell bestätigt wurde (bei Artikel 16 weitgehend, bei Artikel 81 viel weniger weitgehend), folgte als Einschüchterungsgeste das Wort des Bundeskanzlers vom "Staatsnotstand", das sich explizit bloß auf Artikel 16, implizit aber sicher auch auf Artikel 87a bezog.

In der Tat verbindet die beiden Probleme unter dem funktionalen Aspekt der sog. Regierbarkeit bzw. Politikfähigkeit das gemeinsame Merkmal eines möglicherweise hohen Risikos von Eskalationen, die in die Zone des "Notstands" führen können. Das genau unterscheidet sie von Frauenrechten, Föderalismus und Europa (nicht allerdings grundsätzlich von Umweltschutzfragen). Weil Notstandsfragen strukturell Fragen einer (formellen oder informellen) Großen Koalition sind, erklärt sich also daraus teilweise das diskursive Ereignis vom August 1992 mit dem sog. "Zugzwang" der SPD bis hin zum Sonderparteitag und darüber hinaus. Ich habe nun angeregt, unser politisches und auch allgemein kulturelles System als "normalistisch" zu kennzeichnen. Damit meine ich einen Typ kultureller Hegemonie, der in funktionaler Symbiose mit Moderne (spezialisierte und ausdifferenzierte, dadurch quasi 'exponentiell wachsende' Kultur), Industrialismus und Kapitalismus funktioniert. Eine normalistische Kultur ist dadurch bestimmt, daß ihre spezialisierten Sektoren, etwa vergleichbar mit Luhmanns "funktional ausdifferenzierten Subsystemen" (darunter z.B. die hier interessierenden Sektoren Politik, Demographie, also Einwanderung, und Militär) sich primär nach der Opposition "normal/anomal" wachsend (positiv oder negativ wachsend) bzw. allgemeiner formuliert dynamisch reproduzieren. Entscheidend ist also überall das Funktionieren "normaler" Reproduktions-, in der Regel Wachstumsraten. Voraussetzung dafür ist die Homogenisierung und Kontinuierung der entsprechenden spezialisierten Felder. Homogenisierung und Kontinuierung erlauben dann Verdatung, Quantifizierung und statistische Erfassung. Auf statistischer Basis kann in jedem speziellen Feld die empirische Verteilung und der Durchschnitt (Wachstumsrate) bestimmt werden. Der dynamische Durchschnitt

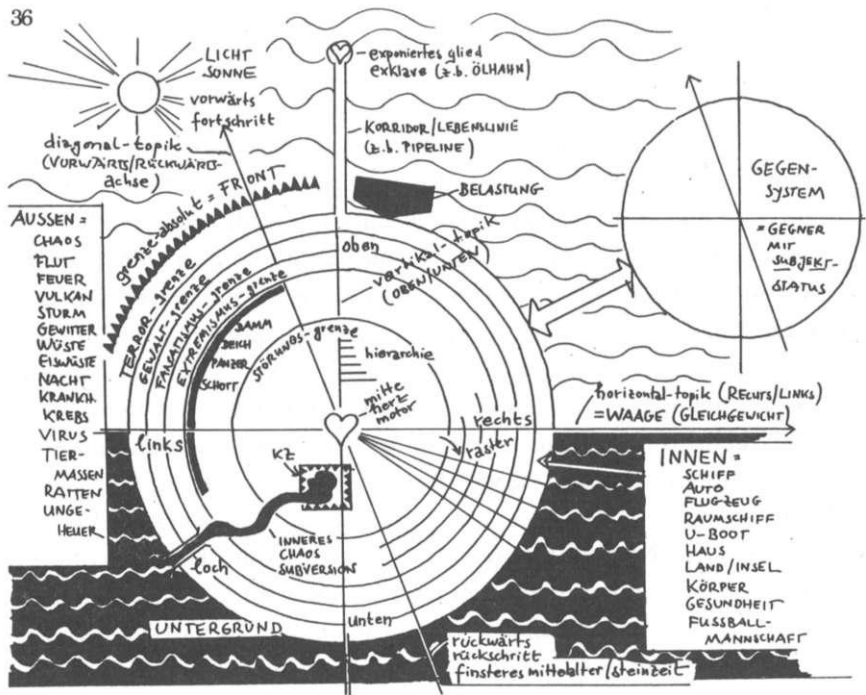


dient als normalistische Norm (kein Pleonasmus, da es ganz andere Normen als normalistische gibt, etwa moralische); er erlaubt die Bestimmung einer Toleranzzone zu beiden Seiten des Durchschnitts sowie die Bestimmung von Grenzwerten zwischen der Toleranzbreite und dem Bereich der Anomalität. Überschreiten dann die empirischen Werte die Grenzwerte, so ist dadurch Normalisierungsbedarf signalisiert, und es beginnt ein Prozeß der Normalisierung. Ergeben sich in seltenen Ausnahmefällen auf 'strategischen' Feldern der Gesellschaft chronisch andauernde Tendenzen zur Denormalisierung, die sogar eskalieren, versagen also die Normalisierungsmechanismen, so droht eine Notstandssituation. Ich verstehe als Notstandssituation in normalistischen Gesellschaften also eine Situation chronischer Denormalisierung in 'tragenden', 'essentiellen' Bereichen, die irreversibel zu werden droht. Der Eindruck, den der Kanzler und andere haben, daß nämlich beim Problem der Massenflucht nach Deutschland ein "Notstand" drohe, ist also erklärlich. Ich sage damit keineswegs, daß tatsächlich, "realiter" in diesem Sektor ein Notstand droht, weil die augenblicklich 'exponentiell' wachsende Kurve durch Sonderfaktoren (Kriege und Verfolgungen in den angrenzenden ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas), darunter vor allem den größten, selbstfabrizierten Sonderfaktor Torschlußpanik erklärbar sein dürfte (wenn man laut verkündet, daß Artikel 16 demnächst gestrichen wird, versucht natürlich jeder noch vorher zu kommen). Ferner würde ich grundsätzlich bezweifeln, daß der Fluchtsektor überhaupt ein ernsthaft für das normale Funktionieren der Gesamtgesellschaft 'essentieller', 'strategischer' Sektor ist. (Immerhin konnten die völlig zerstörten und verarmten Westzonen nach dem Krieg 12 Millionen Flüchtlinge in kürzester Zeit aufnehmen und integrieren.) Ich sage also nicht, daß in der Fluchtfrage wirklich eine Situation tendenziell irreversibler Denormalisierung, also tendenziellen Notstands herrscht - ich sage nur, daß es erklärlich ist, das so zu "sehen". Anders ist das bei der Forderung nach weltweiten Bundeswehrinterventionen - dort ist sogar das "Sehen von Handlungsbedarf" sehr viel schwieriger zu erklären, weil keinerlei Grenzwerte überschritten und keine Normalitäten der Bundeswehr direkt

gefährdet sind, im Gegenteil.

Wir sind also auf unsere Eingangsfrage zurückgeworfen, wie das hegemoniale "Sehen" funktioniert, das unsere Politik bestimmt - jenes "Auge", das die politische Klasse sich naiv und unhinterfragt "einsetzen" läßt, so daß dann ein Norbert Gansel zu allen noch so rationalen Einwänden gegen weltweite Bundeswehr-"Kampfeinsätze" absolut unerschütterlich sagen kann und sagen wird, daß man das 'anders sehen müsse'. Wir können diese Eingangsfrage nun allerdings bereits teilweise präzisieren, und zwar normalismusanalytisch: Offenbar gilt für die Realitäten des Normalismus in noch viel grundsätzlicherem Maße als für die Realitäten von Kapitalismus und Industrialismus, daß sie diskursiv mitkonstituiert sind. Wo ein Grenzwert auf einem Kontinuum von Normalität und Anormalität genau festzusetzen ist, das läßt sich prinzipiell niemals eindeutig den empirischen Daten ablesen. Jeder Grenzwert wird also wesentlich diskursiv mitkonstituiert. Unsere Frage stellt sich also erneut und präziser so: Welche diskursiven Mechanismen haben Asyl (Flucht) und Bundeswehrinterventionen in "Übersee" zu einem solchen 'Zwillingspaar' konstituiert, daß das Auge der Hegemonie sie stets 'im Zusammenhang sieht'?

Ich muß hier wieder einmal auf meine inzwischen schon einigermaßen bekannte, weiterverarbeitete Version der Benningschen symbolischen Basistopik rekurren (Abb.).



Diese Topik zeigt bekanntlich so etwas wie den Durchschnitt aller in unserer hegemonialen Kultur verwendeten Kollektivsymbole. Bei all diesen Symbolen (ob es sich nun um "unser Boot" handelt, 'in dem wir alle sitzen und das voll ist', oder um "unser Flugzeug", das es 'gemeinsam durch die Turbulenzen zu steuern' gilt, oder um "unser gemeinsames europäisches Haus", das wir nicht für 'Brandstifter offen lassen dürfen', oder um "unser Auto", "unser Land" usw., vor allem aber um "unseren Körper", der "nicht von Viren angesteckt werden darf") - bei all diesen Symbolen geht es essentiell um den Binnenraum der Wirkgruppe, um den Außen-Raum der 'Fremden' und um die Grenze zwischen beiden. 'Draußen' ist symbolisch der Raum des "Chaos", der "Viren", der "Fluten".

Dieses Kollektivsymbolsystem ist nun nach meiner Annahme das wichtigste diskursive Instrument für das Funktionieren des Normalismus in allen Bereichen. Es erlaubt durch seine Applikation in jedem beliebigen Sektor eine subjektiv 'überzeugende' Festlegung von

Grenzwerten der Normalität. Es ist unmittelbar symbolisch und damit subjektiv evident, daß "Fluten" aus einem "Boot" ferngehalten, also "abgeschottet" werden müssen, daß "Viren" im "Körper" vom "Immunsystem bekämpft" werden und daß eine "Immunschwäche" lebensgefährlich wäre usw. Ich selbst wie auch andere Mitarbeiter von der Diskurs-Werkstatt Bochum sowie seither auch viele weitere Autoren (bis hin zu Hans Magnus Enzensberger) haben inzwischen zur Genüge die Applikation der Flut- und Boot-Symbolik auf das Thema Asyl und Flucht dargestellt, so daß sich eine Wiederholung hier erübrigt. Hier soll statt dessen gefragt werden, wie (erstens) die Problematik globaler Bundeswehrinterventionen kollektivsymbolisch diskursiviert wird, und wie (zweitens) der symbolische Mechanismus der 'Zwillingsbildung' zwischen Asyl und Interventionen funktioniert.

Um welche Art von Normalität geht es bei Bundeswehrinterventionen? Es geht dabei, wie ich zeigen möchte, um zwei vollständig verschiedene Arten von Normalität, die nichts miteinander zu tun haben, sozusagen zum einen um eine Normalität für die mediopolitische Klasse, zum anderen um eine Normalität für die Bevölkerung. Die Normalität für die mediopolitische Klasse heißt, daß es nicht normal ist, wenn eine okzidentale Großmacht der "Gruppe der sieben reichsten Länder" (G7) keinen arbeitsteiligen Anteil an der globalen "Weltpolizei"-Funktion der Supermacht und der G7 in der "Neuen Welt-Ordnung" wahrnimmt. Diese Neue Welt-Ordnung besteht, worauf ich hier nicht ausführlich eingehen kann, aus der globalen normalistischen Gesamt-Ordnung von fünf abgestuften Normalitäts-Klassen ("Entwicklungsgraden", "fünf Welten"). Nur in der ersten Normalitätsklasse, d.h. der sog. "Ersten Welt", funktioniert der Normalismus annähernd vollständig und annähernd durchgängig. Bei den vier weiteren Normalitätsklassen, besonders den letzten drei, die mit der sog. "Dritten Welt" identisch sind, handelt es sich also eigentlich um Notstandsgebiete, wenn man die Maßstäbe des Normalismus der Ersten Welt anlegen wollte - mithin um Gebiete ständiger virtueller notständischer Ausnahme-Normalisierung ('Sonderbehandlung'). Diese Struktur erklärt die funktionale Notwendigkeit einer "Weltpolizei" sowie außerdem die funktionale Notwendigkeit, den eigentlichen

Kern und das eigentliche Kommando dieser Weltpolizei für die "Erste Welt" zu monopolisieren (und das auch und gerade im Rahmen der UNO). Daß Deutschland und Japan aus den bekannten und verschämt so genannten "historischen Gründen" bisher trotz ihrer Zugehörigkeit zur G7 keine Weltpolizei-Armeen besaßen, ist in dieser "Sicht" das Anomale, zu Normalisierende.

Gegenüber der Öffentlichkeit fehlt zwar das gerade erörterte erste Normalisierungs-Argument nicht vollständig (am wenigsten in den eigentlichen Medien der "Eliten", wie etwa der FAZ), aber doch weitgehend. Es wird unter der Gebetsmühlenfloskel der "gewachsenen Verantwortung" mehr versteckt als ausgestellt. Statt dessen dominiert gegenüber der breiten Öffentlichkeit ganz klar ein kollektivsymbolischer Komplex, den ich den eines "globalen Helfersyndroms" nennen möchte. Die Hegemonie "sieht" durch die Brille ihres Kollektivsymbol-systems in den unteren "vier Welten" die Opfer wuchernder Denormalisierungen, denen "wir helfen müssen". Der symbolische Begriff der "Mission" ist dafür charakteristisch: Bekanntlich gingen und gehen die "Missionare" offiziell nicht in erster Linie deshalb in die nichtokzidentalen Kulturen, um zu "bekehren", sondern um zu "helfen". Symbolisch gilt das auch für "Friedensmissionen", also bewaffnete Interventionen. Symbolisch geht es darum, "vor Ort zu helfen" - wobei die proletarische und ruhrgebietlerische Konnotation des Symbolkomplexes "vor Ort" mehrere semantische Fliegen mit einer Klappe schlägt: "vor Ort" ist die Zone des Risikos, des Ernstfalls, der Profis und harten Männer, bei Grubenunglücken auch der Opfer. "Vor Ort" gehört also zu den wichtigsten symbolischen Komplexen zur Konstituierung der Denormalisierung und des Notstands. Dazu paßt auch die zweite wichtige symbolische Komponente des Komplexes "vor Ort": die symbolische 'Kellerlage', das symbolische 'ganz unten'. Die symbolische Basistopik kennt drei konstitutive symbolische Achsen: links-rechts, oben-unten, vorwärts-rückwärts. Die vertikale Achse wird auf Hierarchien appliziert, also u.a. auf die fünf Normalitätsklassen der Welt. Es ist symbolisch mithin unmittelbar einleuchtend, daß die symbolischen "Helfer" von "oben" aus der Ersten Welt kommen und den symbolischen armen Opfern "unten" in der Zweiten bis

Fünften, vor allem Vierten und Fünften Welt mit ihren "Missionen helfen" müssen.

Ich möchte an dieser Stelle kurz das Spektrum der Kollektivsymbolik skizzieren, mit der der hegemoniale mediopolitische Diskurs konkret und im einzelnen den Ort vor Ort beredet. Ich habe die "Weltpolizei" schon erwähnt. Dieser Begriff ist selbst im hegemonialen Sprachgebrauch nicht ganz ohne Ambivalenz; er trägt je nach Akzentuierung eher negative Konnotationen (im Sinne von "Weltsheriff") oder eher positive, so im Gebrauch des Realo-Teils der sog. linken SPD, wo er mit dem Begriff "Weltinnenpolitik" gekoppelt wird. In durchaus schlitzohriger Vermischung von Utopismus (Ideal einer künftigen Weltfriedensordnung ohne Großmächte und ohne Hightechwaffen) und Realpolitik soll der semantische Kredit der Utopie bis auf weiteres faktisch der Neuen Welt-Ordnung der Supermacht und der G7 eingeräumt werden. Diese semantische Operation ist natürlich etwas waghalsig. Wie sehr sie es ist, beweisen die semantischen Schönheitsoperationen vom Schläge "Weltfriedenspolizei" (Lafontaine). Der nächste symbolische Komplex ist die "Feuerwehr". Das (per definitionem immer "vor Ort") "brennende Haus" konstituiert eine konkrete Zone als symbolische Notstandszone "flagranter" Denormalisierung sowie die dortigen Populationen als "Opfer, denen dringend mit allen notwendigen Mitteln geholfen werden muß". Semantisch vor allem akzentuiert ist dabei der Komplex "mit allen notwendigen Mitteln" - das ist nicht zufällig wörtlich der entscheidende Komplex der neuen UNO als UNO der Neuen Welt-Ordnung: In den Resolutionen 678 (Golfkrieg), 770 (Ex-Jugoslawien) und jetzt seit neuestem 794 (Somalia) ist die für die USA und die G7 einzig interessante Formulierung stets: "all necessary means". Ohne diese unbeschränkte Ermächtigungs-Formel würden Supermacht und G7 auf die blaue UNO-Fahne dankend verzichten und entweder, wie bisher in zahlreichen Fällen üblich, Annexionen, Bürgerkriege und Hungertod weiter dulden, oder aber ohne UNO-Flagge intervenieren.

Ein fast genauso wichtiger semantischer Komplex wie "vor Ort" ist der Komplex "Einsatz/Einsätze", wozu auch "Eingriff/Eingreifen" gehört.

"Blauhelm-Einsätze" zählen schon zu den "Wörtern des Jahres 1992". In einem Artikel der FAZ (14.12.1992) unter dem Titel "Teufel und Schäuble fordern mehr Einsatz" werden explizit Flüchtlingshilfe, Bundeswehrinterventionen und 'Solidarpakt mit der Ex-DDR' unter dem Begriff "mehr Einsatz" gebündelt. Dabei erweist sich die umgangssprachliche Konnotation 'ein bißchen mehr Einsatz zeigen' als äußerst hilfreich. Ferner läßt sich an "Eingriff/Eingreifen" die medizinische Kollektivsymbolik der 'chirurgischen Schläge' mühelos anschließen. Wenn es also nicht schon durch die rein militärische Logik klar genug wäre, daß aus "Blauhelm-Einsätzen" von G7-Großmächten notwendig auf die Dauer "Kampfeinsätze" (also "Wüstenstürme") werden, so wird diese "Unmöglichkeit chemisch reiner Trennung" (Generalinspekteur Naumann) auch durch die Symbolik suggeriert.

Ich frage nun also bereits nach jener Verwendungsweise des Kollektivsymbolsystems, durch die die beiden Themen Asyl (Flucht) und Bundeswehrinterventionen im Durchschnitt als ein 'Zwillingspaar' konstituiert werden, so daß es schließlich als selbstverständlich erscheint, daß man, wenn man das Asylrecht aufhebt, angeblich im gleichen Atemzug auch Bundeswehrinterventionen zustimmen muß. Ein Blick auf die Basistopik zeigt, daß die chaotischen Fluten der Flüchtlinge wie der denormalisierten Massen der unteren Normalitätsklassen symbolisch die gleiche Population sind. Symbolisch liegt sogar eine 'Logik' darin, daß es die Denormalisierung "vor Ort", "da unten" ist, die die Flüchtlingsströme an "unsere" Grenzen treibt und also unseren Vehikel-Körper mit symbolischen 'Armutsviren' bedroht. Deshalb schlägt die Formulierung, wir müßten den armen Opfern "vor Ort durch Einsatz helfen und nicht hier bei uns", symbolisch tatsächlich die beiden Fliegen mit einer Klappe. Denn der Verlauf der Neuen Welt-Ordnung sorgt mehr und mehr dafür, daß "Hilfe vor Ort" symbolisch gleich "Militäraktion" wird.

Es läßt sich nun an unserem Beispiel auch die Tendenz illustrieren, daß kollektivsymbolisch suggerierte Kopplungen dazu beitragen, bestimmte Ereignisse sozusagen 'in den Focus der Wahrnehmung zu rücken', also in besonders akzentuierte diskursive Ereignisse zu ver-

wandeln. Dazu gehörte sicherlich der militärische Einsatz der G7-Großmächte zur Rückführung der kurdischen Flüchtlinge von der türkischen Grenze in ihre Heimat nach dem Golfkrieg und ihrer Verfolgung durch Saddams Armee. Dieser Einsatz erfolgte auf der Basis der UNO-Resolution 688, in der erstmals formuliert wurde, daß "die Folgen einer Unterdrückung für die Region", womit die Flüchtlinge gemeint waren, eine militärische Intervention legitimierten. Hier ist also bereits der Schritt von der symbolischen zur juristischen Diskursivierung erfolgt. Interessanterweise berief sich Harald Müller vom Hessischen Friedensforschungsinstitut in Frankfurt auf dieses Argument, als er als einer der ersten mir bekannten Stimmen (noch vor Kanther) explizit eine mögliche Intervention in Jugoslawien mit dem Flüchtlingsproblem zu legitimieren versuchte: "Die Entwicklung des Völkerrechts geht beharrlich in die Richtung, daß Souveränität dort zurücktritt oder zumindest Kompromisse eingehen muß, wo Geschehnisse innerhalb eines Staates die Interessen anderer Staaten nachhaltig beeinträchtigen oder betreffen. (...) Im Falle Jugoslawien lassen sich mehrere Gründe finden, warum nachbarschaftliche Interessen beeinträchtigt sind. Ein Grund ist die Flüchtlingszahl" (FR 9.7.1992). Diese Formulierung zeigt (für einen Friedensforscher m.E. ein etwas prekärer Umstand) übrigens schön, wie die naive Kollektivsymbolik einer angeblich juristischen Argumentation als Stützkorsett eingezogen wird: das Bombardement serbischer Stellungen in nächster Nähe und im Inneren von Großstädten mit den unvermeidlichen zivilen "Nebenopfern" ("collateral damages") wird symbolisch zur "Nachbarschaftshilfe", wobei der eigentliche Witz darin liegt, daß die "Nachbarn" sich durch dieses Bombardement selber gegen die Flüchtlinge helfen sollen!

Bei der symbolischen Gleichschaltung der beiden Populationen 'Armutsfüchtlinge' und 'arme vergewaltigte Massen in der Dritten Welt' spielt besonders der symbolische Subjektstatus der 'chaotischen Fluten' innerhalb der symbolischen Basistopik eine entscheidende Rolle. Wie andernorts entwickelt, gibt es symbolisch zwei sehr verschiedene Weisen, potentielle Bedrohungen unseres Bootes' zu kodieren: entweder mit oder ohne Subjektstatus. Gegner mit Subjektstatus besitzen



symbolisch sozusagen ihr eigenes, feindliches 'Boot'. Typisch dafür war über Jahrzehnte die Sowjetunion. Gegner ohne Subjektstatus werden symbolisch dagegen direkt mit den 'Fluten' selbst identifiziert. Solche symbolisch subjektlosen Massen zeigen symbolisch kein 'Gesicht' und wirken daher am allerbedrohlichsten. Beide hier infrage stehenden Populationen - sowohl die Flüchtlinge wie die im Notstand vegetierenden Massen der Dritten Welt - verschmelzen symbolisch also zu einer einzigen, identisch "gesehenen" 'Flut'. Diese diskursive Tiefenstruktur zeigt sich an der Textoberfläche etwa in Karikaturen, die Deutschland von einer Zeltstadt mit der Aufschrift "Asylantenmeldestelle" besetzt darstellen. Das Symbol "Zelt" kodiert die Flüchtlinge damit als 'Wüstenbewohner' und 'Nomaden', denen man offensichtlich nicht durch Aufnahme in Deutschland, sondern durch einen "Wüstensturm" am besten 'helfen' könnte.

Bei der mediopolitischen Konstitution der beiden Themen als siamesische Zwillinge spielt ein weiterer diskursiver Faktor eine Rolle, den ich im Anschluß an Siegfried Jäger u.a. als "Fährenfunktion" der militärischen Kollektivsymbolik (einschließlich Metaphorik) bezeichnen möchte. Ich beziehe mich dazu exemplarisch auf einen Artikel des neuen Vizepräsidenten der USA, Al Gore, vom 4.5.1992 (also vor der Präsidentenwahl), im *Spiegel*, in dem er Notmaßnahmen gegen die Umweltkatastrophe vorschlug. Er verband darin zunächst die Hungerkatastrophen, insbesondere in Afrika, mit der Umweltkatastrophe und leitete daraus folgende Vorschläge ab: "Ich habe beispielsweise angeregt, einen Stewardship Council zu schaffen, der sich globaler Umweltprobleme in ähnlicher Weise annimmt, wie der Uno-Sicherheitsrat das bei Fragen von Krieg und Frieden tut." (...) "Nach militärischem Maßstab sind wir wahrhaft strategisch bedroht. Es gibt lokale Scharmützel, regionale Gefechte und strategische Konflikte. Diese letzte Kategorie umfaßt Gefahren für das Überleben von Nationen und kann nur im weltweiten Zusammenhang verstanden werden. Wir müssen kühn und entschlossen handeln. Wir werden den Sieg in diesem strategischen Umweltkrieg nur erringen können, wenn die Mehrheit der Weltbevölkerung durch die unmittelbar bevorstehenden Gefahren so aufgerüttelt wird, daß sie sich zum Handeln ent-

schließt". Es geht hier wohlgernekt zunächst nur metaphorisch um eine Art globalen Golfkrieg. Es läßt sich allerdings eine Tendenz belegen, zunächst von der metaphorischen Symbolik zur synekdochisch-repräsentativen hinüberzugleiten und diese dabei gleichzeitig pragmatisch zu applizieren. Das wäre der Fall, falls tatsächlich ein ökologischer Sicherheitsrat konstituiert würde, der mit dem militärischen Sicherheitsrat institutionell eng gekoppelt würde. Entsprechende Vorschläge gibt es sowohl auf ökologischem Gebiet ("Grünhelme", "ökologische Eingreiftruppen") wie auch beim Asyl (Einsatz von Bundeswehr). Gegen Mißverständnisse: Ich plädiere mit einer solchen Analyse nicht etwa implizit gegen notwendige ökologische und humanitäre Katastrophenmaßnahmen, im Gegenteil. Ich lenke lediglich den Blick auf jene hegemoniale Art ihrer Diskursivierung, die das Humanitäre implizit als "Fähre" für eine durchgängige globale Militarisierung benutzt. Ich warne also implizit und explizit vor der Neukonstitution des Humanitären als eines "Humamilitärischen".

Ein letzter symbolischer Aspekt der beiden Zwillings Themen darf nicht verschwiegen bleiben, auch wenn er rassistische oder zumindest neorassistische Implikationen hat: Die symbolische Bergwerkskonnotation des "vor Ort" paßt zu dem empirischen Faktum, daß "da unten" (im Süden, in den unteren Normalitätsklassen) farbige Menschen leben, insbesondere auch schwarze. Ich habe andernorts schon vor langer Zeit zeigen können, daß der deutsche Neologismus "Asylanten" den sozialen Gegenstand "Flüchtlinge" seit 1977 neorassistisch aufgespalten hat in als weiß phantasierte gute Ost-Flüchtlinge und als farbig phantasierte böse "Asylanten", d.h. Süd-Flüchtlinge. Diese symbolische Zweiteilung entspricht also genau der Spaltung in Normalitätsklassen: die Zweite Welt ist noch symbolisch kompatibel mit der Ersten, die Dritte bis Fünfte nicht mehr. Diese symbolische Spaltung setzt sich übrigens über empirische Fakten souverän hinweg: die gleichen Populationen (z.B. Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien) werden als "Flüchtlinge" bemitleidet und als "Asylanten" symbolisch eingeschwärzt und abgelehnt.

Es wäre nach dem Gesagten also ganz verfehlt, in der mediopolitischen Kopplung der beiden Themen Asyl und Bundeswehrinterventionen ausschließlich oder auch nur dominant bewußte Manipulation an Werke zu sehen. Sicherlich ist solche Manipulation als Teilaspekt Realität. Im wesentlichen handelt es sich aber um einen typischen Fall von diskursiver (und nichtdiskursiver) "Überdetermination" (Althusser), in dem Faktoren nicht identischen Ursprungs sich dadurch konstellieren, daß wie auf wunderbare Weise all jene Faktoren selegiert und kondensiert werden, die im Effekt eben zu der thematischen Zwillingbildung führen. Das klingt entweder rätselhaft oder doch wieder nach quasi-verschwörerischer Manipulation. In Wirklichkeit läßt es sich plausibel auf andere, und zwar die folgende Weise erklären: Die empirischen Subjekte der mediopolitischen Klasse (der "Elite" Teun van Dijks) sind im Durchschnitt (d.h. normalerweise) durch das beschriebene Kollektivsymbolsystem subjektiviert worden, so daß ihre spontane Subjektivität die Strukturen eben dieses Systems reproduziert. Alle 'spontanen' Selektionen und 'Aha-Erlebnisse' verlaufen also in einer Art prästablierter Harmonie mit der Funktionsweise der hegemonialen Kollektivsymbolik und, allgemeiner formuliert, des hegemonialen Interdiskurses. Wenn also z.B. aufgrund der von dem Diktator Siad Barre, dem seinerzeit vom Bundestag die größten Ovationen dargebracht wurden, die der Bundestag je vergeben hat, hinterlassenen Katastrophen die Kinder in Somalia verhungern, so 'vergißt' das durchschnittliche, normale mediopolitische Subjekt zwar die Ovationen des Bundestags, 'entdeckt' aber gleichzeitig spontan den Bezug des Themas sowohl zum Asylthema wie zum Thema Bundeswehrinterventionen: Wir können nicht hier helfen, wir müssen vor Ort helfen, und dazu müssen wir sowohl Artikel 16 wie auch Artikel 87a streichen.

Für all diese Hypothesen existiert ein so drastischer Beleg, daß er fast an Verifikation grenzt: Ich meine den Film "Der Marsch" von 1990 (von William Nicholson für die BBC gedreht, erstmals am 20.5.1990 im ARD gezeigt, seither wiederholt und vielfältig in den Medien appliziert, z.B. im *Spiegel*). Es geht dort um die prognostische Simulation einer dunklen Millionenflut, die sich aus Afrika über Gibraltar nach

Europa hineinwält. Es kommt nach einer Eskalation natürlich zur militärischen Konfrontation, zum symbolischen "Grenzschutz" der Ersten und Zweiten Welt gegen die Dritte, Vierte und Fünfte. Im Polit-Fiction-Film, der zugleich Military Fiction ist, verschmelzen die beiden "Grenzschutz-Einsätze", der "äußere vor Ort" und der "innere zwecks Eindämmung" zu einundderselben Aktion - die symbolische 'Logik', wie sie die Basistopik zu simulieren erlaubt, wird auf künftige Realität hochgerechnet. Wie die seitherige Entwicklung zeigt, könnte das zur self-fulfilling Prophecy werden. Muß die Bundeswehr nicht schon deshalb an künftigen humamilitärischen Interventionen z.B. in Afrika teilnehmen, um auf den dortigen Flughäfen präsent zu sein? Könnte man Somalis, etwa halbverhungerte und/oder schwerkranke somalische Kinder, aus Deutschland abschieben, wenn sie mithilfe wieder funktionierender Flüge künftig hierherkommen sollten?

Die logisch nicht begründbare enge Kopplung der beiden Forderungen nach Abschaffung der Artikel 16 und 87a des Grundgesetzes ist nicht nur mir aufgefallen. Sie hat unabhängig voneinander verschiedene Autoren zu parodistischen Vorschlägen animiert. Ich nenne die Beispiele von Harry Pross und Jens Prüss. Ich möchte mit einer weiteren parodistischen Simulation schließen:

Resolution XYZ des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen:

"Der Sicherheitsrat

- erinnert an die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta, denen zufolge - in Verbindung mit den Verträgen von Potsdam - alle Naziorganisationen und alle Nazi-Nachfolgeorganisationen effektiv aufzulösen sind;
- stellt fest, daß die deutsche Regierung keine effektiven Maßnahmen ergriffen hat, dieses Grundprinzip der UNO-Charta zu gewährleisten und also gegen ihre Verpflichtungen als UNO-Mitglied in besonders grober Weise verstoßen hat und ständig weiter verstößt;
- erklärt insbesondere seinen Abscheu gegenüber der seit über einem Jahr anhaltenden nahezu unbehelligten Einschüchterungs-,

Brand- und Mordkampagne deutscher Nazibanden gegen Minderheiten, insbesondere Einwanderer und Flüchtlinge;

- bekräftigt seine Beschlüsse, nach denen die deutsche Regierung ihre Politik der ethnischen Säuberungen, insbesondere gegen Roma und Sinti sowie Schwarzafrikaner unverzüglich einstellen und die Genfer Flüchtlingskonvention voll respektieren muß;
- fordert die deutsche Regierung ultimativ auf, ihre kläglichen Ausflüchte angesichts der barbarischen Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Einwanderer unverzüglich einzustellen und insbesondere die Rechtfertigung der nazistischen Gewalttäter durch die Tatsache ihrer Arbeitslosigkeit umgehend zu beenden;
- äußert seinen Ekel angesichts der Tatsache, daß offizielle und offiziöse deutsche Stellen in aller Öffentlichkeit verschiedene Grade von Legitimität der Morde konstruieren, je nachdem ob es sich um lange eingewanderte Menschen oder "nur" um sogenannte "Scheinasylanten" handle;
- beschließt, um diesen Forderungen der Völkerfamilie Nachdruck zu verleihen, ein Ultimatum von dreißig Tagen, gerechnet ab heute, sowie ab sofort die folgenden vorläufigen und abgestuften Sanktionen:
- Um die Logistik der hochbeweglichen nazistischen Mörderbanden lahmzulegen, gilt ab sofort bis zu einem neuen Beschluß des Sicherheitsrates ein absolutes Fahrverbot auf allen deutschen Autobahnen und Bundesstraßen, das von alliierten Luftstreitkräften in Absprache mit dem Generalsekretär überwacht wird;
- Da Teile der deutschen Sicherheitskräfte ganz offensichtlich mit den Mördern sympathisieren, untersagt die Weltgemeinschaft diesen deutschen Sicherheitskräften ab sofort jede weitere Tätigkeit beim Schutz von Einwanderern und Flüchtlingen. Dieser Schutz wird ab sofort von UNO-Streitkräften übernommen, die zunächst und bis auf weiteres nur zu friedenserhaltenden Maßnahmen ermächtigt sind; die deutsche Regierung wird verpflichtet, mit den UNO-Streitkräften vertrauensvoll zusammenzuar-

beiten und ihnen alle notwendigen Fazilitäten, insbesondere die Hoheit auf vom Generalsekretariat festzulegenden Flughäfen einzuräumen;

- Der Sicherheitsrat akzeptiert besonders dankbar das Angebot der Türkei, Eliteeinheiten für die Sicherung der Fluglogistik der alliierten Streitkräfte in Deutschland bereitzustellen;
- Er begrüßt ferner besonders dankbar das Angebot mehrerer Mitgliedsländer, deren Staatsangehörige wegen ihrer Abstammung und Hautfarbe zu den besonderen Zielscheiben der nazistischen Banden geworden sind, Truppen für diese Friedensmission nach Deutschland zu entsenden; er begrüßt insbesondere das entsprechende Angebot Vietnams, das nach seiner Wiedervereinigung seine dadurch gewachsene Verantwortung mustergültig wahrnimmt;
- er bedankt sich herzlich für entsprechende Angebote aus Rußland, stellt sie aber aus historischen Gründen vorläufig zurück, um alle Möglichkeiten einer Deeskalation optimal ausschöpfen zu können;
- Der Sicherheitsrat ermächtigt die zur Überwachung des Fahrverbots eingesetzten Luftstreitkräfte bei Verstößen gegen Buchstaben und Geist dieser Resolution, Autobahnen und Bundesstraßen mittels chirurgisch eingesetzter Präzisionsraketen (Luft-Boden-Raketen) verkehrsuntauglich zu machen; Angriffe gegen Fahrzeuge und Menschen gehören noch nicht zu den von dieser Resolution gedeckten Maßnahmen in der Phase vor Ablauf des Ultimatums;
- Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, nach Ablauf des Ultimatums erneut zusammenzutreten und aufgrund eines Berichts des Generalsekretärs darüber zu befinden, ob seine Beschlüsse von Deutschland vollinhaltlich und ohne jede Winkelzüge und Täuschungsmanöver erfüllt worden sind oder nicht; sollte er zu einem negativen Votum kommen, so erklärt er bereits jetzt, daß er dann zu friedensschaffenden Maßnahmen in

Deutschland schreiten wird, wobei die Völkerfamilie ermächtigt wird, alle notwendigen Mittel zum effektiven Schutz der verfolgten Minderheiten und zur effektiven Ausschaltung aller Nazi-banden zu ergreifen."

Margret Jäger / Siegfried Jäger

## **Verstrickungen - Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamt-Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland**

### **1. Zielsetzung und Grundannahmen**

Rassistische Haltungen und Aussagen zeigen sich auf den unterschiedlichsten Diskursebenen und in den unterschiedlichsten Formen. Sie sind ebenso im Diskurs der Elite, in wissenschaftlichen Spezialdiskursen, im Diskurs der Politik, im Medien-Diskurs etc. und demzufolge auch im Alltagsdiskurs zu finden. Dabei lassen sich offene, verdeckte und aber auch "unausgesprochene", nur implizit zu erschließende Aussagen antreffen.

Die Gesamtheit solcher rassistischer Haltungen und Aussagen wollen wir als den rassistischen Diskursstrang bezeichnen, der sich einerseits aus dem Gesamt des gesellschaftlichen Diskurses in eigenständiger Kontur herauschälen läßt, der andererseits aber mit anderen Diskurssträngen intensiv verbunden und verwoben ist, insbesondere aber mit solchen, die, wie der Rassismus selbst, die Ausgrenzung anderer Menschen zur Folge haben, also z.B. mit dem nationalen bzw. nationalistischen Diskurs, mit dem zur Zeit hervorbrechenden Euthanasie-Diskurs, dem gegen Behinderte gerichteten Diskurs, dem sexistischen Diskurs etc.

Wir gehen ferner davon aus, daß der heute dominante Gesamtdiskurs der BRD von völkisch-nationalen bis nationalistischen Tendenzen durchsetzt ist, wogegen "demokratische" Tendenzen mit dem ihnen innewohnenden utopischen Potential zwar durchaus vorhanden, aber eher rückläufig erscheinen.

Welche Stärke und welche Rolle der erst vor kurzem etwas erstarkende anti-rassistische Diskurs annehmen wird, ist u.E. noch nicht



ausgemacht, und dies wird auch davon abhängen, ob es gelingt aus einem nur "moralisierenden" Anti-Rassismus herauszukommen. Für die derzeitige Situation, so meinen wir, ist festzuhalten, daß der hegemoniale politische Diskurs (= "Demokratie") dazu tendiert, zumindest teilweise mit einem rechtsextremen Diskurs zu verschwimmen, während "links" des herrschenden Diskurses eher nur Relikte linker bzw. linksradikaler Haltungen zu beobachten sind.

Wir meinen nun, und dies wollen wir im folgenden thesenhaft begründen, daß der rassistische Diskursstrang im Konzert des hegemonialen politischen Diskurses zur Zeit eine dominante Rolle spielt, dergestalt daß er Elemente von Aussagen und Erklärungen enthält, die eben auch für andere (Ausgrenzungs-)Diskursstränge stützend, wenn nicht sogar prägend sind.

Dazu möchten wir in einem ersten Teil knapp darstellen, wie Rassismus auf den verschiedenen Diskursebenen zur Zeit einherkommt. Dabei werden wir uns hauptsächlich auf den Alltags- und den Mediendiskurs konzentrieren und weitere Diskursebenen nur skizzenhaft darstellen.

Ebenso skizzenhaft wird auch unser Versuch sein, den rassistischen Diskurs in seinen Berührungen und Verschlingungen mit anderen Ausgrenzungsdiskursen zu verorten. Diese Skizze ist aber notwendig, um vor diesem Hintergrund die Frage nach der Funktion des rassistischen Diskursstrangs im Kontext eines Industriestaates wie der heutigen BRD stellen zu können. Dazu möchten wir einige noch vorläufige Antworten zur Diskussion stellen.

Wenn wir im folgenden den auftretenden Rassismus auf verschiedenen Diskursebenen ansprechen, wollen wir damit nicht sagen, daß diese Diskursebenen jeweils von gleichem Gewicht wären. Zu bedenken ist auch, daß es durchaus diskurs- und handlungsmächtige und weniger diskurs- und handlungsmächtige Personen und Institutionen in einer Gesellschaft gibt: Diskurs- und Handlungsrichtungen sind zu beeinflussen und zu verändern nach Maßgabe von Macht, Einfluß und durchzusetzenden Interessen. Diese können sehr kurzfristig sein, d.h. den langfristigen Interessen durchaus widersprechen.

Während also unsere erste Frage lautet, wie rassistische Haltungen in den Diskursen vorkommen und welche Einflüsse die verschiedenen Diskursebenen aufeinander ausüben etc., richtet sich die zweite Frage darauf, welche Zwecke damit verbunden werden, bzw. welche Funktion der verbreitete Rassismus und die Verbreitung des Rassismus haben.

Die genaue Beantwortung dieser Fragen, insbesondere der zweiten Frage, hätte zur Voraussetzung, daß wir eine Analyse der Gesamtheit der gegebenen Diskurse und damit verbunden, der Gesamt-Gegebenheiten einer Gesellschaft vornähmen. Dies läßt sich im Rahmen dieses Referats natürlich nur sehr grobkonturig skizzieren.

Zunächst aber zur ersten Frage: Wie treten rassistische Haltungen in den unterschiedlichen Diskursebenen auf, in welcher Beziehung stehen sie zu anderen Diskurssträngen etc. Dabei können wir uns im folgenden auf eigene empirische Untersuchungen zum Alltagsdiskurs und zum Mediendiskurs stützen, sowie auf vorliegende oder im Gang befindliche Analysen zu anderen Diskursebenen aus unseren eigenen bzw. benachbarten Arbeitszusammenhängen.

## **2. Rassismus auf verschiedenen Diskursebenen und ihr Einwirken aufeinander**

### **2.1. Rassismus im Alltagsdiskurs**

Wir möchten im folgenden die wesentlichen Ergebnisse unserer bisherigen Untersuchung von Alltagsdiskursen ganz knapp zusammenfassen<sup>1</sup>:

1. Alle von uns Interviewten sind mehr oder minder stark in den rassistischen Diskurs verstrickt, egal, ob alt oder jung, männlich oder weiblich, egal, welche Partei sie wählen und welchen Beruf

**1** Vgl. dazu ausführlich Jäger 1992

sie ausüben. Diese Erkenntnis mag manchem lapidar und banal erscheinen. Sie ist es aber nicht, denn mit diesem Hinweis auf die Verstrickungen der jeweils Einzelnen in einen rassistischen Diskurs ist gleichzeitig gesagt, wie umfassend der Rassismus zur Denkweise unserer Gesellschaft gehört. Damit ist auch angesprochen, daß wir mit unserem Hinweis auf die umfassende, quasi flächendeckende Wirksamkeit von Rassismus nicht davon ausgehen, bei all diesen Leuten handele es sich um Rassisten. Mit dem Terminus der Verstrickung wollen wir auch verdeutlichen, daß es sich dabei vielfach um einen unhinterfragten Umgang mit rassistischen Konstruktionen handelt, was wiederum nicht heißen soll, nicht-rassistische Haltungen seien in der Bundesrepublik nicht möglich.

2. Rassismus wird oft verdeckt geäußert. Typisch sind Verleugnungsstrategien der Art: "Ich habe nichts gegen Ausländer, aber es sind doch zu viele hier. Unser Boot ist voll!" Oder: "Ich bin nicht unbedingt dieser Ansicht. Aber mein Vater, und auf den ist Verlaß, meint, daß Ausländer für uns Deutsche eine Gefahr darstellen." Oder, um ein etwas schwierigeres Beispiel zu zitieren: "Ausländer sind doch auch Menschen!" Hier drückt sich dadurch eine rassistische Haltung aus, daß eine Unterstellung, eine sogenannte Präsupposition, mitgedacht wird, eben daß man überhaupt davon ausgehen könnte, daß dies nicht der Fall wäre.
3. Insgesamt taucht ein Katalog von etwa 30 Vorurteilen auf, der von den meisten strikt geteilt wird. Insofern können wir sagen: Es handelt sich nicht um ein individuelles Problem, sondern um ein soziales. Die Vorurteile sind sozial fest verankert. Häufig handelt es sich um unzulässige Verallgemeinerungen von Einzelfällen wie etwa: "Die Ausländer sind kriminell."
4. Dieser Katalog von Vorurteilen findet sich auch in den Medien, und es ist zu vermuten, daß die Medien zur Verfestigung, wenn nicht sogar zur Erzeugung rassistischer Einstellungen erheblich beitragen. Ein Indiz dafür sind die von uns so genannten "journalistischen Schlüsselwörter". Damit sind solche Begriffe und Wör-

ter gemeint, die nicht zur "normalen" Sprache (des Ruhrgebiets) gehören. Beispiele: Aggression, Ambition, Asylant, Diskriminierung, Identität, Infrastruktur, integrieren, Kultur oder Kulturkreis, Mentalität, Strukturwandel, - um nur einige zu nennen.<sup>2</sup> Diese Begriffe wurden von den Interviewten gerade an den Stellen verwendet, wo es darum ging, einen für sie komplizierten Sachverhalt kurz und knapp zu erklären. Ein Beispiel: "Die Ausländer haben halt eine andere Mentalität." Der Begriff der Mentalität, zumal in aller Munde, macht eine Hinterfragung, was denn diese Mentalität eigentlich ausmacht, scheinbar unnötig, denn er "spricht für sich". Ein weiteres Beispiel liegt vor, wenn von "der anderen Kultur" oder vom "fremden Kulturkreis" die Rede ist. So wurde zum Beispiel gesagt, die EinwanderInnen sollten durchaus "ihre Kultur" beibehalten können, doch sie sollten deutsch sprechen. Dies weist darauf hin, daß der Begriff Kultur als verallgemeinernde Leerformel genutzt wird, durch die die tatsächliche Differenziertheit der kulturellen Gegebenheiten unterschlagen wird. Solche Pauschalisierungen treten in den Medien sehr häufig auf, weshalb man sich auch nicht wundern muß, daß auch der Alltagsdiskurs zum Beispiel in bezug auf die Kenntnis der Fluchtursachen ebenfalls äußerst undifferenziert ist. Deshalb ist anzunehmen, daß die Medien hier als Lieferanten solcher Klischees fungieren.<sup>3</sup>

5. Abgrenzungen und Ausgrenzungen werden mit Hilfe von sprachlichen Bildern markiert, wobei die Kollektivsymbolik eine sehr wichtige Rolle spielt. Beispiele: "Fluten bedrohen uns", "Dämme müssen errichtet werden", "eine Giftsuppe kocht hoch" usw. Das Auftreten solcher Symbole im Alltagsdiskurs läßt stark vermuten, daß sich hier der Einfluß der Medien geltend macht.

Charakteristisch für den Alltagsdiskurs ist dabei die Verwendung

- 2 **Das ausgewählte Lexikon "journalistischer Schlüsselwörter" ist von Hermann Cölfen per EDV erstellt worden.**
- 3 **Zur Unkenntnis der Deutschen hinsichtlich der Fluchtursachen vgl. A. Müller 1992.**

von sogenannten Pragma-Symbolen. So wird das "Kopftuch" zum Beispiel als konkreter Gegenstand und gleichzeitig als Symbol für Rückständigkeit angesprochen.

6. In der Bevölkerung herrscht noch ein erheblicher Antisemitismus. Dieser richtet sich aber vor allem gegen Türken, denen damit gedroht wird, daß es ihnen eines Tages gehen könnte wie den Juden im "Dritten Reich".
7. Auch werden demokratische Argumente verwendet, um rassistische Einstellungen abzusichern: "Die Türken behandeln ihre Frauen schlecht, und deshalb lehnen wir sie ab, deshalb haben sie hier nichts zu suchen."
8. Die Ausgrenzungen der Einwanderer und Flüchtlinge gehen einher mit latenten Handlungsbereitschaften. Damit ist nicht nur die Inkaufnahme und Einforderung von struktureller staatlicher Gewalt gemeint, wie dies bei der Abschiebung der Fall ist. Man will unter Umständen selbst Hand anlegen, um die Ausländer los zu werden. Insofern kamen die Beifallsbekundungen der Bürgerinnen und Bürger in Hoyerswerda, Rostock und andernorts für uns auch nicht überraschend.

## **2.2. Rassismus im Mediendiskurs**

Beim Zustandekommen solcher Haltungen spielen die Medien eine sehr wichtige Rolle. Sie sind zwar nicht allein dafür verantwortlich. Auch der Politikerdiskurs, der Erziehungsdiskurs, wissenschaftliche Diskurse, soziale und ökonomische Verwerfungen usw. können erheblich zu diesen Haltungen beitragen.

Wir wollen uns zunächst aber etwas stärker auf den Beitrag der Medien konzentrieren, zu denen die gesellschaftlichen Eliten natürlich besonders leichten Zugang haben. Die Medien schaffen zwar nicht den alltäglichen Rassismus, es handelt sich keineswegs um eine Einbahnstraße von den Medien hin zum Alltagsbewußtsein. Sie nehmen alltägliches Denken auf, spitzen es zu und reproduzieren solche Haltungen von Tag zu Tag immer wieder aufs Neue. Auch deshalb ist es

erforderlich, den Medien besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Angesichts der laufenden Debatte um das politische Asyl in der Bundesrepublik wollen wir dies exemplarisch für die Behandlung von Flüchtlingen in den Medien nachzeichnen.

Bereits seit den späten 70er und frühen 80er Jahren läßt sich bei den Medien eine eigentümliche begriffliche Spaltung erkennen, wenn über Flüchtlinge berichtet wird. Seit dieser Zeit nämlich geistert die neue Bezeichnung "Asylant" durch fast alle Medien.<sup>4</sup>

Mit dem Terminus "Asylant" werden vornehmlich bis ausschließlich nur diejenigen Flüchtlinge bezeichnet, die aus Ländern der sog. dritten Welt zu uns kommen, während für solche aus Osteuropa weiterhin der Begriff "Flüchtling" angewendet wird. Durch diese Terminologie wird eine Aufspaltung in gute, zugangsberechtigte Flüchtlinge und schlechte, nicht berechnete Flüchtlinge vorgenommen.

Die Flüchtlinge, das sind die politisch Verfolgten, von denen es auch nur wenige gibt. "Asylanten", das sind die Massen, die uns bedrängen, die mit dem Grundgesetz Mißbrauch treiben usw. Unter Berücksichtigung der Gruppe der Aussiedler haben wir in den Medien mit einer Hierarchie von Flüchtlingen zu tun, die der Spiegel im September 1991 in seiner Titelstory prägnant ausgeführt hat. Dort heißt es in negativer Steigerung: "Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten - Ansturm der Armen".

Dabei ist von Bedeutung, daß hier ein soziales Problem aufgespalten und die eine Seite ausgegrenzt wird. Dies kann sich auch deshalb vollziehen, weil das Wort "Asylant" mit seiner Endung -ant bei der deutschen Bevölkerung negativ konnotiert ist. Wir können feststellen, daß Worte, die mit dieser Endung abschließen, im umgangssprachlichen Bereich fast ausnahmslos negative Bilder bei den RezipientInnen hervorrufen. "Asylant" - das erinnert an Querulant, Simulant, Sympathisant und dergleichen. Menschen, die so bezeichnet werden, werden als in die Nähe von Tieren und Ungeziefer gestellte wahrgenommen.

**4** Zur Verbreitung und zur Wirkung des Wortes "Asylant/Asylanten" vgl. Link 1983.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen - wir wollen hier nicht behaupten, der Begriff "Flüchtling" habe bei den Deutschen durchgängig einen positiven Klang; mit der Aufspaltung in "Asylant" und "Flüchtling" wird die negative Einstellung noch einmal zu Lasten der sog. "Asylanten" verstärkt.

Indem die Medien solche Begriffe reproduzieren, tragen sie mit dazu bei, die Flüchtlinge in der Bevölkerung mit einem negativen Image zu versehen. (Wir verweisen hierzu im einzelnen besonders auf die Analysen von Jürgen Link.)

Doch das ist es nicht alleine. Hinzu kommt, daß der Begriff "Asylant" in eine Verbindung mit anderen kollektiven Symbolen gebracht wurde und wird, die mit zur Eskalation gegenüber fremden Menschen in unserem Land beigetragen hat.

Unter solchen Symbolen verstehen wir dabei Bilder, die gleichzeitig Träger eines bestimmaren Sinns sind. Das können Bilder im Wortsinne sein, also Fotos und Karikaturen, es können aber auch Sprachbilder sein. "Wichtig ist, daß diese Symbolik der Medien für den Großteil der Gesellschaft sofort den Effekt von 'Verständlichkeit' hervorruft und eben 'sinnvoll' erscheint." (Gerhard 1992, S. 165)

Gerade an der Debatte über Flüchtlinge, die seit Jahren in den Medien geführt wird, läßt sich nachvollziehen, wie durch den Einsatz und den Gebrauch solcher Symboliken in der Bevölkerung ein Bedrohungsgefühl entstanden ist, das geradezu danach verlangt, die Gefahr endlich abzuwehren und nun endlich - möglicherweise auch gewaltsam - dagegen vorzugehen.

Denn die Flüchtlingsdebatte in der BRD wird nicht nur mit der Flut- und Boot-Symbolik in den Medien geführt. Hinzu kommt der militärische Symbol-Komplex, mit dem diesen Menschen begegnet wird.

Der Effekt dieser Symbolik ist deutlich: Flüchtlinge und Einwanderer werden zur militärischen Bedrohung, zur feindlichen Armee, die die Bundesrepublik bzw. Westeuropa belagert.

Die Fülle der Beispiele zeigt, daß die verschiedenen Symbole nicht isoliert von einander

stehen. Ute Gerhard kommt in ihrer Analyse der Medien zu folgendem Ergebnis, dem wir uns gerne anschließen möchten:

Es "bilden die in den Medien zum Thema Asyl stereotyp wiederholten Symbole eine Kette von Äquivalenzen, aufgrund derer sich die folgenden Analogien ergeben. Die Bundesrepublik ist im Verhältnis zu Flüchtlingen und Einwanderern wie eine 'Insel', ein 'Land' ohne 'Damm' angesichts von Fluten; wie ein 'Boot', in den 'Fluten' mit 'geöffneten Schotten' bzw. 'Undichtigkeiten', wie ein Land, bei dem trotz einer 'Belagerung' bzw. 'Invasion' die 'Einfallstore' weit offenstehen, wie ein 'Haus', in dem ein 'Sprengsatz' deponiert wird; wie ein 'Körper', der von 'Krankl

Hier wird ein Bild entworfen, das ein Subjekt in absoluter Bedrohung zeigt, eine Art imaginierter Notwehr-Situation, die geradezu nach Handlungsbedarf schreit. Und genau hier ist das Moment auszumachen, wo die Medien mit dazu beitragen, bei den Menschen im Lande Handlungsbereitschaften zur Gewalt zu erzeugen bzw. diese Gewalt als akzeptierbar und notwendig erscheinen zu lassen.

Wichtig aber ist, daß sich diese scheinbare Notwehrsituation allein aufgrund der bildlichen Logik der Symbole ergibt. Die gewalttätigen Gruppen, die angesichts dieser Formulierungen in den Medien zur Tat schritten und weiter zur Tat schreiten, müssen sich durch die Berichterstattung und Einschätzungen der Medien und Politiker dazu geradezu aufgefordert fühlen. Das erklärt auch mit, warum die Täterinnen von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln und anderswo ihre Taten auch damit rechtfertigten, sie seien nur die Vollzieher dessen, was der größte Teil der Bevölkerung will und wozu sich die Politiker nicht trauen. (Vgl. dazu Quinkert/Jäger 1991)

Nun könnte man meinen, die Medien seien nach den Ereignissen nach Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln und anderswo aufgewacht und hätten ihre Berichterstattung verändert oder doch zumin-



dest stark modifiziert. Doch dies ist bei dem größten Teil leider nicht der Fall. Weiterhin wird von "Asylanten-Strömen" gesprochen, weiterhin sehen die meisten Journalistinnen "die Dämme brechen" und Deutschland "in einem Meer von Flüchtlingen versinken".

Nach Hoyerswerda und vor allem nach Rostock ist jedoch noch etwas anderes hinzugekommen. Die Medien vollbringen das Kunststück, sich einerseits über die rassistisch motivierten Überfälle zu empören und zugleich rassistische Einstellungen weiter zu reproduzieren und zu verfestigen.

Dazu hat die WAZ am 6. November 1992, vermutlich unfreiwillig, ein besonders kurioses Beispiel gegeben. Ihre Schlagzeile des Tages lautete: "NRW verstärkt Kampf gegen Rechts-Terror. Sonderkommissionen gegen Ausländer-Straftaten."

Unsere Presseanalysen zur Berichterstattung über die Ereignisse in Rostock, die wir in dem Bändchen "SchlagZeilen" herausgegeben haben<sup>5</sup>, zeigen - wir fassen summarisch zusammen - , daß nahezu unisono die hinter dem Aufschrei verborgene Botschaft fast der gesamten Presse und nahezu aller Autorinnen darauf hinauslief, eine "Lösung" des Problems darin zu sehen, daß man die Grenzen dicht machen müsse, daß die unberechtigten Flüchtlinge abzuschieben seien etc. Der Grundtenor dieser Berichterstattung muß deshalb als rassistisch bezeichnet werden.

Neben solchen eindeutigen Kommentierungen lassen sich auch Berichte und Stellungnahmen auffinden, die sich zwar nicht gegen die anwesenden Flüchtlinge und Ausländer richten, die aber gleichwohl andere diskriminierende Argumentationstypen darstellen: Da werden **die** Jugendlichen, **die** Ostdeutschen oder auch **die** Sozialschwachen als diejenigen hingestellt, die für die Gewalttaten verantwortlich sind. Die Hauptsache scheint dabei zu sein, schnell einen Sündenbock auszumachen, um dann wieder zur Tagesordnung, zur Normalität übergehen zu können.

Nach den Morden von Mölln befließigt sich vor allem auch Bild weiterhin dieser Doppelstrategie. Sie beschwört einerseits die Schande für Deutschland und bejubelt die Fahndungserfolge gegen die rassistischen Straftäter - zugleich schürt sie weiter Rassismus, spricht sie von "Asylanten" und einer "Flut", derer nicht Herr zu werden sei, und: Gipfel der Hetze, sie beklagt auch den Familienzuzug, den sie für dieses Jahr auf 200 000 beziffert. Denn dieser besteht bekanntlich vornehmlich aus Türkinnen. In Klartext: Wieder werden die Opfer zu Tätern hochstilisiert.<sup>6</sup>

Sicherlich tragen die Medien nicht die alleinige Schuld am Zustand unserer Republik; bescheinigt werden muß ihnen nach unseren Analysen jedoch eine erhebliche Mitschuld an den Ereignissen. Sie haben dazu beigetragen, daß die Flüchtlinge, die in unser Land einreisen, als eine solch gravierende Abweichung von unserer Normalität angesehen werden, daß der daraus resultierende Handlungsbedarf geradezu als zwingend erscheint, und sie tragen weiterhin dazu bei, daß sich angesichts der inhumanen Vorgänge in unserem Land anti-rassistisches Gedankengut nur schwer durchsetzen kann.

Wichtig ist der von uns erbrachte Nachweis, daß die zentralen Inhalte der Medien und auch die in den Medien damit einhergehende Kollektivsymbolik auch im Alltagsbewußtsein bzw. im alltäglichen Sprechen erscheint, so daß bereits daraus der Schluß gezogen werden kann, daß die Medien einen erheblichen Einfluß auf den Alltagsdiskurs haben.<sup>7</sup>

Dies belegt auch das bereits erwähnte Auftreten journalistischer Schlüsselwörter in unseren Interviews. Ferner möchten wir darauf hinweisen, daß die von uns Interviewten in vielen Fällen die von ihnen konsumierten Medien als die wichtigsten Quellen ihres Wissens über Einwanderer explizit angegeben haben.

6 Vgl. dazu etwa die Ausgaben von BILD in der Zeit vom 27. November bis zum 2. Dezember 1992.

7 Vgl. dazu besonders Jäger<sup>1</sup> 1992 S. 251 ff. und 282 ff.

### 2.3. Rassismus im Diskurs der Politik

Für die Ebene des deutschen Politikerdiskurses haben wir in unserem Institut noch keine systematischen Untersuchungen durchgeführt. Zwar sind in unseren Analysen des Mediendiskurses auch immer wieder authentische Aussagen von Politikern zitiert worden; eine Untersuchung etwa der Parlamentsdebatten, der "großen Parteireden" etc. steht jedoch noch aus. Trotzdem läßt sich auf der Grundlage der Beobachtung des politischen Alltagsgeschehens und der damit verbundenen Äußerungen von Politikerinnen, etwa zu den Themen Ausländerrecht und Asyl, sagen, daß der Politikerdiskurs der etablierten Parteien stark rassistisch geprägt ist, auch wenn sich solche Haltungen meist hinter vorsichtigen Formulierungen und bürokratischer Sprache zu verbergen versuchen.<sup>8</sup>

Teun A. van Dijk, der den Politikerdiskurs in einer Reihe europäischer Parlamente untersucht hat, (Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, die USA und auch Deutschland) meint denn auch, daß der "politische Diskurs ... eine noch größere Rolle für die Definition der Situation von Einwander(inne)n (spiele) als der Mediendiskurs." (van Dijk 1992a, S. 200) Die Hauptthemen des Politikerdiskurses sind danach: "Fortdauernde soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Sozialprogramme, Nachteile im Bereich der Erziehung, die verbreitete Ablehnung der Einwanderer, die Ankunft neuer 'Wellen' von Flüchtlingen aus dem Süden" etc. (ebd.) Van Dijk stellt in Rechnung, daß die Reden im Parlament bis hin zu den Zwischenrufen selten spontan sind, sondern schriftlich vorbereitet und als Fensterreden anzusehen seien. Dies habe zur Folge, daß solche Aussagen stark kontrolliert und in gewisser Weise "vorzensiert" seien. Trotzdem ermittelt van Dijk eine Vielzahl rassistischer Äußerungen, was wir mit einigen wenigen Belegen aus dem deutschen Bundestag weiter unterstreichen wollen.

8 **Die Grünen, das Bündnis 90 und die PDS müssen hier jedoch weitgehend ausgenommen werden.**

Ein Beispiel:

*"Es gehört zu dieser fairen Balance der Interessen, daß die weitere Einwanderung von Fremden limitiert werden muß, denn für jede Gesellschaft gibt es Grenzen der Fähigkeit und der Bereitschaft zur Integration."*

Dieser Satz stammt aus einer Debatte um das neue, Anfang 1992 verabschiedete Ausländergesetz. Seine Strategie besteht darin, so kommentiert van Dijk diese Aussage, die negativen Begleiterscheinungen einer beabsichtigten Gesetzgebung in milderem Licht erscheinen zu lassen. (van Dijk 1992a, S. 205)

Die gleiche Absicht läßt sich auch an der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages zum Thema "Wesensgehalt des Grundrechts auf Asyl" ablesen, die am 20. Oktober 1992, vier Tage bevor Kanzler Kohl in Sachen Asyl vom "Staatsnotstand" sprach, veröffentlicht wurde. Inhaltlich geht es dort eben nicht darum, den Wesensgehalt des Asyls darzulegen, sondern um die Formulierung dessen, was diesen Wesensgehalt einschränken könne. Das sei dann erforderlich, wenn "die Sicherheit Deutschlands durch eine nicht mehr zu bewältigende Masse von Asylbewerbern bedroht" sei. (zitiert nach Spiegel 46/1992) Im ausführlicheren Kontext liest sich das so:

*"Dementsprechend stehen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Grundrechte als Anspruchsgrundlage für staatliche Leistungen unter dem Vorbehalt staatlicher Ressourcen. Dabei ist auf die jeweils konkrete Situation in Deutschland, unter anderem auf die Aufnahmefähigkeit unter allgemeinen politischen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, abzustellen."* (Zitiert nach Der Spiegel 46/1992)

Unter Berufung auf die Autorität des Bundesverfassungsgerichts wird hier, ohne es explizit zu sagen, dafür plädiert, die Grenzen Deutschlands zu schließen, wenn es die politischen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte erforderlich machen. Die Brutalität dieses Vorgehens wird durch den betulichen und sachlich wirkenden Sprachstil verdeckt. Doch Argumentationsweisen die-

ser Art provozieren dann die Politiker dazu, die Ausrufung des "Staatsnotstandes" zu erwägen, begleitet von der ausdrücklichen Bejahung der Notwendigkeit des "formellen Verfassungsbruchs" durch den bayrischen Minister Edmund Stoiber.

Insgesamt scheint sich der Diskurs der Politik - im Unterschied etwa zu dem der Medien - einer vornehmen, sachbetonten, wenn nicht gar moderaten Sprache zu befleißigen. Dies erklärt auch, warum das Geschrei dann so groß ist, wenn es jemand aus den eigenen Reihen wagt, die Dinge beim Namen zu nennen, wie dies bei dem folgenden Vorfall zu beobachten war:

Im November 1990 hatte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag von Schleswig-Holstein, Börnsen, der CDU-Fraktion den Vorwurf gemacht, die Ablehnung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und die Art und Weise, wie die CDU-Abgeordneten diesen "Triumph" feierten, stelle "im Kern ein Stück Rassismus" dar. Dies führte zu einem Sturm der Entrüstung und zu weiteren Debatten, in deren Verlauf die Sozialdemokraten diese Aussage Schritt für Schritt zurücknahmen.

Der CDU-Abgeordnete Kribben sprach vom "bösen Wort des Rassismus" und davon, daß ein solcher Vorwurf gegenüber der CDU "absurd, abwegig, beleidigend und verletzend zugleich" sei. Er verstoße gegen die "Grundbedingungen der politischen Fairneß und des Anstandes".<sup>9</sup> Zuvor hatte der so gescholtene Abgeordnete Börnsen gegenüber dem Ältestenrat erklärt, er habe mit seiner Bemerkungen niemanden "persönlich verletzen noch der CDU eine wie auch immer geartete geistige Verbindung zum Nationalsozialismus unterstellen wollen".<sup>10</sup> Doch das reichte der CDU zur Klarstellung nicht aus. Sie initiierte eine Debatte über diesen Vorfall und erreichte, daß der Abgeordnete Börnsen einräumte:

9 **Plenar-Protokoll des Schleswig-Holsteinischen Landtages 12/66 vom 27.11.1990, S. 3871**

10 **Vgl. ebd S. 3797**

*"Sie können mir mit Recht vorwerfen, daß ich den schillernden Begriff des Rassismus zu unpräzise und ohne genaue Definition gebraucht habe. Für mich ist jede Ausländerfeindlichkeit, die andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, wegen ihrer Religion oder wegen ihrer Nationalität zu Menschen zweiter Klasse stemmelt, im Kern ein Stück Rassismus."*

Und auch Ministerpräsident Engholm versuchte die Wogen zu glätten, indem er den Gebrauch des Wortes Rassismus als "problematisch" einstufte, und er fügte hinzu, "daß er (der Begriff des Rassismus) in der Tat zu Mißverständnissen führen" könne. Auf diese Weise konnte der "Ausrutscher", daß im Hohen Haus des Parlaments einmal deutlich die Wahrheit gesagt worden war, wieder ausgebügelt werden.

Diese Vorgehensweise entspricht exakt den Beobachtungen van Dijks, der seine Untersuchungen zum Politikerdiskurs folgendermaßen zusammenfaßt:

Die "Beispiele aus verschiedenen westlichen Parlamenten zeigen, daß, obwohl die Debatte in weniger extremistischen Termini als in weiten Teilen der rechten oder Boulevardpresse oder auch in Alltagsgesprächen geführt wird, ziemlich ähnliche Strategien und Argumentationsfiguren verwendet werden, wenn über Einwanderer und Flüchtlinge gesprochen wird. Höchst charakteristisch für diese Art des politischen Diskurses

Wir denken, daß dies insgesamt auch für den bundesdeutschen Politikerdiskurs gilt. Eine Analyse der Debatte innerhalb der SPD über die Änderung des Art. 16 GG liefert(e) dazu leider nur weitere Beispiele.<sup>12</sup>

#### **2.4. Rassismus im Erziehungsdiskurs**

Auch im Erziehungsdiskurs tauchen rassistische und ausgrenzende Elemente auf.

Untersuchungen von Schulbüchern zeigen, daß rassistische und biologistische Elemente in nahezu allen Schulbüchern aller Fächer bis hin zu Mathematikbüchern auftreten. Wir verweisen hierzu auf die internationale Forschung, die bei van Dijk, der selbst Untersuchungen zu niederländischen Schulbüchern vorgenommen hat, übersichtlich zusammengestellt ist. (van Dijk 1992b, S. 21-28) "Solche Untersuchungen", so schreibt er, "stimmen völlig unzweideutig darin in ihren Ergebnissen überein, und man kann sie so zusammenfassen, daß die Schulbücher, ob offen wie in der Vergangenheit oder subtiler wie heute, nicht-westliche Menschen, Gesellschaften und Kulturen ignorieren, marginalisieren, erniedrigen oder problematisieren." (ebd. S. 22)

Doch auch der betreffende Einfluß der Primärsozialisation ist groß, wozu dann auch noch Fernsehprogramme, Kinderbücher etc. das Ihrige beitragen. Wenn Großeltern und Eltern selbst erheblich in rassistische und antisemitische Diskurse verstrickt sind, wie unsere Untersuchungen ergaben (S. Jäger 1992), so wundert es nicht, daß solche Haltungen auch an Kinder und Kindeskindern weitergegeben werden. So ist auch die Beobachtung Phil Cohens z.B. nicht überraschend, daß rassistische Haltungen bereits bei Kindern im Vorschulalter und im frühen Schulalter festzustellen sind. (Vgl. Cohen 1992a und b)

Die Untersuchung von Detlef Franz über Biologiebücher bestätigt zudem, daß biologistische und rassistische Darstellungen in Deutschland eine lange Tradition haben und bis in die Gegenwart hinein immer wieder aufgenommen werden. (Vgl. Franz 1993)

**12 Für die Tradition rassistischer Haltungen im Politikerdiskurs vgl. auch Elfferding 1986.**

## 2.5. Rassismus im wissenschaftlichen Diskurs

Auch in den wissenschaftlichen Spezialdiskursen nahezu aller Disziplinen finden sich rassistische Einsprengsel, wobei sich die Diskurse der Verhaltensforschung besonders hervortun. Konrad Lorenz und seine Schule sind hier nur das spektakulärste Beispiel. Arthur Jensen, Hans Jürgen Eysenck, Peter Singer sind einige weitere bekannte Namen, die für diesen Diskurs stehen.<sup>13</sup>

Viele dieser Wissenschaftler neigen dazu, mit geradezu messianischem Einsatz ihre Ansichten mit Macht und unter Inkaufnahme drastischer Popularisierungen über den Mediendiskurs in den Alltagsdiskurs einzuspeisen, wobei sie von sog. Wissenschaftsjournalisten wie etwa Dieter E. Zimmer in der liberalen ZEIT nachdrücklich unterstützt werden. Die allgemeine Hochschätzung von Wissenschaft dieser Art verleiht ihren falschen Propheten besonders starken Einfluß in der Bevölkerung, was dadurch noch weiter untermauert wird, daß viele dieser Pseudo-Wissenschaftler auch in den Medien besonderen Respekt erfahren, was wiederum dazu führt, daß sie auch in massenwirksamen Erziehungssendungen von Rundfunk und Fernsehen immer wieder zu Wort und Bild kommen.

## 2.6. Historische Kontinuitäten

Es erübrigt sich beinahe, nun auch noch auf die historische Kontinuität des rassistischen Diskursstrangs einzugehen. Wir möchten uns deshalb auch damit begnügen, auf eine Untersuchung zu Biologiebüchern zu verweisen, die zeigt, daß sich selbst rassehygienische Vorstellungen der Biologiebücher des 3. Reiches bis in die Gegenwart des heutigen deutschen Biologieschulbuchs fortschleppen. (Franz 1993) Doch dies ist nur ein Beispiel für ein Allgemeines, das den gesamten rassistischen Diskurs charakterisiert. Er ist zutiefst und besonders stark in der jüngeren Geschichte der westlichen Industrienationen verankert, wie z.B. die Untersuchungen von Robert Miles für Großbritannien überzeugend nachweisen. (Miles 1991)

**13 Vgl. dazu z.B. Jäger/Paul 1991.**





Diskurse - sei es die nazistisch-völkische Staatslehre von Carl Schmitt oder - bei der Übertragung tierischen Verhaltens auf menschliches Verhalten - die Verhaltensforschung von Konrad Lorenz oder Irenäus Eibl-Eibesfeldt.

Der Alltagsdiskurs seinerseits nun ist für diese Prägung besonders gut vorbereitet durch den Erziehungsdiskurs, der sowohl durch die Schule und die Schulbücher wie auch durch die Erziehung im Elternhaus bestimmt ist. Es ist zudem zu vermerken, daß Elemente des Alltagsdiskurses von anderen Diskursen aufgesogen und systematisiert werden, so daß sie in dieser wirkungsvolleren Form wiederum in den Alltagsdiskurs eingespeist werden können.

Der auch auf dieser Grundlage entstehende militante Rassismus und die Stärkung rechtsextremistischer Bewegung, die damit einhergeht, ist von den hegemonialen Kräften in diesem Lande so nicht gewollt. Er ist sogar im Sinne der herrschenden Interessen dysfunktional, und wir erleben zur Zeit manchen - oft nur primär symbolischen - Versuch, ihn wieder einzudämmen und auf das Niveau zurückzudrängen, auf dem er funktional für den gesellschaftlichen Ablauf ist.<sup>14</sup> Dabei fällt zudem ins Auge, daß der Versuch der Eindämmung allerdings wiederum rassistisch daherkommt, denn seine dominante Lösungsperspektive ist die, sich gegen weitere Einwanderung abzuschotten und dafür Rückendeckung in der Bevölkerung zu erhalten. Das heißt, selbst in dem Versuch, die dem Rassismus innewohnende militante, gewaltsame Komponente symbolisch zurückzudrängen, reproduziert der politische Gesamt-Diskurs in der Bundesrepublik zur Zeit rassistische Einstellungen. Zugleich ist zu beobachten, daß die Gelegenheit genutzt wird, bedeutende Artikel des Grundgesetzes infragezustellen oder gar vom Staatsnotstand zu sprechen - wie Bundeskanzler Helmut Kohl.<sup>15</sup>

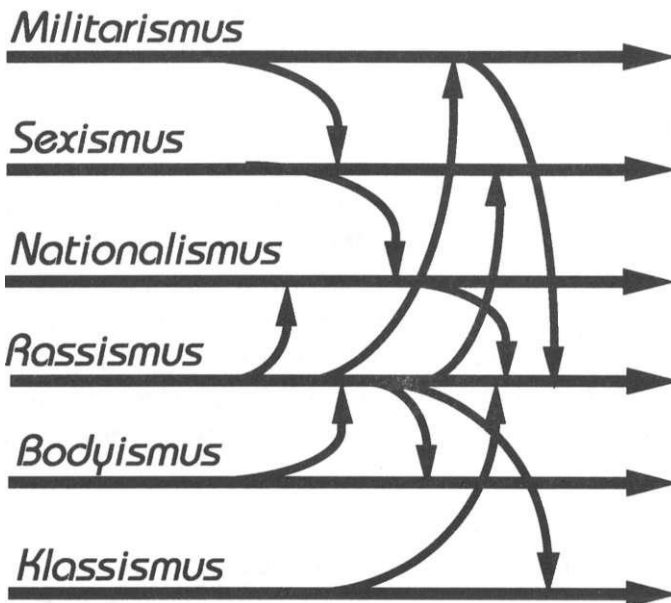
- 14** Das Verbot einer rechtsextremen Organisation, der NF, die ganze 130 Mitglieder hat und in Auflösung begriffen ist, bei Schonung der größeren Organisationen, stellt dafür nur ein Beispiel dar. Die Verfolgung des militanten Rassismus richtet sich zudem fast ausschließlich gegen Einzeltäter.
- 15** Vgl. dazu auch den Beitrag von Hauke Brunkhorst in diesem Buch.

### 3. Die Verschlingungen und Verzahnungen des rassistischen Diskursstranges mit anderen Diskurssträngen

Der rassistische Diskursstrang spielt im Konzert der Bemühungen, die gesellschaftliche Entwicklungsdynamik in Richtung eines konservativen oder gar völkisch-nationalistischen Modells zu steuern, wohl das lauteste Instrument, neben dem allerdings auch noch andere mit deutlich vernehmbaren, wenn auch etwas leiseren Tönen zu hören sind, die der Erreichung dieses Ziels ebenfalls dienlich sind.

Hierzu gehören insbesondere der nationalistische und der militaristische Diskurs, dessen Verbindung zum rassistischen Diskursstrang Jürgen Link in seinem Beitrag angesprochen hat.

#### Diskursive Verschlingungen



Hierzu gehören aber auch bevölkerungspolitische, sexistische und gegen Behinderte, Alte, Schwule, Obdachlose und andere störende Bevölkerungsgruppen gerichtete Diskurse. Sie vereinigen sich zu einem Hauptstrom, indem sie sich gegenseitig - trotz mancher gegenseitiger Unverträglichkeiten und Widersprüche - ergänzen, durchdringen und stützen.

Zwei Beispiele sollen hier nur andeuten, wie sich die verschiedenen Diskursstränge im Inter-Diskurs gegenseitig "befruchten" und insgesamt den Trend des konservativen Modells Deutschlands verstärken.

Am 24. Oktober 1992 sprach Bundeskanzler Kohl, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit der sogenannten "Asylproblematik" von einem "Staatsnotstand" und entfachte eine politische Diskussion über den Zustand unserer Republik. Neben den strikten Zurückweisungen, mit denen der Kanzler rechnen mußte und gerechnet hat, war der eigentliche Effekt dieser Äußerung eine Enttabuisierung von Handlungen des Staates, die offen geltende Gesetze brechen bzw. zu umgehen versuchen. Die Äußerung von Stoiber, notfalls "unter bewußter Umgehung der Verfassung" Gesetze zu erlassen, die die "Grenzen dichtmachen" (so der CDU-Abgeordnete Rupert Scholz) (Spiegel 46/1992), unterstreicht diese Absicht.

Diese (neue) Notstandsdebatte wird ein paar Wochen später in einem anderen Zusammenhang von Verteidigungsminister Volker Rühle wieder aufgenommen. Auch er will die Verfassung umgehen und durch ein "Entsende-Gesetz" die Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfeinsätzen der Vereinten Nationen ermöglichen. Auch er nimmt dabei die Verfassungswidrigkeit seiner Handlung in Kauf, er versucht sie sogar zu einem Problem der zaudernden SPD zu machen, die ihn mit ihrer Verweigerungshaltung geradezu dazu zwingt, so vorzugehen. Zwar konterte der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel laut Frankfurter Rundschau noch mit der Aussage: "In der Bundesregierung gibt es offenbar verfassungsfeindliche Serientäter", doch deutet der gleiche Mann an, mit der SPD könne man "über eine mögliche Ausweitung der verfassungsrechtlichen Grenzen in Sachen UN-Einsatz deutscher Soldaten" diskutieren. (FR vom 23.11.1992) Wir wollen

hier nicht weiter ins Detail gehen, aber u.E. wird bereits an diesen Beispielen, in denen Ausnahmestände und Notverordnungen beschworen werden, deutlich, daß und wie sich zur Zeit der militaristisch-nationale und der rassistische Diskurs durchdringen und gegenseitig stärken.

Treten hier die Zusammenhänge bereits unübersehbar deutlich hervor, so fallen die Berührungen zwischen dem Behinderten-Diskurs (hier spricht man auch von Bodyismus) und dem rassistischen Diskurs auf den ersten Blick nicht so deutlich ins Auge. Dennoch gibt es diese Zusammenhänge. Nur kurz hat sich die Medienöffentlichkeit für das Urteil interessiert, das kürzlich vom Flensburger Amtsgericht gefällt wurde. Dort hatten Urlauber geklagt, weil sie in ihrem Türkei-Urlaub einen Speiseraum mit behinderten Menschen teilen mußten. Dies sei eine erhebliche Beeinträchtigung ihres "Wohlbefindens" und rechtfertige eine Preisminderung von 10 Prozent. So skandalös diese Klage an sich bereits ist, das Gericht gab den Klägern auch noch Recht. Der "unausweichliche Anblick" schwerbehinderter Menschen und der von ihnen "verursachte Ekel" gehöre nicht zu einem "typischerweise erwarteten Urlaubsverlauf" (zitiert nach FR 29.9.1992).

Auch hier haben wir es mit einer Argumentation zu tun, in der eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, hier die Behinderten, aus der Gemeinschaft ausgegrenzt werden und der verbleibende Rest zum Maßstab erklärt wird. Dazu ein weiteres Beispiel: Die Bremer Stadtparkasse plante eigene Filialen für Drogenabhängige, Asylbewerber und andere Normabweichler (Vgl. Waz vom 2. und 3.12.1992). Dies sind deutliche Anzeichen eines Denkens in Kategorien der Apartheid.

Auch hier haben wir es mit Argumentationen und Verhaltensweisen zu tun, durch die den Opfern der Ausgrenzung ihre Aussonderung auch noch angelastet wird: Die Behinderten sind es, die Ekel verursachen; auch die EinwanderInnen und Flüchtlinge sind es, die mit ihren Eigenarten und mit ihrem Anderssein die Ablehnung der Deutschen quasi natürlich hervorbringen. Allein das Eingeständnis, daß die Eingeborenen erhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit Fremden haben, daß die Nicht-Behinderten ebenso Schwierigkeiten im Umgang

mit Behinderten haben, würde bereits ein Schritt zu weniger Diskriminierung bedeuten, weil es die eigene Position mit diskutierbar macht.

Schließlich haben wir es mit einer Argumentation zu tun, in der mit "Zumutungen" gearbeitet wird. Ähnlich wie bei der Frage, ob die Bundesrepublik die Belastungen, die sich aufgrund der sog. Völkerwanderung für die einheimische Bevölkerung ergeben, auf sich nehmen will, suggeriert auch der Flensburger Urteilsspruch eine "Belastungsgrenze", die nicht überschritten werden kann.

Diese Verschlingungen unterschiedlicher Diskursstränge, wie sie hier exemplarisch sichtbar gemacht werden sollten, verweisen im übrigen darauf, daß z.B. Gegenstrategien gegen Rassismus nie auf diesen alleine gerichtet sein dürfen. Dies würde immer implizieren, daß der Rassismus eine Haltung für sich wäre, die einige dumme Menschen angenommen haben und die ihnen nur ausgetrieben werden müsse. Rassismus ist demgegenüber als Diskursstrang anzusehen, der zu tiefst mit dem hegemonialen Gesamtdiskurs verflochten und verzahnt ist, weshalb antirassistische Arbeit und Kritik auch immer den betreffenden hegemonialen Gesamtdiskurs ins Visier zu nehmen hat.

#### **4. Zur Funktion von rassistischen Diskursen in heutigen westlichen Industriegesellschaften**

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist historisches Resultat menschlichen Tuns und Lassens. Wir betrachten sie als das Gesamt der in ihr vorhandenen Diskurse, Tätigkeiten, Subjekte und Objekte, die als diese "Resultate" alle in ihrer historischen Tradition zu betrachten sind.<sup>16</sup>

**16** Insofern wäre es auch erforderlich, aktuelle Diskurse auf dem Hintergrund ihrer bisherigen historischen Verläufe zu betrachten, wie dies Foucault in verschiedenen Analysen versucht hat. Dies würde es erleichtern, die besondere Stabilität der Diskurse einzuschätzen und ihre mutmaßliche zukünftige Entwicklung sicherer zu beurteilen. Vgl. Foucault 1976, 1981

Doch wie sieht die grundsätzliche Beziehung zwischen diesen Gegebenheiten aus und wie stellt sich diese konkret dar? Erst wenn wir dies wissen, ist es uns möglich, z.B. den Stellenwert und die Funktion rassistischer Diskurse für diese Gesellschaft präziser einzuschätzen.

Diese Frage stellt für uns eher ein Arbeitsprogramm dar, als daß wir uns bereits in der Lage sähen, die damit verbundenen theoretischen (oder gar praktischen) Probleme ausdiskutieren. Sie fordert allerdings eine Gesellschaftsanalyse ein, die der obigen Annahme des Zusammenwirkens von Diskursen, Handlungen, Subjekten und Objekten gerecht wird.

Deshalb verstehen wir die nun folgenden Ausführungen auch als Thesen, die u.E. jedoch einen begründet spekulativen Charakter haben. Wir gehen von zwei Vorüberlegungen aus:

1. Wir begreifen diese Gesellschaft als eine kapitalistische Gesellschaft, als eine Gesellschaft also, in der die Verwertung des Werts einen großen Stellenwert hat. Wohlgermerkt - einen Stellenwert hat. Damit wollen wir zugleich sagen, daß wir nicht davon ausgehen, daß diese Gesellschaft durch das Wertgesetz restlos determiniert und in all ihren Verästelungen dominiert sei. Dies heißt auch, daß diese Gesellschaft als Klassengesellschaft funktioniert, ohne daß sie darauf zu reduzieren wäre.
2. In dieser Gesellschaft haben auch demokratische Prinzipien einen gewissen Stellenwert. Das heißt zugleich und ebenfalls, daß wir nicht davon ausgehen, daß diese Gesellschaft eine im Wortsinne demokratische oder bereits zivile Gesellschaft wäre. Die derzeitige Situation demokratischer Gesellschaften würden wir grob folgendermaßen umreißen: Unterschiede, Gegensätze und Widersprüche werden mit unterschiedlichen Mitteln, also etwa sozialen und ideologischen Mitteln, einigermaßen normalisiert.<sup>17</sup> Neben demokratischen Prinzipien stehen völkisch-nationalistische, autoritäre, militaristische, sexistische und sonstige antihu-

17 Vgl. dazu auch die interessanten Ausführungen von Laclau 1981. Zum Konzept des "Normalismus" vgl. Link 1992.

mane Prinzipien, teilweise in enger Verflechtung mit den genannten demokratischen Prinzipien. Die Elemente dieser Gesellschaft sind demnach in sich äußerst heterogen und schließen sich zugleich zu diesem Gesamtgebilde einer Gesellschaft zusammen. Die vorhandene Objektwelt einschließlich uns selbst, unserer Körper, unserer Bewußtseine, Gefühle etc. ist verflochten in diesen heterogenen Zusammenhang, und sie reproduziert und modifiziert diesen Zusammenhang immer wieder.<sup>18</sup> Dabei entstehen gelegentlich Brüche und Verwerfungen, und diese sind auch gelegentlich ziemlich gewaltig. Aber selbst die größten dieser Verwerfungen, z.B. sog. Revolutionen, werden meistens gleichsam zurückgeholt in die alte Welt der Diskurse, Routinen, des Gelern-ten, der vorhandenen Institutionen etc. Sie werden sozusagen zurückgebunden. Wir denken hier an so etwas wie Karl Marx Gedanken vom Alp der alten Geschlechter, der auf den Schultern dieser Gesellschaft sitzt, was dazu führt, daß sie sich so schwer bewegen und verändern läßt.

Wichtig an diesen Überlegungen ist uns nun vor allem, daß diese Gesellschaft nicht allein durch die "Gesetze des Kapitals" bestimmt ist, sondern zugleich und ganz erheblich durch die widersprüchlichen Existenzen der in alte Geschichten, Diskurse und Routinen und in Machtverhältnisse verstrickten Menschen.<sup>19</sup> Diese selbst sind in gewisser Weise ein Spiegelbild der Heterogenität der Gesellschaft, in der sie leben und von der sie ein Teil sind.

Wie ist aber nun die allgemein gesellschaftliche Funktion des Rassismus in der BRD von heute einzuschätzen?

Wie wir gezeigt haben, treten rassistische Haltungen in unterschiedlichen Diskursen auf, die sich gegenseitig durchdringen und beeinflussen. Sie tun dies verstärkt in den letzten Jahren und eskalieren zur Zeit mit der Folge von Angriffen gegen Einwanderer bis hin zu regelrechten Pogromen.

**18** Vgl. dazu genauer Reinfeldt/Schwarz 1992

**19** Für eine differenzierte Analyse der Machtbündelungen in modernen Industriegesellschaften vgl. Foucault 1983.



Diese Entwicklung vollzieht sich gleichzeitig mit der Zunahme einer autoritär-staatlichen und völkisch-nationalen Entwicklung in diesem Lande. Für diese Entwicklung ist die Stärkung von rassistischen Diskursen auf der Ebene der Politik, vermittelt über die Medien, erheblich mit verantwortlich.

Mit dem in der Bevölkerung vorhandenen rassistischen Bodensatz findet diese Politik eine günstige Voraussetzung dafür vor, biologistisch-sozialdarwinistisch-völkische Diskurse zu verankern und zu verfestigen. Rassistische Haltungen erscheinen uns prototypisch für die Naturalisierung des Sozialen, die sich in allen anderen völkisch-nationalistischen Ideologemen ebenfalls konstatieren läßt.

Rassismus kann aber darüber hinaus u.E. eine Art Klammerfunktion für einen völkisch-nationalistischen Diskurs einnehmen: Er erlaubt die Abgrenzung im Inneren gegenüber anderen nicht-nationalen Minderheiten und nach außen gegenüber anderen Nationen. Auf diese Weise stärkt er Vorstellungen nationaler Identität und der Nation insgesamt. Er erlaubt zudem, geht man von seiner Grundqualität aus, die Nation als homogen und gesund zu imaginieren oder einzufordern. Auch Brückenschläge zu einer biologistischen Bevölkerungspolitik, die sich gegen Behinderte, Schwache, Alte etc. richtet bis hin zu Gedanken an neue (alte) Konzepte von Euthanasie und anderen Vorstellungen zur Verbesserung der "Volksgeundheit" lassen sich daraus konstruieren. Insofern glauben wir sagen zu können, daß der rassistische Diskursstrang in Deutschland geeignet ist, die Idee einer völkisch-nationalistisch entworfenen Gesellschaft insgesamt kräftiger zu verankern. Der rassistische Diskursstrang ist, so gesehen, heute nicht einer, der beliebig neben anderen Ausgrenzungsdiskursen steht, sondern wegen seiner Verankerung im Alltagsdiskurs und wegen seiner biologistischen Kernelemente in besonderer Weise geeignet ist, als Vehikel von Zwecken zu dienen, die weit über ihn selbst hinausreichen.

Wir sehen hier für Deutschland durchaus gewisse Unterschiede zu anderen europäischen Ländern, die sich tendenziell eher in der Tradition von Konzepten von Freiheit, Gleichheit und Schwesterlich-

keit definieren und für die Rassismus deshalb einen anderen Stellenwert hat: Für Frankreich wirkt er im Inneren eher spaltend und dysfunktional, während er nach Außen vereinheitlichend wirkt.<sup>20</sup>

Der Unterschied der Funktionen des Rassismus in den verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern bedürfte natürlich einer sehr gründlichen Analyse, die wir hier nicht leisten können. Hier geht es uns zunächst nur darum, mögliche Besonderheiten der deutschen Situation anzudeuten, die wahrscheinlich auch für die besonders starke Verankerung rassistischer Haltungen bei den Deutschen und für die besonders krassen rassistisch motivierten Verbrechen in Deutschland als ursächlich angesehen werden können.

Der heute in Deutschland dominante gesellschaftliche Diskurs mit Schwergewicht auf völkisch-nationalistischen Elementen kann aber auch durch den rassistischen Diskurs gefährdet werden. Dies geschieht dann, wenn er sich nicht mehr in ihn integrieren läßt, sondern sich ihm gegenüber radikalisiert und verselbständigt. Seine Funktion der Stabilisierung der Nation etc. droht verloren zu gehen, wenn er eine militante Form annimmt und so z.B. dem Ansehen der Politiker im Inneren und der Nation nach außen hin schadet. Schauen wir uns die Reaktionen der Politiker und der Administration in der Bundesrepublik an, dann deutet vieles daraufhin, daß diese Situation derzeit gegeben ist. Der militante Rassismus soll auf sein "normales" Maß zurückgestutzt werden.

Daß dies so ist, das sollten auch Leute bedenken, die sich militant gegen die rechte Militanz wehren. Sie betreiben damit die Arbeit für die hegemonialen Kräfte. Demgegenüber müßte es einer Opposition gegen den Rassismus auch darum gehen, neben den rassistischen auch andere Diskursstränge zurückzudrängen, um auf diese Weise einer zunehmend autoritären Entwicklung dieser Gesellschaft entgegenzuwirken.

**20** Wir weisen darauf hin, daß die Funktion des Rassismus in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichen historischen, sozio-kulturellen und politischen Gegebenheiten unterschiedlich sein kann; vgl. etwa für Frankreich Balibar 1992, der zeigt, daß Rassismus für den französischen Mythos der Nation dysfunktional ist. Zum völkischen Nationalismus in Deutschland vgl. Kellershohn 1992.

Nur ganz knapp wollen wir abschließend die Anschlußstelle formulieren, die den Zusammenhang zwischen völkisch-nationalistischer Entwicklung und derzeitigen hegemonialen Interessen bildet.

Die zu beobachtende völkisch-nationalistische Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist nicht als rein ideologisches Konzept zu verstehen, sondern stellt eine Option dar, die geeignet ist, den nationalen Zusammenhang zu stärken, der als Voraussetzung dazu angesehen wird, den internationalen Konkurrenzkampf, der sich im Rahmen einer "Weltneuordnung" verschärft und verlagert hat, besser zu bestehen. Für Deutschland kommt die Bewältigung der Wiedervereinigung verschärfend hinzu. Deutsche Besonderheiten sehen wir z.B. ferner darin, daß eine Berufung etwa auf eine Grande Nation im Gefolge der Aufklärung, die für Frankreich als mythische Absicherung der Idee der Nation dient, nicht gegeben ist, jedoch eine völkisch-nationalistische Tradition, an die sich anknüpfen läßt.

Die politische Funktion von Rassismus in Deutschland wäre allerdings nicht umsetzbar, wenn rassistische Einstellungen und Haltungen nicht auch für die einzelnen Individuen, die in die Diskurse verstrickten und an ihnen mitstrickenden Subjekte unserer Gesellschaft eine stabilisierende und identitätsstiftende Rolle spielen würden. Wir gehen davon aus, daß der Versuch, Rassismus als eine Form rebellierender Selbstunterwerfung zu begreifen, diesen Tatbestand kurz und präzise erfaßt.<sup>21</sup> Der einzelne lehnt im Fremden diejenigen Eigenarten ab, die er sich selbst mühselig abtrainieren mußte. Sein aufgebautes Normenkorsett muß er als psychische Normalität verteidigen. Es sind diese beiden Stabilisierungsebenen, die dem Rassismus eine umfassende Dimension verleihen.<sup>22</sup>

21 Vgl. dazu Rätzkel 1991

22 Vgl. dazu auch Hall 1989

## **5. Einige Überlegungen zur politischen Funktion und zur Stärke antirassistischer Bewegungen**

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Zurückdrängung bzw. Schwächung des rassistischen Diskursstranges nicht allein moralisch einzufordern ist, sondern daß dies eng mit der Frage verknüpft ist, ob die Entwicklungsrichtung, die die heutige BRD eingeschlagen hat, geändert oder gar gestoppt werden kann. Bis vor wenigen Wochen hätten wir die Frage, ob es eine Chance gebe, den eskalierenden Rassismus zurückzudrängen und eine republikanisch-demokratische Gegenbewegung zu entwickeln, noch mit größtem Pessimismus beantwortet. Doch mittlerweile zeigen sich anti-rassistische Basisbewegungen außerhalb oder doch unabhängig von den vorgezeichneten Entwicklungskonzepten der meisten Parteien - Basisbewegungen in Gestalt großer Demonstrationen und einer erheblichen Zunahme antirassistischer Initiativen in Deutschland. Ohne in Euphorie zu verfallen, meinen wir, daß dies der Anfang einer politischen Gegenbewegung bzw. die Stärkung eines oppositionellen Diskursstrangs bedeuten könnte. Dessen wirkliche Kraft wird aber davon abhängen, ob die Relevanz des Rassismus erkannt wird und der Stellenwert, den er im gesellschaftlichen Gefüge insgesamt hat, begriffen und thematisiert wird. Ein nur moralisierender Antirassismus wird dabei nicht ausreichen.

Wichtig wird auch sein, daß sich anti-rassistische Bewegungen nicht (z.B. als "unpragmatisch" oder gar links-radikal) stigmatisieren lassen. Solche Versuche sind bereits im Gange, z.B. wenn Gegner der Änderung des Art. 16 GG - also Verfassungsschützer" - als Utopisten oder schlimmer noch: Fundamentalisten gebrandmarkt werden. Anti-rassistische Arbeit sollte sich demgegenüber als radikal-demokratisch und im richtig verstandenen Sinne "republikanisch" verstehen. Dann kann sie deutlich machen, daß die Feinde der Demokratie heute meistens diejenigen sind, die am lautesten behaupten, sie würden sie verteidigen. Eine Voraussetzung dazu ist, den rassistischen Diskurs und seine Verschlingungen transparent werden zu lassen, da die politische Funktion des Rassismus nur auf diesem Hintergrund wirklich herausgearbeitet werden kann.

## Literatur

- Balibar, Etienne: "Es gibt keinen Staat in Europa". Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Institut für Migrations- und Rassismuskforschung (Hg.) 1992, S. 10-29
- Butterwegge, Christoph/ Jäger, Siegfried (Hg.): Rassismus in Europa, Köln 1992
- Cohen, Philip: Monströse Bilder - Perverse Vernunft. Probleme anti-rassistischer Pädagogik, in: Institut für Migrations- und Rassismuskforschung 1992a, S. 431-443
- ders.: Wandernde Identitäten, in: Leiprecht, R. (Hg.) 1992, S. 77-92 (1992b)
- van Dijk, Teun A.: Subtiler Rassismus in westlichen Parlamenten, in: Butterwegge, Ch./Jäger, S. (Hg.) 1992a, S. 200-212
- ders.: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, 2. Aufl. Duisburg 1992b
- DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien (Redaktion: Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Joachim Pfennig), Duisburg 1992 (=DISS-Skripte Nr. 5)
- Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt 1986
- Elfferding, Wieland: Rechtspopulistische Potentiale in der CDU/CSU, in: Dubiel, Helmut (Hg.) 1986, S. 150-189
- Foucault, Michel: Überwachen und Strafen, Frankfurt 1976
- ders.: Archäologie des Wissens, Frankfurt 1981
- ders.: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt 1983
- Franz, Detlef: Rassismus in Schulbüchern. Beispiel Biologie, Duisburg 1993 (i.E.; = DISS-Texte Nr. 27)
- Gerhard, Ute: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: Jäger, S./Januschek, F.(Hg.) 1992, S. 163-178
- Hall, Stuart: Rassismus als ideologischer Diskurs, Das Argument 178 (1989), S. 913-921
- Institut für Migrations- und Rassismuskforschung (Hg.)(Redaktion: Annita Kalpaka/ Nora Rätzhel): Rassismus und Migration in Europa, Hamburg/Berlin 1992

- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (Hg.) Aus der Mitte der Gesellschaft I. Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa, Duisburg 1991 (= DISS-Texte Nr. 20)
- Jäger, Siegfried: BrandSätze. Rassismus im Alltag, 2., durchgesehene Aufl. Duisburg 1992
- Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Colloquiums im November 1991, Oldenburg 1992 (=Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46 (1992))
- ders./Jobst Paul: Von Menschen und Schweinen. Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den Neo-Rassismus, Duisburg, 2. Aufl. 1991 (= DISS-Texte Nr. 13)
- Kellershohn, Helmut: "Unser Programm heißt Deutschland" - Der Beitrag der Republikaner zur Renaissance völkischen Denkens in Deutschland, in: Butterwege/Jäger (Hg.) 1992, S. 86-104
- Laclau, Ernesto: Kapitalismus - Faschismus - Populismus, Berlin 1981
- Leiprecht, Rudolf (Hg.): Unter Anderen. Rassismus und Jugendarbeit, Duisburg 1992
- Link, Jürgen: Asylanten. Ein Killwort, kultuRRevolution 2 (1983), S. 36-38
- ders.: Normalismus - Konturen eines Konzepts, kultuRRevolution 27 (1992), S. 50-70
- Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg 1991
- Müller, Angelika: Die Sicht der "Fremden" und der Ursachen ihrer Anwesenheit in der BRD, Duisburg 1992 (Magisterarbeit)
- Quinkert, Andreas/Jäger, Siegfried: Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von Bild gegen Flüchtlinge im Herbst 1991, Duisburg 1991 (=DISS-Skripten Nr. 4)
- Räthzel, Nora: Formen von Rassismus in der Bundesrepublik, in: M. Jäger/S. Jäger (Hg.):1991, S.31-48
- Reinfeldt, Sebastian/ Schwarz, Richard/ Foucault, Michel: Bio-Macht. (Reinfeldt/Schwarz: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten./ Foucault: Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus), Duisburg 1992 (=DISS-Texte Nr. 25)

Teun A. van Dijk

## **Eliten, Rassismus und die Presse**

### **Einführung**

Auf dem Hintergrund früherer Arbeiten über Diskurse und Rassismus (van Dijk 1984, 1987) und besonders über die Rolle der Presse bei der Reproduktion von Rassismus (van Dijk 1991) untersucht dieser Aufsatz detaillierter die Zusammenhänge zwischen der Presse und (anderen) Eliten bei der Aufrechterhaltung und Legitimation ethnischer Ungleichheit. Eine Frage bei dieser Untersuchung ist, ob die Presse hauptsächlich ein mehr oder weniger "neutraler" Mittler zwischen einerseits solchen Elitegruppen und Institutionen wie Politikerinnen, Ministerien, Regierungen, Parlamenten, Kapitalgesellschaften, Justiz oder Wissenschaftlerinnen und andererseits der breiten Öffentlichkeit ist, oder ob die Presse im Reproduktionsprozeß eine autonome Rolle innehat. Solch eine autonome Rolle bedeutet nicht notwendigerweise, daß die Interessen der Medien und (anderer) Eliten nicht übereinstimmen. Im Gegenteil, dominante weiße Elitegruppen und Institutionen, einschließlich der Mainstream-Presse, können enge "Verbündete" bei der (Re-)Produktion von ethnischer Ungleichheit sein, jede in ihrem eigenen sozialen Einflußbereich.

Obwohl die Nachrichtenmedien offensichtlich auch eine Mittlerrolle zwischen den mächtigen Eliten und der Öffentlichkeit einnehmen, bestätigen unsere Theorien und Untersuchungsergebnisse im Großen und Ganzen die zweite These (van Dijk 1991, 1993). Diese These steht im Einklang mit allgemeinen Vermutungen über die "symbolische" Macht der Medien, besonders in solchen Bereichen wie ethnisch geprägten Angelegenheiten, in denen die Bevölkerung nur sehr wenige Alternativinformationen bekommt und in denen die Interessen der weißen Bevölkerung mit denen der "weißen" Presse mehr oder weniger übereinstimmen (obwohl sie nicht immer identisch sind). Anders

ausgedrückt, gibt es für das weiße Publikum nur wenige ideologische oder sozio-ökonomische Gründe, die Definition der ethnischen Situation, wie sie von den Medien oder den anderen weißen Eliten vorgegeben wird, nicht anzunehmen.

### **Der Rassismus und seine Reproduktion**

Um Mißverständnisse zu vermeiden, beginnen wir mit einer kurzen Darstellung von Rassismus und seinen Reproduktionsprozessen in westlichen Gesellschaften. In der Presse, unter den politischen Eliten und unter SozialwissenschaftlerInnen wird Rassismus ausschließlich als Ideologie der weißen Überlegenheit betrachtet, die verbunden ist mit eklatanten Formen der Diskriminierung, Segregation, Apartheid oder rassistischer Gewalt gegen "farbige Menschen" (vgl. hierzu z.B. Miles 1989). In dieser Form wird Rassismus häufig als ein Problem der Vergangenheit angesehen, das für die Charakterisierung der ethnischen Beziehungen in den heutigen Gesellschaften Europas und Nordamerikas oder sonstiger europäisch geprägter Länder nicht mehr relevant sei (Dovidio/Gaertner 1986). Es überrascht nicht, daß eine solche Rassismusvorstellung auch hinter der verbreiteten Leugnung des Rassismus seitens dieser Eliten steht (van Dijk 1992; 1993).

Wir sehen Rassismus als ein System der Gruppenvorherrschaft, in dem weiße europäische Gruppen sich unrechtmäßig den Zugang zu den wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Ressourcen verschafft haben und hierüber ihre Macht definieren. Dies führt zu einem System faktischer Ungleichheit. Solch ein Rassismus muß nicht offensichtlich sein, es sind auch subtilere, indirekte und "alltägliche" Formen des Rassismus denkbar, ebenso wie Formen der Ungleichheit, die auf kulturellen Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen beruhen (Barker 1981; Essed 1991). In diesem Sinne ist Rassismus (manchmal auch Neo-Rassismus genannt) ein allgemeiner Begriff, der Ethnizismus, Ethnozentrismus und Antisemitismus einschließt.



Das System des Rassismus besteht aus der gesellschaftlichen Aktion und der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die Aktionskomponente besteht aus einem System von täglichen diskriminierenden Aktionen, die die eigene Gruppe bevorzugen und die für die anderen negative Konsequenzen hat (ob beabsichtigt oder nicht). Die Beschreibung dieser Aktionskomponente kann sowohl auf dem Mikro-Level von situativen Interaktionen zwischen Angehörigen der Mehrheit und der Minderheit erfolgen, als auch auf dem Makro-Level von allgegenwärtiger Gruppendominanz und Ungleichheit, welche von Institutionen der Politik, im Geschäftsleben, in der Wissenschaft oder eben in den Medien aufrechterhalten wird (Katz /Taylor 1988).

Die kognitive Komponente beinhaltet die Denkmodelle, das Wissen, die Haltungen, Ideologien, Normen und Werte, die von vielen Angehörigen der dominierenden Gruppe geteilt werden und die ihre Handlungen und ihre Diskurse bestimmen. Die bekannten Stereotypen und Vorurteile von Mehrheiten gegenüber Minderheiten sind Teil dieses Systems sozialer Wahrnehmungen (Allport 1954; Hamilton 1981).

Das System der Vorherrschaft kann sich nur halten, wenn es täglich von den Beteiligten reproduziert wird. Das heißt, Rassismus wird durch tägliche Diskriminierung oder Ungleichbehandlung reproduziert; das gilt auch für die Denkvorstellungen, die diese Handlungen planen, vorgeben, akzeptieren oder legitimieren. Sprache und Kommunikation spielen eine herausragende Rolle in der kognitiven und "symbolischen" Dimension dieses Reproduktionsprozesses: Die Angehörigen der weißen Gruppe müssen sich zunächst entsprechende soziale Vorstellungen aneignen, bevor sie eine Definition der ethnischen Situation, das Wissen und insbesondere die Einstellungen und Ideologien haben, die Handlungen zur Verfestigung der Ungleichheit begründen (van Dijk 1987). Diskurse sind das wichtigste Mittel dieses Aneignungsprozesses: Die Politik, die Wissenschaft, Verbände und Körperschaften sowie insbesondere die Medien führen eine Diskussion, die systematisch die eigene Gruppe hervorhebt und sich gegen Immigrantinnen, Flüchtlinge, Minderheiten und andere Newcomer, insbesondere nicht-europäischer Herkunft, richtet (van Dijk 1993).

Dieser Aufsatz untersucht einen Aspekt in der Rolle des Diskurses im Reproduktionsprozeß, indem wir uns auf die spezielle Rolle der Presse in den Beziehungen zwischen den Eliten und der breiten Öffentlichkeit konzentrieren.

### **Rassismus und Eliten**

Herrschaftsbeziehungen gibt es nicht nur zwischen Mehrheiten und Minderheiten. Auch innerhalb der Mehrheit finden wir Beziehungen (z.B. zwischen Klassen, Geschlechtern), die von Macht, Machtmißbrauch und Ungleichheit geprägt sind, z.B. durch unterschiedlichen Zugang zu Machtressourcen wie Reichtum, Einkommen, gesellschaftliche Position, Beschäftigung, Bildung, Status, Macht und Wissen. Die (kleinen) Gruppen und Institutionen, die in den verschiedenen sozialen Bereichen den Zugang zu diesen Ressourcen kontrollieren, werden als Eliten bezeichnet (vgl. Mills 1956; Domhoff/Ballard 1968). Spezifischer gesehen, wird sich unsere analytische Annäherung an den Diskurs auf die Tatsache richten, daß die Eliten einen privilegierten Zugang zu verschiedenen Bereichen dieses einflußreichen Diskurses und der Kommunikation haben, d.h. zu den Medien. Aufgrund ihres spezifischen Zugangs zu den öffentlichen Auseinandersetzungen sind die führenden Gruppen und Institutionen in der Position, die ethnische Situation vorzubestimmen und einen ethnischen Konsens "vorzuformulieren". So sind die Afro-AmerikanerInnen in den USA, die Afro-Kariben in Großbritannien oder den Niederlanden nicht nur mit einem allgemeinen Rassismus der weißen Bevölkerung insgesamt konfrontiert, sondern auch und ganz besonders mit dem Teil der weißen Eliten, die die Einwanderung, Bleiberechte, Wohlfahrt, Arbeitsplätze, Wohnen, Politik, finanzielle Unterstützung, Kultur, Medien usw. kontrolliert. Mit anderen Worten: vor dem Hintergrund ihrer Machtpositionen, ihres Zugangs zu allen Ressourcen und ihres Einflusses, auch bei der Reproduktion des Konsenses sind in

erster Linie die weißen Eliten verantwortlich für die Reproduktion der Ungleichheit. Daher wird sich unser kritischer Ansatz auf den Diskurs solcher Eliten konzentrieren. Diese besondere Aufmerksamkeit für einen Eliterassismus bedeutet jedoch nicht, daß es keinen "allgemeinen und alltäglichen" Rassismus gibt. Tatsächlich besteht eine der Hauptstrategien der Eliten darin, ihren eigenen Rassismus zu leugnen und ihn den "armen Weißen" in den Städten zuzuschreiben. Xenophobie, die Ablehnung von Fremden oder von Menschen, die fremd aussehen, ist ein verbreitetes Phänomen in den meisten westlichen Ländern, ebenso innerhalb der Arbeiter- als auch der unteren Mittelschicht (Phizacklea/Miles 1979). Wir behaupten, daß viele spezifische Wahrnehmungen, die solchem Ressentiment unterliegen, größtenteils von den Eliten vor-formuliert sind, obwohl sie von der untergeordneten sozio-ökonomischen Position mancher Weißen verschlimmert werden und folglich dazu führen, daß ein Sündenbock gesucht wird. Rassismus ist zwar ein dialektischer Prozeß im Auf und Ab der gegenseitigen Beeinflussungen zwischen der weißen Elite und den anderen weißen Bürgerinnen, wir sind aber besonders interessiert an den Vorgängen von oben nach unten, da die Bevölkerung als solche wenig aktiven und kontrollierten Zugang zu den Massenkommunikationsmitteln hat. Ohne Einverständnis oder Unterstützung von Journalistinnen könnten sich allgemeine Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit kaum ausbreiten und überall im Lande reproduzieren. Eine markante Quelle von Überzeugungen, allerdings nur in kleineren sozialen Umgebungen wie der unmittelbaren Nachbarschaft, ist die informelle Alltagskonversation (Hartmann/Husband 1974; Jäger 1992; van Dijk 1987; Windisch 1985; Wodak et al. 1990). Selbst der "Beweis", der für Ressentiments in solchen Alltagsgesprächen erbracht wird, beruft sich größtenteils auf die Medienberichterstattung über ethnische Angelegenheiten.

## Die Rolle der Presse

Unsere Untersuchungen der Presse und ihrer Rolle bei der Reproduktion von Rassismus, die wir in den letzten gut zehn Jahren durchgeführt haben, führten zu folgenden Schlußfolgerungen (für Details siehe van Dijk 1991; sowie Hartmann/Husband 1974; Wilson/ Gutierrez 1985; Martindale 1986):

- a) Sozio-ökonomisch gesehen, sind Zeitungen Kapitalgesellschaften wie andere auch. Wie andere Organisationen diskriminieren sie bei der Einstellung, Entlassung und Förderung von Beschäftigten, selbst wenn viele Journalistinnen ein liberales Selbstbild haben. Auch die Argumente zur Rechtfertigung dieser Diskriminierungen sind dieselben: Wir entscheiden nur nach der Qualität, "sie" haben eine minderwertige Bildung, sie kennen die Sprache nicht, sie haben eine andere Kultur, wir lehnen Minderheitenprogramme ab, usw. Insbesondere auf höheren Herausgeberposten und besonders in Europa gibt es, wenn überhaupt, nur wenige Journalistinnen aus den Minderheiten.
- b) Nachrichtenbeschaffung ist ein routinierter Vorgang täglicher Interaktionen zwischen Reporterinnen und verschiedenen Nachrichtenproduzenten oder anderen regelmäßigen Nachrichtenquellen (Tuchman 1978). Da die Eliten (Personen und Institutionen) als die verlässlichste und glaubwürdigste Nachrichtenquelle gelten und die meisten Eliten weiß sind, werden die Definitionen der (ethnischen) Situation aus einer weißen Perspektive wiedergegeben. Da auch die meisten Reporterinnen weiß sind und die sozialen Vorstellungen ihrer Klasse und Berufsgruppe teilen, zeigen auch ihre Berichte diese Perspektive. Zudem haben die großen weißen Verbände einen organisierten Zugang zu den Medien (Pressesprecher, Öffentlichkeitsabteilungen, Pressekonferenzen, Presseerklärungen); die meisten Minderheitenorganisationen - insbesondere in Europa - haben diese wirkungsvollen Voraussetzungen **nicht**. So sind die Minderheiten nicht nur weniger glaubwürdig für die weißen Journalistinnen und folglich we-

niger gefragt als PR-Spezialisten, ihr eingeschränkter Zugang zur Presse und damit zur öffentlichen Meinung hindert sie auch, die öffentliche Meinungsbildung zur ethnischen Situation zu beeinflussen (Smitherman-Donaldson/van Dijk 1988).

- c) Die Folgen dieser Bedingungen der Nachrichtenproduktion für die Strukturen und Strategien der Nachrichten wurden in vielen Untersuchungen analysiert. Als Themen werden stereotype Vorstellungen über Minderheiten gewählt, wenn sie von weißen Journalistinnen als berichtenswert erachtet werden (dies gilt entsprechend für ihr Publikum). Sie können bequem unter "Probleme und Bedrohungen" zusammengefaßt werden, genauer "illegale" oder "massive" Einwanderung (oft auch mit Hilfe von Zahlenbeispielen: so viele kamen heute, diese Woche, diesen Monat...), "illegale" Arbeit, Drogen, Kriminalität, Gewalt, kulturelle Probleme und schwierige ethnische Beziehungen. Themen, die für die Minderheiten von Bedeutung sind, wie etwa Diskriminierung, Vorurteile und Rassismus, Armut, Ungleichheit, schlechte Arbeits-, Wohn- und Bildungsverhältnisse, fehlende politische Macht usw., werden in der Regel ignoriert. Allgemeine Probleme, die auf das Konto der weißen Mehrheit gehen, darunter insbesondere Rassismus, werden geleugnet, ignoriert oder beschönigt, oder sie werden anderen marginalen Gruppen wie der extremen Rechten und den armen Weißen in den Städten zugeschrieben.

Die thematischen Präferenzen werden von den Strukturen der Reportagen verstärkt, d.h. von den Überschriften, Einleitungstexten und anderen bedeutungssteigernden oder -vermindernden Strategien, wie auch von Satzstrukturen, Stil und Rhetorik. Erwartungsgemäß werden hauptsächlich weiße Sprecher und Autoritäten zitiert, was beweist, wie ethnische Angelegenheiten durch die dominierende Gruppe definiert werden.

Zusammengefaßt heißt das, daß in der Presse auf allen Ebenen der Organisation wie in der Struktur der Berichte die entscheidenden Zugangsvoraussetzungen und die Definitionen zugunsten der weißen Gruppe, wenn nicht **gegen** die Minderheiten, gestaltet sind. Die Presse hat also teil an der Reproduktion der ethnischen Ungleichheit.

## Die Presse und (andere) Eliten

Obwohl diese Schlußfolgerungen über die Rolle der Presse bei der Reproduktion von Rassismus mit empirischem Beweismaterial unterlegt sind, wird dieser Aufsatz detaillierter untersuchen, wie hoch der "Eigen"-anteil der Presse bei diesen Reproduktionsprozessen ist.

Journalistinnen könnten z.B. einwenden, daß ihre tägliche Routine der Nachrichtenbeschaffung und -herstellung sich zwar auf die weiße Elitenorganisationen konzentrierte, daß sie aber nicht verantwortlich gemacht werden könnten für die Tatsache, daß die meisten Eliten weiß seien und schon gar nicht für die Tatsache, daß aus diesem Grunde ein "weißer Blickwinkel" notwendigerweise die Diskurse dieser Eliten kennzeichne. Anders ausgedrückt, sie betonen, daß sie nur ihre Arbeit machen und gewissenhaft berichten, was andere Eliten tun und sagen.

Solche Gegenargumente sind nicht völlig haltlos. Natürlich können einzelne Journalistinnen und die Presse nicht allein für soziale Ungleichheit und Rassismus in der Bevölkerung verantwortlich gemacht werden. Wenn nämlich die meisten der Berichterstatter und Nachrichtenquellen "weiß" sind - wie es nun einmal in einer Gesellschaft mit weißer Mehrheit, die auch die meisten Organisationen kontrolliert, der Fall ist - bleiben der Presse kaum Alternativen, ohne sich auf diese dominierende weiße Mehrheit zu beziehen.

Dies vermittelt allerdings ein allzu passives Bild von der Presse. Organisationen, gesellschaftliche Ereignisse und Eliten der Gesellschaft sind die eine Sache, die Nachrichten über diese sind jedoch ein soziokulturelles Konstrukt, für das vor allem die Medien verantwortlich sind. Sie bestimmen, was berichtenswert ist. Tatsächlich schneiden die Eliteorganisationen ihre Pressekonferenzen und -erklärungen nach dem spezifischen "Format" der Medien, ihrer Definition von Berichtenswertem, zu.

So sind es auch die Nachrichtenmedien, die bestimmen, wer interviewt oder um einen Kommentar gebeten wird. In anderen Bereichen

ist es üblicherweise so, daß die Haupt"darstellerInnen" der Ereignisse, insbesondere bei Konflikten, um ihre Meinung gefragt werden, selbst wenn sie eine "Minderheiten"meinung vertreten. Für jeden Bericht über ethnisch geprägte Ereignisse müßte dies bedeuten, daß die Medien, folgten sie ihrem eigenen Standard ausgewogener und nicht-parteilicher Berichterstattung, immer nach der Meinung einer wichtigen und kompetenten Sprecherin oder Führerin einer Minderheitengruppe oder **-Organisation** fragten, sie oder ihn zuverlässig zitierten oder ihre/seine Haltung in ihrem Bericht zusammenfaßten. Empirisch läßt sich leicht belegen, daß dies nicht der Fall ist. Diese Einseitigkeit der Berichterstattung ist hauptsächlich von den Medien zu verantworten, nicht von den anderen Eliten oder betroffenen Minderheiten, selbst wenn der Zugang zu letzteren manchmal nicht ganz einfach sein mag.

Schließlich wird die Formulierung der Berichte in erster Linie durch die Presse selbst kontrolliert. Themenwahl, Organisation, Stil und Art und Weise der Wiedergabe Betroffener gehören in den Verantwortungsbereich der Presse. Die Presse kann selbst entscheiden, ob mehr, weniger oder eine gleiche Betonung auf die Anwesenheit, Beteiligung oder das Eigentum weißer oder nicht-weißer Akteure gelegt wird; sie kann sie in einem mehr oder weniger freundlichen Stil beschreiben und ihre Repräsentantinnen mehr oder weniger ernst nehmen. Nicht zuletzt wäre es die Aufgabe einer freien und kritischen Presse, rassistische Handlungen und Vorstellungen (auch mancherlei subtile Form) bloßzustellen und jene Gruppen und Organisationen zu unterstützen, die Rassismus bekämpfen. Das ist selten der Fall. Im Gegenteil werden "Anti-Rassisten" hauptsächlich als ideologische Gegnerinnen angesehen, insbesondere von der konservativen Presse. Alles in allem hat die Presse selbst Macht und Verantwortung, auch wenn sie in Teilen von anderen Eliteinstitutionen der Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft abhängt (für die allgemeinere neuere Diskussion über die Macht der Medien siehe u.a. Altheide 1985; Altschull 1984; Lichter, Rothmann/Lichter 1990; Paletz/Entman 1981).

Die Medien sind durchaus einflußreich genug, die anderen Eliten wegen ihrer Rolle bei der Reproduktion des Rassismus anzugreifen. Auch wenn dies hin und wieder in einer liberalen Zeitschrift geschieht, und gegen marginalisierte Rechtsextremisten in Politik und Wissenschaft, wie etwa Le Pen in Frankreich oder Powell im Großbritannien der siebziger Jahre, ist eine solche Kritik jedoch weder dominant noch strukturell. Folglich arbeiten in ethnisch geprägten Angelegenheiten die Eliten der Presse üblicherweise mit jenen aus anderen Bereichen und Organisationen zusammen, besonders aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Wenn letztere für eine restriktive Einwanderungspolitik eintreten, wird die Presse dies auch tun; wenn letztere gegen Minderheitenprogramme sind, wird sich die Presse kaum dafür einsetzen. Kritische Stimmen unter den Eliten, z.B. Schriftstellerinnen, Wissenschaftlerinnen oder Personen aus der Sozialbürokratie, die den herrschenden ethnischen Konsens verletzen, werden in der Regel ignoriert, marginalisiert oder angegriffen.

### **Die Analyse des Meinungskurses in der Presse**

Diese Prozesse müssen detaillierter untersucht werden, da die Tendenzen insgesamt tiefere Widersprüche und Komplikationen in sich bergen können, wobei umgekehrt vielleicht rein äußerliche Diskrepanzen zwischen Medienideologien und denen anderer Elitegruppen eine fundamentale zugrundeliegende Homogenität aufweisen. Zum Beweis werden wir re-interpretierte Beispiele und Zahlen aus früheren Untersuchungen der britischen und niederländischen Presse anführen. Besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf einige der 1184 Artikel über ethnisch geprägte Angelegenheiten (gemäß den Ausschnitten, die von der Commission for Racial Equality in London zur Verfügung gestellt wurden), die in den ersten sechs Monaten des Jahres 1989 in den britischen Zeitungen "The Guardian", "The Times", "The Sun", "The Daily Mail", "The Daily Telegraph" und "The Inde-



pendent" erschienen sind (andere wichtige Daten dieses Korpus werden aufgeführt in van Dijk 1991).

In dieser Zeit dominierte besonders die Berichterstattung in der Rushdie-Affäre, angeheizt von Muslimen in Bradford (GB), die Ausgaben von Salman Rushdies umstrittenen "Satanischen Versen" verbrannten und besonders durch das "fatwah" (Todesurteil) des Ayatollah Khomeini gegen den britischen Autor indischer Herkunft. Um die "eigene" Rolle der Presse bestimmen zu können, konzentrieren wir uns auf verschiedene kommentierende Artikel wie Leitartikel, Kolumnen und Kommentare von verschiedenen Autorinnen: In solchen kommentierenden Artikeln können sich die Journalistinnen oder Autorinnen nicht einfach "hinter den Fakten" verstecken, die ihnen von anderen Eliten zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich die spezielle "Einseitigkeit" der Presse nur auf kommentierende Artikel beschränkt: Auch die Nachrichten-Berichterstattung ist voll von Begünstigungen der weißen Eliten und gegen die ethnischen Minderheiten gerichtet, wie wir weiter oben gesehen haben: Themenauswahl, Zitate, Stil und Perspektive sind Teile der diskursiven Medienkonstruktionen der ethnischen Situationen in der Nachrichtenberichterstattung. Die Artikel machen die zugrundeliegenden Haltungen und Ideologien solcher Berichterstattung normalerweise recht deutlich. Wir werden solche gesellschaftlichen Denkweisen mit den von anderen Elitegruppen geteilten und verfügten vergleichen und untersuchen, ob die Presse diese ethnischen Sichtweisen reproduziert, legitimiert, unterstützt, verstärkt oder herausfordert.

## Presse und Politik

Einwanderungsbestimmungen sind in erster Linie nationale Richtlinien, für die Regierungen, Parlamente und Ministerien höchste Verantwortung tragen. Einwanderung, Bleiberecht, Aufnahme, Woh-

nungen, Gesundheit, Arbeit und Erziehung gehören zu den größeren Bereichen, in denen Einwanderungsbestimmungen von den Politikern formuliert und ausgeführt werden. Direkt oder indirekt kontrollieren sie das nationale Budget, machen oder ändern sie Gesetze, kontrollieren sie staatliche Institutionen wie Polizei, Rechtswesen, Arbeitsämter, Schulen und Universitäten. Daher überrascht es nicht, daß viele unserer Nachrichten politische Nachrichten sind, und dasselbe gilt für ethnisch geprägte Angelegenheiten. Wir erwarten deshalb, daß die politischen Definitionen der ethnischen Situationen einen mächtigen Einfluß auf die der Presse haben. Und im allgemeinen ist dies auch der Fall. Wenn sich eine nationale Politik durchsetzt, die Immigration oder Bürgerrechte beschränkt, so übernimmt die Presse unserer Erkenntnis nach ganz ähnliche Positionen. Sieht man sich die Expertisen der Ministerinnen und Bürokraten in Sachen Einwanderung, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt/Arbeitslosenzahlen oder Erziehung an, so ist zu erkennen, daß sie die Definitionen der ethnischen Situationen in diesen Bereichen wirkungsvoll vorformulieren. Ein Beispiel: Als die Einwanderung von Flüchtlingen nach Europa Ende der 80er Jahre in steigendem Maße eingeschränkt wurde, indem man die meisten als "Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnete, wurde diese Formulierung von der Presse, dann von der breiten Öffentlichkeit übernommen, was wiederum dazu benutzt wurde, die Vorgehensweise und Diskurse der Politikerinnen zu rechtfertigen. Von da an konnten die Politikerinnen behaupten, daß auch "die Bürger" gegen eine unbegrenzte Einwanderung sind (für eine detaillierte Diskussion solcher politischen Diskurse über Einwanderungsbestimmungen siehe Reeves 1983; van Dijk 1993).

Die Beziehungen zwischen Presse und Politik sind jedoch komplexer gestaltet, als nur durch diese Wechselbeziehung. Heutzutage sind Politikerinnen sehr abhängig von der Presse bezüglich ihrer Informationen, (Wieder-) Wahlen und politischen Aktivitäten. Politikerinnen lesen jeden Morgen und/oder jeden Abend ihre Zeitung(en). Außerdem stützen sie ihre sozialen Denkweisen, Entscheidungen und Diskurse nicht nur auf innere "politische" Diskurse (Debatten, Dokumente, Berichte, etc.), sondern auch auf die Presse, besonders im

Hinblick auf Informationen über die jüngsten Ereignisse. Mit anderen Worten: Ihre ersten Formulierungen und Definitionen ethnisch geprägter Geschehnisse sind nur von Einfluß, wenn sie durch die Presse unterstützt werden. Umgekehrt, wenn die Presse entscheidet, über eine ethnisch geprägte Begebenheit zu berichten, und wenn große Teile der Bevölkerung für solch einen Fall sensibilisiert sind, müssen auch Politikerinnen auf diese "öffentlichen" Forderungen eingehen.

Beispiele hierfür sind unter anderem ergreifende einzelne Fälle von Abschiebung (meist Mütter mit Kindern), die an die humanitären Gefühle der Presse und der Öffentlichkeit appellieren und die verantwortliche Politikerinnen drängen können, "menschlich" zu sein. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die (weißen, europäischen!) Flüchtlinge aus Bosnien. Man beachte, daß diese "Zugehörige" und keine Dissidenten sind: Eine grundlegende Einwanderungspolitik wird nicht angezielt. Tatsächlich wird der "öffentliche Unwille", real oder imaginiert, vor allem von der konservativen Presse routinemäßig benutzt, um angemessene Vorgehensweisen weiter einzuschränken. Ähnliches gilt für Arbeit, Erziehung, Wohnen, Wohlfahrt, Gesundheit und andere Bereiche. Politikerinnen können also die Presse zur Unterstützung ihrer Vorgehensweisen und Entscheidungen "benutzen", umgekehrt kann die Presse die Politikerinnen dazu bringen, in Einklang mit dem zu handeln, was sie als das öffentliche Wohlergehen definieren. In der aktuellen Praxis leben die Eliten der Politik und der Presse heute praktisch in einer Symbiose, wenn es um Taktiken, auch hinsichtlich Einwanderung oder ethnisch geprägter Angelegenheiten, geht, obwohl sie grundlegend verschiedene Aufgaben und Ziele haben (siehe auch Herman/Chomsky 1988). Schließlich zeigen die Machtbeziehungen zwischen Politik und Presse die bekannten "dialektischen" Muster, was auch für die Berichterstattung über ethnisch geprägte Angelegenheiten gilt.

In dem Zeitraum, auf den sich diese Untersuchung bezieht (Januar-Juni 1989), finden wir interessante Beispiele für dieses Zusammenspiel von Politik und Presse. Wir stellen fest, daß, quantitativ gesehen, von allen weißen Elitegruppen Politikerinnen und Beamtinnen am

häufigsten in den Nachrichten auftauchen. In den 1184 Berichten über ethnische Geschehnisse erscheinen weiße Engländerinnen in 966 Artikeln. Am häufigsten (zumindest in der qualitativ höherstehenden Presse) tauchen Ministerinnen und Ministerien auf, nämlich in 131 Artikeln, die Regierung in 83 Artikeln (die damalige Premierministerin Thatcher war auffällig "abwesend" in den meisten "ethnischen" Reportagen, auch in unseren Daten von 1985; 1989 erscheint sie in nur 9 Artikeln). Auch sind oft politische Parteien einbezogen, vor allem die Labour-Partei (in 91 Artikeln), manchmal kritisch (in der konservativen Presse), wenn sie angebliche Minderheiten zu sehr "favorisieren", so vor allem in Stadträten mit "Loony Leftists" (=Verrückte Linke).

Diese herausragende Rolle der Politik in der Presseberichterstattung über ethnisch geprägte Angelegenheiten drückt sich auch in der Themenwahl aus: Allein 116 Artikel berichten über ethnische Angelegenheiten und Parteipolitik, manche auf nationaler, manche auf lokaler Ebene. Auch das Hauptthema dieser Zeit, die Rushdie-Affäre (die mit 268 Artikeln ca. 25% aller ethnisch geprägten Berichte dieser Zeit ausmachte), weist politische Themen auf, wie die Haltung der Regierung dem Iran und den Muslimen in Großbritannien gegenüber. Auch solche Themen wie Einwanderung, Aufenthalt, Flüchtlinge und viele ethnische Konflikte werden durch politische "Akteure" dargestellt. Zusammengefaßt heißt das: Nachrichten über Minderheiten sind zuallererst eine Frage von Macht und Politik und viel weniger eine Frage sozio-kultureller Nachrichten und Kommentare.

In einer qualitativen Analyse haben wir die 167 kommentierenden Berichte untersucht (kommentierende Artikel, Leitartikel und verschiedene Kolumnen, jedoch ohne die 200 Leserbriefe, in denen es meist auch um die Rushdie-Affäre ging). In dieser Analyse konzentrierten wir uns auf die Art und Weise, wie Journalistinnen und andere Autorinnen sich auf andere Elitegruppen und Institutionen beziehen. Das heißt, wir fragen, welche Elitegruppen von ihnen unterstützt, gerechtfertigt, verteidigt, kritisiert oder attackiert werden, und welche Minderheitengruppen werden in solche Artikel einbezogen?

Offensichtlich sind solche Beziehungen nicht vollkommen homogen. Besonders die liberalere Presse ("Guardian" und "Independent") publiziert nicht nur auch kritische Artikel gegen (Tory-)Politiker, sondern akzeptiert gelegentlich auch kommentierende Artikel von "Dissidenten" außerhalb des ethnischen Konsenses. Andererseits kann die Presse auch Politikerinnen dahingehend kritisieren, nicht "hart" genug zu sein. Dies gilt vor allem für die Rushdie-Affäre, in der die Regierung oft für zu milde im Umgang mit dem Iran oder fundamentalistischen Muslimen in Großbritannien gehalten wird. Obwohl uns diese individuellen Differenzen und Widersprüche bekannt sind, konzentrieren wir uns im folgenden auf die allgemeine "Richtung" der Beziehungen zwischen den (meisten) Meinungsmachern in der Presse und den (meisten) Politikerinnen.

### **Der Angriff auf die 'Rassen-Beziehungs-Industrie'**

Eine allgemeine Tendenz, vor allem in den konservativen Tageszeitungen wie "Telegraph", "Mail" und "Sun" (qualitativ dominant: zusammen verkaufen sie mehr als 10 Millionen Exemplare täglich), ist es, die Tory-Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Macht und finanziellen Aktionen der Stadträte zu einzuschränken, die sie als von der "Loony Left" beherrscht ansehen. Diese "Loony Left" wird allgemein mit der noch mehr verachteten "Rassenbeziehungsindustrie" assoziiert. Als also Home Office Minister John Patten einen 2-Millionen-Zuschuß (vorgesehen für die Unterstützung der Einwanderer zur Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse) dem "linken" Bezirk von Hackney kürzte, kommentierte "Mail" wie folgt (alle Zitate stammen aus dem Jahr 1989):

*(1) Tatsächlich wurde der Zuschuß von lokalen Gremien meist dazu benutzt, um sogenannte "Rassenbeziehungsberater", meist für die Ausbildung, anzustellen, von denen einige nicht mehr sind als Spione im Klassenzimmer. Diese "Experten" schaden der Völkerverständigung meist mehr, als sie ihr nutzen. ("Mail", 11. Januar)*

Die Boulevardzeitung zieht die Schlußfolgerung, daß der Minister ebenso das Budget der "Rassenbeziehungsindustrie" völlig streichen sollte. Hier wird also die Politik der konservativen Regierung gegen lokale Gemeinderäte und gegen lokale Initiativen zur Unterstützung ethnischer Minderheiten von der Presse unterstützt und legitimiert. Gleichzeitig ergreift die Presse eigene Initiativen, indem sie eine solche politische Entscheidung mit einem explizit negativen Argument verzieht ("Spione im Klassenzimmer") und die (kleinen) Gruppen und Organisationen marginalisiert, die versuchen, die Völkerbeziehungen zu verbessern. Um solch ein Argument noch glaubwürdiger zu machen, beschuldigt diese Zeitung schließlich diese Organisationen - ohne weiteren Beweis - den Völkerbeziehungen zu schaden, was natürlich voraussetzt, daß "Mail" ein Befürworter von Völkerverständnis ist.

Eine Kolumne im "Independent" (12. Januar) agiert indirekter, indem sie behauptet, die sogenannte "Rassenbeziehungsindustrie" ziele nicht darauf, Völkerbeziehungen zu verbessern, sondern nur darauf, "unendlich größer und größer zu werden". Wir werden weiter unten auf diese Angriffe der Presse gegen Anti-Diskriminierungsarbeit zurückkommen.

### **Zuflucht und Flüchtlinge**

Eine andere Hauptstory dieses Jahres war die Viraj Mendis-Affäre. Mendis war ein Mann aus Sri Lanka, der in der Sakristei einer Kirche in Manchester zwei Jahre lang Zuflucht gefunden hatte, der also seine Abschiebung verhindern wollte, nachdem zahlreiche legale Versuche gescheitert waren. Bei der Stürmung der Kirche wurde Mendis verhaftet und per Flugzeug nach Sri Lanka gebracht, trotz des Widerstandes der Kirchenbehörde und anti-rassistischer Aktivisten. Während Zeitungen manchmal einen kritischen Standpunkt gegen die Ausweisung von "harten" Fällen (meist Frauen und Kinder) einnehmen, hatten sie diesmal eine ideale Möglichkeit, die Behörden zu unterstützen: Mendis war nicht nur ein "illegaler Ausländer", sondern wurde auch des Betruges verdächtigt, und er war noch nicht einmal ein Tamile im politischen Widerstand (sondern ein Singhalese). Daher

war sogar die liberale Presse gezwungen, für die Regierung Verständnis zu zeigen: Mendis war nicht der richtige Märtyrer. Die Position der Labour-Partei war undurchsichtig, obwohl ein Labour-Führer, Roy Hattersley, Mendis schließlich mit allgemein gehaltenen Ausdrücken verteidigte. Die "Times" formulierte ihre Kritik an Mendis und die ihn unterstützende Kirche folgendermaßen:

*(2) Sie sehen über Mr. Mendis Widerstand hinweg (...) (und) bringen die Sache wirklicher Flüchtlinge in Verruf. (...) Der Fall hat unverhältnismäßig viel Arger erzeugt, was nur dadurch kommen konnte, weil er weit größere Probleme symbolisiert als die in dem eigentlichen Fall auftreten. Es scheint, daß Mr. Mendis von denjenigen benutzt wurde, deren größtes Interesse nicht seinem Wohlbefinden gilt, sondern der Vergrößerung rassistischer Vorurteile und der Verbreitung des Glaubens, daß das Home Office befangen und nicht vertrauenswürdig in seiner Einwanderungspolitik ist. Tatsächlich hat das Home Office gewissenhaft und fair gehandelt (...)* ("Times", 19. Jan.)

Nur wenige Leitartikel in der qualitativ besseren Presse unterstützen, legitimieren und verteidigen die regierenden Politikerinnen und deren Verhaltensweisen in ethnisch geprägten Angelegenheiten genauso deutlich wie dieser. Wie im oben zitierten Leitartikel der "Mail" finden wir wiederum einen Angriff gegen all diejenigen, die sich in ethnisch geprägte Angelegenheiten "einmischen", einschließlich der Kirche. Darüber hinaus stellt die "Times" sogar die Legitimation und die Ziele anti-rassistischer Organisationen zur Unterstützung von Flüchtlingen und Minderheiten in Frage, indem sie die bekannte Strategie der "Umkehrung" verfolgt (nicht 'wir', sondern 'sie' beeinträchtigen die Völkerbeziehungen). Was der Herausgeber der "Times" tatsächlich im Kopf hatte, als er solche Gruppen der "Verbreitung von rassistischen Verdächtigungen" anklagte, ist nicht klar, aber der Effekt einer solchen Bemerkung läßt keinen Zweifel über seine Funktion, nämlich die Marginalisierung von Anti-Rassismus.

Wie wir weiter unten sehen werden, unterstützt und legitimiert die Presse tatsächlich nicht nur die politischen Entscheidungen der Regierung, sondern attackiert gleichzeitig die wenigen kleinen Gruppen,

die sich ihnen widersetzen. Nur der liberale "Guardian" ist weniger enthusiastisch gegenüber den Vorgehensweisen des Home Office (er nennt die "britischen Ausweisungsprozeduren eine Schande"), gleichzeitig hält er Mendis für ein "zweifelhaftes Symbol" der Proteste der Kirche und anderer Organisationen. Der parlamentarische Kolumnist der "Mail" (19. Jan.) zeigt geringes Verständnis für solches Feingefühl im Falle des "abstoßenden" Mendis, z.B. durch die "schäumenden" Reaktionen der Labour-Partei gegen die Stürmung der Kirche. Auch der "Independent" definiert die Situation als eine "Ausbeutung des britischen guten Willens" (schließlich haben "wir" ihn 13 Jahre lang bleiben und durch durch alle Instanzen gehen lassen). Er bezieht sich auf den Leitartikel der "Times", wenn er sagt:

*(3) Er wurde daher zu einem cause célèbre für progressive Kleriker, politische Aktivisten und für diejenigen, die sich mit dem Rassismuskritik gegenüber der britischen Regierung wegen Rassismus leicht politisches Kapital verdienen wollen. ("Independent", 23. Jan.)*

Anders ausgedrückt: Man setzt auch in dieser liberalen Zeitung voraus, daß die Einwanderungspolitik der britischen Regierung nicht rassistisch sei und daß diejenigen, die diese Sichtweise nicht teilen, als "politische Kapitalisten" diskreditiert werden sollen. Wiederum zeigt sich, daß die Unterstützung der Regierung in wesentlichen Einwanderungsfällen von Angriffen gegen die "Aktivisten", sogar gegen "progressive Kleriker", begleitet ist. Daran, daß auch Amnesty International und auch andere große Organisationen gegen die Ausweisung in diesem Falle Einspruch erhoben haben, erinnert man sich in diesen negativen Leitartikeln natürlich nicht (außer im "Guardian"). Auch der Leitartikel des "Telegraph" (19. Juni) unterstützt die "berechtigte Ausweisung" von Mendis.

Kurzum - mit (der vorsichtigen) Ausnahme des "Guardian" - scheint sich die Presse bei der Unterstützung der politischen Entscheidung, jemanden auszuweisen, der 13 Jahre lang in Großbritannien gelebt hatte, einig zu sein. Sobald Mendis in Sri Lanka angekommen war, fuhr die "Sun" fort zu behaupten, er lebe in "luxuriösen Hotels" (würde



auch nicht ermordet) und habe daher all die betrogen, die ihn unterstützt hatten. Die Darstellung von Minderheiten und Flüchtlingen als Menschen, die in "luxuriösen Hotels" leben, ist ein bekanntes Klischee der Berichterstattung über EinwanderInnen in der konservativen Presse (Hartman/Husband/Clark, 1974; Troyna 1981). In den ersten 6 Monaten des Jahres 1989 erschienen insgesamt 84 Artikel in den 6 Zeitungen, die meisten davon mehr oder minder heftig gegen Mendis und seine Unterstützer gerichtet.

### **Die Rushdie-Affäre**

Von allen politischen Geschehnissen dieses Jahres war die Rushdie-Affäre national wie international die bekannteste (Cottle 1991). Hunderte von Reportagen, Leitartikeln, Kolumnen, Kommentaren und Briefen befaßten sich direkt oder indirekt mit den britischen Muslimen in Bradford, die Rushdies Buch verbrannten, mit Khomeinies Todesurteil gegen Rushdie, den internationalen Reaktionen auf diese Drohung, den Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Iran, und vor allem mit der Verteidigung "unserer" westlichen Werte von Toleranz und freier Meinungsäußerung gegen den fundamentalistischen "Fanatismus" von Mullahs und anderen Muslimen. Ost gegen West, Islam gegen Christentum, Tradition gegen Modernität, Reaktion gegen Fortschritt, Fundamentalismus gegen Liberalismus und Sie gegen Uns waren nur einige der vielen Figuren, die diese Berichterstattung prägten, wie sie auch schon den "Orientalismus" im Westen seit vielen Jahrhunderten bestimmt hatten (Said 1979).

Interessant in diesem Fall war: Da sich jetzt die Liberalen und Intellektuellen bedroht fühlten, erschienen ihre Reaktionen, wenn auch nur stellvertretend, genau so heftig wie die, die normalerweise in der breiten weißen Öffentlichkeit zu beobachten waren. Was als Bedrohung der Toleranz und freien Meinungsäußerung angesehen wurde, dem konnte nur mit ziemlich deutlichen Attacken gegen Muslime begegnet werden. Die offizielle Politik der Verurteilung fand zumindest anfänglich breite Unterstützung: Mit Ausnahme einiger Weniger hatten nicht einmal die Liberalen Grund, sich dieser Verfahrensweise

entgegenzustellen. Im Gegenteil, die Regierung wurde später kritisiert, nicht "hart" genug gewesen zu sein und Rushdie zugunsten wachsender politischer (und geschäftlicher!) Beziehungen zum Iran vergessen zu haben. Auch Autoren, die dem Druck nachgaben, wurden auf diese Weise kritisiert. Während nur wenige Hintergrundartikel und Kolumnen die Einstellungen und die Sensibilität der Muslime detaillierter betrachteten (z.B. Clifford Longley in seinen Kolumnen in der "Times"), war der allgemeine Meinungsdiskurs stark anti-muslimisch, indem alle (der 1 Million) Muslime in Großbritannien als fanatische Fundamentalisten, Buchverbrenner und potentielle Mörder angesehen wurden.

Obwohl die Rushdie-Affäre fundamentale Bedeutung für das Verstehen des weißen Elite-Rassismus (einschließlich einiger Formen von kulturellem Rassismus) und vor allem für den der Presse hat, konzentrieren wir uns hier auf ein paar Ausschnitte aus dem Bereich der Beziehungen zwischen Presse und Politik. Wie schon gesagt, wurde die Ausländerpolitik der Regierung (später) gelegentlich kritisiert. Wir werden nun jedoch auf die Beziehungen zwischen Politikerinnen, der Presse und den Muslimen in Großbritannien eingehen. Mr. Hurd (Home Office Secretary, Innenminister) veranlaßte die "Belehrung" der Muslime über "unsere" Gesetze, "unsere" Toleranz und über das, was Muslime zu tun und zu lassen haben, wie man dies auch schon in den Niederlanden praktiziert hatte. Der Paternalismus und Ethnozentrismus solcher "Belehrungen" wurde von der britischen (oder eben der niederländischen) Presse kaum kritisiert. Im Gegenteil, die Presse unterstützte "unsere" Politikerinnen in ihren "gerechtfertigten" Angriffen gegen die Muslimische Gemeinschaft, wie sie es bei allen "ethnischen Konflikten" getan hatte.

Bevor wir uns die politischen Aspekte der Rushdie-Affäre genauer ansehen, sollten wir kurz auf den Stil und die Ausdrucksweise eingehen, die die grundlegende Meinung der Presse über Muslime allgemein und Großbritanniens Muslime und Khomeini im besonderen ausprägt. Man beachte die folgende Zusammenstellung, in der - in Anlehnung an den ersten Leitartikel im "Telegraph" (16. Feb.) - "wir kein

Blatt vor den Mund nehmen sollten", was die Presse nun wirklich nicht tat:

(4) *"Telegraph": Wahnsinniger Fanatiker (über Khomeini), hysterischer Aufruhr (in der Muslimischen Welt), barbarisch, aller Menschlichkeit beraubt, Vernunft ist ihnen unbekannt.*

"Sun": *Obszön, schrecklich, blutlüsterne Schläger;*

"Times": *Viele Menschen, die weder liberal noch demokratisch sind (...) für die Toleranz kein Thema ist...*

Auf diesem Hintergrund von nationaler und internationaler Wut und ihrem offenen Ausdruck im öffentlichen Diskurs müssen wir auch die große Medienunterstützung für Douglas Hurd verstehen, nachdem er die Muslime über den Respekt dem Gesetz gegenüber belehrt hatte:

(5) *Innenminister Douglas Hurd war völlig im Recht, als er britische Muslime vor der Forderung nach dem Tod des Autors Salman Rushdie warnte (...) Wenn es ihnen nicht paßt, müssen sie das Land verlassen. ("Sun", 25. Jan.)*

Hurds Rede wird also als Warnung für alle Muslime interpretiert, eine Warnung, mit der der Artikel der "Sun" die öffentliche Schlußfolgerung verkündet: andernfalls "verschwinden". Deutliche Unterstützung führender Politikerinnen, die gegen EinwanderInnen und Minderheiten Stellung beziehen, wird in der Presse teilweise dazu genutzt, um bekannte rassistische Positionen zu vertreten: Schickt sie zurück. Eine Kolumne in der "Mail" (3. März) drängt die Muslime, sich "anzupassen" und zu "lernen, Britisch zu werden". Auch "ihre Religion hat auf den Straßen und den Schulen nichts zu suchen", weil "sie sich entschlossen haben, bei uns zu wohnen. Man muß mit den Wölfen heulen". Die Boulevardpresse ummantelt ihre Worte also nicht, sondern fordert totale "Anpassung": Wir sollten nicht bemerken, daß "sie" hier sind. Diese Reaktionen werden noch eindringlicher, als wenig später 20.000 Muslime einen "Marsch des Hasses" ("Sun", 29. Mai) gegen Diskriminierung und Marginalisierung durch London machen, der jedoch wegen der Ausschreitung einer kleinen fundamentalistischen Minderheit von der konservativen Presse als ein Marsch gegen Rushdie, Freiheit und Demokratie interpretiert wurde ("Sun", 30. Mai; "Times", 2. Juni)

Konservative Qualitäts-Zeitungen sind allgemein weniger direkt und offen, was allerdings nicht bedeutet, daß ihre Grund-Botschaft (Anpassung, o.ä.) eine völlig andere wäre. Hurds Aufruf an die Muslime wurde von der "Times" als nichts anderes angesehen als "common sense" und weiterhin mit Argumenten gegen "das Andere" unterstützt. In ihren Leitartikeln über Hurds "Belehrung" rückt die "Times" wiederum die Verfechter des "Multi-Kulturalismus" in den Vordergrund, während sie gleichzeitig die bekannte Animosität gegenüber Rassismus-Anschuldigungen zeigt:

*(6) Ihre vorsätzliche Unnahbarkeit (einiger Teile der Asiatischen Gemeinschaft) wurde überdies von Befürwortern des "Multi-Kulturalismus" bestärkt...welcher sich von einem umgangssprachlichen Wort, das Toleranz und gegenseitigen Respekt bedeutet, zu einem Kürzel für das Recht aller Minderheiten geworden ist, Seite an Seite wie Blumen in einem Garten zu blühen. Gemäß dieser Definition setzt es die Verpflichtung der Mehrheit voraus, ihnen Raum zum Wachsen zu geben...oder sie werden des Rassismus beschuldigt. Nur die völlig selbständige Entwicklung einer fremden Kultur, ohne den Druck zur Anpassung an westliche Überzeugungen, wird für akzeptabel gehalten. ("Times", 27. Feb.)*

Der "Daily Telegraph" (8. März) benutzt die bekannte Methode, solche Ziele mit Hilfe eines konservativen Inders zu formulieren, der fordert, daß "die britische Kultur im ethnischen 'melting pot' die Oberhand behalten muß". Eine solche unangreifbare Unterstützung der vorherrschenden Kultur durch eine "angesiedelte Meinung" kann kaum überraschend sein, wenn derselbe Autor daran festhält, daß "diese noch immer mit Recht die beständigste und angenehmste Gesellschaft der Welt ist (...)", bekannt für ihre "britische Elastizität, ihren Sinn für fair-play".

Natürlich ging die liberalere Presse nicht so weit wie die konservativen Kommentatoren, jedoch wurde die "Warnung" generell gerechtfertigt. Im Leitartikel des "Guardian" (25. Feb.) war zu lesen, daß "der Innenminister berechtigt war, es auf diese Art und Weise zu sagen, nämlich laut und deutlich. Eine Beschönigung würde dem zentralen

moralischen Punkt ausweichen". Der "Guardian" akzeptiert also nicht, was Hurd allgemein den Minderheiten "vorgeschlagen" hatte: Anpassung oder Verlassen des Landes. Er konzentriert sich statt dessen auf die kulturelle Freiheit der ethnischen Minderheiten und auf den alltäglichen Rassismus, wie ihn schwarze Jugendliche erfahren. Die meisten anderen Zeitungen stehen solchen Vorgehensweisen unkritischer gegenüber; im Gegenteil, sie ignorieren oder leugnen sie. Der "Guardian" gestattet sogar einem Fundamentalisten, seinen Fall zu verteidigen (27. Feb.).

Zusammenfassend kann man sagen, daß, mit Ausnahme des ("ja, aber") Zögerns des "Guardian", die britische Presse rückhaltlos die Belehrungen und Warnungen des Innenministers unterstützt. Wir werden später sehen, daß die Unterstützung der Ausländerpolitik und "unseres" Ministers durch die Presse sogar noch stärker wird, wenn "unsere westliche, christliche, liberale" Kultur auf dem Spiel steht. Man konnte sehen, daß dann auch die Liberalen ihren äußeren Anstrich von Toleranz ablegten und sich auf eine anti-muslimische Kampagne einließen, deren Auswirkungen noch heute spürbar sind.

### **Andere Fälle**

Was sich an diesen wenigen Fällen zeigte, gilt auch für die meisten anderen bekannten Fälle von Konflikten und Kontroversen im Bereich der ethnischen Angelegenheiten. Unsere detaillierte Analyse der Presseberichterstattung über "Ausschreitungen" im Jahre 1985 (van Dijk 1991) zeigte auch, daß große Teile der Presse die vorherrschende politische Meinung über solche Ausschreitungen vorformulieren, übertreiben oder unterstützen: Ihre Definition gründet sich nicht auf politische Fehlentscheidungen in den Städten bzgl. Arbeitslosigkeit, Belästigung von schwarzen Jugendlichen durch die Polizei oder allgemeiner, Diskriminierung in der britischen Gesellschaft. Als Gründe für diese Ausschreitungen werden einzelne junge kriminelle Farbige angeführt und über die schwarze Minderheit als Ganze hinweggesehen. Dasselbe gilt für praktisch alle Konflikte rund um das Thema Einwanderung, wie die wachsende Einwanderungsbegrenzung für Bürger des Commonwealth oder die Aufnahme von Flüchtlingen.

Die Situation in den Niederlanden stellt sich mehr oder weniger ähnlich dar. Politische Entscheidungen werden nicht nur - per Definitionem - von einer parlamentarischen Mehrheit unterstützt, sondern auch noch von großen Teilen der Presse bestärkt. Als daher nach der "Invasion" von ein paar tausend tamilischen Flüchtlingen 1985 die niederländische Regierung entschied, die weitere Einwanderung von Asylsuchenden zu begrenzen, wurden sie allgemein "Wirtschaftsflüchtlinge" genannt, eine Re-Definition, die von der Presse gern akzeptiert wurde (van Dijk 1988). Mit Ausnahme einiger "harter" Fälle fand die vorherrschende Einwanderungspolitik in der Presse breite Unterstützung, wenn nicht sogar Beifall.

Dies war auch der Grund für die Änderung der nationalen Vorgehensweisen bezüglich ansässiger Minderheiten in den Niederlanden Ende der 80er Jahre. Die Minderheitenpolitik war fehlgeschlagen, nicht nur wegen der Art und Weise dieser Politik, sondern wegen der angeblich kritikablen Haltung der Minderheiten: Sie waren verwöhnt worden und mußten nun mit einem "realistischeren", "pragmatischen" und "harten" Ansatz konfrontiert werden. Die Presse stimmte diesen neuen no-nonsense Bestimmungen wiederum zu, die auch das irritierende Gerede über Rassismus von Vertretern einiger Minderheiten und weißen Anti-Rassisten beenden sollte. Künftig sollten die "Tabus" (um rassistische Sichtweisen nicht zu offensichtlich auszudrücken) abgeschafft, und Minderheiten sollten klar und deutlich auf ihre "Pflichten" hingewiesen werden (für Details siehe van Dijk 1993).

Ein Hauptgrund für diese "no-nonsense-Ideologien" der Politik und der Presse war die hohe Arbeitslosigkeit innerhalb der Minderheiten. Wie wir später noch etwas detaillierter sehen werden, wurde die Weigerung der Regierung und des Parlamentes, strikte Anti-Diskriminierungs- oder Minderheitenprogramme aufzulegen, die Arbeitgeber auf "ihre Pflichten" hinweisen, nicht von der Presse abgelehnt. Im Gegenteil, wenn sie ihren eigenen weißen Nachrichtenraum haben, könnten sie nicht die letzten sein, die von solchen Gesetzen betroffen wären. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Diskriminierung am Arbeitsplatz und Minderheitenprogramme nicht an erster Stelle auf

der Liste der Prioritäten der Presse stehen. Auch hier findet man wieder eine enge Symbiose bezüglich des ethnischen Konsenses zwischen den Eliten, besonders zwischen denen in der Politik und in den Medien. Ein gelegentlich auftauchender linker Dissident im Parlament und eine seltene kritische Meldung in einer liberalen Zeitung bestätigen die Regel.

### **Medien und Wissenschaft**

Während Politikerinnen und Journalistinnen sich jeden Tag sehen und beeinflussen, sind die Beziehungen zwischen den Medien und der Wissenschaft eher dürftig und distanzierter, manchmal sogar gespannt, da beide das Geschäft des Beschreibens und Erklärens dieser Welt betreiben. Anti-Intellektualismus, Minderwertigkeitsgefühle, Skepsis über den Mangel an Pragmatismus unter den Professorinnen, Ablehnung der studentischen oder Fachbereichs-Aktivitäten und "multikultureller" Curricula und "anti-rassistischer" Lehrveranstaltungen sind weit verbreitet. Forschung und höhere Bildung stehen als Themen bei der Presse auch nicht gerade auf der Liste berichtenswerter Ereignisse. Normalerweise erreichen nur spektakuläre Fortschritte in der Wissenschaft, technologische Neuerungen und akademische Konflikte die Schlagzeilen. Das gilt auch für die Forschung zu ethnischen Angelegenheiten.

Das heißt nicht, daß es keine (gegenseitige) Beeinflussung zwischen den Medien und der Wissenschaftsgemeinde im Bereich der ethnischen Fragestellungen gibt. Im Gegenteil ist seit der Debatte über "Political Correctness" in den USA klar, daß es wenig Themen gibt, die zu derartigen Kontroversen führen, wie akademische Lehre, ethnische Studien und verwandte Themen. Wiederum erscheinen die Medien in solchen Fällen nicht als Vertreter des Wandels. Sie favorisieren im Gegenteil in der Regel die (üblicherweise auch mächtigere) konservative Seite in diesen Debatten, die die akademische Gemeinschaft

spalten. Das Eintreten für einen Wandel wird als Radikalismus betrachtet, insbesondere wenn alte Normen, Werte und Ideologien bedroht werden, wie im Fall der eurozentristischen Kultur. So können ganz normale wissenschaftliche Auseinandersetzungen dramatisiert und die "radikalen" ideologischen Gegnerinnen zu Feinden "unseres" Staates, "unserer" Nation und Kultur hochstilisiert werden. Die Gegnerinnen des Multikulturalismus haben in der Regel einen leichten Zugang zur Presse und können dort ihre konservativen Ansichten verteidigen, während die anderen - nicht nur in der konservativen Presse - in der Regel marginalisiert werden.

Ähnlich findet die Forschung zu ethnischen Fragen breite Aufmerksamkeit in der Presse, wenn sie die vorherrschenden Stereotype bestätigt: Wissenschaftliche Erkenntnisse über "ethnische" Kriminalität, Drogen, abnormales Verhalten, Kulturkonflikte (die immer in "ihrer", nie in "unserer" Kultur begründet sind) finden deshalb im allgemeinen eine bestätigende Berichterstattung. Das Gegenteil gilt für Arbeiten über Rassismus. Die Presse beteiligt sich sogar an Angriffen und Marginalisierungsversuchen gegen Programme, Lehrende, Curricula und Studentinnen, die nicht der allgemeinen Regel der positiven Selbstdarstellung und negativen Darstellung der anderen folgen. Wissenschaftlerinnen, die sich an der Formulierung von Politikkonzepten für die Regierung beteiligen und die die bestehenden Verhältnisse der Vorherrschaft nicht grundsätzlich ändern wollen, finden eine positive Presse, was ihre Macht und ihren Einfluß wiederum stärkt.

Die Presse wird die wissenschaftlichen Eliten jederzeit bei ihrer emphatischen Leugnung von Rassismus unterstützen. Das ist auch typisch für die Niederlande, wo keine der Zeitungen, auch kein liberales oder linkes Blatt, wissenschaftliche Ergebnisse annimmt (oder gar vertritt), die aussagen, daß Rassismus ein zentrales Problem der weißen Gesellschaft ist. Solche Schlußfolgerungen widersprechen zu sehr dem Selbstbild der mehr oder weniger liberalen Eliten der Niederlande.

Großes Echo in der Presse Großbritanniens fand eine Gruppe von Studentinnen an der London School of Economics (LSE), die beschlossen



hatten, einen Schwarzen, Mr. Silcott, der wegen Mordes an einem Polizeioffizier während der "Unruhen" von Tottenham 1985 verurteilt war, zum Ehrenpräsidenten ihrer studentischen Verbindung zu ernennen. Sie argumentierten - und wurden hierin von vielen Insidern und Expertinnen bestätigt -, daß dies die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken könnte, daß die Gerichtsverhandlung im Fall Silcott von Anfang an voreingenommen gewesen war. Die (konservative) Presse, die aus der Ermordung des Polizeioffiziers bereits ein nationales Drama gemacht hatte, konnte nun Studierende zumindest mangelnder Sensibilität gegenüber der Witwe des Polizisten bezichtigen, wenn nicht gar der Unterstützung eines Mörders. Daß der designierte Ehrenpräsident schwarzer Hautfarbe war, stachelte natürlich die Wut und Ausfälle der Presse weiter an. Die Logik der Beziehungen zwischen Presse und anderen Eliten verlangt also nicht immer eine Unterstützung ihrer "Helden", es können auch Angriffe auf entsprechende Gegnerinnen sein, in diesem Fall die Studierenden (und ihre Unterstützerinnen), wie sich auch in den wiederholten Angriffen der Presse auf Anti-Rassistinnen zeigen läßt.

Der "Telegraph" schreibt am 4. Mai, daß die Regierung die Unterstützung solcher Gruppen beenden sollte, die diese Unterstützung für "verachtenswerte politische Gründe" ausnutzen. Der "Independent" (4. Mai) findet es ebenfalls "abscheulich", richtet jedoch die Aufmerksamkeit auf einen möglichen Justizirrtum (obwohl er damit schließt, daß Richter am besten wissen, was sie tun), während er in einem langen kommentierenden Artikel auch alle Zweifel über diese Verhandlung beschreibt. Die "Sun" hat ihre normalen reißerisch kurzen Urteilsprüche: "LSE ist die Abkürzung für Irrsinn", und beurteilt die Studierenden einfach als "arrogant" und "nervend". Die "Times" definiert die Studierenden in der Überschrift eines Open-End-Artikels eines ehemaligen Studenten der LSE als "fehlgeleitet, aber nicht böseartig".

Die Medien berichten mit Vorliebe über wissenschaftliche Forschungen, die Stereotype und Vorurteile über Minderheiten bestätigen. Forscherinnen, die behaupten, sie hätten keinen Beweis für Rassismus

gefunden, finden - wie nicht anders zu erwarten - eine ähnlich freundliche Rezeption unter den Kommentatoren in den Zeitungen. Als das Institut für politische Studien (PSI) im Juni 1989 einen Bericht über die Leistungen der Schülerinnen an "multi-rassischen" Gesamtschulen veröffentlichte, in dem behauptet wurde, daß es nur wenig ethnisch begründete (aber mehr klassenspezifische) Unterschiede im Schulerfolg (also keinen Rassismus) dort gebe, waren Aufmerksamkeit und Lob in der Presse überschwänglich. Das Editorial der "Times" vom 28. Juni 1989 jubelte: "ein objektiver und tadelloser akademischer Bericht", der Ex-Schulmeister Honeyford, der wegen seiner rassistischen Schriften entlassen worden war, erhielt eine ganze Seite in der "Mail" vom 29. Juni und durfte dort erklären, warum dies "endlich die Wahrheit über schwarze Schulkinder" sei. Die positive Aufnahme des Berichtes erklärt sich aus der Übereinstimmung mit konservativen Ideologien, daß nicht ungleiche Chancen, sondern in erster Linie die persönliche Entwicklung und Leistung sowie die besonderen Anstrengungen der Schulen die Unterschiede zwischen den Schülerinnen verantwortlich seien. Für die "Times" sollte eine solche Schlußfolgerung ein "wertvolles Korrektiv für jene sein, die eine 'anti-rassistische' Bildung fordern". Es kann nicht überraschen, daß Honeyford den Bericht folgendermaßen versteht:

*(7) Der Bericht ist eine erdrückende Zurechtweisung all dessen, was die Rassenbeziehungsindustrie über ethnische Bildungsaussichten für Kinder in diesem Land aufgebracht hat. (...) (Er) wirft Zweifel auf eine der beständigen Unterstellungen der Rassenbeziehungsindustrie - daß unsere Schulen Brutstätten des Rassismus seien, in denen schwarze und asiatische Kinder beleidigt würden, Lehrer Vorurteile hätten und die Lehrinhalte anti-schwarz seien. (...) Das Bild von schwarzen und asiatischen Kindern, die begierig darauf sind, in die Schulen zu gehen, die sie scheinbar freundlich aufnehmen, muß Zweifel auf den jüngsten Bericht der Kommission für rassische Gleichheit mit dem melodramatischen Titel "Lernen im Terror" werfen. In ihrem letzten Jahresbericht behauptet die Kommission, daß rassistisch bedingte Belästigungen ein weitverbreitetes ernstes Problem auf jeder Ebene des Bildungswesens seien. Ist dies ein Fall, in dem anti-ras-*

***sistische Apparatschiks finden, was sie finden wollen, oder sollen wir annehmen, die schwarzen und asiatischen Kinder freuen sich in Wirklichkeit über diese Belästigungen?"*** (Hervorhebungen T.v.D.) ("Mail", 29. Juni)

Diese Kommentare legen die unterschiedliche Rezeption von wissenschaftlichen Ergebnissen durch die Presse offen. Ein Bericht, der als Unterstützung für jene gelesen werden kann, die Rassismus verleugnen, findet breiten Anklang, während der Bericht der CRE (Kommission für rassische Gleichheit) als Machwerk anti-rassistischer Apparatschiks diffamiert wird. So war und ist es mit vielen akademischen Untersuchungen über Rassismus im Bildungswesen (für die Diskussion und Bezüge siehe unter anderem Mullard 1984). Daß die PSI-Studie Schulleistungen untersuchte und gar nicht darauf zielte, Rassismus im Bildungswesen zu untersuchen (und folglich auch keinen dort fand), wird in diesen Pressereaktionen ignoriert. Für Honeyford und die anderen Kommentatoren ist allein wichtig, den PSI-Bericht in ihrer Kampagne gegen die CRE sowie gegen "Anti-Rassistinnen" im allgemeinen und gegen eine anti-rassistische Bildung im besonderen nutzen zu können. Weiter unten werden wir auf diese Presseberichterstattung über das Bildungssystem zurückkommen.

Bei einem weiteren typischen Fall wurde ich selbst Zeuge. 1991 begrüßte ein Großteil der Presse in den Niederlanden die Schließung des "Zentrums für Rassische und Ethnische Studien" (CRES) an der Universität von Amsterdam, dem einzigen Zentrums des Landes mit einer Mehrheit von "nicht-weißen" Mitarbeiterinnen (95% der ethnischen Studien in den Niederlanden werden von weißen Wissenschaftlerinnen ausgeführt). Die Medien beteiligten sich mit Freude an der bösartigen Kampagne gegen den damaligen Direktor, den einzigen schwarzen Professor des Landes für ethnische Studien, wie gegen die (wenigen) anderen hervorragenden schwarzen Wissenschaftlerinnen, die in der Rassismusforschung arbeiten. Als die Universitätsleitung schließlich einen *weißen* Professor für ethnische Studien berief, der für seine Leugnung des Rassismus bekannt ist und ebenfalls für seine guten Beziehungen zu den (geldgebenden) Ministerialbürokrata

tien, schwieg die Presse. Es schien kein Problem zu sein, daß dieser Professor gegen alle akademischen Regeln direkt durch die Universitätsleitung berufen worden war, ohne die übliche Berufungskommission, also ohne jeden Wettbewerb mit anderen (möglicherweise schwarzen) Kandidatinnen. Auch die Tatsache, daß das Komitee, das Vorschläge für die Ausrichtung ethnischer Studien an der Universität nach der Schließung des CRES erarbeiten sollte, aus drei *weißen* Männern bestand (alle drei bekannt für ihre Leugnung und ihre Ignoranz gegenüber Rassismus), war nicht berichtenswert, und auch nicht die Tatsache, daß diesem Komitee der Mann vorstand, der später von der Universitätsleitung berufen wurde. Wissenschaftlerinnen und Studentinnen aus den Minderheiten hielt man bequemerweise aus dem Komitee heraus. Das heißt, wenn Minderheitenprogramme als Begünstigung für die Minderheiten gesehen werden können, schreit die Presse "Skandal" und verbündet sich mit anderen Eliten, die die Qualität der Forschung verteidigen, aber sie protestiert selten gegen die tagtäglichen Begünstigungen für Weiße, insbesondere wenn es um hohe Positionen geht, und dies sogar in akademischen Programmen zu ethnischen Studien. So werden "sie" (Schwarze, Anti-Rassistinnen) a priori als umstritten, parteilich und störend, wenn nicht sogar als unqualifiziert beschrieben, während moderate oder konservative Weiße per definitionem als ideale Kandidaten gelten, da sie den **status quo** unterstützen und "keine Probleme machen".

## Medien und Schulen

Neben der Forschung ist die (Aus-)Bildung das Hauptthema der britischen Presse im Jahr 1986 (168 Artikel, 14,2%), während Lehrer in 81 (6,8%) Artikeln auftauchen. 1985 hatten wir in Großbritannien den allseits bekannten Fall Honeyford: Honeyford war der Direktor einer Schule in Bradford, der rassistische Artikel schrieb, die sich besonders gegen seine (meist indischen) Schülerinnen und gegen multikul-

turelle Erziehung allgemein richteten. Nach einem langen Konflikt, in dem er zunächst suspendiert und dann wieder eingestellt wurde, entließ man ihn mit einer hohen Abfindung. Wenn ein Lehrer jemals der Held der (konservativen) Presse war, dann Honeyford. Zu seinen Gunsten erschienen viele Dutzend Artikel, Leitartikel und völlig voreingenommene Reportagen. Als ein konservativer Held im Kampf gegen progressive Erzieher, Anti-Rassistinnen und multikulturelle Curricula wurde er auch von Tory-PolitikerInnen gefeiert: Die damalige Premierministerin Thatcher empfing ihn sogar in der Downingstreet Nr. 10, und bald darauf wurde er Mitglied in verschiedenen reaktionären Clubs und Komitees, die gebildet wurden, um gegen die multi-ethnische "Flut" anzukämpfen.

Von da an konnte jeder Lehrer oder Professor, der offensichtlich Probleme mit der neuen ethnischen Realität in Großbritannien hatte, der Held der konservativen britischen Presse werden. Während der untersuchten Zeit war dies der Fall für einen Lehrer, der, nachdem er wegen einer rassistischen Bemerkung beschuldigt worden war, gekündigt hatte. Zur gleichen Zeit weigerte sich eine "Rassenbeziehungsberaterin" (race relations advisor), ihr Amt niederzulegen, nachdem sie eine solche Anschuldigung ausgesprochen hatte. Sie wurde jedoch mit einer Abfindung entlassen, als das Ministerium mit der Kürzung der Unterstützung für die Behörde drohte, für die sie arbeitete. Ein Sensationsblatt offenbart seine unzweideutige Position wie folgt:

*(8) Der unbescholtene Lehrer wurde gefeuert. Der Rassenbeziehungs-Fanatikerin wurde erlaubt zu verschwinden, ausgestattet mit einem Fallschirm aus Nerz. Wenn dies nicht der schändlichste Akt von Diskriminierung ist, dann ist dieses Wort unwiderprüflich von den Fanatikern abgewertet worden, die es zu vorsehnell in den Mund genommen haben. ("Mail", 11.Mai)*

Man beachte die bekannte Umkehrung in diesem Fragment ('Nicht wir sind die Rassisten: sie sind es'), die unablässig in den Fällen, in denen weiße Briten des Rassismus beschuldigt werden, angewandt wird. Einige Tage später, am 17. Mai, ist die "Mail" ähnlich aufgebracht, als man erfuhr, daß asiatische und schwarze Kinder gebeten

wurden, über rassistische Bemerkungen ihrer Klassenkameradinnen zu berichten: "Noch mehr anti-rassistischer Unsinn". Wie wir weiter oben gesehen haben, neigt die Presse dazu, die zu schützen, die wegen Rassismus beschuldigt werden, und diejenigen in Verruf zu bringen und zu attackieren, die dies herausfinden. Für die Eliten, auch in der Presse, ist nichts so intolerabel wie eine Beschuldigung wegen Rassismus. Diese und andere Fälle zusammenfassend, kommentiert der "Telegraph" - wie erwartet - Home Secretary Hurd wie folgt:

*(9) Daher war es wohltuend, daß Mr Hurd sagte, die Idee, daß "weißer Rassismus" das Haupthindernis für Harmonie sei, ist eine fehlerhafte und unvollständige Analyse".*

Kritische Besprechungen von rassistischen Textbüchern, Kinderbüchern oder Programmen werden systematisch mit der bekannten Masche lächerlich gemacht und marginalisiert, wie schon oben gezeigt, indem wiederum die Ankläger der Intoleranz, Zensur und Inquisitionsmethoden beschuldigt werden. Es gibt nur einen Bereich der ideologischen Reproduktion und des öffentlichen Diskurses, den die konservative Presse nicht kontrolliert, nämlich Teile des Bildungssystems. Daher überrascht es nicht, daß Lehrer und Professoren, die sich für Strategien und Programme einsetzen, die die Perspektiven der Minderheiten in Betracht ziehen, zusammen mit (den wenigen verbleibenden) linken Stadträten in Großbritannien selten in der konservativen Presse angegriffen werden.

Wie in anderen Ländern gibt es in Großbritannien auch die bekannte Diskussion darüber, ob Schulen völlig staatlich sein sollen oder nicht, oder ob auch Muslime, wie Christen und Juden, ihre eigenen (subventionierten) Schulen haben dürften. Die Position der liberalen und konservativen Zeitungen hinsichtlich dieses Themas (wie es auch während des Konfliktes in Frankreich der Fall war, als muslimische Mädchen "Schleier" trugen) ist in diesem Fall trotzdem komplexer, als in den meisten von uns diskutierten. Das heißt, viele progressive Liberale sind im allgemeinen für staatliche Schulen, für eine strikte Trennung von Kirche und Schule und für integrierte und gleiche Ausbildung für Jungen und Mädchen. Gleichzeitig tendieren diese Liberalen

auch dazu, daß der Islam oder andere Religionen nicht diskriminiert werden sollen, die Existenz von subventionierten christlichen und jüdischen Schulen vorausgesetzt.

In der konservativen Presse finden wir das Spiegelbild dieser ambivalenten Position: Es war offensichtlich unakzeptabel für die Rechten, einerseits gegen Einwanderung, anti-muslimisch und andererseits für Assimilierung, muslimische Schulen und natürlich deren Gründung zu sein. Paradoxaerweise konnte die konservative Presse eine "modernere" oder sogar "progressivere" Sichtweise vertreten als die liberalere Presse, indem sie vorgab, für das Recht der muslimischen Frauen einzutreten! Diesen Schachzug kennt man von vielen Arten des konservativen Diskurses gegen den Islam (für Details siehe van Dijk 1987, 1993). Die Strategie wird deutlich, wenn man bedenkt, daß dieselben Konservativen im allgemeinen kaum die Rechte der Frauen verfechten. Die "Mail" veröffentlicht eine lange Passage von Mr. Honeyfords Rede, in der er Verständnis für die Wünsche der Muslime zeigt, ihre eigenen Schulen haben zu wollen. Gleichzeitig spricht er jedoch folgende Warnung aus:

*(10) Es besteht die reale Gefahr, daß moslemische Schulen Ausbildungsstätten für militante orthodoxe Moslems werden könnten. (...) Es besteht die Gefahr, daß die absolute Hingabe an den Islam, wie es jeder moslemischen Schule eigen ist, die Entwicklung einer Bindung an dieses Land verhindert - etwas, das in der christlichen/jüdischen Tradition nie vorgekommen ist. ("Mail", 25.Mai)*

Beim Lesen solcher Warnungen überrascht es nicht, daß die Eltern seiner meist indischen Schülerinnen nur wenig Vertrauen in diesen Direktor setzten, der sie zuerst als potentielle Bedrohung ansieht, oder als Bürgerinnen, denen man nicht vertrauen kann. Andererseits begrüßen die Konservativen, und besonders die Christen unter ihnen, das Kriterium Religion als ein wichtiges Element in bezug auf Schule (wenn auch nur, um christliche Schulen zu schützen), wie dies auch in den Niederlanden der Fall ist, wo konfessionelle Schulen noch immer eine höhere Wertschätzung genießen. Trotz dieser Komplexität, die auch in der Presse reflektiert wurde, lehnt die gesamte konservative Presse muslimische Schulen ab, während die Liberalen

(widerwillig und unter einigen Bedingungen) bereit sind, die Wünsche der EinwanderInnen oder Minderheitengemeinschaften zu respektieren.

Die Situation in den Niederlanden ist wiederum nicht sehr davon verschieden, obwohl (moderate) multi-kulturelle Programme in den Schulen normalerweise nicht zur Zielscheibe der Presse werden. Die Notlage von jungen muslimischen Mädchen, die durch ihre Väter, durch arrangierte Heiraten oder von ihrer gesamten Kultur unterdrückt werden, wird dankbar in ein anti-Islam-Schema eingepaßt, dem wir schon in der Rushdie-Affäre begegnet sind. Dennoch, als der Vorsitzende der WD (eine konservative Partei), Bolkestein, öffentlich die Qualität muslimischer Schulen bezweifelte, wurde er allgemein kritisiert, auch von großen Teilen der Presse.

Sobald der gemäßigte Hintergrund einer kritischeren Haltung Raum gibt, ist die Presse längst nicht so mild. Kritik an rassistischen Schulbüchern kommt einer kritischen Analyse der Presse zu nahe und wird daher oft ignoriert und marginalisiert, wenn nicht angegriffen. Während die "Probleme" einer Kultur ein beliebtes Thema in Berichten über Erziehung sind, so ist es Rassismus in der Schule nicht. Dasselbe gilt a fortiori auch für die wissenschaftliche Rassismusforschung, wie wir oben gesehen haben. Die Presse ergreift hierbei Partei für die konservativen "Minderheitenexperten", die es vorziehen, Erklärungen für das "Minderheitenproblem" in den Minderheiten-"Kulturen" selbst zu suchen, und nicht in den systematischen Ausformungen von Rassismus und Ungleichheit.

### **Die Presse und Kapitalgesellschaften**

Nachrichten und Zeitungen sind auch ein Geschäft. Nachrichten werden ge- und verkauft, und der Markt bestimmt ihren Wert. Finanziell gesehen, gibt es den indirekten Einfluß auf redaktionelle Freiheit durch Werbeeinnahmen und Verkäufe (neben vielen anderen



Untersuchungen siehe z.B. Bagdikian 1983). Trotz dieser fundamentalen Abhängigkeit der Nachrichtenmedien vom Markt und den Zwängen der Werbung wird das Geschäftswesen in der Presse nicht immer positiv dargestellt, vornehmlich in der liberalen Presse. Besonders über das Big Business oder über ökologische Katastrophen, die von industriellen Umweltverschmutzern verursacht wurden, wird daher ziemlich kritisch berichtet (siehe auch Randall 1987).

In bezug auf ethnisch geprägte Angelegenheiten gibt es drei größere Themen im Geschäftsbereich, die die Aufmerksamkeit der Presse anziehen: Arbeitslosigkeit von Minderheiten, Diskriminierung und Minderheitenprogramme. Die Medien nehmen generell im Hinblick auf Themen nicht eine Position ein, die Geschäftspraktiken und Einstellungen kritisch gegenübersteht, wenn auch nur, weil sie als Arbeitgeber Teil des Problems sind: In Europa sind die Nachrichtenräume praktisch "weiß", und trotz strenger Gesetze, Gleichstellungsregeln und eines geänderten Bewußtseins bleiben Minderheiten als Journalistinnen und besonders als Herausgeberinnen unterrepräsentiert (Wilson/ Gutiérrez 1985).

In den Niederlanden wird im allgemeinen, auch in der Presse, erkannt, daß Minderheitenarbeitslosigkeit ein großes Problem darstellt. Dennoch ist die vorherrschende Definition der Situation in den Kapitalgesellschaften die, daß die Minderheiten selbst schuld sind, am meisten wegen schlechter Ausbildung, unzureichender Kenntnis der Sprache oder kultureller Unterschiede. Vorurteile und Diskriminierung werden nur gelegentlich als ein wichtiger Faktor für Arbeitslosigkeit angesehen, wobei die Presse keinerlei Kampagne gegen solche Diskriminierung führt. In dieser Beziehung teilen die Eliten in Politik, in den Medien und in den Kapitalgesellschaften die gleichen Ideologien und Praxen, die auch in anderen Ländern Westeuropas zu beobachten sind.

Noch weniger positiv (zumindest in Europa) ist die Presseberichterstattung über Minderheitenprogramme. Obwohl über allgemeine Programme zur Beschäftigung von (mehr) Minderheiten im allgemeinen neutral oder sogar positiv berichtet wird, wird jede Art von

angeordneten und legalen Maßnahmen zur Unterstützung von Minderheitenprogrammen, wie Vertragserfüllung, Quoten und andere Aktionen, in der Presse wie in den Kapitalgesellschaften völlig abgelehnt (Blanchard/Crosby 1989; Combs/Gruhl 1986; Wyzan 1990). Wie zu erwarten, ist besonders die konservative Presse unerbittlich in ihrer Unterstützung von Geschäfts-Ideologien und Praxen und ihrer Ablehnung von Minderheitenprogrammen. Sogar Fälle von offener Diskriminierung werden in dieser Presse auf eine Art dargestellt, die eher die Ankläger als die Angeklagten verantwortlich macht ("Sie sehen Diskriminierung, wo keine ist").

Insgesamt: Wenn die (liberale) Presse manchmal kritisch mit dem Business umgeht, gilt dies kaum hinsichtlich des bedauernden Standes der Beschäftigungszahlen bei den Minderheiten und hinsichtlich der Minderheitenprogramme. Gelegentliche Bemühungen der Politik, massiv gegen Arbeitgeber vorzugehen, die sich weigern, Angehörige von Minderheiten einzustellen, werden weder in der liberalen noch in der konservativen Presse unterstützt. Über alltägliche Diskriminierung oder die Erfahrungen der Minderheiten am Arbeitsplatz wird selten berichtet.

Die einzige kritischere Berichterstattung, die sich allerdings normalerweise auf die liberale Presse beschränkt, konzentriert sich auf eklatante und offene Diskriminierung. Solche Nachrichten tendieren allerdings eher dazu, solche Diskriminierung als Einzelfall zu behandeln und nicht als eine strukturelle Eigenschaft des "weiß"-dominierten Arbeitsmarktes oder der Kapitalgesellschaften. Eine solche Diskriminierung wird auch eher als eine Form von moralischer Abweichung einzelner Arbeitgeber und weniger als Verbrechen definiert.

Auf diesem Hintergrund werden wir nun detaillierter untersuchen, wie die Meinungsmacher in der britischen Presse das Geschäftsleben behandeln. Verglichen mit einer großen Anzahl von Artikeln über Politiker, die Polizei oder Erziehungspersonen, spielen Geschäftsleute in nur 45 (3,8%) von 1184 Artikeln über ethnisch geprägte Angelegenheiten eine Rolle. In der ersten Hälfte des Jahres 1989 gab es keine größeren Skandale oder berichtenswerte Ereignisse im Businessbe-

reich, die breit diskutiert wurden, wie es in der Rushdie-Affäre oder bei der Ausweisung von Viraj Mendis der Fall war. Wenn überhaupt, findet man Hintergrundartikel über wohlwollende Ansätze zur Beschäftigung von Minderheiten, d.h. eine Berichterstattung, die, wie gewöhnlich, das positive Selbstbild der liberalen Eliten als "ihnen helfend" unterstützt. 1985 konzentrierte sich die konservative britische Presse besonders auf das, was sie als widersinnige Beschuldigung von Diskriminierung und Rassismus im Beruf ansah. Wie auch in den Niederlanden ist Diskriminierung 1989 ein Hauptthema (130 Artikel, 11%), obwohl viele dieser Diskussionen von Diskriminierung oder Rassismus in der Ausbildung oder im öffentlichen Dienst handeln. Mehr noch, über sie wird meist in Nachrichten berichtet, wobei ihnen in kommentierenden Artikeln meist keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Minderheitenarbeitslosigkeit oder -beschäftigung ist das Thema von 48 (4%) Artikeln, während Minderheitenprogramme das Thema von nur 10 Artikeln (weniger als 1%) ist.

Ein Hintergrundartikel im "Telegraph" (17. März) beschäftigt sich speziell mit Arbeit/Arbeitslosigkeit der Minderheiten und konzentriert sich auf das "Projekt Fullemploy", das von seinem west-indischen Direktor Linbert Spencer geleitet wird. Die meisten dieser positiven Artikel konzentrieren sich auf die "Can-Do" - Mentalität der Selbsthilfe, die mit der Thatcher-Ideologie des Do-It-Yourself-Kapitalismus verzahnt ist. Diskriminierung wird nur kurz erwähnt, jedoch wird Anti-Diskriminierung nicht als der Weg angesehen, mehr Jobs für Minderheiten zu bekommen. Man glaubt, daß Minderheiten (leichter) Arbeit bekommen, sobald sie (besser) qualifiziert sind. Obwohl dies unzweifelbar teilweise richtig ist, ist es auch teilweise falsch. Zahlen zeigen, z.B. in den Niederlanden, daß sogar besser qualifizierte Bewerber aus den Reihen der Minderheiten doppelt so wenig Chancen zur Einstellung haben wie Weiße (Veenman 1990; für eine detaillierte Diskussion siehe van Dijk 1993). Eine solche Hintergrundinformation, ganz zu schweigen von Einblicken in Vorurteile und Diskriminierung der Arbeitgeber, ist selten nicht Bestandteil eines Artikels in einer kon-

servativen Zeitung, für die eine negative Sicht auf Arbeitgeber nicht in Frage kommt (für Details siehe z.B. Jenkins 1986).

Von den wenigen kommentierenden Artikeln befassen sich zwei längere im "Guardian" mit Diskriminierung bezüglich Arbeit, einer (vom 16. Juni, von der Kolumnistin Melanie Phillips, eine der wenigen Journalistinnen in Großbritannien, die den Elite-Rassismus kritisch kommentieren) mit Details eines Falles eines "sturen" Inders, der sich weigerte, Diskriminierung durch ein öffentliches Amt zu akzeptieren. Der andere (auch vom 16. Juni, von John Whitmore) berichtet über die Commission for Racial Equality (CRE), wobei er deren Wünsche nach mehr Geld und Einfluß aufgreift. Für die konservative Presse ist die CRE, obwohl sie eine öffentliche Institution ist (sie wurde u.a. gegründet, um die Durchführung der Race Relations Act 1976 zu überwachen), ein Hauptziel ihrer Angriffe gegen das, was sie durchgängig die "Rassenbeziehungsindustrie" nennt. Von großen Teilen der Presse als ein nicht-effektiver "Mittler" angesehen, der ethnische Feindseligkeiten eher schafft als löst, treffen die wiederholten Forderungen der CRE nach mehr Geld und mehr effektiven legalen Möglichkeiten, Diskriminierung zu bekämpfen, auf kühle Ablehnung. Viele Konservative, auch in den Medien, würden diese Institution lieber geschlossen sehen, obwohl ihr schon jetzt die Kraft fehlt, Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Es ist z.B. bekannt, daß konservative Politiker und Richter sichergestellt haben, daß die CRE nicht zu mächtig wird (Lustgarten 1987; Solomos 1987). Von jährlich einigen tausend Beschwerden, die die CRE 1982 erreichten, kamen nur 200 vor Gericht und nur 30, d.h. 3%, waren erfolgreich (Solomos 1987).

Auf diesem Hintergrund sollte man die folgenden Fragmente eines Leitartikels der "Mail" (14. Juni) betrachten, die recht repräsentativ die Sicht der Presse in bezug auf Versuche anti-diskriminierender Aktivitäten zeigt:

***(11) Die "Race Quango" fordert mehr***

*In ihrem jährlichen Report behauptet die Commission for Racial Equality wie üblich, daß rassische Diskriminierung ein schreckliches Problem in Britannien ist. Sie bietet ihre übliche Lösung: Sie*

*will größere legale Macht, um wirkungsvoll gegen Diskriminatoren vorgehen zu können, und mehr Geld aus der öffentlichen Geldbörse.*

*Man nehme zunächst die gesetzlichen Änderungen. Die CRE will, daß das Gesetz rassische Diskriminierung weiter definiert, denn: je weiter die Definition, desto größer die Zahl von potentiellen Tätern. (...)*

*Dazu kommt, daß die CRE einen verbindlichen Überblick über ethnische Angelegenheiten in weiten Teilen unseres nationalen Lebens geben möchte. Das könnte der erste Schritt in Richtung gesetzlicher Quoten für Ausländer in jedem Arbeits-Bereich sein. Zusammengenommen würden diese Änderungen die Macht der "Rassenbürokraten" enorm stärken. Besonders wichtig wäre die Erweiterung der Befugnis, Firmen solange zu malträtieren, bis sie Einstellungsquoten aufstellen, d.h. privilegierten Zugang zu Jobs für ethnische Minderheitengruppen ermöglichen.*

*Erfahrungen in Amerika, wo solche Minderheitenprogramme auf breiter Ebene getestet wurden, zeigten, daß diese kontraproduktiv sind. Den armen amerikanischen Schwarzen geht es schlechter, sie sind abhängig von staatlichen Almosen, versinken im Ghetto, im Verbrechen und in der Drogenkultur, und zwar mehr als zu der Zeit, als Präsident Lyndon B. Johnsons sogenanntes "Great Society" Programm begann (...).*

*(...)*

*(...) die Regierung sollte Wege finden, mit denen die Pflichten der CRE deutlich gemacht und ihr Budget dementsprechend beschnitten wird."*

Obwohl dieser "giftige" Leitartikel für sich selbst spricht, sollten wir einige der schon bekannten Muster offenlegen. Eine Hauptstrategie, nämlich die CRE und die "Rassenbeziehungsindustrie" als massive Verprasser von öffentlichen Geldern, die der normale Steuerzahler zur Verfügung stellen muß, darzustellen, wird schon in der Überschrift angekündigt. Obwohl die 100 Millionen Pfund, die die konservative Presse ständig als die öffentlichen Ausgaben für die "Rassenbeziehungsindustrie" anführt, keinen nennenswerten Anteil des nationalen Budgets ausmachen (allein in den Niederlanden ist die entspre-

chende Summe 3mal so groß für eine Bevölkerung, die 4mal so klein ist), macht diese Darstellung die CRE dem normalen Leser nicht gerade sympathisch. Die Anspielung auf die "öffentliche Geldbörse" am Ende des ersten Abschnittes ist der nächste Schachzug in dieser Strategie der Mahnung des Populisten an die Steuerzahler.

Zweitens benutzt die "Mail" gern das Verb "behaupten", um Zweifel auszudrücken, wenn sie die Schlußfolgerungen über Diskriminierung in Großbritannien - die auf harten Zahlen basieren - wiedergibt. Allgemeiner: Die Fakten über Fälle von Diskriminierung werden bezweifelt oder unglaubwürdig gemacht, indem die konservative Presse Wörter wie "behaupten", "angeblich", "vorgeben" oder modale Bestimmungen benutzt, die Distanz, Zweifel oder Skepsis ausdrücken.

Am 1. August 1985 gebrauchte der "Daily Telegraph" - ebenfalls in einem Leitartikel, der die CRE angriff und der die Schlußfolgerungen der CRE bezüglich Diskriminierung darstellte - ebenfalls das Verb "behaupten" (für eine detaillierte Analyse dieses Artikels siehe van Dijk 1991). Darauf reagierte der Direktor der CRE, Peter Newsam, mit einem ironischen Brief und stellte den unpassenden Gebrauch von "behaupten" in solch einem Fall heraus: Die CRE berichtet Tatsachen.

Drittens versucht der nächste Abschnitt dieses Artikels die Forderungen der CRE nach erweiterten gesetzlichen Befugnissen dadurch in Frage zu stellen, daß er ihr vorwirft, möglichst viele Menschen vor Gericht schleppen zu wollen, und fährt daher fort: "Am liebsten hätte sie das Recht, "Klassenkämpfe" vor Gericht auszutragen". Dieser Abschnitt verfolgt wiederum das Ziel zu verdeutlichen, daß Diskriminierung weder ein großes Problem in Großbritannien darstelle, noch daß es juristisch bekämpft werden müsse, während er gleichzeitig versucht, die CRE als unseriös zu charakterisieren.

Der nächste Abschnitt zeigt, viertens, den sozio-ökonomischen Kern der von der "Mail" verteidigten Ideologie: Anti-Diskriminierung ist schlecht fürs Geschäft.

Wie auch beim Leitartikel des "Telegraph" von 1985 und bei den meisten anderen kommentierenden Artikel in der konservativen Presse

über dieses Thema, so prägt die Ideologie des freien Marktes auch Inhalt und Stil dieses Artikels (keine staatliche Intervention; Freiheit der Arbeitgeber, nach eigenem Ermessen Jobs zu vergeben). Daß die CRE sich wiederholt gegen Quoten und "positive Diskriminierung" von Minderheiten ausgesprochen hat (sie reagiert sogar auf Beschwerden über "positive Diskriminierung"), wird vom Herausgeber der "Mail" geflissentlich ignoriert. Im Gegenteil, der Kampf gegen Diskriminierung wird mit "Belästigung" von unschuldigen Arbeitgebern durch "Rassenbürokraten" gleichgesetzt. Ein solch explizit negativer Stil spiegelt nicht nur die zugrundeliegenden Haltungen und Ideologien der "Mail" zur britischen Gesellschaft, zur Wirtschaft und zum Problem der Diskriminierung wider; sie will darüber hinaus mit rhetorischen Mitteln die Leser und die politischen (Tory) Eliten direkt beeinflussen. Das Ziel ist, die Schlußfolgerung des Artikels zu untermauern, daß die Aufgaben und das Budget der CRE "beschnitten" werden sollten.

Der Abschnitt schließlich, der den Vergleich mit den USA zieht, bedient sich ebenso des bekannten Tricks, Minderheitenprogramme als höchst zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die Wahrheit wird z. B. völlig verdreht, wenn die "Mail" behauptet, in den USA würde 'das' auch nicht funktionieren. Dazu kommt, daß behauptet wird, alle Gebrechen der schwarzen Minderheitengruppen seien auf die Minderheitenprogramme selbst zurückzuführen. Es wäre natürlich nicht im Sinne der "Mail", wenn sie berichten müßte, daß die Minderheitenprogramme in den USA ein relativ erfolgreich waren, daß viele (besonders Mittelklasse-)Schwarze endlich annehmbare Jobs durch die "Equal Opportunity" Gesetzgebung bekamen, daß, als Reagan in den 80er Jahren versuchte, solche Programme abzuschaffen, viele große Firmen dagegen waren (bei ihnen funktionierten die Programme genauso gut), und daß, im Gegenteil, die Not in den Großstädten der USA tatsächlich auf die Abschaffung der "Great Society"- und Anti-Armutsprogramme der konservativen Reagan- und Bush-Regierung zurückzuführen war.

Zusammengefaßt: In knappen Zügen propagiert die "Mail" ihre konservative Ideologie der Nicht-Intervention, wiederholt sie ihre übliche Leugnung der Diskriminierung und unterstützt darüber hinaus Wirtschafts-Interessen gegen (sogar gemäßigte) Maßnahmen gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Mit anderen Worten: In der gleichen Weise, wie die konservative Presse sich den konservativen Politikerinnen anschließt, sobald Einwanderung oder Ausländerpolitik angesprochen wird, unterstützt sie auch das Business, wenn sie dessen Autonomie durch Bürgerrechte gefährdet sieht.

Wichtig ist, daß solche Haltungen nicht rein sozio-ökonomisch begründet sind. Es ist kaum überraschend, daß die konservative Presse das Business unterstützt. Der Kern der Sache ist, und dies ist auch der eigentliche Grund des Hasses auf Institutionen wie die CRE, daß es hier auch um "rassische" Vorurteile geht. Eine Woche nach Erscheinen des oben analysierten Artikels schreibt die "Mail" wieder gegen die CRE und berichtet erfreut, es gebe Hinweise, daß die CRE sich ebenso an der Diskriminierung Schwarzer beteilige (die meisten ihrer älteren Mitarbeiter sind weiß). Sie schreibt:

*(12) Trotz großer Summen an öffentlichen Geldern sind ihre Erfolge doch mäßig. Sie erweckt oft den Eindruck, "anti-weiß" zu sein und davon auszugehen, daß nur weiße Menschen Vorurteile hegen. ("Mail", 21. Juni)*

Vielleicht sogar noch deutlicher als die in diesem Leitartikel verteidigten sozio-ökonomischen Ideologien, bringt diese Textpassage den Kern des Unwillens der "Mail" zum Ausdruck: Anti-Diskriminierung ist anti-weiß. Weiße Menschen haben kein Recht, andere Weiße wegen Diskriminierung zu beschuldigen, geschweige denn wegen Rassismus, der, für die "Mail", nichts anderes ist als "rassischer 'Verrat'" und Nestbeschmutzung. Diese Passage verwendet auch den bekannten Schachzug der Umkehrung: Wir sind nicht die (einzigen), die diskriminieren, (auch) sie tun es. Wenn hier auch nicht direkt den Opfern die Schuld zugewiesen wird, so läuft diese Argumentation doch darauf hinaus, die Schuld der Weißen zu relativieren und damit zu verkleinern.



## Andere Eliten

Natürlich bezieht sich die Presse nicht nur auf politische, wissenschaftliche oder Geschäfts- Eliten. Andere wichtige Elitegruppen und Institutionen werden ebenso in ethnische Angelegenheiten involviert, wie die Polizei, die Gerichte und die Kirche. Auch in unserem Korpus von kommentierenden Artikeln in der britischen Presse aus den ersten 6 Monaten des Jahres 1989 finden wir die bekannten Beispiele für die Unterstützung der Eliten durch die Presse, die den ethnischen **Status quo** aufrechterhalten wollen. Wenn z. B. ein Richter die Forderung zurückweist, daß Gerichte, die Schwarze "beurteilen", auch aus schwarzen Geschworenen bestehen sollen, kann die "Sun" diesem nur zustimmen und sagten, daß solch ein Arrangement "verrückt wäre" (14. Jan.). Daß in klaren Fällen von Diskriminierung oder Rassismus sogar die Boulevardpresse sich gegen die weißen Eliten stellt, zeigt ein Artikel der "Sun" (3. März), der einen 64jährigen Richter aufforderte, "seine Perrücke an den Nagel zu hängen. Für immer!" Der Grund: dieser Richter hatte in einem Gespräch nach nach einem öffentlichen Essen eine rassistische Bemerkung von sich gegeben. Doch was verfährt?! Nach den städtischen Unruhen im Jahre 1985 beschuldigte die konservative Presse die Gerichte trotzdem, "zu weich" gegenüber schwarzen Randalierern zu sein.

In einem Leitartikel der "Mail" vom 12. Juni wird die Eliteinstitution Armee kritisch unter die Lupe genommen. Anlaß ist ein Bericht des Verteidigungsministers (und eigene "Nachforschungen" der "Mail"), in dem gesagt wird, es gebe unverhältnismäßig wenige schwarze Rekruten in der Armee, was daran liege, daß Vorurteile gegenüber Schwarzen einer der Gründe dafür sei. Dennoch ist es nicht das wichtigste Ziel der "Mail", Vorurteile und Diskriminierungen anzuprangern, sondern die Tatsache, daß auch bei Schwarzen "ein britischer Stolz auf gemeinsame Pflichten wie auch auf gesicherte Rechte ge-

hegt werden solle". Dies ruft ähnliche Artikel aus der Zeit nach den Unruhen 1985 ins Gedächtnis, als die konservative Presse die schwarze Minderheit aufforderte, sich selbst zu überwachen und junge Schwarze drängte, Polizisten zu werden. Ähnliche Aufrufe zur "Integration" erlebt man allerdings seltener, wenn Schwarze versuchen, z.B. Journalistinnen, Politikerinnen, Parlamentarier oder Stadverordnete zu werden oder andere Berufe zu ergreifen, bei denen ihre politische Position ein Ärgernis für die rechte Presse werden könnte.

Manchmal wird die Polizei vorsichtig kritisiert, z.B. als 50 Polizisten eine Kirche stürmten und eine Tür aufbrachen, um den "kleinen Viraj Mendis" zu verhaften ("Sun", 19. Jan.). "Wo waren unsere 'nuclear subs'", fragt die "Sun" ironisch. Unsere Analyse der massiven Polizeiaktionen gegen die "Ausschreitungen" 1985 zeigte, daß die Presse die Polizei generell unterstützte, jede Kritik über Polizeibrutalität oder Übergriffe durch Polizisten an den Rand drängte oder ins Lächerliche zog, und regelmäßig "härtere" Maßnahmen gegen Minderheitengemeinschaften forderte, immer im Zusammenhang mit Kriminalität, Drogen und Gewalt (Vgl. auch van Dijk 1991).

Wenn sich Teile einer Eliteinstitutionen, wie progressive Kleriker der Church of England, bei der Hilfe für EinwanderInnen oder Flüchtlinge engagieren, wie im Falle von Viraj Mendis, ziehen sie den Zorn der konservativen Presse auf sich, wie oben gesehen. Sie werden dann in die gleiche Schublade gesteckt wie die "verrückten Linken", kritische Wissenschaftlerinnen, anti-rassistische Lehrerinnen oder Bürgerrechtlerinnen. Das bedeutet, daß die Unterstützung der Eliten durch die konservative Presse nicht allumfassend ist, sondern von der sozio-politischen Position und den Haltungen dieser Gruppe abhängt. Als die Church of England ihren bekannten Report "*Faith in the Cities*" über die Not in den Großstädten veröffentlichte, verurteilte die gesamte konservative Presse diesen als ein kommunistisches Pamphlet. Liberale Zeitungen zeigten eine positivere Reaktion, obwohl sie generell auch die verdammten, die sie als die "Radikalen" ansehen, wie es der "Independent" tat (23. Jan.), als er "progressive Kleriker" kriti-

sierte, weil sie Viraj Mendis versteckten, oder als der "Guardian", der normalerweise die Labour Partei unterstützt, die "verrückten Linken" verurteilte.

"Der Himmel und Neil Kinnock wissen, daß die Aufgabe der Sun nicht darin besteht, den Sozialisten zum Wahlerfolg zu verhelfen", beginnt die "Sun" einen Artikel vom 28. März, in dem sie die "den erpresserischen Aufruf der Muslims" verdammt, nicht Labour zu wählen, bis diese Partei dem Verbot der *Satanischen Verse* zugestimmt habe. Anders ausgedrückt: Wenn die Presse die Wahl zwischen zweien ihrer ideologischen Feinde hat, favorisiert sie "unsere" eigenen Leute gegen über den fremden Anderen. Als die Labour-Party ihren eigenen Kandidaten zu den Vauxhall-Wahlen aufstellte, nachdem die lokalen Labour-Wähler ihre Stimme einer von der Presse genannten "radikalen, linken schwarzen Feministin" gegeben hatten, stellte sich auch die konservative Presse auf die Seite der Labour-Führung und zog Anschuldigungen wegen Rassismus des schwarzen Parlamentsmitglieds Bernie Grant ins Lächerliche (der schon wiederholt während der Unruhen 1985 angegriffen worden war, als Mr. Grant den Rat von Haringey leitete, wo die "Ausschreitung" von Tottenham stattfand, und nachdem man von Mr. Grant behauptete, er rechtfertige die Attacken der jungen Schwarzen gegen die Polizei). Der "Telegraph" (19. Mai) fragt sich, ob die "verrückte Linke von Livingstone" wieder in der Labour-Partei hochkommt, ist aber beruhigt, wenn er feststellt, daß "Den Vorurteilen der sozialen Schichten, auf deren Stimmen sich Labour verläßt, dadurch Vorschub geleistet wird; jede(r) militante Schwarze, jede Feministin oder Linke(r) (alle *sine qua non* des Londoner Sozialismus) ist unten durch, welche Verdienste er/sie auch immer haben mag".

Trotzdem gilt nicht immer die Regel, sich "für sich selbst" zu entscheiden, wenn man zwischen zwei ideologischen Standpunkten entscheiden muß. Die rechte Presse neigt dazu, immer positiver über "hart arbeitende Inder" zu berichten, die als integriert und besonders willfährig bezeichnet werden, als über die "verrückte Linke" und besonders über Anti-Rassisten. So kommt es, daß in der Presse nur die (wenigen)

Aktivisten der Elite und deren Institutionen heftig kritisiert werden, die Bürgerrechtlerinnen, Ratsmitglieder, Lehrerinnen und Wissenschaftlerinnen sind, die offen gegen Diskriminierung und Rassismus kämpfen.

Wie steht es nun mit der Presse als Eliteinstitution selbst? Man findet keine weiteren Kommentare über den Bericht des Runnymede Trust, der die Presse wegen Rassismus beschuldigte. Nur der "Telegraph" bringt einen 12-zeiligen Mini-Bericht, kommentiert diesen aber nicht weiter. Dies tun auch die anderen Zeitungen nicht. Mein Buch über Rassismus in der Presse (van Dijk 1991) wurde einhellig von der niederländischen Presse ignoriert, die andererseits (unkritischen) Studien über die Presse hohe Aufmerksamkeit schenkt. Die meisten Herausgeber, auch die der liberalen Presse, reagierten auf ein früheres Buch in den Niederlanden über dasselbe Thema recht wütend, auch in persönlichen Briefen, und eine liberale Morgenzeitung hinderte meine Studentinnen sogar an der Kontaktaufnahme mit Journalistinnen für ein Forschungsprojekt über Nachrichtenproduktion. Insgesamt: Die Presse kritisiert sich selten selbst, und wenn, dann nur in offen skandalösen Einzelfällen. Und sie richtet *niemals* ernste und große Aufmerksamkeit auf Rassismus in der Presse (d.h. von den ca. 6.000 Nachrichtentexten, die ich innerhalb dieses Jahres analysiert habe, diskutiert keiner Rassismus in der Presse als ernstes Problem oder auf irgendwie detailliertere Weise). Dies fällt ihr auch deshalb leicht, weil die Presse die einzige soziale Institution ist, die die absolute Kontrolle über das hat, was in der Presse erscheint.

### **Schlußfolgerungen**

Inhalts- und Diskursanalysen haben wiederholt bestätigt, daß die Presse, wenn es um Rassismus geht, selbst ein Teil des Problems ist. Die Strategien, Strukturen und Verfahren der Nachrichtenbeschaffung, die Themenauswahl, der Blickwinkel, die Wiedergabe von Mei-

nungen, Stil und Rhetorik richten sich alle darauf, "uns" positiv und "sie" negativ darzustellen. Minderheiten haben zudem einen relativ schwierigen Zugang zur Presse; sie werden als weniger glaubwürdig angesehen; ihre Sache gilt nur dann als berichtenswert, wenn sie Probleme verursachen, in Kriminalität oder Gewalt verstrickt sind oder wenn sie als Bedrohung der weißen Vorherrschaft dargestellt werden können. So trägt der Mediendiskurs, ganz offen in der konservativen, eher subtil und indirekt in der liberalen Presse, zur Reproduktion ethnischer Ungleichheit bei. Dies geschieht nicht nur durch die Darstellung der Ansichten der weißen Mehrheit, und insbesondere der Macher und Institutionen der weißen Eliten, sondern auch durch ihre eigene symbolische Macht, die Situation definieren zu können und überzeugende Formulierungen für die bevorzugten Meinungen, die im großen und ganzen dem ethnischen Konsens des (weißen) Publikums entsprechen, zu finden.

In diesem Artikel haben wir die enge Beziehung zwischen der Presse und einigen anderen Eliten bei der Reproduktion ethnischer Ungleichheit untersucht. Man könnte nun sagen, daß die Presse auf neutrale Weise die dominanten Positionen der weißen Eliten behandelt und reflektiert und nur dafür verantwortlich gemacht werden könnte, daß sie den ethnischen status quo nicht anzweifle. Unsere Analysen der britischen und niederländischen Presse zeigen demgegenüber jedoch eine wesentlich aktivere und dynamischere Rolle der Presse. Eine Untersuchung des gesamten Meinungsdiskurses zeigt, daß die Presse im ganzen dazu neigt, die ethnisch relevanten Aktivitäten und Haltungen der dominanten Eliten, ob in der Politik, im Bildungswesen, in der Erziehung oder der Wirtschaft, zu bestätigen und zu stärken. Aktionen oder Haltungen der Eliten, die negative Auswirkungen auf Einwanderer, Flüchtlinge oder andere Minderheiten haben, werden selten kritisiert, und wenn, dann wirklich nur in der (kleinen) liberalen Presse.

Zum zweiten haben die Medien durchaus einen eigenen autonomen Anteil an der Schaffung ethnischer Ungleichheit. Dies erfolgt u.a. dadurch, daß sie systematisch weiße Quellen, Perspektiven und Inter-

pretationen zu ethnischen Ereignissen den nicht-weißen vorziehen und sie z.B. die Angriffe anderer Eliten auf Minderheiten oder anti-rassistische Weiße durch ihren eigenen typischen Stil und ihre eigene Rhetorik noch unterstützen. Tatsächlich übernimmt die Presse oftmals die Führung, wenn es um den Start einer Kampagne gegen all jene geht, die sie als gegen "uns, die Weißen", gegen "unsere" Kultur oder gegen "unser" Land eingestellt ansieht. Die Rushdie-Affäre hat gezeigt, daß z.B. die Muslime, die nicht nur aus einem anderen Land kommen, sondern auch noch anders aussehen und insbesondere eine andere Religion und Kultur pflegen, ein bevorzugtes Ziel solcher Medienattacken sind. Dies gilt besonders, wenn ihnen ein eindeutiger, grundsätzlicher Bruch mit "unseren" Normen, Werten, Interessen und Privilegien nachgesagt werden kann. Das gleiche galt auch 1985 für die Marginalisierung und Kriminalisierung west-indischer Jugendlicher nach den bekannten "Aufständen".

1989 tauchten vergleichbare Elemente in der Medienberichterstattung über Einwanderung und Ausweisung auf, als man Viraj Mendis als einen unberechtigten, weil betrügerischen Flüchtling "enttarnte" und der daher nach 13-jähriger Anwesenheit in Großbritannien ausgewiesen werden konnte; eine Entscheidung, die von der Presse generell befürwortet wurde. Ähnlich wütende Attacken gab es, als eine Gruppe von Studierenden die Frechheit besaß, die Aufmerksamkeit auf einen Justizirrtum zu lenken, indem sie einen Schwarzen, der als Mörder verurteilt war, zu ihrem Ehrenpräsidenten ernannte.

Insbesondere die konservative Presse unterstützt, verteidigt, rechtfertigt und propagiert unbeirrbar jene Eliten und Institutionen, die den ethnischen status quo aufrechterhalten und die gegen die Interessen der Minderheiten und für die Vorherrschaft der weißen Gruppe eintreten - besonders aber unterstützt sie diejenigen, die Rassismus als solchen leugnen.

Daher können wir ungeachtet des jeweiligen Ereignisses, Berichtstatters oder Blattes darauf schließen, daß eine der wichtigen und allgemein verbreiteten symbolischen Strategien der Presse ein Beitrag zur Leugnung des Rassismus ist. Die beständigen und wütenden An-

griffe der konservativen Presse gegen die CRE, gegen die "Rassenbeziehungsindustrie", gegen eine "anti-rassistische" Bildung und gegen jeden, der "unsere" Toleranz anzweifeln könnte, zeigen, daß dies der wirklich wunde Punkt der Presse ist. So verteidigt sie nicht nur ihr eigenes zweifelhaftes Selbstbild, sondern marginalisiert auch abweichende Meinungen und Widerspruch gegen die Herrschaft der weißen Gruppe und dient so letztendlich als ihr wichtigster Unterstützer.

Glücklicherweise gibt es einzelne Journalistinnen, Kommentatorinnen oder andere, die sich einen Zugang zur Presse verschaffen und konsequent Diskriminierung und Ungleichheit kritisieren und dies auch dann, wenn mächtige Eliten betroffen sind. Unglücklicherweise sind sie die Ausnahme von der Regel.

*Übersetzung aus dem Englischen: Ina Ruth*

## **Literatur**

Allport, G. W.: *The Nature of Prejudice*, New York 1954

Altheide, D.: *Media Power*. Beverly Hills, CA 1985

Altheide, D. L.: *Media Power*, London 1985

Altschull, J. H.: *Agents of Power: The Role of the News Media in Human Affairs*, New York 1984

Bagdikian, B. H.: *The Media Monopoly*, Boston, MA 1983

Barker, M.: *The New Racism*, London 1981

Blanchard, F. A./Crosby, F. J. (Eds.): *Affirmative Action in Perspective*, New York 1989

Combs, M. W./Gruhl, J. (Eds.): *Affirmative Action: Theory, Analysis, and Prospects*, McFarland & Co 1986

Cottle, S.: *Reporting the Rushdie Affair: A Case-Study in the Orchestration of Public-Opinion*. *Race & Class*, 32(4) (1991), 45-64.

Domhoff, G. W./Ballard, H. B. (Eds.): *C. Wright Mills and the Power Elite*, Boston 1968

- Dovidio, J. F./Gaertner, S. L. (Eds.): *Prejudice, Discrimination, and Racism*, New York 1986
- Essed, P. J. M.: *Understanding Everyday Racism*, Newbury Park, CA 1991
- Hamilton, D. L.: *Cognitive Processes in Stereotyping and Intergroup Behaviour*, Hillsdale, NJ 1981
- Hartmann, P., Husband, C. Clark, J.: *Race as news: A Study in the Handling of Race in the British National Press from (1963)-(1970)*. In Unesco, *Race as news*, pp. 91-174, Paris 1974
- Herman, E. S./Chomsky, N.: *Manufacturing consent: the Political Economy of the Mass Media*, Pantheon Books 1988
- Jenkins, R.: *Racism and Recruitment. Managers, Organisations and Equal Opportunity in the Labour Market*, Cambridge 1986
- Jäger, S.: *BrandSätze. Rassismus im Alltag*, 1. und 2. durchgesehene Aufl. Duisburg 1992
- Katz, P. A./Taylor, D. A. (Eds.): *Eliminating Racism. Profiles in Controversy*, New York 1988
- Lichter, S. R., Rothman, S., & Lichter, L.: *The Media Elite. Amerikas New Powerbrokers*, New York (1990)
- Lustgarten, L.: *Racial Inequality and the Limits of Law*. In R. Jenkins & J. Solomos (Eds.), *Racism and Equal Opportunity Policies in the 1980s*, Cambridge 1987, 14-29
- Martindale, C.: *The White Press and Black Amerika*, New York 1986
- Miles, R.: *Racism*, London 1989
- Mills, C. W.: *The Power Elite*, London 1956
- Mullard, C.: *Anti Racist Education: The Three O's*. National Association for Multi-Racial Education 1984
- Paletz, D. L./Entman, R. M.: *Media, Power, Politics*, New York 1981
- Phizacklea, A./Miles, R.: *Working Class Racist Beliefs in the Inner City*. In R. Miles & A. Phizacklea (Eds.), *Racism and Political Action in Britain*, London 1979, 93-123
- Randall, D. M.: *The Portrayal of Business Malfeasance in the Elite and General Public Media*. *Social Science Quarterly* 68 (2) (1987), 281-293
- Reeves, F.: *British Racial Discourse*, Cambridge 1983
- Said, E. W.: *Orientalism*, New York (1979)



- Smitherman-Donaldson, G./van Dijk, T. A. (Eds.): *Discourse and Discrimination*. Detroit, MI 1988
- Solomos, J. : *The Politics of Anti-Discrimination Legislation: Planned Social Reform or Symbolic Politics*. In R. Jenkins & J. Solomos (Eds.), *Racism and Equal Opportunity Policies in the 1980s*, Cambridge 1987, 30-53
- Troyna, B. : *Public Awareness and the Media: A study of Reporting on Race*, London (1981)
- Tuchman, G.: *Making news: A Study in the Construction of Reality*. New York 1978
- van Dijk, T. A.: *Prejudice in Discourse*, Amsterdam 1984
- van Dijk, T. A.: *Communicating y*, Newbury Park 1987
- van Dijk, T. A.: *The Tamil Panic in the Press*. In T. A. van Dijk, *News Analysis. Case Studies of International and National News in the Press*, Hillsdale, NJ 1988, 215-254.
- van Dijk, T. A.: *Racism and the Press*, London 1991
- van Dijk, T. A.: *Discourse and the Denial of Racism*, *Discourse & Society*, 3 (1992), 87-188.
- van Dijk, T. A.: *Elite Discourse and Racism*, Newbury Park 1993
- Veenman, J. : *De arbeidsmarktpositie van allochtonen in Nederland, in het bijzonder van Molukkers*, Groningen 1990
- Wilson, C. C./Guitérrez, F. : *Minorities and the Media*, Beverly Hills, CA./London 1985
- Windisch, U. : *Le raisonnement et le parier quotidiens*, Lausanne 1985
- Wodak, R., Nowak, P., Pelikan, J. , Gruber, H., De Cillia, R., & Mitten, R.: *"Wir sind unschuldige Täter"*. Studien zum antisemitischen Diskurs im Nachkriegsösterreich, Frankfurt/Main (1990)
- Wyzan, M. L. (Ed.): *The Political Economy of Ethnic Discrimination and Affirmative Action: a Comparative Perspective*, New York 1990

Bernd Matouschek / Ruth Wodak

## **Rassistische Diskurse in Österreich seit 1989.**

### **Der ökonomistische Begründungsdiskurs als Sonderfall fremdenfeindlicher und rassistischer Rechtfertigungsdiskurse**

Seit Mitte der 80er Jahre beschäftigt sich das Wiener Institut für Sprachwissenschaft mit unterschiedlichen Diskursen über Minderheitengruppen in Österreich. Aus den beiden Forschungsschwerpunkten Vorurteilsforschung und Sprache und bzw. in der Politik ergaben sich dabei je unterschiedliche Untersuchungsfelder mit Konzentration auf den Bereich der Medienforschung.

Einerseits betraf dies die sogenannte "Affaire Waldheim" und dem im Zusammenhang damit offen auftretenden Antisemitismus im öffentlichen Bereich (Wodak et al. 1990), des weiteren Untersuchungen zur Medienkommunikation (1945-1986) über die slowenische Minderheit in Österreich (Menz/Lalouschek/Dressler 1989) und eine Studie über den Mediendiskurs des Jahres 1988 zu den Gedenkfeierlichkeiten "50 Jahre Anschluß 1938 - 1988" (Menz/Wodak (Hg.) 1992). Die aktuellste Projektstudie dieser Ausrichtung mit dem Arbeitstitel "Österreichs Einstellungen gegenüber seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs Österreichs 1989/1990" (Matouschek/Wodak/Januschek 1993) steht in dieser Kontinuität von Forschungsvorhaben. Im Unterschied zu den obigen Studien stand dieser Forschungsauftrag während seiner Konzeption 1988 noch nicht unter dem Vorzeichen einer Konfliktstudie. Die fremdenfeindlichen und rassistischen Entwicklungen seit dem Frühjahr 1990 mit einem kontinuierlichen Anstieg der rassistischen Diskurs-Qualität bis zum heutigen Tag sowie dem besonderen, europaweiten Anstieg rassistischer Aktivitäten hat dieser Studie nach und nach einen neuen Charakter verliehen und neue Orientierungen notwendig gemacht.

Für die vorangegangenen Projekte wurde ein eigenes Methoden- und Kategorieninstrumentarium entwickelt, das in bezug auf die je unterschiedlichen Inhalte spezifisch appliziert wurde. Ausgangspunkt war ein in der Tradition der soziokognitiven Vorurteilsforschung entwickeltes diskurshistorisches Instrumentarium. Mit der Untersuchung verschiedenster Öffentlichkeiten innerhalb des Mediendiskurses konnte eine Differenzierung des Tabus und der Kontrollnormen nach ihrer kontextuellen und historischen Bedingtheit erfolgen. So unterscheidet sich, was wie über Juden oder beispielsweise "Ausländer" gesagt werden kann, durch die kontextuell und historisch bedingten Toleranzniveaus und Tabus gegenüber diesen gesellschaftlichen Gruppen. Es kann z.B. festgestellt werden, daß besonders aufgrund der österreichischen "Nachkriegs-Lebenslüge" bzgl. des Überfalls und der Okkupation durch Nazi-Deutschland 1938 das Tabu antisemitischer Äußerungen und Begründungsdiskurse größer ist als gegenüber Fremden, Ausländern, Flüchtlingen usw. In bestimmten Öffentlichkeiten können diesen für die Wir-Gruppe negativ bewertete Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen zu- und eingeschrieben werden, die man über Juden in dieser Form nicht äußern kann. In der anonymen Öffentlichkeit sind hingegen keinerlei qualitative Unterschiede mehr festzustellen.

Das bereits erprobte Methoden- und Kategorieninstrumentarium konnte den neuen Ansprüchen angepaßt und um einige Dimensionen erweitert und aufgefüllt werden. Dabei gab es eine Konzentration auf die Untersuchung der je spezifischen Diskursformen, deren textuell argumentative Strategien und Techniken, sowie die je spezifischen lexikalischen, semantischen und syntaktischen Realisierungsformen. Zudem konnten im Vorurteilsdiskurs aufeinander folgende inhaltlich und formal determinierte Diskursformen in ihren gesellschaftlich-ideologischen Funktionen dargestellt werden. Der hier vorgelegte Artikel soll im wesentlichen einen Überblick über einige Erkenntnisse der Studie zum Neo-Rassismus geben.

## **1. Projektgeschichte - Diskursgeschichte: Vom Eisernen Vorhang über Brücken in die Zukunft; und dann wieder zurück**

Wie bereits erwähnt, fand die Konzepterstellung für das vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung geförderte Projekt bereits 1989 statt. Die seit 1988 sich abzeichnenden politischen Liberalisierungstendenzen innerhalb Polens und besonders Ungarns hatten in Österreich zu diesem Zeitpunkt vor allem bei den Parteien der "Mitte" politische Zukunftsvisionen und Utopien eines vereinten Gesamt-Europas zur Folge. Der endgültige Fall der real-sozialistischen Regierungen in der CSSR und nahezu im gesamten ehemaligen Ostblock unterstützte diese Euphorie. So war vielfach die Rede vom "Europa der Regionen", von "Brücken in die Zukunft", gebaut auf den Fundamenten historischer Gemeinsamkeiten.

Mit dem tatsächlichen Projektbeginn Mitte 1990 war klar, daß diese - durchaus ernst gemeinten - politischen Utopien keine Zukunft mehr haben konnten. Der Diskurs der Öffentlichkeit über Nachbarn und Fremde war bereits zu sehr von Ressentiments vereinnahmt. Die ursprüngliche Zielstellung, den gesamten Mediendiskurs seit 1989 in bezug auf die Einstellungen zu den ostmitteleuropäischen Nachbarvölkern inklusive Polen und Rumänien zu untersuchen, wich sehr schnell einem eingeschränkteren Vorhaben.

Rasch bestätigten sich unsere Vorüberlegungen, daß sich die Einstellungen gegenüber den einzelnen Nationalitäten qualitativ unterscheiden. So wurden die unterschiedlichen Gruppen mit je anderen Stereotypen/Vorurteilen bedacht und andere Inhalte mit Ungarn, Polen, Tschechen/Slowaken und Rumänen in Verbindung gebracht. Das ist natürlich teils historisch aus Österreichs monarchistischer Vergangenheit als Vielvölkerstaat erklärbar.

Der aktuelle Diskurs über diese unterschiedlichen Gruppen ist letztlich auch heute noch ein Spiegel dafür, daß in Öffentlichkeit und Alltagsdiskurs Ungarn etwa ganz anders wahrgenommen werden als Rumänen, nämlich immer noch als eine Art Bruder- oder Schwester-volk; gleiches gilt für Tschechen und Slowaken. Insofern sind Feind-

**Seligkeiten** gegenüber Ungarn ganz andere als die gegenüber **den** Rumänen. Besonders deutlich zeichnete sich dieses Bild **bei der** Flüchtlingsaufnahme, bei der Aufnahme von Fremden allgemein ab, wo es 1956 in einer Zeit schwieriger wirtschaftlicher Lage immerhin möglich war, 150.000 ungarische Flüchtlinge aufzunehmen, heute aber, in einer Zeit wirtschaftlichen Wohlstandes, ungleich geringere Zahlen von Rumänen für enormen Widerstand und Aufregung sorgen.

Nicht außer acht lassen darf man dabei sicherlich, daß der Wegfall des kalten Krieges und des Kommunismus überhaupt hier eine wesentliche Rolle spielte. Solange diese Völker vom Kommunismus "bedroht" waren, konnten sie auch bemitleidet werden. Nicht erklären kann dieses Faktum aber, daß auch die Polen bereits seit Beginn ihrer Reisefreiheit **in** Österreich mit wesentlich kruderen Vorurteilen **bedacht** wurden. Auch Tschechen/Slowaken, die noch 1968 sehr wohlwollend zu Tausenden **in** Österreich aufgenommen wurden, konnten 1989/90 nicht mehr mit der selben Hilfsbereitschaft rechnen. Neben den historischen Erklärungen muß immer bedacht werden, daß die Feindseligkeiten gegenüber den Ostbürgern genau in dem Moment begannen, als diese in irgendeiner Art und Weise, als Touristen, Arbeitssuchende, Flüchtlinge usw., nach Österreich kamen.

**Ursprünglich** hatten wir - wie gesagt - mit dem Anspruch begonnen, den gesamten Diskursverlauf von 1988 mit der Einkaufswelle von Ungarn **in** Österreich und der Reiseliberalisierung für Polen bis hin zur Jahreswende 1989/90 zu untersuchen. Die 'Wende' 1989 und die **in** der Folge plötzlich auftretende krasse Fremdenfeindlichkeit ließen uns das Hauptaugenmerk sehr bald auf den Diskursbruch von 1989/90 legen, um hier **im** besonderen den Umbruch in den Einstellungen zu den Osteuropäern, aber besonders zu den Rumänen, zu veranschaulichen.

Hier zeigte sich in einem äußerst begrenzten Zeitraum, wie sich Diskurse über Fremde strukturell und qualitativ ändern, wie Diskurse über Mitleid und Anteilnahme **in** Bevormundung und später offene Ablehnung umschlagen können. Sieht **man** von den gruppenspezifischen

schen, historisch determinierten Einstellungsunterschieden, den unterschiedlichen aktuellen gesellschaftlichen und politischen Ereignissen ab, so sind die Stadien und Abfolgen der Diskursformen, ihre diskursiven Muster und Strategien und ihre sprachlichen Realisierungsformen für unterschiedliche Gruppen formal vergleichbar. Deshalb können anhand dieses Diskurses typische und generalisierbare Äußerungsformen und Diskursformen gezeigt werden, die mit Einschränkungen auch für andere Gruppen gelten können.

Unser Untersuchungsmaterial umfaßt in etwa 10 Video-Stunden ORF-Fersehberichterstattung zu den Revolutionsereignissen in Rumänien 1989/90, ca. 3 Stunden Hörfunk-Material (Nachrichten und Journale) aus diesem Zeitraum, inklusive der Wahlberichterstattung über die Wahlen in Ungarn im Frühjahr 1990. Des weiteren die politischen Fernsehjournale und Magazine vom Herbst 1989 bis Mitte 1990 und 6 Fernseh-Diskussionsveranstaltungen ("Club II"). Der Bereich der Printmedienanalyse umfaßt ca. 1000 Artikel aus unterschiedlichsten Tageszeitungen zu allen relevanten Themen im Zusammenhang mit der Ostöffnung. Im Monat März wurden alle Artikel dreier repräsentativer Tageszeitungen (Neue Kronenzeitung, Kurier, Standard) systematisch qualitativ und quantitativ bearbeitet. Kontrastiv wurden diesen Materialien die "Gegendiskurse" der sozusagen "liberalen" politischen (Profil) und wirtschaftlichen Wochenmagazine (Wochenpresse-Wirtschaftswoche) gegenübergestellt.

## 2. **Die Diskursentwicklung im Lichte von »Zahlen« und »Fakten«**

Wie oben angedeutet, korrespondiert der generelle Einstellungswandel zu den Ostnachbarn und Fremden mit den steigenden Flüchtlingszahlen nach der politischen Liberalisierung im ehemaligen Ostblock. Um diesen Einstellungswandel bewerten zu können, wollen wir zuerst einen Blick auf gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen österreichischer Flüchtlingspolitik in der unmittelbaren Vergangenheit werfen.

Das positiv konnotierte "Asylland" Österreich verweist auf eine langjährige Tradition. So hielten sich z.B. seit 1945 über 2,6 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Transmigranten aus unterschiedlichen Motiven für kürzere oder länger Zeit in Österreich auf, 3/4 von ihnen als direkte Folge der Nachkriegsordnung. 680.000 ließen sich auf Dauer in Österreich nieder, 300.000 davon waren vertriebene oder geflüchtete 'Volksdeutsche' (z.B. Sudeten-Deutsche). Inmitten der schwierigen Wiederaufbau-Phase 1956 kamen anlässlich des "Ungarischen Volksaufstandes" 180.000 Ungarn und stellten einen Asylantrag. 1968 nach dem Prager Frühling kamen 156.000 Tschechen und Slowaken, 12.000 suchten um Asyl an, und 1981 kamen ca. 150.000 Polen vor und nach Verhängung des Kriegsrechtes durch Polens General Jaruzelski. Immerhin 33.000 stellten einen Asylantrag. In dieser fast fünfzigjährigen Flüchtlingsgeschichte nützten viele Flüchtlinge (politisch oder anders Verfolgte) Österreich vor allem als Tor zur Auswanderung in den aufnahmewilligen Westen. (vgl. Faßmann/Münz 1992)

1988 kam es dann zur Liberalisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Polen und Ungarn. In diesem Jahr stellten die Polen mit 6.600 Asylwerbern noch die stärkste Gruppe der Flüchtlinge. Schon bald darauf waren einwanderungswillige oder in Österreich befindliche "Asylbittsteller" aus Polen und Ungarn offiziell keine Verfolgten mehr. 3000 wurden abgeschoben, das Asylverfahren wurde verschärft. Von 15.000 Einwanderungswilligen insgesamt wurden nur rund 1.700 aufgenommen. Mitte 1989 erfolgte die Ausreiseliberalisierung für Bürger der Tschechoslowakei; in Österreich folgte die noch verhaltene Warnung: Österreich ist kein Einwanderungsland. Im Herbst 1989 konnte sich Österreich aber noch einmal als echtes 'Transit-Asylland' profilieren, indem es den nun massenhaft über Ungarn nach Österreich auswandernden DDR-Bürgern die Weiterreise in die BRD ermöglichte.

Die Jahreswende 1989/1990 war dann der Zeitpunkt der demokratischen Revolutionen und Reformen in den ostmitteleuropäischen Staaten des sowjetischen Einflußbereiches. Damit einher ging auch

der - im gesamten Westen gefeierte - Niedergang des "Eisernen Vorhanges", also die Öffnung der Grenzen, die Realisierung der langersehnten Reisefreiheit.<sup>1</sup> Für die Rumänen, die den Löwenanteil der Asylwerber im Frühjahr 90 stellten (bereits 1989 waren sie die größte Asylbewerbergruppe mit 7.900 Personen), wird im März - nach wilden Protesten der Bevölkerung österreichischer-Gemeinden, in denen Asylwerber vorübergehend untergebracht werden sollten - der Visum-Zwang (15.3.1990) wiedereingeführt. Den 'Ansturm' von geschätzten 40.000 Rumänen (was sich nachträglich als Nachrichtenagentur-Gerücht herausstellte) verhinderte die Regierung noch rechtzeitig durch eine Grenz-Kontrolle des Devisen-Besitzes von 5000 ÖS pro Person; sozusagen ein Nachweis für die Glaubhaftigkeit eines 'Österreich-Touristen-Status'. Übrigens ein Zeitpunkt, in dem völlig unklar war, was sich - abgesehen vom Sturz Ceausescus - dort eigentlich verändert hatte. Die Ausschreitungen gegen die ungarische Minderheit in Siebenbürgen fanden nur rund 10 Tage später statt.

Noch 1981 sah sich Österreich in der Lage, 33.000 Polen vorübergehend aufzunehmen, ohne daß es zu einer nennenswerten Aufregung in der österreichischen Öffentlichkeit kam. Ebenfalls im März/April 1990 wird die Wiedereinführung des Visa-Zwanges für Polen neuerlich von Regierungsseite erwogen. Nach langer innenpolitischer Diskussion mit teils extremen Auswüchsen an Polen-Feindlichkeit im Verlaufe des Nationalrats-Wahlkampfes wird ab 5. Sept. 1990 dann auch für die Polen die Visumpflicht wiedereingeführt. Diese Maßnahme stellte auch eine Reaktion auf das von der FPÖ (=Freiheitliche Partei Österreichs) propagierte Wahlkampfthema "polnischer Kriminaltourismus" dar.

Schlagwortartig sollen hier nur kurz die Veränderungen der offiziellen Ausländerpolitik Österreichs in diesem Zeitraum nachgezeichnet werden.

**1** Wie Österreichs Asylpolitik auf die nun aus Rumänien, Polen, Bulgarien und der Tschechoslowakei Kommenden reagierte, dafür sprechen die weiteren Zahlen: Von 21.862 Asylbewerbern werden 1989 2.879 aufgenommen, 1990 von 22.800 nur noch 1596.



- 1989 Visumpflicht gegenüber Bulgarien
- 1990 für Türken und Rumänen
- 1990/91 kurzfristige Visumpflicht für Polen.
- 1990 restriktive Novellierung des Paß-, Grenzkontroll-, Fremdenpolizei- und Asylgesetzes
- seit September 1990 Grenzschutz gegen illegale Einwanderung zu Ungarn durch das österreichische Bundesheer
- 1992 Beschluß des restriktiven Aufenthaltsgesetzes: Dieses Gesetz unterscheidet zwischen unterschiedlichen Zuwanderergruppen (EG, EFTA, andere) und legt Ausländerquoten für ausländische Arbeitskräfte fest.
- Ende 1992 ist das sogenannte Fremdengesetz in Vorbereitung, das es der Polizei ermöglichen soll, Ausländerwohnungen mit über 5 Personen im Verdachtsfall nötigenfalls gewaltsam zu stürmen.

Daß alle diese restriktiven Gesetzesmaßnahmen ihre beabsichtigte Wirkung nicht verfehlten, beweisen sowohl der Rückgang der Asylbewerberzahlen auf die Zahl von 1988 (ca. 16.000), das Absinken der Anerkennungsquote gegenüber dem Vorjahr um 2/3 usw. usw. Lediglich bei der Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften in Zeiten guter Konjunktur war die Regierung noch wenig zurückhaltend. So wurde in den letzten Jahren wieder der Höchststand von 1973 überschritten. Die Gesetzesnovellierungen sind aber so ausgelegt, daß sowohl Aufenthalt, Einbürgerung als auch Familiennachzug extrem erschwert wurden. Die Doppelmoral im Umgang mit den unterschiedlich "nützlichen" Fremden ist dennoch offensichtlich.

Vergleicht man Zahlen und Fakten mit den politischen Reaktionen der Regierung gegenüber Asylwerbern, Flüchtlingen und "Gastarbeitern" im historischen Licht, so kann wohl nur von einer Überreaktion gesprochen werden. Die Ängste der Österreicher vor einer "Überfremdung" bzw. "Überflutung" unseres Landes relativieren sich besonders vor dem Hintergrund demographischer Zahlen (Faßmann/Münz 1992). Ohne das positive Wanderungssaldo der letzten 47 Jahre

- so wird immer wieder betont - wäre Österreichs Bevölkerung heute um ein beträchtliches Ausmaß kleiner, die Finanzierung des Sozialversicherungssystems zudem problematisch. Ohne die Einwanderung in den letzten Jahrhunderten - so könnte man aus historischer Perspektive treffender feststellen - wäre die österreichische Identität als Ausdruck ihrer historischen Multikulturalität (man denken nur an das Wien der Jahrhundertwende!) an sich undenkbar.

Die Wurzeln des österreichischen Neorassismus liegen besonders in der sich offensichtlich verselbständigenden Diskursentwicklung nach der Ostöffnung und nicht so sehr in den Zahlen oder Fakten. Was diskursive Verknüpfungen und Interdependenzen bedeuten, wird spätestens dann klar, wenn Formulierungen aus "Ausländer"-Gesetzestexten - wie etwa im Aufenthaltsgesetz von 1992 - sich von Äußerungen der neurechten Ideologen und deren Ausgrenzungsideologie des "Ethnopluralismus" nicht mehr unterscheiden (Matouschek 1992a). Daß sich mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch politisch gutes "Kleingeld" machen läßt, zeigt sich gerade heute (Januar 1993) an dem vom Parteivorsitzenden der FPÖ, Jörg Haider, initiierten sogenannten "Ausländer"-Volksbegehren (= Volksbefragung). Neben zahlreichen Forderungen für weitere (gesetzliche) Restriktionen soll der Satz "Österreich ist kein Einwanderungsland" in die Verfassung eingebunden werden : welch historisches Paradox!

Letztlich zeigt sich in dem, was in Österreich von Vertretern der Öffentlichkeit Ende 1992 über "Ausländer" gesagt werden kann, das Entwicklungsstadium eines Diskurses. Diskriminierende Aussagen, die bisher noch mit verschiedensten argumentativen Strategien kaschiert werden mußten, können heute - so scheint es - bereits offen und in aller Schärfe geäußert werden.

*"Wir haben also die südamerikanischen Mafiosi bei uns, die sich auf den Taschendiebstahl spezialisiert haben und in eigenen Ausbildungscamps in Italien bei der Mafia den Grundkurs A bekommen, bevor sie nach Österreich entlassen werden. Wir haben Polen, die sich auf den Autodiebstahl organisiert konzentrieren. Wir haben die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bei Wohnungseinbrüchen Experten sind, und*

*sollten sie einmal einen Schlüssel verlieren, holen sie die, damit sie rasch in ihre Wohnung hineinkommen. Wir haben Türken, die im Heroinbereich hervorragende Organisationen aufgezogen haben, und wir haben die Russen, die in Fragen/ im Bereich der Erpressung und des/der Raubüberfälle nachweisbar die Experten heute darstellen." (Jörg Haider im November 1992; Vortrag zum Thema "Sicherheit" vor Polizeibeamten des ausländerstärksten Wiener Gemeindebezirks.)*

Welche Themen mit welchen sprachlich-diskursiven Elementen, welchen Diskursformen vermittelt wurden, die zu einer solchen Situation führten, wollen wir im folgenden in Ansätzen nachzeichnen.

### **3. Die Themengeschichte von "Flüchtlingen" und Ostbürgern im öffentlichen Diskurs Österreichs seit der Jahreswende 1989/90**

Auffällig im letzten Zitat ist in unserem Zusammenhang besonders die stereotype Zuschreibung von Kriminalität an verschiedene Gruppen in unterschiedlichen Bereichen. Die Polen und die Russen stehen hier beispielhaft für die Gruppe der Osteuropäer, wobei die Gruppe der Russen aufgrund der später einsetzenden Reiseliberalisierung erst in letzter Zeit verstärkt kriminalisiert wurde. Anders bei den Polen. Mit der 1988 ermöglichten Reisefreiheit für Polen setzte langsam aber stetig eine Kriminalisierung dieser Gruppe in den Medien ein. Schlagzeilen waren etwa: Kriminalanstieg, Kriminaltourismus aus Polen, Anstieg der Ausländerkriminalität u.v.a.m.

Ging es vorerst noch um das Thema Ladendiebstähle in Wien und Umgebung im Herbst 1989, so eskalierte das Thema schon bald als allgemeine Bedrohung von Ruhe und Ordnung und auch Sicherheit. Daß diese Themensetzungen sich auch in der Stimmung der Bevölkerung widerspiegelten zeigt eine Meinungsumfrage (Plasser/Ulram 1991, 321), bei der immerhin 64% meinten, daß mit den Ausländern vor allem Unsicherheit, Unordnung und Kriminalität nach Österreich kämen.

Im Wiener Kommunal-Wahlkampf von 1990 war die "Ausländerkriminalität" bereits ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses. So konnte die Wiener FPÖ mit dem Wahl-Slogan "Wien darf nicht Chikago werden!" besonders in der Bundeshauptstadt große Stimmenzuwächse erreichen, wie die Meinungsumfragen nachweisen (Plasser/Ullrich 1991a). Die Anspielungen dieses Slogans sind leicht nachvollziehbar: Das allgemein bekannte Wissen um die hohe Kriminalität im Chikago der 30er Jahre und Chikago als der "größten polnischen Stadt" außerhalb Polens. In der Medienberichterstattung vorzugsweise großer Boulevardzeitungen konnte in unserer Studie eine Tendenz der Kriminalisierung von Polen, besonders in den meinungsbetonten Textsorten festgestellt werden. Das häufigste Thema dabei war lange Zeit die - als zumindest gesetzwidrig bezeichnete - Schwarzmarktätigkeit einiger Polen in Wien.

Zur Gruppe der Ungarn und der Tschechen/Slowaken sei nur so viel angemerkt: Als 1988 für Ungarn die Ausreise aus ihrem Heimatland möglich wurde und diese vermehrt in Autobussen in den Osten Österreichs und hier besonders nach Wien kamen, wurde der sogenannte "Einkaufstourismus" zum Mittelpunkt der Medienberichterstattung. Nach dem Abflauen dieser Einkaufsfahrten wurden Ungarn mehr und mehr mit dem "Arbeitstourismus" bzw. "Arbeitsstrich" in Zusammenhang gebracht. Mit der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei bedingten politischen Zeitverschiebung bei den Besuchsreisen von Tschechen und Slowaken nach Österreich kamen nahezu die selben Themen auch für diese Gruppe in Verwendung.

Wesentlich davon unterscheiden sich nur die Themensetzungen des öffentlichen Diskurses für die Rumänen. Dieser Bereich soll im folgenden daher mit besonderer Ausführlichkeit dargestellt werden, um unser diskursanalytisches Vorgehen sowohl methodisch als auch praktisch zu veranschaulichen.

#### 4. **Vorurteilshafte Diskurse: Schnittstellen sozialpsychologischer Motivation und vorurteilshafter Diskursformen**

Prinzipiell handelt es sich bei Vorurteilsdiskursen um diskriminierende Diskurse oder besser: um soziale Diskriminierung, die sprachlich manifest wird. Ausgangspunkt der sozialpsychologisch und sozio-kognitiv orientierten (Vorurteils-)Diskursanalyse, die die sprachlichen Manifestationen solcher diskriminierender Diskurse untersucht, ist der Begriff der Einstellungen als Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungstendenz gegenüber sozialen Gegenständen (Einstellungsobjekten). Die sprachliche Realisation erfolgt auf Satz- bzw. Textebene u.a. in der Form konkreter Stereotype und Vorurteile.

Mit Allport (1954/1987) definieren wir Vorurteil als:

*"... an antipathy based upon a faulty and inflexible generalization. It may be felt or expressed. It may be directed toward a group as a whole or toward an individual because he is member of that group."* (Allport 1987, 9)

Beim Vorurteil handelt es sich also um - auf negativen Einstellungen basierende - hochgradig verfestigte, generalisierende und nur auf Minimalinformation beruhende Urteile und Aussagen über Personen, Gruppen, Objekte usw. Wir sprechen daher von sozialen Kategorisierungs- oder Typisierungsprozessen, bei denen einzelne Menschen, Gruppen oder Typen zugeordnet werden. Dem 'Meinungsgegenstand' werden dabei Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu- oder abgesprochen (vgl. auch den Prozeß der rassistischen Bedeutungskonstruktion bei Miles 1991), die von der kategorisierenden Eigengruppe je unterschiedlich bewertet werden. (vgl. auch Matouschek 1992, Wodak/Matouschek 1993)

Welche soziale und kommunikative Funktion ist nun damit verbunden? Ein besonders vielversprechender Erklärungsansatz ist hierfür die von Tajfel und Turner (Tajfel/Turner 1979) entwickelte Theorie der "sozialen Identität". Sie verbindet sozial-kognitive Aspekte der Kategorisierung mit sozialpsychologischen Motivationen. D.h. es werden einerseits die kognitiven Mechanismen der sozialen Kategorisierung

als notwendiger Prozeß der Informationsverarbeitung zur Ermöglichung menschlicher Verhaltenssicherheit betont, wie besonders in den frühen Arbeiten Tajfels, andererseits aber auch die genuin sozial-kommunikativen Funktionen (vgl. besonders Tajfel 1981, 1982).

Da soziale Kategorisierungen über Sprache vermittelt, sozial geteilt und daher in einer sozialen Gruppe auch konstituiert werden, sind sie wesentlicher Bestandteil der Interaktion auf Gruppenniveau.

Der Erklärungsansatz von Tajfel und Turner nimmt nun als Grundmotiv für diesen Mechanismus die Konstituierung einer positiven sozialen (Gruppen-) Identität an. Vorurteilshafte Kommunikation dient zum einen der Gruppenkonstituierung über positive soziale Identität, zum anderen ist damit aber die Abwertung der von der Eigengruppe differenzierten Fremdgruppe (Outgroup) verbunden.

Die in einem vorurteilshaften Diskurs zur Anwendung gebrachten Formen sozialer Typisierung sind dabei nicht statisch und kontextlos, sondern gesellschaftlich und historisch bedingt und damit der fortwährenden Überprüfung ausgesetzt; sie können bestätigt oder revidiert werden.

#### **4.1. "Ich habe keine Vorurteile, aber...": Geltungsproblematisierung und Rechtfertigung vorurteilshafter Diskurse.**

Der Prozeß der sozialen Kontrolle sprachlicher Handlungen und besonders der von Vorurteilshandlungen hat unterschiedlichste Gründe und Motivationen:

- vorurteilshafte Äußerungen sind in bestimmten Öffentlichkeiten tabuisiert und müssen deshalb schon vorab oder nach erfolgter Geltungsproblematisierung (argumentativ) gerechtfertigt werden. Das hat im wesentlichen zwei Gründe:
- vorurteilshafte Äußerungen (Behauptungen) werden aufgrund der (formal-)logischen Inkonsistenz und der der Übergeneralisierung inhärenten Widersprüchlichkeit selbst in Frage gestellt,
- die mit einem solchen Akt verletzten Handlungsnormen werden eingeklagt.

Die (möglichen) sozialen Konsequenzen der Normverletzung durch vorurteilshaftes Handeln haben aber einen ungleich höheren Einfluß auf den Modus der Kommunikation. Da Vorurteilshandlungen nun aber nicht moralisch-ethisch legitimierbar sind, ist auch eine vollinhaltliche Argumentation scheinbar ausgeschlossen. Ist nun weder eine Berufung auf gesellschaftlich geteilte Handlungsnormen möglich noch eine Wissensänderung über inhaltlich argumentatives Handeln, so bleibt letztlich nur der Weg der strategisch (taktischen) Rechtfertigung vorurteilshaften sprachlichen Handelns.

Die Aufrechterhaltung einer positiven sozialen (Gruppen-)Identität steht hier immer im Mittelpunkt. Die Motivation für Unterlassung, Schuldeinbekenntnis oder Rechtfertigung von vorurteilshafte Handeln ist nicht zuletzt abhängig vom historischen und gesellschaftlichen Wertebewußtsein.

Geschieht soziale Kategorisierung bzw. Diskriminierung sprachlich in einer Art und Weise, die besonders innerhalb der Eigengruppe (möglicherweise) nicht geteilt, infrage gestellt oder verurteilt wird, so muß diese Handlung argumentativ legitimiert werden. Man kann Kritik an sprachlichem Verhalten - sei sie real oder nur angenommen - einfach zurückweisen, man kann insistieren, sich entschuldigen, um Verzeihung bitten. Und man kann sich natürlich rechtfertigen.

In allen diesen Fällen handelt es sich um strategische Argumentationsformen (vgl. Völzing 1979) inhaltlichen problemorientierten Eingehens, was neben dem Ausweichen (nichtinhaltlich) die zweite Art der Verteidigung darstellt.

*"In Rechtfertigungen .... wird einer Handlung zugeschrieben, ob sie gut oder schlecht, falsch oder richtig ist. Werte, Normen und Topoi und Gründe stützen diesen Schritt von der Rechtfertigung zur Handlung und umgekehrt."* (Völzing 1979, 194f)

Rechtfertigungen sind also sprachliche Handlungen, die Handlungsnormen bewerten, beurteilen. Vorurteilshaftes Handeln stellt - je nach Explizitheit - ein Handeln dar, das aufgrund historisch determinierter gesellschaftlicher Tabus und Kontrollnormen vielfach nicht aus sich selbst legitimiert werden kann.

Andererseits kann man auch nicht vollinhaltlich (idealtypisch) begründend argumentieren, da Vorurteilskommunikation auf nicht verifizierbaren Übergeneralisierungen des sozialen Kategorisierens basiert. Strategisch-taktisches Argumentieren, besser strategisches Rechtfertigen, erweist sich hier als notwendiger Ausweg. Vorurteilshafte sprachliches Handeln steht damit zumeist unter Legitimationszwang, sei es um Vorurteile überhaupt äußern zu können (was sich besonders deutlich in der Verwendung von "Disclaimern", also den "ja, aber..."-Formulierungen zeigt) oder um bereits erfolgte vorurteilshafte Handlungen nachträglich zu rechtfertigen.

#### *4.1.1. Vorurteilskommunikation und öffentlicher Diskurs*

Ein Sonderfall vorurteilshafter Kommunikation ist nun die Funktionalisierung/Instrumentalisierung dieses Prozesses sozialer Kategorisierung im Bereich der öffentlichen Kommunikation von Medien und Politik:

Dabei wird versucht eine bestimmte Form sozialer Kategorisierung bzw. "Rassenkonstruktion" (Vgl. Miles 1991, Hall 1989, 1989a) durchzusetzen, um die eigene Position zu stärken, kulturelle Hegemonie durchzusetzen (vgl. auch "symbolisches Kapital" bei Bourdieu 1976). Die Eigengruppe wird aufgewertet, die Fremdgruppe abgewertet. Sprachliche Diskriminierung kann dabei sowohl eine (externe) Outgroup als auch eine interne Outgroup konstituieren. Sie muß in direkter Beziehung zur Konstituierung und zum Erhalt von Macht gesehen werden. Anita Kalpaka und Nora Rätzkel schreiben dazu:

*"Unseres Erachtens wird der Prozeß der Konstruktion einer Gruppe als minderwertige "Rasse" erst dann zum Rassismus, wenn die "konstruierende Gruppe" die Macht hat, ihre Definition, ihre Konstruktion durchzusetzen, die Lebensformen der so definierten Gruppe zu bestimmen."* (Kalpaka/Rätzkel 1990, S.4.)

Medien und Politik in pluralistischen gesellschaftlichen Systemen können nun nicht offen die Durchsetzung kultureller Hegemonie artikulieren. Vielmehr sind sie in einem wechselseitigen Prozeß darauf angewiesen, die durch soziale Kategorisierung erfolgte Gruppenkon-



stituierung aufzubauen und durchzusetzen, gleichzeitig aber auch zu leugnen bzw. zu rechtfertigen.

Fassen wir zusammen: Soziale Kategorisierung, die sprachlich über die Vermittlung von Stereotypen und Vorurteilen geschieht, wird nur insofern sozial geteilt, als sie zur Bildung einer "positiven sozialen Identität" einer bestimmten sozialen Gruppe dienlich ist. Besonders im Bereich der öffentlichen Kommunikation von Politik und Medien müssen diese Kategorisierungen - aufgrund des Meinungspluralismus in ausdifferenzierten gesellschaftlichen Systemen - nicht per se geteilt werden.

Eine inhärente Rolle der öffentlichen Kommunikation von Medien und Politik ist daher das Führen eines "Wir-Gruppen-Diskurses". Individuen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen werden zu einer Wir-Gruppe zur Durchsetzung kulturell hegemonialer Ansprüche zusammenfaßt, andere ausgegrenzt. Dieses Führen eines - zumindest partiell - Massen- und gruppenübergreifenden Diskurses bedingt, daß die (sprachlichen) Handlungen dieser fiktiven Wir-Gruppe hinsichtlich der Aufrechterhaltung einer positiven sozialen Identität legitimiert werden müssen. Tatsächlicher oder vermeintlicher Kritik an diskriminierenden (sprachlichen) Handlungen muß argumentativ oder rechtfertigend entgegnet werden. Vielfach ist ein solcher Rechtfertigungsdiskurs besonders in Medien bereits eine Art vorausseilende Rechtfertigung ähnlich den Disclaimern der anonymen Kommunikation.

Vorurteilshafte Diskurse der Öffentlichkeit zeichnen sich besonders durch die Formen argumentativer Legitimation und Rechtfertigung mit ihrer meist impliziten Vermittlung vorurteilshafter Einstellungen aus.

#### **4.2. Begründen und Rechtfertigen: Wege "argumentativen" Handelns im Vorurteilsdiskurs**

Ausgangspunkt argumentativer Handlungen im Zusammenhang mit vorurteilshaften Diskursen ist - wie gesagt - die Handlungslegiti-

mation infragegestellter Handlungsnormen bzw. der Geltungsbedingungen von (sprachlichen) Handlungen. Je nach Öffentlichkeit können nun unterschiedliche argumentative Verfahrensweisen festgestellt werden, auf die wir im folgenden kurz eingehen wollen.

Sprachliche Diskriminierung kann nicht nur über explizite Vorurteile auf Satzebene erfolgen, sondern implizit auch auf Textebene. Hierbei ist, wie unsere bisherigen Studien gezeigt haben der Grad der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der "Textsorte" von Bedeutung für den Modus der vorurteilshaften Kommunikation. Der Grad der Explizitheit bestimmt auch die Methodik des diskursanalytischen Vorgehens an je unterschiedlichen Texten.

Wir gehen zunächst methodisch von den Unterscheidungen aus, die bereits im Rahmen des Projektes zum Antisemitismus (Wodak et al., 1990) getroffen wurden, und erweitern diese hinsichtlich unseres Untersuchungsmaterials. Grundsätzlich unterscheiden wir drei Analyseebenen:

- I. Vorurteilsinhalte
- II. Strategien der Argumentation
- III. Sprachliche Realisierung

## **L Der Diskurs der Gruppenbildung: Vorurteilsinhalte und Wir-Diskurs**

### **1. Kategorisierung und Evaluierung:**

Zentrale Voraussetzung für jeden Diskurs sozialer Kategorisierung (bzw. Diskriminierung) ist die Konstituierung des Selbst (Ingroup) und der Anderen (Outgroup).

Kategorisierung und Typisierung erfolgt durch Benennung und Etikettierung. Dieser Wir-Sie-Diskurs kann bereits in seiner ersten Stufe

mit expliziten oder impliziten Bewertungen verbunden sein, Evaluierungen, die die Eigengruppe aufwerten (positive Selbstdarstellung) und die Fremdgruppe abwerten. Wir können daher bereits auf dieser Analyseebene

- die inhaltliche Definition von Gruppen, die Vorurteilinhalte durch explizite (Prädikation und Assertion) oder implizite Zuschreibung von (Charakter-)Eigenschaften und Verhaltensweisen untersuchen.

## **2. Der Wir-Gruppen-Diskurs**

Eine strategische Funktion übernimmt die Gruppenkonstituierung, wenn sie im vorurteilshaften Diskurs in einer bestimmten Form eingesetzt wird. Die wesentlichste Funktion dieses Diskurses ist die Legitimation bzw. Rechtfertigung vorurteilshaften sprachlichen Handelns durch Generalisierung, d.h. das Abschieben von Verantwortung (Gültigkeit von Aussagen!) oder persönlicher Schuld (Handlungsnormen!) an die Gruppe (Was viele sagen/machen, kann nicht falsch sein.) Wir sprechen hier von der Konstituierung eines Wir-Gruppen-Diskurses.

Sprachliche Realisierungsformen für diese Wir- Gruppenbildung sind:

- Verwendung grammatikalisch-kohäsiver Elemente (Personalpronomina, Anonymisierung, Generalisierung und Gleichsetzung)
- die Verwendung vager Bezeichnungen

## II. Der Rechtfertigungsdiskurs und seine (polyfunktionalen) Argumentationsstrategien.

Letztere dienen einesteils zur Vermittlung impliziter Vorurteilsinhalte wie andernteils zur strategisch-taktischen Rechtfertigung vorurteilshafter (sprachlicher) Handlungen und Haltungen.

Das Ziel ist es, sich selbst als Unschuldigen oder Opfer darzustellen, um zugleich Bewertungen und Schuldzuweisungen durchführen zu können. Sich aber inhaltlich mit Angriffen auseinandersetzen zählt zu den seltensten Reaktionsformen. Der Rechtfertigungs-Diskurs steht in enger Verbindung zum Wir-Diskurs.

Man kann Umstrittenes vollständig leugnen. Dazu kann man ganz einfach jemand anderen zum Schuldigen stempeln: z.B. in der Form von *Schwarz-Weiß-Malerei*, durch das *Abschieben von Schuld*, durch *Opfer-Täter-Umkehr*, durch die Auswahl eines *Sündenbocks*, durch die *Diffamierung* und *Abwertung* des Gegners in Form einer systematischen *Verzerrung* der Angriffe des Gegners. Für eine solche Verzerrung dienen besonders Verschwörungstheorien.

Man kann aber auch verharmlosen und zwar in Form von *Rationalisierung*, *Aufrechnung* und *Verzerrung* (Vorwürfe ins Lächerliche ziehen).

Diese Strategien sind gruppenorientiert. Die Rechtfertigung erfolgt im wesentlichen über *Schuldzuschreibung* an Gruppenmitglieder, Kritiker der Ingroup aus der Ingroup bzw. Outgroup. Techniken dazu sind besonders

- die Verzerrung (zwei Richtungen: Übertreibung oder Verharmlosung) auf Wortebene (Vagheiten, Prädikationen, Assertionen) und Textebene (Geschichten, irrealer Szenarios, Vergleiche). Sie sind für Rechtfertigungsdiskurse charakteristisch (Wodak et al. 1990).

Auch die *Rationalisierung*, also die Rechtfertigung von Vorurteilen durch unterschiedlichste 'objektive Gründe' oder Zahlen, ist eine häufig aktualisierte Technik zum sprachlichen Transport und zur

Rechtfertigung vorurteilshafter Einstellungen. Darüber hinaus kann sie auch ganze Diskurse dominieren und damit eine quasi-inhaltliche Rechtfertigung darstellen, die den Charakter einer Begründung hat. Wir sprechen deshalb in diesem Zusammenhang vom

### **Begründungsdiskurs**

Bei dieser diskursiven Argumentationstechnik, die v.a. für den fremdenfeindlichen und rassistischen Diskurs paradigmatisch ist, ist ein Verschieben der Problemlage zur Rechtfertigung vorurteilshaften Handelns zentral. Durch den Einsatz einer relativ geschlossenen, scheinbar objektiven und rationalen, grundsätzlich aber problemunadäquaten *Bereichssprache* - wie etwa der der Ökonomie - wird vorurteilhaftes Handeln strategisch-taktisch legitimiert. Der Einsatz einer solchen *Begründungssprache* kann sowohl ganze Texte umfassen als auch einen über längere Zeit sich entwickelnden Diskurstyp durchsetzen.

Da der Einsatz von bestimmten *Begründungssprachen* aber nicht per se Anzeichen für eine Rechtfertigungsstrategie ist, muß im Einzelfall immer ermittelt werden, ob dadurch vorurteilhaftes Handeln legitimiert bzw. gerechtfertigt werden soll.

### **IQ. Sprachliche Realisierungsformen,**

die auf Wort-, Satz- und Textebene eine starke Rückbindung auf den Öffentlichkeitsgrad haben und bestimmte Strategien realisieren, sind im einzelnen:

- Auf der *Textebene*: *Geschichten* und *Erzählungen*, *irreale Szenarios*, *Vergleiche* und *Analogien*. Für schriftliche Texte typisch ist die spezifische *Verwendungsweise* von *Zitaten*, die Modi der Diskursrepräsentation. Also die Frage, wer wird wann mit welchen Inhalten und in welcher Form zitiert.

- Auf der *Satzebene* sind zudem der Einsatz von *rhetorischen Fragen* und weiters von Einleitungsformeln und Anspielungen von Bedeutung:

*Anspielungen* können durch Zitate, formalen Textaufbau, Wortwahl, Vagheiten usw. realisiert werden. Ziel ist es, keine expliziten Verbindungen zwischen Inhalten zu machen, sondern nur implizit. Die Verantwortung für die Interpretation des hergestellten Inhaltes liegt dann ausschließlich bei der Hörer- bzw. Leserschaft.

- Auf der *Wortebene* sind wichtig die Herstellung von Vagheit, z. B. durch Anonymisierung etwa durch das unpersönliche "man". Die Verwendung von *Euphemismen* zur *Verharmlosung* und *Beschönigung* oder auch die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften an Gruppen oder Personen, die sogenannten *Prädikationen* und *Assertionen*.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß für die Textplanung und das Textverstehen - und damit für die Methodik des Analyse-Verfahrens - nicht nur rein kognitive Prozesse, sondern vor allem auch zutiefst kontextgebundene, historische, kulturell geformte und gesellschaftlich bestimmte, bewußte wie unbewußte Wahrnehmungsweisen maßgeblich sind. Die diskurshistorische Methode, also das Einbeziehen aller Kontextfaktoren in die Analyse, ist daher für eine genaue Textinterpretation notwendig.

#### **Zusammenfassung:**

Prozesse sprachlichen sozialen Kategorisierens bzw. Vorurteilsdiskurse können auf unterschiedlichen Analyseebenen untersucht werden.

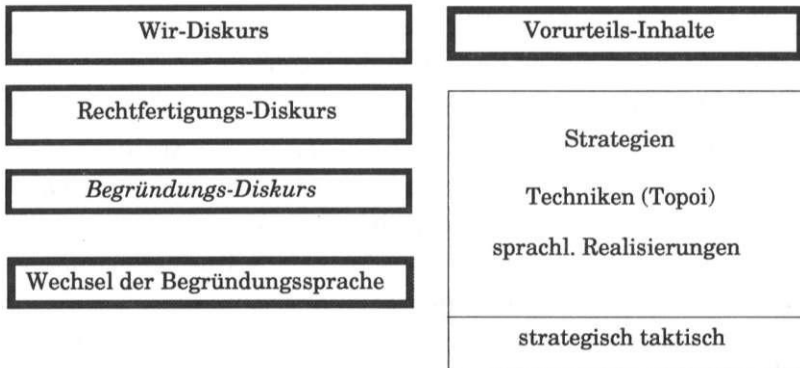
Auf der Ebene:

- der *Gruppenbildung* ("Wir-Diskurs") durch Kategorisierung und Etikettierung und
- der hier eingeschriebenen Vorurteilsinhalte
- der *Rechtfertigungen* und "*argumentativen*" *Vermittlungsstra-*

*tegien* vorurteilshafter Einstellungen und Inhalte. Das betrifft

- den Einsatz von globalen Strategien der Argumentation
- die dazu eingesetzten Argumentationstechniken und Topoi
- den (strategische) Wechsel der Begründungssprache.

Für beide Ebenen gilt eine besondere Konzentration der Analyse auf die sprachlichen Realisierungsformen von Vorurteilsinhalten im Wir-Diskurs sowie den Strategien, Techniken, Topoi und der damit vermittelten Vorurteilsinhalte im Rechtfertigungs- und Begründungsdiskurs auf Wort, Satz- und Textebene.



*Organogramm der Analyseebenen*

Der Einsatz und die Verknüpfung der Diskursebenen und die damit im Zusammenhang stehenden Formen der sprachlichen Realisierung orientieren sich an Tabu- und Kontrollnormen der unterschiedlichen Öffentlichkeiten je nach gesellschaftlichem und historischem Kontext und Setting.

All diese Faktoren, besonders aber der Grad der Öffentlichkeit, bestimmen die Form der Vermittlung der Vorurteilsinhalte, also was über die je unterschiedlichen Outgroups ausgesagt werden kann. Wir wollen das im folgenden an Beispielsanalysen kurz veranschaulichen.

## 5. Vorurteilkommunikation über Rumänen 1990

### 5.1. Der Vorurteilsdiskurs der anonymen Öffentlichkeit

Protestbriefe an den Innenminister im Konfliktmonat März 1990:

In einem anonymen Brief einer siebzugjährigen Wienerin (dies geht aus dem Brief hervor) an den Innenminister (vom 5.3.1990), beklagt sich diese über die Nachlässigkeit, die Korruptheit, die Heuchelei der verantwortlichen Politiker in bezug auf die sogenannte Ausländer- und Flüchtlingsfrage.

*"Skandale und "Asylpolitik", das sind die Markenzeichen dieser Regierung. Sie sind unfähig den Asylantenstrom in der Griff zu bekommen. Die VISAPficht für Rumänen gehört her. Wie kommt der österreichische Bürger dazu, von diesen diebischen Elementen bestohlen zu werden."*

Die Politiker würden die Ängste der Bevölkerung in den Arbeiterbezirken nicht verstehen, da sie selbst ja in den Nobelbezirken lebten. Die Schreiberin veranschaulicht das auch:

*"Ein Beispiel: In einem Haus mit 60 Parteien, davon 40 Parteien kinderreiche Türken. Das Leben spielt sich bei denen auf dem Gang ab. Dreck wohin man schaut. Die müssen in Schweineställen gehaust haben."*

Im folgenden spricht die Schreiberin vor allem aber die Schuld für und die Verursachung von "Ausländerfeindlichkeit" den Politikern zu, die nicht wahrhaben wollten,

*"daß nur eine Minderheit und zwar die, die auf die Straße gehen, den Asylanten freundlich gesinnt ist, und vor diesen gehen Sie in die Knie."*

Rumänen werden hier explizit als "diebische Elemente" bezeichnet, und der durch sie (mit-)verursachte "Asylantenstrom" (Metaphorik: Ströme, Fluten!) stellt eine Bedrohung für die Österreicher dar. Die Türken werden als kinderreich, laut und schmutzig beschrieben, sie treten in Massen auf (40 von 60). Ihr Lebensstil wird mit dem von Schweinen gleichgesetzt. Auf der Inhaltsebene werden Kriminalität



und mangelnde Anpassungsfähigkeit in Form offener Vorurteile dargestellt. Auffällig ist ferner die Gleichsetzung von ausländischen Arbeitskräften mit Flüchtlingen durch die Gleichstellung von "Ausländern" (Türken) und "Asylanten" (Rumänen). Negative Einstellungen werden hier explizit, wobei die Verantwortung dafür den Fremden selbst bzw. den Politikern zugeschrieben wird. Die (Rechtfertigungs-) Strategien der Opfer-Täter-Umkehr und der Schuldabschiebung weisen die Verantwortung an die Fremden und die Politiker ab.

Ein mit Peter Rein zeichnender Mann schreibt in einer Postkarte (März 1990) an den Innenminister, daß "die vielen dunklen Gestalten aus dem vorderen Orient und Afrika, die heute Wien überfluten", nicht unsere Zukunft sichern, sondern eher Slums bilden werden. Gleichzeitig schlägt er aber vor:

*"Der Zuzug nach Wien und Österreich sollte nur qualifizierten Menschen aus unseren Nachbarstaaten, wie den Tschechen, Ungarn und Polen, die unserer Mentalität und Kultur am ehesten entsprechen, gewährt werden."*

Abschließend betont er noch seine Ängste um den Verlust der "Identität". Dem rassistisch-biologistischen Vorurteil von den Menschen mit der dunklen Hautfarbe (wahrscheinlich sind hier auch Rumänen inkludiert) und den ihnen eingeschriebenen Charaktereigenschaften stehen die uns in "Mentalität und Kultur" verwandten Nachbarn gegenüber, die zudem wirtschaftlich brauchbar sind.

In einem ungezeichneten Brief an den Innenminister, ebenfalls aus dem März 90, schreibt ein/e Bürger/in ohne die Angabe einer spezifischen Outgroup über seine/ihre Einschätzung des Fremdenzuzugs:

*"Wir sind das größte Tschuschenland. Andere machen die Grenzen zu, wir blöden Österreicher lassen jeden Verbrecher rein. ...Es ist ein Graus in Wien, überall trifft man ... schmutzige Ausländer. Der Haß wird immer ärger. Diebstahl u. Schleichhandel blüht..."*

Hier fehlt jede Form von Rechtfertigung oder positiver Selbstdarstellung. Mit dem negativ konnotierten Sammelbegriff "Tschuschen" werden alle Fremden zu einer Fremd-Gruppe verallgemeinert. Kriminalität und "normwidriges" Verhalten werden als Kennzeichen aktualisiert.

Abschließend seien noch einmal die Kennzeichen vorurteilshafter Diskurse der anonymen Öffentlichkeit zusammengefaßt: Rechtfertigungen und positive Selbstdarstellung werden kaum eingesetzt, Vorurteilsinhalte werden quasi **Unterschieds-** und wahllos verschiedenen Fremdgruppen zugeschrieben, die Ablehnung generalisiert. Durch Opfer-Täter-Umkehr und Schuldabschiebung wird die Verantwortung für die Ablehnung entweder der Fremdgruppe oder einer internen Outgroup (Politiker) zugesprochen. Im Gegensatz zu anonymen Gesprächen kommen Geschichten und Erzählungen zur Vermittlung und Legitimation diskriminierender Inhalte selten oder gar nicht zum Einsatz.

In der anonymen Öffentlichkeit können unterschiedlichste Minderheiten-Gruppen wie z.B. Türken, Juden, Hausmeister und Radfahrer in einem Zug ausgegrenzt werden, wie wir bei einem verdeckten Mitschnitt eines Passanten-Gesprächs bei einer FPÖ-Wahlveranstaltung in Wien 1990 feststellen konnten (vgl. Anhang 1).

## **5.2 Der öffentliche Diskurs: Die rassistische Diskursentwicklung am Beispielfall des Mediendiskurses über Rumänien und Rumänen**

Um den öffentlichen Vorurteilsdiskurs in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen, ist es notwendig, den hier zu untersuchenden Textkorpus so anzulegen, daß eine Differenzierung der Vorurteilsäußerungen hinsichtlich ihrer Öffentlichkeit möglich wird. Erst diese Differenzierung zeigt die unterschiedlichen Realisierungsformen vorurteilshaften Sprachgebrauchs im Diskurs auf. Können die Vorurteilsinhalte in der anonymen Öffentlichkeit relativ unvermittelt und explizit geäußert werden, so müssen sie andererseits mit steigendem Öffentlichkeitsgrad in je unterschiedlichem Setting und unterschiedlichen Textsorten sozusagen "verpackt" werden.

*5.2.1. Mitleids-, Bevormundungs- und Rechtfertigungsdiskurs. Zur Chronologie einer rassistischen Diskursentwicklung*

Ausgangspunkt für jede Form von Vorurteilsdiskurs ist die Konstituierung von Gruppen. Die aktuellen Geschehnisse in den ehemaligen Ostblockstaaten führten seit 1988 zu steigender Medienpräsenz von Polen, Ungarn, Tschechen/Slowaken und Rumänen in der Öffentlichkeit. Die Revolutionsberichterstattung über den Sturz Ceausescus zu Weihnachten 1989 war ein erster Höhepunkt der öffentlichen Diskussion über Rumänen. Die Darstellung von Armut, Krankheit, Gewalt usw. stand ebenso im Mittelpunkt wie die Mobilisierung österreichischer Hilfe aus der Bevölkerung. Wir sprechen hier vom sogenannten Mitleidsdiskurs. Nach dem Abflauen der revolutionären Auseinandersetzung wurde sehr bald von unseren Politikern und den sogenannten Experten diskutiert, was in diesen Ländern nun geschehen sollte. Die Lage in Rumänien wurde von unseren Experten eingeschätzt und bewertet, vernünftige Wege in eine "wirkliche" Demokratie vorgeschlagen, Meinungen rumänischer Betroffener kaum eingeholt. Wir sprechen hier von einem Bevormundungsdiskurs. Chronologisch gesehen, war die dritte Etappe der Entwicklung einer neuen Diskursqualität der Zeitpunkt, als die Öffentlichkeit Notiz davon nahm, daß die bereits seit 1989 vermehrt in Österreich um politisches Asyl ansuchenden Rumänen auch nach der "Befreiung" immer noch einwanderten. Das war der Zeitpunkt, von dem an man sie nicht mehr bemitleidete, sie nicht mehr als naiv oder noch nicht so reif darstellte, sondern explizit abzuwerten begann. Aus der fernen Fremdgruppe wurde nun die Outgroup in Österreich. Ab diesem Zeitpunkt, in etwa seit Beginn März 1990, können vermehrt vorurteilshafte Haltungen und Äußerungen in Form von Rechtfertigungs- und Begründungsdiskursen festgestellt werden.

*5.2.1. Der Mitleidsdiskurs in der ORF-Berichterstattung ab Dezember 1989*

Hier sollen nur fragmentarisch einige Zitate aus dem sozusagen öffentlichsten Medienbereich, nämlich der ORF-Fernseh-Berichterstattung, dargestellt werden, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß

diese monopolisierte Institution in ihren Statuten besonders die Objektivität ihrer Informationsvermittlung betont.

Wichtigste Kennzeichen des Mitleidsdiskurses sind:

- die Darstellung der Fremdgruppe als gedemütigtes, ausgebeutetes verarmtes Volk,
- die Schuldzuweisung an einen Sündenbock: das Ceausescu-Regime,
- die positive Selbstdarstellung der Ingroup. Darstellung von Mitleid und Hilfsbereitschaft.

In dieser Reihenfolge je ein Beispiel:

1) 22.12. 89 (Zeit im Bild)<sup>2</sup>

*[ORF-Osteuropa-Experte: Paul Lendvai] "Die lange aufgestaute Wut eines entrechteten, geknebelten, bespitzelten und täglich erniedrigten Volkes hat alle Voraussagen, vor allem alle Gemeinplätze Lügen gestraft. Im jetzt entstehenden gemeinsamen Haus Europa war das Rumänien Ceusescus im wahrsten Sinne des Wortes eine Folterkammer."*

2) 10.1. 1990 (NÖ-Heute)

*[Sprecher] "Transylvanien, die Heimat Draculas. Ceausescu und seine Frau haben dem Land systematisch das Blut ausgesaugt. ... Elena Ceusescu wird als moderner Zombie dargestellt. ... Tief sitzt der Haß auf die Diktatorenfamilie. Ceusescus Wahnsinn ist allgegenwärtig. Auch in den teilweise noch idyllischen Dörfern."*

3) 22.12.1989 (Zeit im Bild I))

*[Bundskanzler Vranitzky]:"Und es ist sicherlich eine ganz fürchterliche Sache, daß wir höchstwahrscheinlich Gewalt und Verletzungen und Tote zu beklagen haben."*

*24.12.89. [Sprecher] "Österreich hilft dem rumänischen Volk. Unentwegt wurden und werden Hilfsgüter in die Sammelstellen gebracht. ... Also bitte, hören sie nicht zu spenden auf, beweisen sie weiter diese großartige Hilfsbereitschaft."*

**2 Die analytische Ausarbeitung der ORF-Fernsehberichterstattung und der ORF- Nachrichtensendungen erfolgte innerhalb unseres Projektes durch Franz Januschek.**

In Beispiel 2 ist zudem die Eigenschaftszuschreibung der Rachsüchtigkeit auffallend. Die Motive von Haß und Rache werden in der Berichterstattung immer wieder hervorgestrichen, durch die Darstellung der Lebensverhältnisse der Rumänen wird zugleich Verständnis dafür geäußert. Das unterstellte Motiv der Rachsucht, für das es tatsächlich kaum empirische Evidenz z.B. in der Form von Ausschreitungen oder Lynchjustiz gab, war ein Merkmal, mit dem der in der Folgezeit dominanter werdende Bevormundungsdiskurs vorbereitet wurde.

### 5.2.2. *Der Bevormundungsdiskurs in der ORF-Berichterstattung*

Der auf den Mitleidsdiskurs folgende Diskurs betonte besonders die (angenommene) Kompetenz der Österreicher in Demokratiefragen bei gleichzeitiger Abwertung jener der Rumänen. Zwar gibt es, chronologisch gesehen, zahlreiche Überschneidungen, doch kann gesagt werden, daß der Diskurs über Mitleid und Hilfe nach und nach vom Bevormundungsdiskurs abgelöst wurde.

Wichtigste Kennzeichen dieses Diskurses sind:

- Die Darstellung, Bewertung und Beurteilung der Fremdgruppe und einzelner Personen als unreif, naiv, in Demokratiefragen zurückgeblieben und insgesamt für den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens nicht bzw. noch nicht geeignet.
- Die Darstellung der Österreicher steht konträr dazu: Demokratieife, Wissen über die Verhältnisse und die Chancen für Demokratie in Rumänien. Betonung der eigenen Kompetenz in Sachen Demokratie.
- Sprachlich manifestiert werden diese inhaltlichen Elemente in Form von Schwarz-Weiß-Malerei und durch die Mittel der Diskursrepräsentation. Letzteres zeigt sich neben dem Zitiermodus (häufige indirekte Wiedergabe) besonders in der häufigen Zitierung/Befragung von sogenannten Experten der Politik (Politiker und Medienexperten) und einer auffällig geringen Frequenz in Zitierung/Befragung von betroffenen Rumänen, dortigen Experten bzw. Politikern.

Beispiele dafür sind:

22.12.89 (Zeit im Bild I)

[Sprecher]: *"Was wäre ihr persönlicher Rat jetzt an die Bevölkerung ...*

*Glauben Sie, daß die Situation im Osten bereits so stabil ist, daß so etwas wie Demokratie dort Einzug halten kann?"*

[Altbundeskanzler Kreisky] *Ich glaube, daß es Demokratie auf Dauer geben kann. Aber ich möchte doch nicht sagen, daß wir über dem Berg sind.*

[Sprecher]: *"Herr Professor Lendvai, noch zurück zu Manescu, dem neuen Mann. Trauen Sie ihm zu, daß er das Land in eine bessere Zukunft führt?"*

[Lendvai]: *"Überhaupt nicht. ... ich habe ihn 1964 als Außenminister getroffen. Er war ein umgänglicher Mensch in der Tat, aber er war ein politisches Leichtgewicht. Außerordentlich gutaussehender Mann und das Gespräch der Stadt war in Bukarest immer, auf welchen Empfang mit welcher Freundin er geht. ... Er spricht ausgezeichnet französisch. . . . Aber er könnte als Symbol, als eine Gallionsfigur, sagen wir für die Übergangsperiode, eine gewisse Rolle spielen."*

### 5.2.3. *Offener Vorurteils- und Rechtfertigungsdiskurs der Printmedien ab März 1990*

Behandelte die Berichterstattung in elektronischen und Print-Medien die Revolutions-Ereignisse in Rumänien (Dezember 1989 - Februar 1990) sozusagen als Auslandsberichterstattung und vermittelte sie obige Inhalte, so änderte sich die Vorurteilsqualität doch sehr rasch, als die Rumänen vermehrt nach Österreich kamen. Rumänen wurde nicht mehr Mitleid entgegengebracht, sondern offene Ablehnung. Ab diesem Moment stellten Rumänen eine wie immer geartete Bedrohung für die Österreicher dar. Anlaßfall für den übergangslosen Diskursbruch war der Anfang März 1990 publik gewordenen Plan des Innenministeriums, 800 junge, männliche rumänische Asylbewerber in einer Kaserne eines 200-Einwohnerdorfes unterzubringen.

Als ein signifikantes Beispiel für diesen Vorurteilsdiskurs können die Ausschnitte aus einem Artikel (vgl. Anhang 2) des größten österreichischen Boulevard-Blattes, der "Neuen Kronen-Zeitung", gesehen werden.

Zentral ist hier die Schilderung der (angeblichen) Vergewaltigungs-Ängste der Dorfbewohnerinnen jener Gemeinde (Kaisersteinbruch) vor den jungen rumänischen Männern, die es zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch nicht im Dorf gab. Auffallend sind besonders die Einschübe der Autorinnenmeinung, entweder explizit oder durch die äußerst vage Diskursrepräsentation. Mit dieser Verwischung von primärem und sekundärem Diskurs wird zugleich eine Generalisierung des Angst-Themas für alle Bewohnerinnen vorgenommen, wie besonders der Schlussabsatz deutlich macht. Der Vorurteilsinhalt, die potentielle Vergewaltigungsbereitschaft von Rumänen, wird durch das Zitat einer älteren Dorfbewohnerin über die Verhältnisse während der Besetzung der Russen nach 1945 vermittelt. Der Analogieschluß Russen-Rumänen wird tatsächlich aber erst durch die "Einleitung" der Autorin über den historischen "Ursprung der Angst" vorbereitet:

*"... erinnert sich eine ältere Einwohnerin, die diese Zeit ihr Lebtage nicht vergessen wird. Ja was glauben Sie, daß es da zimmerlich zugegangen ist? Es war schwer für uns Frauen allein, die Männer waren ja im Krieg, oder gefallen. Wir wissen, was es heißt, Opferlamm zu sein. Ich versteh schon, daß die jungen Frauen, die damals Kinder waren, nun Angst haben. Ihre Männer sind oft in der Nacht auf Schicht, tagsüber sind überhaupt nur Frauen im Ort. Und da will man uns 800 kernige, kräftige, junge, unreife Mannsbilder reinsetzen?"*

Der hier vollzogene Analogieschluß in Form einer Anspielung ist eindeutig. Die Russen, die das Dorf besetzten, waren nicht "zimmerlich". Die Männer waren nicht da, die Frauen wurden zum (sexuellen) Opferlamm. Daß es sich hier um eine Anspielung auf durch die Russen erfolgte, zumindest aber unterstellte sexuelle Belästigungen bzw. vollzogene Vergewaltigungen von Frauen dieses Dorfes handelt, kann leicht nachvollzogen werden. Daß es sich nicht um nicht-sexuelle Gewalttätigkeiten handeln kann, legt denn auch die Eigenschaftbe-

Schreibung der männlichen rumänischen Flüchtlinge nahe. Diese werden nicht als gewalttätig, aggressiv o.ä. beschrieben, sondern als jung, kräftig (stärker als Frauen), kernig (positiv besetzt im Sinne von gut entwickelt?), aber besonders als unreif im intendierten Sinne emotionaler und sexueller Unreife. Vergewaltigende, meist junge Russen am Ende des Zweiten Weltkrieges werden mit zumindest potentiellen (unreifen) rumänischen Vergewaltigern gleichgesetzt. Der Vergleich Russen als Besatzungsmacht 1945 mit den hilfeschuchenden Rumänen heute stellt zudem eine krasse Verzerrung dar.

Die in Hauptschlagzeile, Lead und Text durch die Mittel vager Diskursrepräsentation generalisierten Ängste/Befürchtungen/Hilferufe der Dorfbewohnerinnen werden erst im Schlußabsatz durch das Zitat einer Dorfbewohnerin legitimiert. Inhalt und Form der Diskursrepräsentation zählen in der gesamten Berichterstattung der "Kronenzeitung" zu den bevorzugten sprachlichen Mitteln der Vermittlung vorurteilshafter Einstellungen und Inhalte.

Fassen wir die Charakteristika von Mitleids-, Bevormundungs- und Rechtfertigungsdiskurs zusammen:

- Der Mitleidsdiskurs ist ausgezeichnet durch folgende Inhalte: die Outgroup ist arm, verletzt, ausgebeutet, ausgehungert, geschockt, gefoltert, verfolgt und unterdrückt, die Kinder sind vernachlässigt, haben schon lange nichts mehr zu essen gehabt usw. Wir schicken Essen und Hilfsgüter und bemühen uns insbesondere zu Weihnachten, unsere (christliche) Nächstenliebe unter Beweis zu stellen. Strategien sind hier besonders Übertreibung, Personalisierung, die Sündenbockdarstellung (Ceausescu u. Securitate) und die bevorzugte Zitierung (Interviews) anonymer Leute von der Straße.
- Im Bevormundungsdiskurs werden Vorurteilsinhalte vermittelt, die die Rumänen als zurückgeblieben, unreif, demokratieunfähig usw. bezeichnen. Ihnen gegenüber stehen wir Österreicher, die Demokratie im Schweiß ihres Angesichts seit 1945 aus eigener Kraft (!) erlernt haben und auch schon in Zeiten der Monarchie (zahlreiche Anspielungen) bessere Politik betrieben haben. Wir



können heute die Lage und ihre Akteure beurteilen, wir haben die Experten für Außenpolitik und haben prinzipiell auch die Verpflichtung, den Rumänen zu sagen, was sie tun müssen, wenn sie eine richtige Demokratie wollen.

- Der Rechtfertigungsdiskurs: Im März 1990 bricht der Vorurteilsdiskurs und seine Inhalte bzgl. der Rumänen um. Rumänen sind dunkel, fremd, gewalttätig, ähnlich den russischen Besatzern, sie sind frauenfeindlich, faul, schmutzig, unwissend, kriminell und moralisch minderwertig, weil illoyal gegenüber den eigenen Landsleuten. Das Attribut Faulheit und Illoyalität bezieht sich hier besonders auf den Analogieschluß, daß sie nicht zuhause bleiben wollen, um ihre Heimat wieder aufzurichten, so wie wir Österreicher es nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Die enorme Wirtschaftshilfe des Auslandes nach 45 (Marshall-Plan) wird meist unterschlagen, Verleugnung und Verzerrung der Fakten findet statt. Jenen Rumänen, die also nach Österreich kommen, wird Flucht (Auswanderung) aus niedrigen Motiven unterstellt. In der Dichotomie "Wirtschaftsflüchtlinge" versus "echte Flüchtlinge", die sehr bald den Diskurs dominiert, kristallisiert sich diese Einstellung. Auch wird die Flucht vielfach mit einer kriminellen Vergangenheit im Heimatland verbunden.

### 5.3. Strategien der Rechtfertigung im Vorurteilsdiskurs über Rumänen

Die Rechtfertigungsstrategien unterscheiden sich nun insofern vom Diskurs des Nachkriegsantisemitismus, als Beschuldigungen bzgl. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu diesem Zeitpunkt nicht aus dem Ausland - also z.B. von den Rumänen - kommen. Der sich entwickelnde Wir-Diskurs dient der Verteidigung des positiven Images Österreichs als "traditionelles Asyl-land", der vorgeblich toleranten und humanitären Einstellung der Österreicher. Die *positive Selbstdarstellung* dient zugleich der Rechtfertigung der Ablehnung dieser rumänischen Flüchtlinge. Denn Österreich sei zwar ein traditionelles Asyl-land, aber kein Einwanderungsland für Wirtschaftsflüchtlinge.

*Schwarz-Weiß-Malerei* wird durch Prädikation und Assertion realisiert. Durch die Darstellung einzelner Ereignisse und Geschichten werden der Fremdgruppe generalisiert negative Attribute eingeschrieben. Die Motivation für dieses Handeln wird durch Rationalisierung, durch die Angabe von selektiv ausgewählten Zahlen und Fakten legitimiert.

Verharmlosung findet ab dem Moment statt, als die Regierung restriktivere Maßnahmen (Einreisehindernisse, Abschiebungen) verfügt, und zwar durch Aufrechnung (auch andere Einwanderungsländer machen dicht) und Relativierung (echte Flüchtlinge werden ohnehin aufgenommen).

Durch *Schuldzuschreibung* wird diskriminierendes sprachliches Handeln in Abrede gestellt oder die Verantwortung für das Handeln der Schuld der Betroffenen zugeschrieben (*Sündenbock-Strategie, Opfer-Täter-Umkehr*). Die Schuld wird auch in einem besonders großen Maß den Regierenden zugeschrieben (*Schuldabschiebung*), besonders dem verantwortlichen Innenminister. Sie und nicht die Österreicher tragen die Verantwortung für die negative Haltung gegenüber den Rumänen, weil sie unkontrolliert bedrohliche Massen ("Fluten") von "Wirtschaftsflüchtlingen" nach Österreich lassen.

#### 5.4. Linguistische Realisierungsformen

Die linguistischen Realisierungen, von denen einige schon genannt wurden, variieren je nach Themensetzungen und Grad der Öffentlichkeit. Hier seien nur beispielhaft einige aus dem öffentlichen Diskurs über Rumänen genannt.

- Die Nachrichtenberichterstattung: Die unterschiedlichen Diskursformen (Mitleid, Bevormundung, Rechtfertigung) werden hier besonders über den Modus der Diskursrepräsentation - also durch die Formen des Zitierens - realisiert. Prädikation, Anonymisierung und Personalisierung treten auf, nicht aber Aufrechnungen durch Geschichten und ähnliches.

- Politikerstatements und Interviews: Werden zwar in den Medien vermittelt, haben aber prinzipiell eine andere Öffentlichkeitsform. Geschichten, Generalisierungen, Vergleiche und rhetorische Fragen treten hier gehäuft auf. Aufrechnung erfolgt hier wesentlich expliziter als im antisemitischen Diskurs.
- Halböffentliche Diskussionssendungen: In den untersuchten Diskussionssendungen ("Club II") des Österreichischen Rundfunks, in dem normalerweise Experten und Betroffene spontan und ungeplant diskutieren, finden wir sämtliche linguistischen Realisierungsformen mit starker Rückbindung auf die Persönlichkeitsstruktur der Diskutanten. Dennoch geschieht in dieser Öffentlichkeit sprachliche Diskriminierung immer im Zusammenspiel mit positiver Selbstdarstellung, etwa durch die Verwendung von Disclaimern ("Ich bin ja nicht fremdenfeindlich, aber...").
- Die Printmedien: Für die Analyse muß hier die Öffentlichkeit nach den Kriterien der Blattlinie und der Reichweite einer Zeitung/Zeitschrift differenziert werden. In der österreichischen Boulevard-Zeitung, mit der, auf die Bevölkerungszahl gerechnet, weltweit größten Leserzahl (3 Mio.) konnte ein ausgeprägter Rechtfertigungsdiskurs mit allen dazu möglichen linguistischen Realisierungsformen festgestellt werden. In anderen Printmedien ist gehäuft ein ökonomistischer Begründungsdiskurs anzutreffen, wobei Rechtfertigung über Rationalisierung erreicht wird.
- Anonyme Öffentlichkeit: Ähnlich wie im Projekt über den Nachkriegsantisemitismus (Gespräche bei der Mahnwache vor dem Wiener Stephansdom) ist es uns auch hier gelungen, anonyme Gespräche (bei einer Wiener FPÖ-Wahlveranstaltung mit dem Wahlkampfthema "Kriminaltourismus" aus den Oststaaten) aufzuzichnen. Hier kann die positive Selbstdarstellung - wie in der Halböffentlichkeit - wegfallen, Vorurteile können explizit vermittelt werden, Geschichten und Erzählungen sind aber vielfach hilfreiche Mittel dazu. Unterschiedlichste Minderheitengruppen werden hier über einen Kamm geschoren und gleichzeitig offen diffamiert.

## **6. Zur Praxis ökonomischer Begründungssprachen des rassistischen Rechtfertigungsdiskurses im Printmediendiskurs Österreichs 1990**

Für den von der Flüchtlingsthematik dominierten Monat März wurde im Rahmen unserer Projektstudie (Matouschek/Wodak/Januschek 1993) auch eine quantitative inhaltsanalytische Auswertung dreier repräsentativer Tageszeitungen unternommen. Dabei wurde unter anderem erhoben, was bzw. welche Problembereiche im Zusammenhang mit der Outgroup des fremdenfeindlichen Diskurses dargestellt wurde(n) und welche angenommenen Auswirkungen die dargestellten Themen auf die Ingroup hatten, also wie sie bewertet wurden. Dabei ergab sich eine offensichtliche Dominanz der eindeutig dem sozioökonomischen Bereich zuzurechnenden Problemlagen wie z.B. folgende in Auswahl:

- Die aus Ostmitteleuropa kommenden Asylwerber sind Wirtschaftsflüchtlinge, ihre Zuwanderung ist wirtschaftlich motiviert.
- Die Unterbringung der Asylbewerber stellt eine hohe finanzielle Belastung für den Staat dar.
- Das staatliche Verbot einer Arbeitserlaubnis drängt die Asylwerber und Flüchtlinge allgemein in den illegalen Arbeitsschwarzmarkt ab.
- Die Ausländer, die Flüchtlinge, die Asylwerber bedrohen generell inländische Arbeitsplätze.
- Die Ausländer usw. bedrohen durch Schwarzhandel die Wirtschaft.
- Die Ausländer belasten und mißbrauchen unser Sozialsystem und bedrohen damit die Ärmsten unter uns.
- Sie verschärfen die Wohnungs- und Platznot.
- oder ganz einfach generell: die Ausländer bedrohen die sozioökonomische Stabilität Österreichs.

Wir haben bereits ausführlich über die den unterschiedlichen Rassismen zugrundeliegenden Begründungs- und Rechtfertigungsdiskurse, ihre Argumentationstrategien und die jeweiligen textuellen Argumentationstechniken gesprochen. Eine elementare Argumentationstechnik der Rechtfertigungsdiskurse stellt die Rationalisierung dar. Sie funktionalisiert auf der Ebene einzelner Textsequenzen die Wahrscheinlichkeit, die Glaubwürdigkeit scheinbar objektiver Zahlen, Daten und Fakten.

Was hier auf der Ebene bestimmter Propositionen geleistet werden kann, kann auf der Ebene eines scheinbar geschlossenen, rationalen Diskurstyps - dem der Ökonomie - in viel umfassenderer und wirkungsvollere Art und Weise geleistet werden. Innerhalb vorgeblich problemadäquater und systemisch geschlossener Begründungssprachen und ihren Sprach- und Begriffssystemen werden fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen durch einen äußerst subtilen Mechanismus legitimiert. Die dem Rechtfertigungsdiskurs realiter eingeschriebene Problemlage wird durch einen Transfer in die Begründungssprache eines Wirtschaftsdiskurses überdeckt und verschleiert, die problematisierte rassistische Behauptung/Handlung/Einstellung quasi wegrationalisiert. Was einzelne Argumentationstrategien, -techniken und ihre sprachlichen Realisierungsformen im herkömmlichen öffentlichen Diskurs sequentiell leisten, erfüllt hier perfekter ein ganzer, geschlossener Diskurstyp.

Dazu bedarf es noch einiger kurzer theoretischer Vorüberlegungen bzgl. der Bereichsabhängigkeit von Argumentationen (vgl. Kopperschmidt 1989)

### **6.1. Zur Bereichsabhängigkeit von Argumentation**

Eine Voraussetzung für den Rechtfertigungsdiskurs, die Rechtfertigung selbst, ist, daß bereits ein Vorwurf, eine Beschuldigung, eine Bewertung von Handlungsnormen stattgefunden hat. Gerade eine derartige Problematisierung der Geltungsbedingungen von Behauptungen bzw. Handlungen hat, quantitativ gesehen, im öffentlichen Dis-

kurs unseres Untersuchungszeitraumes aber keinen Stellenwert. Damit bestätigt sich auch das von uns als zentral erkannte Spezifikum fremdenfeindlicher und rassistischer Diskurse, die Rechtfertigungsstrategie.

Die Wahl einer spezifischen Begründungssprache kann zwei Zielsetzungen der Rechtfertigung hervorragend erfüllen:

- die Legitimation, die Rechtfertigung bestimmter sozial tabuisierter Handlungen und Äußerungen
- das Verdecken und Umdefinieren der Problemlage durch Verwendung einer (rationalen) diskursiven Begründungssprache.

Kopperschmidt (1989) schreibt zur Bereichsabhängigkeit von Argumentationen:

*"Mit der Wahl eines bestimmten kategorialen Sprachsystems wird aber nicht nur ein bestimmtes Problemverständnis ratifiziert und der Typ von Äußerungen präjudiziert, die argumentativ eine Problemlösung abzustützen vermögen; es wird mit dieser Wahl das Problem zugleich auch einem bestimmten Gegenstandsbereich zugeordnet, weshalb wir in Anlehnung an Toulmin (1975, S. 35ff) von der Bereichsabhängigkeit kategorialer Sprachsysteme sprechen können. Insofern solche bereichsabhängigen Sprachsysteme zugleich Zugänge zu den bereichsspezifischen Wissens- und Überzeugungspotentialen (Ethik, Recht, Religion usw.) [oder eben Ökonomie, die Autorinnen] erschließen, eröffnet die Wahl eines bestimmten Sprachsystems ineins auch Problemlösungswege durch Anschlußchancen an gehaltvolle Aussagen, in denen das bereichsspezifische Wissens- und Überzeugungspotential gespeichert ist."* (Kopperschmidt 1989, 145)[Unsere Hervorhebung]

Habermas (1973) sieht in der Wahl einer bestimmten Begründungssprache zugleich ein bestimmtes Problemverständnis zum Ausdruck gebracht:

*"Insofern die gewählte Begründungssprache darüber entscheidet, welche Art von Äußerungen überhaupt als mögliche Argumente für die Bewältigung einer Problemlage einschlägig bzw. relevant ist, ratifiziert die Wahl einer bestimmten Begründungssprache*

auch eine bestimmte Interpretation der zugrundeliegenden Problemlage. In dieser Interpretation bringt sich ein bestimmtes Problemverständnis zur Geltung, das sich in einer bestimmten Art von Problembeschreibung kategorial artikuliert." (Habermas 1973/3; S. 245) [Unsere Hervorhebung]

Die kategoriale Definition der Problemlage erfolgt argumentationspraktisch meist aber nicht explizit, sondern implizit durch die Art der kategorialen Problembeschreibung.

*"Mit der Art der Wahl einer bestimmten Problembeschreibungssprache wird mithin bereits über die argumentativen Problemzugänge entschieden, die als relevant zu gelten haben."* (Kopperschmidt 1989, 155)

Der Streit um die richtige Problembeschreibung ist aber nicht bloß ein Streit um Worte, sondern ein notwendiger Streit um ein angemessenes Problemverständnis und als solcher ein Streit um die Kriterien möglicher Problemlösung.

Sehr anschaulich zeigt dies ein Beispiel Göttert's (1978) zum geplanten Bau eines Behindertenheimes. Wer den geplanten Bau unter dem Aspekt der erwartbaren Wertminderung von Anwohnergrundstücken kategorial diskutiert, muß aufgrund entsprechender ökonomischer Geltungskriterien seiner Argumentation zu einer anderen Beurteilung kommen, als jemand, der dieses Thema unter sozialpolitischen Aspekten der Integration Behinderter in der Gesellschaft diskutiert.

*"Die Entscheidung für ein bestimmtes kategoriales Problemverständnis enthält also mit der Konstitution eines Problems als Problem zugleich auch immer eine Entscheidung darüber, welche argumentativen Problemzugänge als relevant zu gelten haben und welche Kriterien über deren Überzeugungskraft entscheiden."* (Kopperschmidt 1989, 156)

Fassen wir zusammen:

- Das in der Problembeschreibung sich artikulierende Problemverständnis steuert die Wahl der Begründungssprache,
- die Wahl eines bestimmten kategorialen Sprachsystems,

- ratifiziert ein bestimmtes Problemverständnis,
- präjudiziert den Typ von Äußerungen, der argumentativ gültig ist, eine Problemlösung abzustützen,
- ordnet das Problem einem bestimmten Gegenstandsbereich zu,
- bestimmt die Problemlösungswege und verortet sie in bestimmten bereichsspezifischen Wissens- und Überzeugungspotentialen.

Die Frage, die sich unweigerlich stellt, ist nun: Ist die Wahl der bereichsspezifischen Begründungssprache ein dogmatischer Akt, der nicht weiter zugänglich ist? Nein - und das ist von bedeutender Konsequenz für den kritischen Anspruch der Analyse rassistischer diskursiver Praktiken. Der Rechtfertigungsanspruch problematisierter Geltungsansprüche muß sich nicht mit ihrer gelingenden Rechtfertigung in bereichsspezifischen Begründungssprachen zufriedengeben, sondern kann eine Rechtfertigung der jeweils gewählten Begründungssprache selbst verlangen. Hier geht es also nicht um Wahrheit, Richtigkeit oder allgemein die Gültigkeit einer Äußerung, sondern vielmehr um die Angemessenheit, wie Habermas (1973, 250) es ausdrückt. Zwar ist eine tatsächliche Letztbegründung auf einer übergeordneten höherstufigen Sprach- und Begriffssystemebene nicht mehr möglich, sehr wohl aber kann man die kategorialen Systeme überprüfen oder gegebenenfalls danach gewichten, ob sie für die Explikation eines Problemverständnisses angemessen sind.

## **6.2. Fallbeispiel: "Flüchtlingshilfe zu Hause" (Kurier 17.3.1990)**

Der nachfolgend analysierte Artikel stammt aus der österreichweiten Tageszeitung "Kurier" mit einer im oberen Feld liegenden Auflagenzahl. Der Artikel erschien etwa 14 Tage nach den Bürgerdemonstrationen von Kaisersteinbruch (siehe oben). Dieser Artikel wurde gewählt, da er aufgrund der Textsorte Kommentar und der damit verbundenen expliziten argumentativen (deskriptiven bzw. evaluativen) Textstrategien die in der Wahl der Begründungssprache zum Ausdruck kommende Problemlage explizit darstellt. Er hat - obwohl von einem Wirtschaftsfachautor verfaßt - paradigmatischen Stellenwert für den sozioökonomischen Vorurteilsdiskurstyp dieser Zeit.



Zum Problem der unkontrollierten Zuwanderung (Obere Schlagzeile)  
 FLÜCHTLINGSHILFE ZU HAUSE (Hauptschlagzeile) (Kurier  
 17.3.1992)

Rubrik: Mein Standpunkt (=Kommentar)

Autor: Jens Tschebull

TEXT: (5spaltig, 101zeilig)

*Absatz 1: "Seit zwei Tagen gibt es nun die Visumpflicht für rumänische Staatsbürger. Ich vertrete den Standpunkt, dies ist eine gerechtfertigte und richtige Maßnahme. Sie wird per saldo mehr Konflikte, Enttäuschungen und Tragödien vermeiden als verursachen. Denn so unbefriedigend die Lebensverhältnisse in Rumänien derzeit auch sind, das ungewisse Schicksal eines Wirtschaftsflüchtlings mit falschen Vorstellungen in einem fremden Land ist auch nicht erstrebenswert."*

*Absatz 2: "Die Mittel der "Bundesbetreuung" für die Unterbringung und Verpflegung von Wirtschaftsflüchtlingsen wären als Hilfe zur Selbsthilfe in Rumänien selbst sinnvoller eingesetzt. Etwa in Form eines von Österreich finanzierten Gewerbehofes, der einigen hundert Kleinfirmen Arbeitsmöglichkeiten und Exportchancen bietet."*

*Absatz 3: "Im übrigen ist die "Niederlassungsfreiheit" sogar innerhalb des gemeinsamen Marktes der EG-Länder von starker Skepsis der beteiligten Völker begleitet. Man hat Furcht vor der Schmutzkonkurrenz durch Zuwanderer aus ärmeren Ländern und/oder der Verdrängung durch tüchtigere Nachbarn. Selbst in den beiden Deutschland herrscht dieses Mißtrauen gegenüber den Umsiedlern aus der DDR bzw. den Aufkäufern aus der BRD."*

*Absatz 4: "Die Abwehrhaltung gegenüber Zuagraden, die nicht als zahlende Gäste, sondern als verändernde Elemente eindringen, ist nicht erfreulich, aber völlig normal. Der Mensch scheint seit seiner Urzeit darauf programmiert zu sein, seiner eigenen Horde den Vorzug zu geben."*

*Absatz 5: "Die Vergrößerung dieses sippenhaften Wir-Gefühls in Richtung auf eine multikulturelle und vielfarbige Weltbevölkerung ist ein mühsamer Lernprozeß. Bis er abgeschlossen ist, sollte*

*man jede Heuchelei vermeiden und den Problemen der (ost-) europäischen Völkerwanderung nüchtern gegenüberstehen."*

*Absatz 6: "Im Hintergrund der ganzen Diskussion steht die Konkurrenz zweier Menschenrechte: jenes auf Bewegungsfreiheit des einzelnen und jenes auf Selbstbestimmung der Völker innerhalb des von ihnen bewohnten Gebietes. Die Freigabe der relativ erstrebenswerten Wohngegenden der entwickelten Welt zur Benützung durch jedermann ist weder praktisch möglich noch theoretisch wünschenswert."*

*Absatz 7: Zur nüchternen Betrachtung gehört es auch, das im Lande befindliche "Zuwanderergut" kühl auf seine Verwendbarkeit in der Wirtschaft abzuklopfen und mit der Einbürgerung nicht zu geizen:*

*Die Niederlassung erwerbsfähiger Menschen mit ihren Familien bedeutet ja nicht nur zusätzliche Arbeitskräfte, sondern auch zusätzliche Konsumenten, die gerade in ihrer Aufbauphase (durch Kreditfinanzierung) mehr verbrauchen, als sie produzieren, also niemandem Arbeit wegnehmen, sondern Nachfrage schaffen."*

*Absatz 8: "Abgesehen von spontanen humanitären Hilfsaktionen in einzelnen Katastrophenfällen, erscheint es mir aber vor allem wichtig, "vorbeugende Flüchtlingshilfe" im Auswandererland zu leisten: Statt die Leute bei erzwungener Untätigkeit in österreichischen Flüchtlingslagern durchzufüttern, wäre es klüger, einer (ums selbe Geld) größeren Zahl veränderungswilliger Menschen im eigenen Land Arbeits- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen."*

*Absatz 9: "Dadurch würde Österreich auch den Verdacht los, die Visumpflicht nur als schnöde Sparmaßnahme eingeführt zu haben." Ende (Unsere Hervorhebung durch Unterstreichung.)*

Obere Schlagzeile und Hauptschlagzeile nehmen in äußerst komprimierter Form sowohl die Problembeschreibung als auch den Lösungsansatz vorweg und definieren zugleich durch die Wahl des Argumentes das Sprach- und Begriffssystem - die Begründungssprache für den Argumentationsrahmen, nämlich die der Sozioökonomie. Das Problem für den Autor ist demnach die unkontrollierte Zuwanderung von Rumänen, wie wir aus dem Text und dem rezenten Kontextwis-

sen ableiten können. Die Lösung ist, die Grenzen für jede Zuwanderung von Rumänen zu sperren, und wenn schon Hilfe leisten, dann diese in Form von Wirtschaftshilfe.

Behauptung: Es gibt eine unkontrollierte Zuwanderung. Sie ist ein Problem.

Konklusion: Deshalb besser Wirtschaftshilfe zu Hause.

Der Autor unterstellt in Absatz 1 unmißverständlich eine gewisse Eigenverantwortung der Rumänen, die "*Wirtschaftsflüchtlinge*" seien, für die Verhängung der Visumpflicht. Denn die Beweggründe für die Ausreise seien zwar klar (Flucht vor den tristen Lebensverhältnissen) und teilweise verständlich, zugleich aber erkennt der Autor ihre Ausgangslage als Fremde in Österreich als von ihnen selbst falsch eingeschätzt, "*mit falschen Vorstellungen*" besetzt.

Wenn wir uns die hierarchische Abfolge der unterschiedlichen Argumentationstechniken der Mitleids-, Bevormundungs- und Rechtfertigungsdiskurse vor Augen halten, so vereinigt diese Textsequenz mehrere Strategien dieser Diskursformen in einem funktionalen Zusammenhang. Zuerst erkennen wir in der Formulierung von den "*unbefriedigenden Lebensverhältnissen*", deren Faktizität der Autor feststellt, ein Element des Mitleidsdiskurses. Des weiteren finden wir in der Beurteilung der Lage der Rumänen ("*mit falschen Vorstellungen*") ein typisches Element des Bevormundungsdiskurses.

Als übergeordnete Strategie erkennen wir hier aber deutlich und explizit die Rechtfertigung, nämlich die Rechtfertigung der Verhängung restriktiver Maßnahmen quasi zum Selbstschutz für die Rumänen, zur Abwehr von enttäuschten Erwartungen, von "*Enttäuschungen*" und "*Tragödien*", wie der Autor dies bezeichnet. Daneben sieht der Autor in der Visapflicht aber auch eine Abwehr von "*Konflikten*", also möglichen Auseinandersetzungen zwischen uns und ihnen!

Der Autor setzt in Absatz 2 den in Österreich zu diesem Zeitpunkt durchaus bekannten Begriff der "*Bundesbetreuung*", also der monatli-

chen Bezahlung von Unterhaltskosten sowie eines *"Taschengeldes"* für asylwerbende Flüchtlinge, in Anführungszeichen und stellt damit dessen Sinnhaftigkeit in Frage. Diese Lesweise ergibt sich vor allem im Textzusammenhang des weiteren Textes und der Argumentationsfolge im Zusammenhang mit den Schlagzeilen. Besser sei es *"Hilfe zur Selbsthilfe"* zu leisten, so der Autor. Das setzt aber voraus, daß man bereits anerkannt hat, daß Rumänen jedenfalls *"Wirtschaftsflüchtlinge"* sind, ihr Problem ein wirtschaftliches ist, sie deshalb zu Hause bleiben sollten und die Lösung dafür Wirtschaftshilfe in Rumänien heißt.

In Absatz 3 werden die Ängste der Europäer vor der geplanten *"Niederlassungsfreiheit"* des EG-Marktes mit den Ängsten vor der Zuwanderung aus Oststaaten gleichgesetzt. Der Analogieschluß unterstreicht, daß Rumänen lediglich Wirtschaftsflucht als Motivation haben. Die Konnotationen des Begriffes *"Schmutzkonzurrenz"* bleiben zunächst unklar. Scheinbar sind hier aber, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, unqualifizierte Zuwanderer *"aus ärmeren Ländern"* gemeint (Konkurrenz in *"Schmutzberufen"* wie Bauarbeiter oder Reinigungspersonal?). Dennoch lassen andere Lesweisen auch andere Konnotationen zu: So z.B. schmutzige Konkurrenz, also unfair agierende, illegal handelnde, Inländer verdrängende Konkurrenten usw. Wieder befinden wir uns in einem expliziten Wirtschaftsdiskurs. Die Rechtfertigung der Visumpflicht (der Ablehnung) ist die Furcht der Österreicher(innen) vor wirtschaftlicher Konkurrenz.

In Absatz 4 kehrt der Autor wieder zur Thematik der Schlagzeile zurück, nämlich zur *"unkontrollierten Zuwanderung"* und ihren scheinbar kausallogischen Auswirkungen und Folgen für uns Österreicher. Flüchtlinge sind keine zahlenden Gäste (Touristen), folgert der Autor, sondern vielmehr *"verändernde Elemente"*, die in einer Kosten-Nutzen-Rechnung negativ für uns bilanzieren.

Tatsächlich wird hier eine krude biologische Rechtfertigung für die Vorurteile und Ressentiments, für die Abwehrhaltung gegenüber allem Fremden, das in Österreich ist oder zu uns will, geäußert. Mit dem euphemistischen Begriff *"Zuagraste"* werden hier Fremde all-

gemein, und damit also "Asylanten", Flüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, Gastarbeiter usw. umschrieben und als "*verändernde Elemente*", als entsubjektivierte "*Eindringlinge*" negativ konnotiert. Mit der Bezeichnung "*Zuagraste*" werden in der Wiener Umgangssprache normalerweise in quasi liebevoller Art und Weise alle nicht-genuinen Wiener bezeichnet, die dauerhaft in Wien wohnhaft sind und/oder bleiben wollen, nicht werden damit aber Ausländer im allgemeinen bezeichnet. Um seine Abneigung gegenüber den verändernden Elementen noch im Rahmen des öffentlich Sagbaren formulieren zu können, ist es offensichtlich dienlicher, mit eingestreuten Verharmlosungen zu agieren. Der vage Begriff "*Abwehrhaltung*" umschreibt hier in ebenfalls euphemistischer Intention Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile gegenüber allen Fremden, besonders natürlich hier gegenüber den Ost-Flüchtlingen, und bezeichnet diese Einstellung als soziobiologisch natürliches und naturgegebenes Verhalten gegenüber den "*Eindringlingen*". Dieses - auch im Diskurs des politischen rechten Spektrums hochstrapazierte - anthropologisch-ethologische Argument zählt zu den ersten seiner Art im öffentlichen Printmediendiskurs Österreichs, und das wohl gemerkt Anfang 1990.

Die Umschreibung einer sozialen Gruppe als "*Horde*" (etym: "umherziehende wilde Schar") zeigt die spezifische Sichtweise des Autors, der offensichtlich das Zusammenleben gesellschaftlicher Gruppen und Individuen als nur durch Kampf, durch (gewaltsame) Abgrenzung bewerkstelligbar versteht. Wobei dieses Abgrenzungsverhalten als "*programmiert*" oder angeboren verstanden wird und damit als naturhaft und unbeeinflussbar legitimiert wird.

Etwas krasser hat dies der Journalist Humbert Fink in der Neuen Kronenzeitung am 3. Oktober 1991 formuliert:

*"Aber vielleicht ist Fremdenhaß überhaupt etwas, das mit Überleben, auch mit Selbstbehauptung zu tun hat? (... ) Denn ohne ihn wäre es durchaus vorstellbar, daß wir an unserem eigenen Mitleid zugrund gehen. Und uns solange der Armut öffnen, bis wir selbst ein Teil der Armut geworden sind."*

Der Unterschied in der Qualität der Rechtfertigungsstrategie zu den obigen Textsequenzen der ökonomischen Rationalisierung von Fremdenfeindlichkeit ist hier die Verknüpfung zweier (wissenschaftlicher) Begründungsdiskurse. Die Reihung des "Nicht-Touristen"-Arguments mit dem nachfolgenden sozio-biologischen "Horden"-Argument läßt den Schluß zu, daß das naturhafte ablehnende Verhalten der Wir-Gruppe gegenüber den Eindringlingen ebensowenig verwerflich ist, wie das ökonomische Argument der Kosten-Nutzen-Rechnung. Ablehnung und Diskriminierung von Fremden ist jedenfalls ein durch gute Gründe bedingtes normales menschliches Verhalten. Daß es dem Autor nicht um das Einklagen von (Wirtschafts-)Hilfe für Rumänen geht, sondern um die Rechtfertigung ihrer Ablehnung im eigenen Land, ist klar. Der ökonomische Begründungsdiskurs bricht hier auf und zeigt sein wahres Gesicht, könnte man metaphorisch sagen.

Das *"sippenhafte Wir-Gefühl"* sei in Auflösung, die Sippe auf dem Weg in eine *"multikulturelle und vielfarbige Weltbevölkerung"*. In Absatz 5 appelliert der Autor daher an die Vernunft der Gruppenmitglieder, indem er vorschlägt doch jede *"Heuchelei"* zu vermeiden und den *"Problemen der (ost-) europäischen Völkerwanderung nüchtern"* gegenüberzustehen. Heuchelei bezieht sich hier wohl auf den humanitären, den universalethischen Diskurs der Mahner gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Vernunft scheint wesentlich verknüpft mit dem Wirtschaftsdiskurs. Besser sei der ökonomische Rationalismus, die nüchterne Vernunft, als die Humanitätsduselei.

Der *"Hintergrund der ganzen Diskussion"* sei die unauflösbare Diskrepanz zwischen zwei konträren Menschenrechten, wie Absatz 6 verdeutlicht:

Hier die Bewegungsfreiheit (Verzerrung der tatsächlichen Motive rumänischer Flüchtlinge!) als menschliches Grundrecht und da die nationale Selbstbestimmung, nämlich die nationale Selbstbestimmung der volkswirtschaftlichen Interessen. Wirtschaftliche Autonomie steigt in den Rang eines Menschenrechtes auf.

Aus Reisefreiheit wird *"Bewegungsfreiheit des einzelnen"*, die von rumänischen *"Wirtschaftsflüchtlingen"* zur *"unkontrollierten Zuwan-*

derung" mißbraucht wird und dergestalt gegen das "*Menschenrecht*" auf "*Selbstbestimmung der Völker*" steht. Derartigen Fremden kann man nicht Tür und Tor öffnen, damit sie sich wahllos in wirtschaftlich und infrastrukturell hochentwickelten Wohngegenden auf ihr Altenteil niederlassen. So könnte man ohne weiteres zynisch fortsetzen, wenn der Autor schreibt, daß "*unkontrollierten Zuwanderung*" und die "*Benützung ... der relativ erstrebenswerten Wohngegenden der entwickelten Welt ... durch jedermann*", also auch und besonders durch die mit der "*Völkerwanderung*" herannahenden Ostflüchtlinge, eine Gefahr für uns Österreicher sind.

Das Zuwanderungsproblem ist für jeden, nüchtern (vgl. Absatz 7), vernünftig, also ökonomisch Denkenden durch die Visumpflicht gelöst. Was aber soll man mit den bereits in Österreich befindlichen Flüchtlingen tun? Die staatlich kontrollierte Nutzung des Kapitals und Produktions- sowie Marktfaktors "*ausländische Arbeitskraft*" ist die Antwort.

Mit der "Einbürgerung nicht zu geizen", wenn es die wirtschaftlichen Gegebenheiten verlangen, bedeutet also, die Ausländer aus ihrer Untätigkeit (Sozialschmarotzertum?) in die staatlich kontrollierte Arbeitswelt einzubinden. Die Sichtweise des Autors wird besonders deutlich, wenn er von einer "*nüchternen Betrachtung*" der wirtschaftlichen "*Verwendbarkeit des Zuwanderergut(es)*" spricht, vom "*Abklopfen*" auf ihre "*Verwendbarkeit*", so als seien diese Menschen den Ziegeln vergleichbar, die man/frau in der Nachkriegszeit aus den Schutthaufen ausgebombter Häuser für den Wiederaufbau auswählte. Der Begriff der Entsubjektivierung erscheint dafür geradezu verharmlosend. Auch im Folgesatz stehen nicht Menschenschicksale im Vordergrund, sondern wiederum die wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Abwägung: Was kostet es, was bringt es ein! Das ist ökonomischer Rationalisierungs-Diskurs pur, Rassismus versachlicht.

Noch einmal bricht der Diskurs in Absatz 8 und zeigt dort bereits auf Satzebene jene Paradoxie, die den gesamten öffentlichen Diskurs Österreichs über Flüchtlinge und Fremde generell im Untersuchungszeitraum 1990 gekennzeichnet hat. Der sozioökonomisch ori-

enterte Rechtfertigungsdiskurs bestimmt die Grenzen der humanitären Verpflichtungen. In ihm stellen humanitäre Argumente bestenfalls marginale Ausnahmebedingungen für die Geltungsbedingungen ökonomischer, also vernünftiger Argumente dar.

Humanitäre Hilfe im Sinne einer Flüchtlingsaufnahme bei "echten" Krisen ("*Katastrophenfällen*") ist, moralisch gesehen, zwar notwendig, so der Autor. Abgesehen von der Erhaltung dieser historischen Kontinuität Österreichs als international vorbildliches Flüchtlingstransitland - immerhin ein wesentlicher Bestandteil positiver diskursiver Selbstdarstellung - plädiert der Autor aber eher für "*vorbeugende Flüchtlingshilfe*". Vorgebeugt soll nicht einer noch weiteren Verschlechterung der tristen Lebensverhältnisse in Rumänien werden, vorgebeugt soll vielmehr den möglichen Reaktionen der "Binnen-Horde" werden, die bei einem unkontrollierten Zuzug "*verändernder Elemente*" womöglich auftreten könnten.

Besser die Grenzen dicht und finanzielle Hilfe im Auswandererland - natürlich eine, die sich wirtschaftlich auch rechnet - als finanzielle Belastung durch finanzielle Unterstützung der untätigen Fremden im Land. Das ist eine rechtfertigende Opfer-Täter-Umkehr in Reinkultur. Die Strategie der quasi-rationalen ökonomistischen Rechtfertigung von Rassismus erscheint in diesem Absatz besonders komprimiert, kulminiert letztlich aber in subtiler Form im Schlußabsatz.

Die Verhängung der Visumpflicht für Rumänen in dieser politisch noch vollkommen unsicheren Zeit ist - wie Absatz 9 zeigt - nicht etwa ein unter humanitären Gesichtspunkten zu bewertendes und zu hinterfragendes staatliches Handeln.

Hier rechtfertigt der ökonomische Begründungsdiskurs den ökonomischen Begründungsdiskurs. Die Gültigkeit ökonomischer Argumente erhebe die Österreicher über den "*Verdacht*" antihumanitären Handelns. Denn innerhalb des Systems ökonomischer Begründungssprache können die Geltungsbedingungen ökonomischer Argumente nicht durch humanitäre universalethische Behauptungen in Frage gestellt werden.



Fassen wir zusammen: Es handelt sich hier um einen stringenten Rechtfertigungsdiskurs in Form eines ökonomistischen Begründungsdiskurses, was sowohl aus der Lexik (Fachwortschatz) als auch aus der ökonomischen Gesamtargumentation hervorgeht. Mit verschiedensten bekannten Strategien des Rechtfertigungsdiskurses (z.B. Opfer-Täter-Umkehr) wird den Fremden selbst die Verantwortung für die Ausgrenzungs-Maßnahme "Visumpflicht" zugeschrieben. Absatz 4 kann als die Schlüsselpassage des Kommentars gelten, da hier der ökonomische Begründungsdiskurs in einen sozio-biologisch begründenden Rechtfertigungsdiskurs über die Ablehnung von Fremden umbricht. Argumente der Ökonomie und der Ethologie werden zu Ausnahmebedingungen humanitären Verhaltens und Argumentierens, Österreichs restriktives Verhalten gegenüber den Rumänen entschuldigt.

## **7. Rassismus, Ökonomie und Staat. Der linguistische Beitrag zum Antirassismus?**

Jost Müller schreibt in seinem Artikel "Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus" davon, daß in den letzten Jahren antirassistischer Kritiker des Konzeptes Multikulturalismus aufkämen. Sie setzen dem Glauben der multikulturalistischen Selbstheilung die Werte "der universalistischen Kultur der europäischen Aufklärung" (Müller 1991, 60) in Form einer Kulturkritik entgegen. Kulturkritik verstanden als "universalistische Strategie, den Rassismus ideologisch zu bekämpfen", (ebd.)

Auch die neueren Theorien zum sozialen Phänomen des Rassismus (Taguieff oder Kristeva) stimmen nach Müller in diese Perspektive ein, aber er steht nicht an, dieses Vorhaben sofort zu relativieren:

*"Die universalistische Ethik fordert ihren Tribut, sie bleibt zu allgemein, um die soziohistorischen Bedingungen der Artikulation des differentiellen Rassismus in Ökonomie und Politik zu be-*

*stimmen. So fällt sie zurück in die Ambivalenz, die die historische Aufklärung kennzeichnet: die kritische Formulierung der imperialen Gültigkeit der Menschenrechte und die eurozentristische Sicht der Persönlichkeitsbildung.* "(Müller 1991, 72)

Rassismus sei kein universalgeschichtliches Phänomen, sondern an die Ausbildung des kapitalistischen Gesellschaftssystems gekoppelt. Die Funktionen des Rassismus in Ökonomie und Politik dürften nicht aus den Augen verloren werden:

*"Im Ökonomischen kann die funktionelle Eingliederung des Rassismus allgemein als "Ethnisierung der Weltarbeitskraft" (Wallerstein 1984, 67) aufgefaßt werden. ...Die Ethnisierung ist konstitutives Moment der nationalen und internationalen Arbeitsteilung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems".* (Müller 1991, 68)

und im Politischen:

*"Im Politischen ist der Rassismus funktionell in den kapitalistischen Staat eingegliedert, die ideologische Konstruktion der Rassen, die imaginäre Form der biologischen und kulturellen Stigmatisierung, in der sich das 'Selbst' identifiziert und von den 'Anderen' spaltet', ist in die Grenzziehung eingeschrieben, innerhalb derer der kapitalistische Staat die Einheit des 'Volks-als-Nation' homogenisiert."* (Müller 1991, 68f.)

Ein Antirassismus, der um die ideologischen Zusammenhänge von Kultur, Nation, Staat und Ökonomie im Rassismus nicht bescheid weiß, ist verkürzt und wird wirkungslos. Sprachwissenschaftliche (kritische) Analyse kommt also nicht umhin, die ideologische Determination rassistischer Diskurse zu berücksichtigen (vgl. Wodak/Matouschek 1993, Matouschek 1992). Aus dem Zirkel der ideologischen Bedingtheit je spezifischer Formen von Rassismus auszuweichen erscheint unter ideologiekritischer Perspektive vielfach unmöglich.

Dennoch gibt es einiges, was man gegen Rassismen aus linguistischer Perspektive unternehmen kann und muß. Das Aufzeigen der sprachlichen diskursiven Muster und Strategien in ihrer ideologischen Bedingtheit ist die eine Sache. Eine andere, nicht minder wichtige Täti-

gigkeit ist jene, die Habermas für das kommunikative - besser das diskursive - Handeln vorschlägt und die in direktem Zusammenhang zu unserer Analyse von Begründungs- und Rechtfertigungsdiskursen steht.

Zwar gebe es durch kognitive Schemata im Laufe der Sozialisation geprägte Begründungssprachen (Habermas 1973), doch darüberhinaus auch immer die Möglichkeit, die Angemessenheit der Begründungssprache, der gewählten Sprach- und Begriffssysteme - und man kann in einem weiten Schritt auch sagen, auch die Ideologien - zu überprüfen und nötigenfalls in Frage zu stellen.

*"Wir sind auf den Gang der Argumentation angewiesen, die einen Wechsel der Ebenen der Argumentation glücklicherweise zuläßt. Die formalen Eigenschaften des Diskurses müssen deshalb so beschaffen sein, daß die Diskursebene jederzeit gewechselt und ein zunächst gewähltes Sprach- und Begriffssystem gegebenenfalls als unangemessen erkannt und revidiert werden kann. (Habermas 1973, 250)*

Sprachliche Diskriminierung, verschleiende sprachliche Muster, Strategien und Diskursformen, die "diskursive" Handeln unmöglich machen, müssen analytisch offengelegt und kritisch - sprachkritisch - dargestellt werden.

*"Erkenntnisfortschritt vollzieht sich in Form einer substantiellen Sprachkritik." (Habermas 1973, 250).*

Nur durch die Bewußtmachung der sprachlichen Barrieren in Form substantieller Sprachkritik ist ein "herrschaftsfreierer" Diskurs überhaupt vorstellbar. Die kritische Linguistik hat die bedeutsame Aufgabe, die sprachlichen Voraussetzungen für einen demokratischen "Diskurs" aufzuzeigen, die Irrwege zu benennen und die diskursive Ausgrenzung sozialer (Minderheiten-)Gruppen kritisch zu beleuchten.

**Nachwort:**

Dieser Artikel entstand zu einem Zeitpunkt, in dem die politische Öffentlichkeit Europas und der Welt noch ganz unter dem Eindruck der Eskalation des rechtsextremen und rassistischen Terrors gegen Fremde in der BRD 1992 stand. In einer Ausgabe der deutschen Wochenzeitschrift "Die Zeit" schrieb Jürgen Habermas über die nachlässige politische Reaktion der deutschen Regierung auf die gewalttätigen Vorfälle folgende Zeilen.

*"Erst die Reaktionen auf den rechten Terror ... machen das ganze Ausmaß der moralisch politischen Verwahrlosung sichtbar. Nicht den Opfern und der Entzivilisierung unserer Gesellschaft gilt die erste Sorge, sondern dem Ansehen des Industriestandortes Deutschland."* (Die Zeit Nr. 51; 11.12.1992)

Man kann diese Einschätzung durchaus als eine wenig erfreuliche und universal gültige Bestätigung unserer Ergebnisse über den ökonomistischen Rechtfertigungs- und Begründungsdiskurs von Rassismus verstehen. Selbst in dem Moment als der rassistische Medien- und Alltagsdiskurs in einen Flächenbrand gewalttätiger rassistischer Handlungen mit zahlreichen Menschenopfern umkippt, sind große Teile der politischen Öffentlichkeit in der BRD entweder nicht willens oder nicht mehr in der Lage, aus dem ökonomischen Begründungsdiskurs auszubrechen und das Kind, für dessen Heranwachsen sie auch mitverantwortlich zeichnen, beim Namen zu nennen: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

**Literatur:**

- Allport, G.: The Nature of Prejudice. New York 1987, 1954
- Bergler R.: Vorurteile und Stereotypen. In: Heigl-Evers (Hg.): Die Erforschung zwischenmenschlicher Beziehungen (= Sozialpsychologie Bd. 1) Weinheim u. Basel 1984, S.238-249.
- Bourdieu, P.: Die Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt a.M. 1976
- Dressler W.U./Matouschek B./Wodak R.: Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. (=unveröff. Manuskript d. Projektkonzeptes) Institut für Sprachwissenschaft, Wien 1990
- ders./Matouschek, B./Wodak, R.: Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs. (=unveröff. Projekt-Zwischenbericht) Institut für Sprachwissenschaft, Wien 1991
- Faßmann, W. /Münz, R.: Einwanderungsland Österreich? Gastarbeiter - Flüchtlinge - Immigranten, (hg. v. d. Österr. Akademie der Wissenschaften), Wien 1992
- Göttert, K.-H.: Argumentation, Tübingen 1978
- Gruber, H.: Antisemitismus im Mediendiskurs. Die Affäre "Waldheim" in der Tagespresse, Wiesbaden 1991
- Habermas, J. : Wahrheitstheorien. In: Wirklichkeit und Reflexion. FS. f. W. Schulz, Pfullingen 1973, S.211ff.
- ders.: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde, Frankfurt a.M. 1981
- Hall, St.: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Ausgewählte Schriften, Hamburg 1989
- ders.: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument 178, 1989a, S.913-921.
- Jäger, S./Januschek, F. (Hg.): Der Diskurs des Rassismus, Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46, Oldenburg 1992
- Kalpaka, A./Rätzl, N.: Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, Leer 1990
- Kopperschmidt, J. : Methodik der Argumentationsanalyse, Stuttgart-Bad Canstatt 1989

- Matouschek, B.: Vorurteil - Diskurs - Rassismus. Einige theoretische Überlegungen zum Rassismus-Begriff in der sprachwissenschaftlichen Diskursforschung. In: Jäger, S. /Januschek, F.(Hg.) 1992, S.53-74
- ders.: Wider den "(anti-)germani(sti)schen Rassismus". Zur sprachkritischen Beunruhigung über den politischen Sprachverfall bei FPÖ-Bundesrat Andreas Mölzer. (=unveröff. Manuskript), Wien 1992a
- ders./ Wodak, R.): "Fremde im eigenen Land?" Studien zum fremdenfeindlichen Diskurs Österreichs der Gegenwart. Erscheint in: Zeitgeschichte 1993
- ders./Wodak, R./Januschek, F.: Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs Österreichs der Gegenwart. (=Projekt-Endbericht). Institut für Sprachwissenschaft, Wien 1993
- Menz, F./Lalouschek, J./Dressler, W.U.: "Der Kampf geht weiter!". Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918, Klagenfurt 1989
- ders./Wodak, R. (Hg.): Die "Sprachen" der "Vergangenheiten". Eine sozio- und textlinguistische Studie zu Österreichs Diskurs über seine Vergangenheit, Projektendbericht, Wien 1992
- Miles, R.: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg 1991
- Müller, J. : Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: Widerspruch 21 (Jg. 11), 1991, S.69-75
- Plasser, F./Ulram, P.A.: "Die Ausländer kommen!". Empirische Notizen zur Karriere eines Themas und der Bewußtseinslage "im Herzen Europas", In: Österreichisches Jahrbuch für Politik '90, Oldenbourg 1991, S.311-323
- dies.: Ausländerfeindlichkeit als Wahlmotiv: Daten und Trends (=unveröff. Manuskript), Wien 1991a
- Quasthoff, U. : Soziales Vorurteil und Kommunikation, Frankfurt a.M. 1973
- Tajfel, H. : "Social Sterotypes and Social Groups". In: J.C. Turner and H. Giles (eds.): Intergroup Behaviour, London 1981, S. 144-167
- ders.: Gruppenkonflikt und Vorurteil, Bern 1982
- ders./ Turner, J. : An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: W.G. Austin/ S. Worchel (eds.): The Social Psychology of Intergroup Relations, Chicago 1979, S. 7-24

- van Dijk, T.A.: Prejudice in Discourse, Amsterdam, Philadelphia 1984
- ders.: The Tamil Panic in the Press. In: van Dijk, T.A.: News Analysis. Case Studies of International and National News in the Press, Hillsdale 1988, S. 215-254
- ders.: Communicating racism, Newbury Park 1989
- Völzing, P.-L.: Begründen, Erklären, Argumentieren, Heidelberg 1979
- Wodak, R.: Der Ton macht die Musik. Öffentliche Diskurse über Fremde. In: Werkstättenblätter 1a (1991), 3. Jg., S. 16-21
- dies. et al.: "Wir sind alle unschuldige Täter!" Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a. M. 1990
- dies./Matouschek, B.: "We are dealing with people whose origins one can clearly tell just by looking": Critical Discourse Analysis and the Study of Neo-racism in Contemporary Austria, Discourse & Society 2 (4) (1993), S. 225-248.

## Anhang 1

FPÖ-Wahlveranstaltung am 6.11.1991; 16,20 bis 16,30 Uhr

Wien Viktor-Adler-Markt

- H: Ham's Kinder? Die werden schauen was die machen ned die lebn no guat aber die Kinder nimmer mehr die miaßn alles biaßn (. . . . .) In unsern Haus (. . . . .) I wohn in an Eisenbahnerhaus
- F: Wie wir Kinder waren wir ham a müssen
- H: heast da kriagn's kan Österreicha des mocht kana mehr
- F: und das kriegs sie jetzt wieder
- H: die Oarbeit die mocht gor kana mehr (. . . . .) kann a jo gar ned das gibt 's ja gar ned
- M: Schau's an Diktator gibt es nicht mehr liebe Frau das war einmal
- H: das kann er gar ned
- M: heute in dera jetzt in dera Wölt gibt's as nimmer mehr an Hitler gibt 's a nimmer mehr die sogn alle des is da Hitler des is a Nazi is a Blödsinn an Hitler hat 's ja nur geben der wär damals net kumman wenn nicht die Weltwirtschaftskrise gewesen wär in der ganzen Welt Amerika England Frankreich da hat's /überall warns warns danebn die ham den Hitler praktisch groß gmocht sonst wär der Hitler a net kumma ned oba heute gibt 's das nimmer mehr de's ned de sogn immer
- H: Traun's ihna auf d,Nacht no in an Park traun's ihna no um Zehne in an Park bei uns in E(...)Park in T(...) Park da fehlt ihna
- M: traun's ihna aufe ja i als Mann traus mi nimmer
- H: des Taschl des gib i ihna schriftlich schriftlich
- M: heast hat mi unlängst ana ang'stänkert der hat ma wolln die Augen-gläser obereißn
- H: mei Mutter is 86 Jahr de ham's hamgschickt (ha's gsagt sie soll/ diese Türken)
- M: da müssen's na wöhn wann's ihna ned paßt ned wann's ihna ned paßt und dann trotzdem wieder denna Zilk wöhn der was die de andern ei(naholt)/ was a gsagt hat eine Blutauffrischung brauch ma/liebe Frau was des is a Wahnsinn was der sagt a Blutauffrischung heast der soll söba hinfohrn und sull sie ab Blutauffrischung oba mir brauchen kane ned der soll sie auffrischen lassen weil der/was der am Sunday aufgeführt hat in der der fernsehding/des is a Riapl gwen-der ist gstandn wie da Diktator is a
- H: mei Mutter ham's vom Park hamg'schickt sie ham gsagt des is a
- M: gstanden so is a gstanden na-a Witz sowas
- H: (türkenpark) die geht ma nimmer in Park. 86 Jahr wann's da schönste Tag is muaß i mit ihr in Park hinsetzen wie wann ma in / da Wochn zwamoi a Ruah ghabt von ihr
- M: Ja der erbt von sein Onkel-von einen Judn-ja na und wo hat's der Jud her
- F: de arbeitn ja genauso wie wir
- M: ja an waßt/he/se san Hillinger/se san ja scho lang se warn je a/se
- H: (. . . .)genau wie da Hitler (..) mit c



M: se san ja a schon länger auf der Wölt/se woan ja wie die Judn in Wien  
H: Palästinenser heast san ja kane Guatn

M: woan also i hab's erlebt die Judn i hab's erlebt also die ham uns  
ausgnutzt oba scho noch und noch i sag ihna's i bin am Land aufgewochsn  
der Jud der is kummen wir habn nix zum Essen ghobt nix zum Anziagn da  
ham's miaßn auf Schulden die Eltern kaufen mir Gwand und Lebensmittel  
des Jud is kumma da haben wir die Ernte (...) alles weggnommen in Sommer  
wir ham wieder nix zu Essen ghabt so war der so war der Jud mei Liaba

M: Liaba naja bitt schön i hab's so erlebt i hab's a so erlebt  
F: also i war dort bei Judn als junges Mädln (.....)

M: na und ham sie's gut g'habt? wos i scho ghört hab was mit die Judn  
F: (.....)

M: warn/i hab viele Bekannte/die ham gsagt na die ham's ausgnutzt noch und  
noch ausgnutzt noch und noch  
F: (.....)

M: gut es warn a Guate schaun's es san überall Guate und Schlechte aber i  
kann aber aber so aber es waren halt  
H: eben die meisten Judn die san scho Ehrliche (.....)

M: Schlechte und der Jud der hat si des a ned der hat si des a ned  
erarbeitet dort'n des (...) der ha's a irgendwo abgschöpft ned also no  
jo  
F: die arbeiten fleißig  
M: die Judn? der Jud is a Geschäftsmann der arbeitet

M: nix der laßt die anderen arbeiten  
F: na gut der hat eben  
H: der Jud hat's da. mei Liaba

F: (...) unsere Jungen wolln ja jetzt auch nix mehr arbeiten  
H: heast wann i  
7000 Schilling Pension krieg geh i a ned arbeiten - na was - na siehstás  
no die ham scho recht daß's ned arbeiten gehn (.....) a Radifahrer  
(...) am Gehsteig/ja wirklich mit hat erst ana niedergfahrn heast da im  
Park (...) mei Frau und i san Hand in Hand/ a Tschusch a Tschusch a  
Tschusch war des heast Vormittag um 9 (Gelächter)/ i geh do durchn Park  
mit der Wally heast der kummt mit'm Radl (...) fahrt zwischen uns durch  
fahrt uns zam i wor ganz dreckig mei Frau mei Frau is hig'falln der is  
sóba hig'falln des san die die Kinder die Tschuschn Radifahrer (...)  
Radlfahrer (.....)

F: (.....) 6000 Schilling  
H: die kriegn mehr i hob an (...) der (...) 1300.00 der hat

H: schön verdient des gilt aber nur bis daß's wissn  
F: i kenn'ta welche dieArbeitslose  
X: jeds Monat  
H: über sechs Monat und die sechs Monat geht er a net arbeiten  
X: und dann druckn's  
eam oba (...) die Frauen ned arbeiten die Frauen jo (...)  
M: jo ned

H: Schau i bin in an Eisenbahnerhaus wir ham kan Österreicher kriagt ham's  
an Jugoslaw als Hausmeister do is er davon sie is davon der Bua is davon  
die lassn uns alle aus so kann das unser (...) ned machn dem gib i zwei  
Arbeiten die dritt nimmts ned bist ausgstuert so macht  
ma

M: jawohl so is richtig

H: des

## Anhang 2

Neue Kronenzeitung 1990-03-10 (SA)

Rubrik:

### **APROPOS**

(von) Dr. Georg Weiland

#### **FLÜCHTLINGE**

*Der Flüchtlingsstrom nach Österreich reißt nicht ab. Nach der ersten Sympathiewelle droht das Thema jetzt zu einem 'heißen Eisen' zu werden. Zunächst: Österreich hat sich in dieser Frage jahrzehntelang vorbildlich verhalten. Nun wächst die Kritik: Nicht nur Österreicher bangen um ihre Arbeitsplätze, sondern auch schon länger hier tätige Gastarbeiter fürchten die neue Billig-Konkurrenz. (Abs. 1)*

*Derzeit gibt es noch keine klare Linie in dieser Frage. Neue Probleme sollte man mit neuen Ideen lösen. Was spricht wirklich gegen Gastarbeiter auf Zeit, die in Branchen arbeiten können, wo es, wie etwa im Fremdenverkehr, einen akuten Arbeitskräftemangel gibt? Diese Lösung wäre jedenfalls besser als die derzeitige Hochblüte an Schwarzarbeit, die sich breit macht. Oder: Warum sollten auf österreichischer Seite in grenznahen Gebieten zum Osten nicht gezielt neue Werke errichtet werden, wo auf Zeit ebenfalls billige Arbeitskräfte aus dem Osten als Grenzgänger tätig sein könnten? Diese würden nicht nur westlichen Arbeitsstil lernen, sondern noch zudem harte Devisen verdienen. Das Argument, daß diese heimische Arbeitsplätze gefährde, zieht nicht: denn im Zuge dieser Investitionen würden auch Jobs für Österreicher entstehen. Wir könnten auf diese Weise, überspitzt formuliert, ein Art Hongkong an der Grenze zu Osteuropa in diesen wirtschaftlich bisher brachliegenden Regionen werden. Auf jeden Fall wäre es aber ehrlicher als die gegenwärtige Haltung, die nach dem Motto abläuft: Wir lassen sie zwar alle rein, aber wir wissen nicht, was wir mit den Flüchtlingen dann tun sollen. (Abs.2)*

## Anhang 3

# Die Frauen von Kaisersteinbruch: „Will uns denn keiner verstehen?“

Die Angst der Frauen in der 200-Seelen-Gemeinde Kaisersteinbruch vor rumänischen Asylananten macht Schlagzeilen. Von einem Wiener Sektionschef aus dem Innenministerium als „narrische Weiber“ abgekanzelt, sind sie nun eher gestärkt als gedemütigt. Sie wollen angehört werden: „Will denn niemand unsere Befürchtungen verstehen?“

Es ist wirklich kaum zu glauben, aber die Reaktion von Sektionschef Herrmann auf die Ereignisse rund um die Einquartierung von 800 Ru-

men in das 200-Seelen-Dorf Kaisersteinbruch war: „Weil ich da auch noch hinfahren!“ Die „narrischen Weiber“ lassen diesen Ausspruch nicht auf sich sitzen, sie wollen den Beamten klagen. Im Gespräch mit der „Krone“ am Wirtschafts-Stammtisch kam dann nach längen, sehr emotionalen Reden auch der tieferen Ursprung der Angst der Frauen hervor. Und die liegt in der Vergangenheit von Kaisersteinbruch.

Schon in der Zeit der Monarchie war der Ort am Fuße des Leithagebirges Gefangenlager. Im 2. Weltkrieg besetzten Russen das Dorf. „In Briefträgerin Anna Ziegler will die Pensionen nur noch unter Begleitschutz austragen, die Mütter sorgen sich um ihre halbwüchsigen Töchter. Was sie wollen? Daß ein Herr aus Wien zu uns kommt, und wenigstens versucht, uns einmal in Ruhe anzuhören!“



VON GABRIELA GÖDEL

Georg Ruhrmann

## Die Konstruktion des "Fremden" in den Medien.

### Struktur und Folgeprobleme

*"Ich glaube, daß wir alle miteinander in der Zeit, in der wir jetzt leben, ja von Woche zu Woche dazulernen. Ich glaube, daß auch **die Medien** dazu beitragen können..."* (Bundespräsident von Weizsäcker, 11.11.91 im ZDF)

### Vorbemerkung

Ziel der folgenden Ausführungen ist es, den öffentlichen Diskurs über 'Ausländer' und 'Asylbewerber' nachzuzeichnen. Die von Politikern gesprochene und von den Medien aktuell präsentierte Sprache über 'Ausländer' und über "Asyl" erzeugt und stabilisiert Vorurteile gegenüber dem 'Fremden'.

Ergebnisse internationaler, systematischer Inhaltsanalysen der Presseberichterstattung über 'Ausländer' zeigen u.a.: Über 'ausländische' Arbeitnehmer wird häufig im Zusammenhang mit Kriminalität berichtet. Die Presse dramatisiert die negativen Eigenschaften der jeweils unerwünschten Gruppen. In Deutschland werden in den 80er Jahre die Türken als 'Ausländer' überrepräsentiert; Anfang der 90er Jahre werden die Kategorien "Asylant"<sup>1</sup> und Flüchtling vermischt

- 1 Der Neologismus "Asylant" bedarf einer besonderen wissenschaftlichen Beobachtung. Im Folgenden wird in der Regel der Begriff Asylbewerber verwendet und dabei wie das Wort 'Ausländer' stets in Hochkommata gesetzt. Konsequenterweise müßte dies auch u.a. bei dem Wort 'Inländer' geschehen. Deutlich werden können damit u.a. die paradoxen pragmatischen Wirkungen der eigenen Sprache.

und negativ bewertet. In der (deutschen) Boulevardpresse werden 'Ausländer' und 'Asylbewerber' als Bedrohung "unserer" Kultur, der Arbeitsplätze, ja des Christentums bewertet. Folgen weltweiter Migrationsprozesse werden nicht als politisches Risiko, als Chance der westlichen Welt, sondern als "Gefahr" für "uns Deutsche" konstruiert. Die "Asylanten" werden explizit und implizit aufgefordert zu gehen. Sie werden direkt und indirekt als "Scheinasylanten" bezeichnet. Es gab und gibt einen Typus der konsensfähigen Argumentation über die (vermeintlichen) Motive der 'Ausländer' und "Asylanten": Sie selbst werden als "Verursacher" der Probleme, ja sogar der 'inländischen' Vorurteile, dargestellt. Dieser Typus kann bis auf weiteres als "ausländerfeindliche" Alltagstheorie beschrieben werden.

#### **Definition von "Ausländerfeindlichkeit"**

Unter "Ausländerfeindlichkeit" kann man jede Form der manifesten (artikulierten) und latenten (unbewußten Ver-)Weigerung verstehen, den Ausländern in der Bundesrepublik inländische Rechte einzuräumen, solange sie sich nicht an die inländischen Gepflogenheiten angepaßt haben (vgl. Hoffmann/Even 1984; Ruhrmann/Kollmer 1987). "Ausländerfeindlichkeit" kann auch als ein kollektiver, von den Medien aktualisierter "Argumentations"-Prozess begriffen werden. Die neue 'Rechte' hat - stellvertretend für andere gesellschaftliche Gruppen - medienwirksam versucht, ihre eigene Krise als gesellschaftliche Krise von "uns Deutschen" zu stilisieren. Das tiefere soziologische Problem liegt in der Frage, wie Glaubwürdigkeit und Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen in Zeiten beginnender, gewaltiger Wanderungsprozesse wiederhergestellt bzw. aufgebaut werden kann.<sup>2</sup>

#### **Forschungsergebnisse**

*"Nach allen Umfragen ist in einem ausländerfreundlichen*

- 2 Zur soziologischen Beobachtung von Vertrauen siehe grundlegender Luhmann 1992, 141 ff. sowie Giddens 1992, 102 ff. Zur migrationssoziologischen Forschung ausführlicher Esser 1990, 73 ff.; Esser 1991, 45 ff. sowie aus politologischer Sicht: Thränhardt 1993; lesenswert noch immer bzw. schon wieder: Schütz 1964, 91 ff.

*Deutschland - was beweisbar ist - die Asylfrage zum drängendsten innenpolitischen Problem geworden.*" (Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 103. Sitzung, S. 8804).

Journalisten beobachten und konstruieren soziale Wirklichkeit im Rahmen ihres professionellen Selbstverständnisses (vgl. Weischenberg 1992, 3). Seit langem haben sich, aus den USA kommend, bestimmte Auswahlkriterien für die Nachrichtengebung durchgesetzt. Insbesondere den konfliktreichen und negativen Entwicklungen schenken die Journalisten ihre besondere Aufmerksamkeit: "Only bad news are good news". Gerade auch die Berichterstattung über 'Ausländer' zeigt, daß diese Auswahlkriterien der Journalisten ideologisch nicht 'neutral' sind, keine "objektive" Berichterstattung garantieren können (vgl. Ruhrmann 1991, 49 ff.).

Eine Auswahl der wichtigsten Ergebnisse von internationalen Studien zur Darstellung von 'Ausländern' und 'Asylanten' in den Massenmedien zeigt, daß die Situation von Minderheiten in den Medien verschiedener Länder in einer vorurteilsverstärkenden Art und Weise dargestellt wird. Nachfolgend werden einige relevante Studien aus verschiedenen Ländern vorgestellt.

### USA

Die US-Medien berichten ausführlich über die Rassenkrawalle während der 60er Jahre. Die "Kerner-Kommission" kommt zu dem Ergebnis, daß die Medien sich zwar bemüht haben, über die Ereignisse ausgewogen zu berichten, die Ursachen und Folgen der Unruhen und die grundsätzliche Problematik der "race-relation" genau zu repräsentieren (Report on the National Advisory Commission on Civil Disorders 1968, 363). Ein grundsätzliches Problem der Journalisten bestehe dabei darin, daß sie einen Großteil ihrer Information von der Polizei erhalten. Dementsprechend stellen sie die offiziellen Aussagen und Meinungen in den Vordergrund. Vernachlässigt werden jedoch die Meinungen und Handlungen der schwarzen Bürger. Dies führt sogar zu der Meinung von Schwarzen, die amerikanische Presse sei

neben der Polizei der ärgste Feind der Schwarzen (vgl. Lyle (Hg.) 1968). Erst in den siebziger Jahren widmet die amerikanische Presse den Problemen der Schwarzen mehr Aufmerksamkeit. Gleichwohl werden (weiterhin) die Gründe zahlreicher Konflikte nicht beleuchtet (vgl. Martindale 1986). Eine vorherrschende Perspektive der Presse ist die Unterscheidung von 'Wir' und 'Denen' (vgl. Wilson/Gutiérrez 1985). Erfolgreiche Schwarze werden allenfalls im Kontext von Sport und Unterhaltung präsentiert. Das Thema "Rassismus" selbst wird dabei tabuisiert (vgl. Johnson 1987). Relevante politische Themen der Schwarzen (Armut, Bürgerrechte) bleiben ausgespart. Betont wird die Reagan-Doktrin der Selbsthilfe (vgl. Daniel/Allen 1988). Trotz der Beschäftigung schwarzer JournalistenInnen in den Redaktionen dominiert eine Nachrichtenpolitik, die die Angelegenheiten der Weißen begünstigt (vgl. Mazingo 1988). Die "Rassenkrawalle" in Los Angeles im Jahre 1992 verdeutlichen: Schleichende Prozesse einer jahrzehntelangen Benachteiligung "ethnischer Minderheiten" (die längst keine Minderheiten mehr sind) explodieren anlässlich von Ereignissen, die nicht unerwartbar waren.

### *Kanada*

In einer kanadischen Studie der Tageszeitung "Vancouver Press" wird gezeigt, daß über die erwünschten Einwanderer (West-Europäer, besonders Briten) berichtet wird. Hingegen werden die weniger erwünschten Nationalitäten (französische Kanadier, Süd- und Osteuropäer, Inder (Sikhs), Chinesen, Japaner und Südamerikaner) ignoriert. Oder aber sie werden mit stereotypen, rassistischen Mustern beschrieben. In der untersuchten Lokalberichterstattung fällt eine an der Mittelschicht orientierte, ethnozentristische Perspektive auf, die männliche Immigranten bevorzugt präsentiert (vgl. Indra 1979).

### *Großbritannien*

In ihrer einflußreichen Studie kommen Hartman/Husband (1974) zu dem Ergebnis, daß farbige Bürger in der Presse generell als Problem



und eben nicht als integraler Teil der britischen Gesellschaft behandelt werden. Darüber hinaus verfestigt die britische (Lokal-)Presse das negative Bild der Minderheiten, indem kriminelle Delikte u.a. mit der Hautfarbe 'erklärt' werden (vgl. Critcher u.a. 1977). In den siebziger Jahren konzentriert sich die Presse weniger auf die Einwanderung als vielmehr auf die Darstellung der negativen Folgen der längeren Anwesenheit der 'Ausländer' als Außenseiter innerhalb der britischen Gesellschaft (vgl. Troyana 1981).

### *Niederlande*

Die Darstellung der 'Ausländer' in den Massenmedien ist im Rahmen der Diskurstheorie entwickelt und überprüft worden (vgl. van Dijk 1988). Ausführlich analysiert wurden die relevanten ausländerbezogenen Themen, Akteure und Handlungen in der niederländischen Tagespresse (vgl. van Dijk 1991, 108 ff.).

### *Schweiz*

Für die Schweiz liegt eine diskursanalytische Studie vor, die den Begriff der "Überfremdung" problematisiert (vgl. Ebel/Fiala 1983). Analysiert wird die Verwendung dieses Begriffes in Leserbriefen an Schweizer Tageszeitungen (vgl. Windisch 1987).

### *Österreich*

In Österreich wurde an der Universität Wien unter der Leitung von Ruth Wodak ein Projekt durchgeführt, das verschiedene antisemitische Diskurse anlässlich der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten analysiert (vgl. Wodak u.a. 1990).

### *Neue Bundesländer/ehemalige DDR*

In der ehemaligen DDR wurden erstmals systematisch in der Zeit vom 1.3.90 bis zum 15.11.90 in drei überregionalen Tageszeitungen

(Berlin) und zwei regionalen Tageszeitungen aus Berlin und Leipzig insgesamt n=625 Artikel zu den Schwerpunkten "Lebenssituation von Ausländern", "Flüchtlingsfragen", "Ausländerfeindlichkeit", "ausländische Arbeitskräfte" und "Ausländerinitiativen" analysiert. Zusätzlich werden Interviews mit Journalisten dieser Zeitungen geführt. Auftraggeber dieser Studie zur Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1990). In den neuen Bundesländern kann eine "höhere Ausländerfeindlichkeit" festgestellt werden als in den alten Bundesländern. Ausländerfeindlichkeit steht (zumindest scheinbar) im Gegensatz zum geringeren Ausländeranteil in der DDR (190 000 = 1.15%). Ca. ein Viertel der (ehemaligen DDR-) Bevölkerung artikuliert deutlich ausländerfeindliche Einstellungen. Ausländerfeindlichkeit ist dabei besonders in unteren sozialen Schichten, vor allem bei jungen Arbeitslosen weit verbreitet. Ausländerfeindlichkeit richtet sich gegen nicht europäische Ausländer (zunächst: Afrikaner, Vietnamesen). Festzustellen sind unterschiedliche Formen der Ausländerfeindlichkeit: Benachteiligung, symbolische Aktionen (Demonstrationen), Beschimpfung, Beleidigungen, Angriffe, Körperverletzung, Brandanschläge, Mord. Als wesentlicher Grund für die wachsende Ausländerfeindlichkeit gilt die steigende Arbeitslosigkeit und die Angst vor Arbeitslosigkeit. Schließlich: Erfahrungen und Erkenntnisse vorurteilslösender Kommunikation sind in der Journalistenausbildung in der ehemaligen DDR nicht vermittelt worden.

Die Befunde des Jahres 1990 können aufgrund neuerer Umfrageergebnisse aus den Jahren 1991, 1992 (vgl. ZA Information 1992, 14 ff.) im Ost-West-Vergleich interpretiert werden: Es "zeigt sich, daß 1990 die Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen in den neuen Bundesländern polarisierter wahrgenommen wurden, als im früheren Bundesgebiet" (Wiegand 1992, 7 ff.).

### ***Westdeutschland***

In Deutschland wurde eine (für das Bundesland NRW repräsentative Studie) Inhaltsanalyse über Ausländerberichterstattung von Delgado

(1972) durchgeführt. Zwei weitere Inhaltsanalysen unternahmen in den 80er Jahren Merten/Ruhrmann u.a. 1986 (Studie 2) sowie Ruhrmann/Kollmer 1987 (Studie 1).

#### *Studie 1*

In einer Studie im Auftrag des Düsseldorfer Ministeriums für Wissenschaft und Forschung wurden aus zwei Bielefelder Tageszeitungen insgesamt 2627 ausländerbezogene Artikel in einem Zeitraum von 30 Monaten (1981-83) gesammelt. Eine Stichprobe von insgesamt 512 Zeitungsartikeln wurde systematisch nach bis zu 48 Variablen analysiert (u.a. Fläche, Hervorhebung, allgemeine politische Themen, Handlungsträger, Relevanzsysteme, spezielle 'ausländerpolitische' Themen, Variablen zum Integrationskonzept, Forderungen, Bewertungen, Prognosen, "Gefahren" u.a.m.). Im Vordergrund dieser Studie stand die Entwicklung und empirische Beobachtung des Konzeptes "Ausländerfeindliche Alltagstheorien" (vgl. Ruhrmann/Kollmer 1987).

#### *Studie 2*

In einer zweiten Inhaltsanalyse eines repräsentativen Samples der deutschen Presse (1986) wurden im Auftrag der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung  $n = 2\ 216$  Zeitungsartikel aus 13 deutschen Tageszeitungen (mitsamt der Boulevardpresse), 3 deutschen Wochenzeitungen und 2 deutschen Illustrierten mittels einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse und mit einem erweiterten Kategoriensystem nach bis zu 87 Variablen systematisch untersucht (vgl. Merten/Ruhrmann 1986). Ziel dieser Untersuchungen war es, die Darstellung von 'Ausländern' aus Anwerbeländern, aber auch aus anderen Ländern, in der deutschen Presse zu beschreiben und zu vergleichen. Versucht wurde u.a. auch, die möglichen pragmatischen Wirkungen, d.h. die Relevanzdimensionen zu erfassen. Berücksichtigt wurden auch Daten zum Ausländeranteil und die Quote der Arbeitslosigkeit in deutschen Großstädten. Durch den Vergleich dieser Daten mit verschiedenen Bewertungen der 'Ausländer' in den Zeitungen

(dieser Städte) gewinnt man erste Anhaltspunkte, wie die Ausländerberichterstattung die soziale Wirklichkeit möglicherweise nach bestimmten Kriterien akzentuiert (vgl. Ruhrmann 1989; Ruhrmann 1991a, 48).<sup>3</sup> Besonders häufig ist Kriminalität ('der Ausländer') Thema der Presseberichterstattung. Fast ein Viertel aller Zeitungsartikel über 'Ausländer' berichtet von Kriminalität. Studien in Großbritannien und in den Niederlanden weisen im Hinblick auf verschiedene Kriminalitätsstatistiken über Delikte der 'Inländer' auf eine ähnliche Überrepräsentierung von Ausländerkriminalität hin (vgl. van Dijk 1991). Bestimmte Nationalitäten der 'Ausländer' werden in der Berichterstattung über-, andere unterrepräsentiert. Während alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 'Ausländer' Mitte der 80er Jahre in ungefähr 39 % der Fälle eine türkische Staatsangehörigkeit besitzen - der Anteil nimmt ab Mitte 1986 zu - berichtet die Deutsche Presse in über 61 % aller Artikel mit Nationalitätennung von Türken. Im Vergleich zu den demographischen Fakten überrepräsentiert die Deutsche Presse in den 80er Jahren die Türken. Dramatisiert wird auch die relative Zunahme des Anteils von türkischen Staatsangehörigen im Vergleich zu anderen Nationalitäten. Türken - so glaub(t)en wir - sind eben (sozial) auffälliger als Portugiesen, Italiener oder Spanier. Diese wurden von der Presse eher unterrepräsentiert. Offensichtlich handelt es sich hier um eher akzeptierte und gewünschte Nationalitäten.

Hierzulande spricht man immer wieder von "Überfremdung", von "Übervölkerung" oder von ausländerpolitischen "Zeitbomben". Die 'Sicherheit' des 'Ganzen', die deutsche Identität, steht angeblich auf dem Spiel: Begriffe wie "Katastrophe", "Schwemme" oder "Lawine" signalisieren in Verbindung der Nennung von 'Ausländern' und von "Asylanten" (vgl. Link 1983) mannigfaltige "Gefahren" für 'uns' Deutsche. Die Morde von Mölln werden in einen Zusammenhang mit der "Asylüberschwemmung" (BILD 24.11.92, S. 2 (Kommentar)) gebracht.

**3 Eine systematische, theoretisch und empirisch tragfähige Studie über diesen komplexen Zusammenhang steht allerdings weiterhin aus.**

Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern beginnt bereits Ende der 70er Jahre. Die sogenannten "Prestige-Papers" berichten in 16 %, die Regionalpresse in 21,5 % ihrer ausländerbezogenen Artikel von "Gefährdungen deutscher Interessen". Die deutschen Boulevardzeitungen ("BILD", "Express" u. a.) berichten in 26,2 % aller Ausländerartikel von Gefahren durch 'Ausländer'. Je tagesaktueller die Presse berichtet, desto mehr wird das Ausländer- und Asylproblem als "Bedrohung" und "Gefährdung" der kollektiven Sicherheit von 'uns Deutschen' dargestellt. In diesem Zusammenhang ist weitgehend unbekannt, wie die Zuschauer eine sensationsorientierte Fernsehberichterstattung ("Reality TV") über die Themen "Ausländer" und "Asyl" interpretieren und in ihr Alltagswissen und handeln integrieren.

Für die Städte mit besonders hohem Ausländeranteil wie Frankfurt (und Offenbach), Stuttgart, München, Berlin (West), Hannover und Dortmund zeigen sich bereits im Jahre 1986 deutliche Zusammenhänge zwischen prozentuaalem Ausländeranteil und der relativen Häufigkeit der Berichterstattung. Deutlich zeigt sich, daß in den bundesdeutschen Großstädten mit relativ hohem Ausländeranteil und mit einer hohen Arbeitslosigkeit die 'Ausländer' am negativsten bewertet werden.

Journalisten orientieren sich an Aktualität (vgl. Weischenberg 1992, 44 ff.). Aktuelle Berichterstattung über Ausländer ist allerdings auch negative Berichterstattung über bestimmte Nationalitäten und "Asylanten" (Negativsyndrom). Es existiert bis Ende der 80er Jahre ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Richtung der Bewertung und der Nennung türkischer Arbeitnehmer. Heute ist davon auszugehen, daß bestimmte Typen von 'Asylbewerbern', z.B. die sogenannten "Scheinasylanten", besonders negativ bewertet werden. Wenn die Medien über islamische Nationalitäten berichtet, sei es nun in der GUS, in Afghanistan, im Nahen Osten (Iran) oder in Bosnien, und 'Asylbewerber' entsprechend als Moslems typisiert werden, fallen die Bewertungen tendenziell negativer aus als wenn über nicht-islamische Nationalitäten bzw. über Flüchtlinge berichtet wird.

Negative Bewertungen der 'Ausländer' und 'Asylbewerber' in der Presse können als 'Katalysatoren' von Vorurteilen gegenüber 'Ausländern' und "Asylanten" angesehen werden. Sie werden (negativ) bewertet, werden zum Handeln aufgefordert, über ihre Zukunft werden Prognosen aufgestellt. Sie bewerten selbst nicht, sie fordern nicht.

Dieser passive Bewertungssaldo kann als Symbol mangelnden politischen Artikulations- und Durchsetzungsvermögens der Ausländer aufgefaßt werden. Stellvertreterdiskussionen werden geführt: Parteien, Verbände und Staatsorgane 'entscheiden' und thematisieren (über) das Schicksal der 'ausländischen' Mitbürger. Doch sie selbst kommen nicht zu Wort.

#### **Alltagssprache, "Asylanten" und Medien**

*"Asyl: Bonn gibt Gas"* (Bild 22.10.92, S. 1).

Nicht nur Journalisten, vor allem die Rezipienten orientieren sich generell an der Abweichung vom Normalen. Die negativen Entwicklungen sind es, die im Vergleich zu allen anderen Themen besonders aufmerksam verfolgt werden. Die in den Medien verwendeten Sprachregelungen und Reizwörter (z.B. "Ausländerfreundlichkeit", "Fremdenhass", "Scheinasylant"...) werden als Versatzstücke, d.h. als kognitive und emotionale Schemata verwendet (vgl. Ruhrmann 1991). Etwa wenn in der mündlichen Rede werthaltige Aussagen und politische Meinungen über 'Ausländer' formuliert werden (vgl. van Dijk 1992, 200 ff.; Jäger 1992, 230 ff., Jäger 1992a). Entscheidend ist dabei: Die Elemente und Konstruktionsmechanismen dieser Alltagstheorien sind längst vorhanden, sie gehören zum "Rüstzeug" erfolgreicher Mediensozialisation.

### Alltagstheorien

Alltagstheorien<sup>4</sup> setzen sich zusammen aus:

- a) Einem Thema, einem *erklärungsbedürftigen* Ereignis alltäglicher Wahrnehmung. Erklärungsbedürftig in diesem Sinne ist bereits die Anwesenheit von "Asylanten". Sie entspricht nicht den eigenen Erwartungen. Das eigene *Alltagswissen* wird *irritiert*; das Gesellschaftsbild gerät in eine Krise.
- b) *Mobilisiert werden geltende Deutungen* in Form bekannter und etablierter Schemata. Verwendet werden eingeführte Begriffe, Redewendungen oder 'ausländer'- bzw. 'asylantenbezogene' Argumentationsfiguren. Ungeklärt ist (u.a.) die (kognitionspsychologische und kommunikative) Verarbeitung von "Rechtsgeltung" (Habermas 1992, 47).
- c) Beide Elemente (a und b) werden *'logisch' verknüpft*. Die fraglos gegebene Geltung geht von den geltenden Deutungen auf das erklärungsbedürftige Ereignis über.

### Nicht ausformulierte Alltagstheorien

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang sind die nicht ausformulierten Alltagstheorien<sup>5</sup>, die sich im "gesprochenen Wort", u.a. in Reden deutscher Politiker, finden lassen. Diese Reden liefern verwendungsfähige Begriffe und 'Verknüpfungsvorschläge', die in der Presse, in Funk und Fernsehen als "Öffentliche Meinung" (Ruhrmann 1993) zu Themen kondensiert werden. Die Alltagsdiskussion - ob nun zustimmend oder ablehnend - kann hier mühelos anschließen.

4 Siehe zur Entwicklung des Konzepts "Alltagstheorien" grundlegend: Garfinkel 1973, 189 ff.; Hoffmann/Even 1983, 149; Ruhrmann/Kollmer 1987, 14 ff.; Kahlert 1990, 4 ff.; Matthes 1991, 429 ff.; Moscovici 1991, 245 ff.; Ruhrmann 1993a.

5 "Gut" formulierte ausländerfeindliche Alltagstheorien findet man vor allem in Leserbriefen und in der (emotional vorgetragenen) mündlichen Rede des Protests (vgl. dazu: Guski 1986, 66 ff.).

Drei vorläufige, allerdings nicht repräsentativ ausgewählte Beispiele, sollen die nicht voll ausformulierten Alltagstheorien illustrieren. Diese ersten Beispiele werden aus der Zeit vom Herbst 1991 gewählt. Die Buchstaben in Klammern kennzeichnen die drei möglichen Elemente (a - c) der (nicht voll ausformulierten) Alltagstheorien (Unterstreichungen G.R.).<sup>6</sup>

### *Beispiel 1*

*"Der Anlaß für unsere heutige Debatte ist ein in doppelter Weise unerfreulicher (a)... Die Bundesrepublik ist ein ausländerfreundliches Land (b). In über 40 Jahren haben wir ein friedliches und freundliches Miteinander mit unseren Nachbarn und unseren ausländischen Mitbürgern gelernt und gelebt (c). Das muß auch in Zukunft so bleiben (c). Nichts und niemand gibt das Recht zu ausländerfeindlicher Hetze oder gar zur Gewalt gegen Ausländer" (Schäuble 1991, 1).*

### *Beispiel 2:*

*"Die hohe und von Monat zu Monat steigende Zahl von Asylbewerbern muß von den Bundesländern untergebracht werden... Die Kommunen sehen sich dadurch zunehmend überfordert (a) und die Proteste der Verantwortungsträger für Städte, Gemeinden und Kreise - gleich welcher Partei sie angehören - gegen diese Entwicklung nehmen an Intensität und Schärfe zu. Auch die Widerstände in der Bevölkerung wachsen (b) - das hat überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun" (c) (Schäuble 1991, 8).*

6 Die hier getroffenen "Codierentscheidungen" dienen zunächst nur der Anregung zur Diskussion und der Entfaltung des Konzepts "Alltagstheorien". Zu methodologischen Fragen und möglichen empirischen Ausführungen siehe ausführlicher Goffman 1977, 409 ff.; Katz/Sharrock 1979, 250 ff.; Schütze 1984, 78 ff.; Wiedemann 1986, 2 ff.; Ruhrmann/Kollmer 1987, 14; Watzlawick 1988, 880 f.; Soeffner 1989, 185 ff.



**Beispiel 3:**

*"Der gewalttätige Überfall (a) auf die Einrichtung hat natürlich Angst ausgelöst (b). Deshalb sind für mich auch nicht die genauen Abläufe des Überfalls entscheidend (b1); die Angst der Menschen ist real und verständlich, ebenso ihre Weigerung, nach Greifswald zurückkehren zu wollen (b2). Dies war gestern meine Position und ist es auch heute noch nach den Gesprächen mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, der Diakonie und der Stadt Greifswald (b3). Dennoch mußte ich zur Kenntnis nehmen, daß Landesregierung, Diakonie und Stadt Greifswald in dem Gespräch von gestern übereinstimmend die Auffassung vertraten, den Asylbewerbern einen ausreichenden Schutz und eine gute Betreuung anbieten zu können und darauf hinwiesen, daß dies bereits beim letzten Mal der Fall gewesen sei (b4). Der Ausgangspunkt für meine Gesprächspartner war demnach, daß die beste Lösung darin bestünde, die Asylbewerber nach Greifswald zurückkehren zu lassen (Jansen 1991, 3).*

**Elemente von Alltagstheorien in den Medien**

In der aktualitätsorientierten Medienberichterstattung werden die Elemente (Propositionen, Makrostrukturen, dominante emotionale Schemata und Nachrichtenschemata) als 'Rohstoff' geliefert.<sup>7</sup> Die Synthesemechanismen der Alltagstheorien selbst sind - wie wir aus der Vorurteilsforschung wissen - in den Köpfen der Bürger längst etabliert. Einzelne in den Medien verwendete Begriffe und Bilder werden unter bestimmten sozialen und psychologischen Bedingungen relativ stabil in das eigene Gesellschaftsbild, das Alltagswissen und die Alltagssprache (vgl. Ruhrmann/Kollmer 1987) integriert und verbreiten sich dann in Form von Projektionen, Witzen, usw. als nicht ausformulierte Alltagstheorien. Diese Prozesse werden bereits während der Mediensozialisation und alltäglichen Medienrezeption (in der sog. "parasozialen" Interaktion) angelegt. Sie werden dann im Gespräch

7 Im Sinne von von Piaget formuliert dies Ciompi 1988, 169 ff; siehe auch Ruhrmann 1989a, 43 ff.; Für den öffentlichen Diskurs über Minderheiten siehe ausgezeichnet: van Dijk 1991, 118 ff.

über Medieninhalte und/oder 'Ausländer' bzw. "Asylanten", d.h. in der sozialen Interaktion bestätigt (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991, 31 ff.). Man kann zunächst davon ausgehen, daß die Zunahme der Berichterstattung über "Asylanten" häufiger Gesprächsanlässe bietet. Die Dynamik (Verbreitung, Intensität) entstehender Vorurteile kann dabei allerdings nicht als von den Medien "gesteuert" angesehen werden. Öffentliche Meinung konstituiert sich nach eigenen Reflexions- und Leistungsbedingungen im Mediensystem (vgl. Gerhards 1992, 307 ff.; Ruhrmann 1993).

#### **Die Karriere des Begriffe "Asylant" seit 1977**

*"Wem nützt die Asylkampagne?"* (H. Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung vom 12.10.91 (Kommentarüberschrift))

"Asylant" ist ein Neologismus aus dem Jahre 1977 und setzt sich ab 1980 in der Bundesrepublik explosionsartig durch. Vermutlich ist der "Fachausdruck Asylant um 1977 (erste Belege Bundestag Anfang 1978) in Einzelfällen in den politischen und den Mediendiskurs gelangt, ...so daß bereits der (West-)Duden von 1980 den ersten Eintrag "Asylant" enthält. Genau dieses Phänomen der 'spontanen Proliferation' gilt es zu erklären" (Gerhard/Link 1991, 138 ff.). Zunächst wird der Begriff "Asylant" in Kommentaren des Asylrechts als rechtstechnische Ausdrucksweise verwendet! Die Nachsilbe -ant wird in der deutschen Sprache häufig dann benutzt, wenn Individuen mit abweichendem Verhalten als (angeblich differential zu diagnostizierender) Typ (oder Gruppe bzw. auch als Kollektiv) gekennzeichnet werden sollen. Die Sprechweisen über "Diskreditierte" und "Diskreditierbare" wurden u.a. von Goffman (1967, 56 ff) analysiert. Zu prüfen wären folgende komplexe Zusammenhangshypothesen:

**These 1:** Das Wort Flüchtling wird von den Medien benutzt, wenn die Bezeichneten sich als "hellhäutig, uns ähnlich, hilfsbedürftig, freiheitsliebend, individuell" charakterisieren lassen. Die Reaktion der Inländer wird in diesem Zusammenhang von der Presse als verständnisvoll beschrieben.

These 2: Von "Asylanten" sprechen die Medien immer dann, wenn die Bezeichneten als "uns fremd, dunkelhäutig, Hilfebedürftigkeit bloß simulierend, finstere Masse" erscheinen. Die deutsche Reaktion wird in der Berichterstattung als Unmut, Weigerung und (legitimer) Widerstand (gegen "Asylanten") dargestellt.

### **Verstärkung von Vorurteilen durch die Medien?**

Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zum Thema "Asyl" werden zum beherrschenden Thema. Implizit werden in diesen Diskursen wertende, vereinfachende und verallgemeinernde Aussagen gemacht, die Vorurteile gegenüber 'Ausländern' und "Asylanten" werden variiert und stabilisiert. Wechselseitig kritisieren sich Politiker oder engagierte Bürger; sie bezeichnen sich beispielsweise als "ausländerfeindlich". Doch der Begriff wird dabei niemals definiert (s.u.). Nicht nur 'Ausländer' und "Asylanten", sondern auch Politiker ("die in Bonn", "die in Brüssel"...) werden beschimpft. Und es werden diejenigen getadelt, die alternative Erklärungen anbieten. Im Vordergrund stehen diejenigen "Experten", die "nachrichtenrelevante" Aussagen machen, und seien es nur Polemiken oder Drohungen für den nächsten Bundestagswahlkampf.

Eine - durch die Struktur einer stets aktuellen<sup>8</sup> Berichterstattung begünstigte - (mono-)kausale Argumentation macht letztendlich die 'Ausländer', die "Asylanten" selbst für die "Ausländerfeindlichkeit", für die Gewalt und Progrome gegen sie verantwortlich. Dementsprechend werden nicht die notwendigen und schmerzhaften Veränderungsprozesse bei den 'Inländern' thematisiert (vgl. Grass 1993, 34). Die Presse beschreibt, daß und wie Ausländer fremde Sitten und Gebräuche und Kleidung pflegen, ein "patriarchalisches Rollenverständnis" praktizieren. In der katholischen Boulevardzeitung "bild-

**8 Die Paradoxien moderner journalistischer Zeitwahrnehmung sind in der Risikokommunikation besonders deutlich geworden. Siehe dazu Nowotny 1992, 17 ff.; Ruhrmann 1992, 5 ff.; Ruhrmann 1992a, 81-96. Zur Kritik einer zu vordergründigen journalistischen Ethik und journalistischen Selbstkritik siehe Weischenberg 1992a, 522 ff.**

post" waren in den 80er Jahren die "rigiden Normen im Islam", ja, ein "anderes Verständnis von Rationalität", regelmäßig Thema einer sensationell aufgemachten Berichterstattung.

Im Vordergrund standen und stehen punktuelle Ereignisse: Verschwinden oder Rückkehr der 'Ausländer', Beschleunigung der Rechtsverfahren von "Asylanten". Und: Der rituelle Streit um die Änderung des Grundgesetzes: "Die Verfassungspolitik auf der Suche nach dem 'Volkswillen'" (Offe 1992, 126). Das 'Drama' wird in mehreren Akten aufgeführt, 'aufgelockert' durch kleinere und größere politische Skandale, die mit dem Thema nicht in direktem Zusammenhang stehen müssen (vgl. Thränhardt 1991, 24 ff.). 'Notfalls' gilt möglicherweise langfristig auch die "gewaltsame" Grenzsicherung als Mittel der Lösung. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an der Oder-Neisse-Grenze oder Aussagen des österreichischen Politikers Jörg Haider weisen in eine mögliche Richtung zukünftiger 'Einwanderungspolitik'. Die Forderungen der 'Inländer' werden dominant präsentiert; selbstverständlich sind sie "legitim". Und so werden sie in der aktuellen Berichterstattung auch behandelt. Die Forderungen der 'Ausländer' und 'Asylanten' sind "illegitim". Und so werden sie in der aktuellen Berichterstattung behandelt. Die migrationspolitische Situation wird als "Gefahr" beschrieben. Und 'folgerichtig' werden die den 'Ausländern' und "Asylanten" zugeschriebenen Merkmale (z.B. "kein Charakter", "wenig Intelligenz", "hohe Kriminalität", "mangelnde Leistungsfähigkeit" usw.) als Nachrichtenwert behandelt.

Die Bundesrepublik und Österreich werden von einem "Rechtspopulismus" bedroht (Krall 1992, 363 ff.), der sich aus der kollektiven Verdrängung der "eigenen Fremdheit" (Erlemeyer 1991, 117 ff.) speist. Zur registrieren ist u.a. ein öffentlich unreflektierter Umgang mit migrationspolitischen Daten (z.B. "100%igen Steigerungsraten"). Über die öffentliche Wirkung dieser Zahlenspiele ist wenig bekannt. Weltgesellschaftliche Blindheit wurde erfolgreich als deutsche Sicht verkauft. Was die politische Elite, was Experten und "Entscheider" als Begründung für eine Veränderung rechtspolitischer Auffassungen ansehen, funktioniert auch erfolgreich als Argument für die zwanghaft

wiederholte Behauptung:

*"Wir Deutschen sind nicht ausländerfeindlich..., aber..."*

### **Zusammenfassung und Perspektiven**

Ausländer nehmen zunehmend den Status (Rechts- und Leistungsansprüche, Akteure auf Arbeitsmärkten) von Bürgern an, aber sie werden keine Deutschen. Festzuhalten ist: Die Presse orientiert sich an Aktualität. Aktuelle Berichterstattung ist aber stets negative Berichterstattung. Eine längerfristig angelegte Identitätspassage der Ausländer wird nicht möglich. Der öffentliche Diskurs über "Scheinasylanter" verstärkt die bestehende Ausländerfeindlichkeit der Deutschen. Gleichzeitig wird ein bisher latenter Antisemitismus (re-)kultiviert: Der Anschlag auf Sachsenhausen ist ein Beispiel.

Die deutsche Politik reagiert mit Moralkommunikation: Der zugrundeliegende migrationspolitische Konflikt, die revisionsbedürftigen Einstellungen der Deutschen werden in der Öffentlichkeit nicht geklärt oder reflektiert. Der Bundesinnenminister 'informiert': Wir Deutschen sind ja gar nicht ausländerfeindlich (vgl. Seiters 1992). Das Alltagswissen der 'Inländer' über 'Ausländer' ist beschädigt; als Kompensation werden "Alltagstheorien" entwickelt. (Nur) so können sich die 'Inländer' ihre veränderte Situation (z.B. Deutschland als "Einwanderungsland") 'erklären'. Fraglos und selbstverständlich bezieht der Medienrezipient dieses 'neue', alte (z.B. antisemitische) Alltagswissen fast nur noch aus den Massenmedien, die u.a. einen feinen "Rassismus der Eliten" (van Dijk 1991, 43; van Dijk 1992, 200 ff.) repräsentieren.

Was vielleicht noch schwerer wiegt: Unbeabsichtigte Folgen politischer (Nicht-)Entscheidungen unter Unsicherheit verwandeln sich schnell in Gefahren 'zweiter Ordnung' und sind dann politisch nicht mehr zu beeinflussen. Europäische Rationalität bleibt auf der Strecke, wenn Public Relations mit überzeugender politischer Argumentation verwechselt wird.

Nach wie vor fehlen fundierte wissenschaftliche Erklärungen von "Ausländerfeindlichkeit" und "Rassismus". Aktuelle und hastig gestartete Kampagnen gegen Ausländerfeindlichkeit schaden nicht, aber sie nutzen auch wenig, sieht man einmal von verändertem Antwortverhalten der Befragten bei demoskopischen Untersuchungen ab. Wie wird sich unsere Wahrnehmung des 'Fremden' in den nächsten zehn Jahren entwickeln? Interdisziplinäre Anstrengungen der Kommunikationsforschung, Sozialpsychologie und Texttheorie sind notwendig, um den Zusammenhang zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der 'Inländer', ihrer Alltagssprache und der Mediensprache grundlegender als bisher zu analysieren.

## Literatur

- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR. Studie zu Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Ausländerfeindlichkeit im Gebiet der ehemaligen DDR und zu Möglichkeiten ihrer Überwindung, Bonn/Köln 1990
- Ch. Butterwegge/S. Jäger: Rassismus in Europa, Bonn 1992
- L. Ciompi: Außenwelt Innenwelt. Die Entstehung von Zeit, Raum und psychischen Strukturen, Göttingen 1988
- C. Critcher, N. Parker and R. Sondhi: Race in the Provincial Press. A Case Study of Five West Midland Papers, in: UNESCO (Ed.): Ethnicity in the Media, Paris 1977, S. 25-192
- J. Daniel and A. Allen: Newsmagazines, Public Policy, and the Black Agenda, in: G. Smitherman-Donaldson and T.A. van Dijk (Eds.): Discourse and Discrimination, Detroit 1988, S. 23-45
- J.M. Delgado: Die Gastarbeiter in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie, Opladen 1972
- T. A. van Dijk: News Analysis. Case Studies of International and National News in the Press, Hillsdale (N.J.) 1988
- ders.: Select Bibliography on Racism and the Press (unter Mitwirkung von P. Gordon, D. Indra, G. Kaimowitz, G. Ruhrmann und U. Windisch), Amsterdam 1989
- ders.: Racism and the Press, London 1991

- ders.: Subtiler Rassismus in westlichen Parlamenten, in: Ch. Butterwegge und S. Jäger (Hg.) S. 200-212
- M. Ebel and P. Fiala: *Sous le consensus, la Xénophobie*, Lausanne 1983
- Erlemeyer, A.: Kollektiv Verdrängtes und Fremdenfeindlichkeit, in: O. Schäffter (Hg.): *Das Fremde. Erfahrungsmöglichkeiten zwischen Faszination und Bedrohung*, Opladen 1991, S. 117-130
- H. Esser: Nur eine Frage der Zeit. Zur Frage der Eingliederung von Migranten im Generationen-Zyklus und zu einer Möglichkeit, Unterschiede hierin theoretisch zu erklären, in: H. Esser und J. Friedrichs (Hg.): *Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie*, Opladen 1990, S. 73-100
- ders.: Die multikulturelle Gesellschaft. Ethnische Konflikte, in: Deutsches Institut für Fernstudien (DIFF) (Hg.): *Funkkolleg Humanökologie. Einführungsbrief*, Weinheim/Basel 1991, S. 45-46
- H. Garfinkel: Das Alltagswissen über soziale und innerhalb sozialer Strukturen, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): *Alltagswissen und gesellschaftliche Wirklichkeit. Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie*, Reinbek 1973, S. 189-262
- U. Gerhard: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden. Über den Diskurs des Rassismus in den Medien und im allgemeinen Bewußtsein. In: *Frankfurter Rundschau*, 19.10.91 (Dokumentation)
- dies. und J. Link: Kleines Glossar neorassistischer Feindbild-Begriffe, in: H. Boehnecke und H. Wittich (Hg.): *Buntesdeutschland. Ansichten zu einer multikulturellen Gesellschaft*, Reinbek 1991, S. 138-148
- J. Gerhards: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse, *Journal für Sozialforschung* 32, 3-4, 1992, S. 307-318
- J. Gerhards und F. Neidhardt: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellung und Ansätze, in: S. Müller-Dooch und K. Neumann-Braun (Hg.): *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation*, Oldenburg 1991, S. 31-90
- A. Giddens: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt/New York 1992
- E. Goffman: *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt 1967
- ders.: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt 1977

- G. Grass: "Ach, Treuhand hat uns abgeschöpft". Novemberland: 13 Sonette, Die Woche Nr. 9, 25.2.93, S. 30
- R. Guski: Deutsche Briefe über Ausländer. Ein sozialpsychologischer Beitrag zum Verständnis der Ablehnung bzw. Hilfe gegenüber Ausländern an Hand von Briefen deutscher Bürger, Bern/Stuttgart/Toronto 1986
- J. Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt 1992
- P. Hartman and C. Husband: Racism and the Media, London 1974
- L. Hoffmann und H. Even: "Die Belastungsgrenze ist überschritten". Entwurf einer Theorie der Ausländerfeindlichkeit, Bielefeld 1983
- dies.: Soziologie der Ausländerfeindlichkeit. Zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft, Weinheim/Basel 1984
- D. M. Indra: Ethnicity, Social Stratification and Opinion Formation: An Analysis of Ethnic Portrayal in the Vancouver Press 1905-1978, Burnaby 1979
- S. Jäger: Wie die Deutschen die "Fremden" sehen: Rassismus im Alltagsdiskurs. In: C. Butterwege und S. Jäger (Hg.): Rassismus in Europa, Bonn 1992, S. 230-247
- ders.: BrandSätze. Rassismus im Alltag, 1. und 2. (durchgesehene) Aufl. Duisburg 1992a
- G. Jansen: Versuch einer Bestandsaufnahme in der Situation der Asylbewerber in der "Schalom-Kirche" Norderstedt. Ms. 5 gez. Seiten, Kiel 1991
- K. A. Johnson: Media Images of Boston's Black Community. Research report, Boston (MA) 1987
- J. Kahlert: Alltagstheorien in der Umweltpädagogik. Eine sozialwissenschaftliche Analyse, Weinheim 1990
- B. A. Katz und W. Sharrock: Eine Darstellung des Kodierens, in: E. Weingarten, F. Sack und J. Schenkein (Hg.): Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns, Frankfurt 1979, S. 244-271
- H. Krall: Rechtspopulismus am Beispiel Jörg Haider, Journal für Sozialforschung 32, 3-4, 1992, S. 363-376
- J. Link: Ausländermythen im Diskurs der Massenmedien. In: Dokumentation der Ruhruniversität Bochum/IG Metall: Die Deutschen und ihre Ausländischen Mitbürger. Aufsätze zur Bewältigung der Ausländerfeindlichkeit, Bochum 1983



- N. Luhmann: Ende des Fortschritts - Angst statt Argumente? In: U. Lohmar und P. Lichtenberg: Kommunikation zwischen Spannung, Konflikt und Harmonie, S. Bonn 1991, 117-128
- N. Luhmann: Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992
- J. Lyle (Hg.): The Black American and the Press, Los Angeles 1968
- C. Martindale: The White Press and Black America, New York 1986
- J. Matthes: "Das Gesicht wahren": eine kulturelle Regel im interkulturellen Vergleich, Universitas 46, 5, 1991, S. 429-439
- S. Mazingo: Minorities and Social Control in the Newsroom: Thirty Years after Breed. In: T. A. van Dijk and G. Smitherson-Donaldson (Eds.): Discourse and Discrimination, Detroit 1988, S. 93-130
- K. Merten, G. Ruhrmann u.a.: Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse, Frankfurt 1986
- S. Moscovici: Die prälogische Mentalität der Zivilisierten, in: U. Flick (Hg.): Alltagswissen über Gesundheit und Krankheit. Subjektive Theorien und soziale Repräsentationen, Heidelberg 1991, S. 245-268
- H. Nowotny: Kommunikation, Zeit, Öffentlichkeit, in: M. Hömberg/M. Schmolke (Hg.): Zeit Raum Kommunikation, München 1992, S. 17-29
- C. Offe: Wider scheinradikale Gesten. Die Verfassungspolitik auf der Suche nach dem "Volkswillen", in: G. Hoffmann und W.A. Perger (Hg.): Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt 1992, S. 126-142
- Projektgruppe Ausländerintegration: Qualitative und quantitative Analyse der Tageszeitungen "Berliner Zeitung" (BZ), "Leipziger Volkszeitung (LVZ)", "Neues Deutschland" (ND), "Junge Welt (JW) sowie "Neue Zeit" (NZ) für den Zeitraum von März bis Oktober 1990, Ms. 51 gez. Seiten mit 2 Abb., Leipzig 1990
- Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders. 'The Kerner Report', New York 1988
- H. Riehl-Heise: Wem nützt die Asylkampagne? Süddeutsche Zeitung vom 12.10.91
- G. Ruhrmann: Aktuelle Berichterstattung über 'Ausländer'. Ergebnisse systematischer Inhaltsanalysen deutscher Tages und Wochenzeitungen, in: J. Bellers: Sozialwissenschaften in Münster, Münster 1989, S. 121-136

ders.: Rezipient und Nachricht. Struktur und Prozess der Nachrichtenrekonstruktion, Opladen 1989a (vergriffen)

ders.: "Zeitgeschehen a la carte". Ereignis, Nachricht, Rezipient, in: Deutsches Institut für Fernstudien der Universität Tübingen (DIFF) (Hg.): Funkkolleg "Medien und Kommunikation. Konstruktionen von Wirklichkeit". Studienbrief 6, Weinheim/Basel 1991, S. 49-79

ders.: Zum Problem der Darstellung fremder Kulturen in der deutschen Presse, Zeitschrift für Kulturaustausch 41, 1991a, S. 42-53

ders.: Risikokommunikation, Publizistik 37, 1992, 1, 5-24

ders.: Ist Aktualität noch aktuell? Möglichkeiten und Grenzen journalistischer Selektivität, in: M. Löffelholz (Hg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen der Krisenkommunikation, Opladen 1992a, S. 81-96 (im Druck)

ders.: Öffentliche Meinung, in: K. Dammann/D. Grunow/K. P. Japp (Hg.): Die Verwaltung des politischen Systems. Festschrift für Niklas Luhmann, Opladen 1993 (im Druck).

ders.: Risikokommunikation. Analyse und Wahrnehmung der Diskurse über neuartige Risiken am Beispiel der Gentechnologie, Manuskript 466 Seiten, Osnabrück 1993a (Habilitationsschrift)

ders./J. Kollmer: Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung 'ausländerfeindlicher' Alltagstheorien, Opladen 1987

- W. Schäuble: Rede anlässlich der Bundestagsdebatte zur Asylpolitik und Ausländersituation. Ms. 15 gez. Seiten, Bonn 18.10.91
- A. Schütz: The Stranger: An Essay in Social Psychology, in: Alfred Schütz: Collected Papers II. Studies in Social Theory, The Hague 1964, S. 91-105
- F. Schütze: Kognitive Figuren des autobiographischen Stegreiferzählens, in: M. Kohli und G. Robert (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven, Stuttgart 1984, S. 78-117
- R. Seiders: Aussprache zum Haushalt 1993. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 103. Sitzung, Bonn 1992
- H. G. Soeffner: Auslegung des Alltags Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneuti, Frankfurt 1989

- D. Thränhardt: Scandals, Changing Norms and Agenda Setting in German Politics, *The Journal of Social Science* 30, 2, 1991, 13-32  
 ders.: Europe - A New Immigration Continent. Policies and Politics since 1945 in *Comperative Perspective*, Manuskript 74 gez. Seiten, Münster 1993
- B. Troyana: *Public Awareness and the Media: A Study of Reporting on Race*, London 1981
- P. Watzlawick: Verschreiben statt Verstehen als Technik von Problemlösungen, in: Hans Ulrich Gumbrecht und K. Ludwig Pfeiffer (Hg.): *Materialität der Kommunikation*, Frankfurt 1988, S. 878-883
- S. Weischenberg: *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation: Band 1. Mediensysteme, Medienethik Medieninstitutionen*, Opladen 1992  
 ders.: Die Verantwortung des Beobachters. Moderne Medienethik aus der Perspektive einer konstruktivistischen Systemtheorie, *Rundfunk und Fernsehen* 40, 4, 1992a, S. 507-527
- R. von Weizsäcker: Interview "Zur Asylrechtsproblematik und Ausländerfeindlichkeit", in: "Bonn direkt", ZDF 10.11.91, 19:10 Uhr
- P. Wiedemann: *Erzählte Wirklichkeit. Zur Theorie und Auswertung narrativer Interviews*, Weinheim und München 1986
- E. Wiegand: Zunahme der Ausländerfeindlichkeit? Einstellungen zu Fremden in Deutschland und Europa, *ZUMA Nachrichten* 31, 1992, S. 7-28
- C. C. Wilson and F. Gutierrez: *Minorities and the Media*, Beverly Hills (Cal.) 1985
- U. Windisch: *Le K.O. verbal, la communication conflictuelle*, Lausanne 1987
- R. Wodak, P. Nowak, J. Pelikan, H. Gruber, R. de Cillia und R. Mitten: "Wir sind alle unschuldige Täter". *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt 1990
- ZA Information 31: *Studien zum Thema Ausländer und Asylbewerber in den Beständen des Zentralarchivs*, Köln 1992

**Brigitta Huhnke**

## **Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen »Bild am Sonntag« und »Der Spiegel«**

*"Da die Etablierten im allgemeinen höher integriert und mächtiger sind, können sie ihren Glaubensannahmen durch wechselseitige Verstärkung und die Verfemung von Zweiflern einen massiven Rückhalt geben. Sie können vielfach auch die Außenseiter dazu bringen, ein Bild von sich selbst zu akzeptieren, das einer "Minorität der Schlechtesten", und ein Bild der Etablierten, das einer "Minorität der Besten" abgewonnen ist - das in beiden Fällen eine emotionale Verallgemeinerung von wenigen auf alle darstellt." (Elias/Scotson 1990, 250)*

### **L Einführung**

#### **1. Problemstellung**

Rassismus kann nicht länger als Phänomen deklassierter Randgruppen bagatellisiert werden. Fremdenfeindliche Alltagstheorien konstituieren sich mittlerweile aus dem Zentrum der Gesellschaft (Heitmeyer 1991, Heitmeyer et al. 1992) heraus. Die Suche nach Sündenböcken scheint sich insbesondere im Jahr 1992 als eine kollektive Sozialpraktik gegenüber "dem Fremden" etabliert zu haben. Ein solches Ausmaß an politisch motivierten Gewaltakten hat es seit 1945 in Deutschland nicht mehr gegeben. Was jedoch völlig fehlt, sind gesellschaftliche Konfliktlösungsstrategien. Stattdessen verkommt auch die offizielle politische Kultur zunehmend. Menschenwürde wird zur Manövriermasse. Angehörige der politischen Elite betreiben von höchster Ebene aus eine demagogische Opfer-Täter-Umkehrung.

Schuld sind die Flüchtlinge: Innenminister Seiders erklärt die Pro-grome in Rostock mit dem "unkontrollierten Zustrom". Wenige Wo-chen vorher, im Oktober 1992, hatte Bundeskanzler Kohl den "Staats-notstand" proklamiert, gegen die potentiellen Opfer der Gewalttaten. Und als knapp zwei Monate später die Bilder über die Morde von Mölln um die Welt gehen, sieht der Regierungschef keine Veranlas-sung, den Hinterbliebenen der Opfer persönlich zu kondolieren. Man wolle keinen "Beileidstourismus", verlautete es zynisch aus dem Kanzleramt. Solche Haltungen in Regierung und Parteien fördern die um sich greifenden Formen der "moralisch-politischen Verwehrung" (Habermas 1992), auch in der Bevölkerung.

Umfassende Analysen mit dezidierten sozialpsychologischen und po-litischen Erklärungsansätzen stehen zwar noch aus. Doch allem An-schein nach kulminieren gegenwärtig in einem Vakuum "morali-scher Indifferenz (Hans Mommsen, FR 1.2.93) gesellschaftliche Fehlentwicklungen in einer unheilvollen Verbindung mit kollektiv enttäuschten Lebensläufen. Und in beiden scheinen, gebrochen und diffus, Fragmente verdrängter Kollektiv-Geschichte auf. Als Folge erleben wir ein eruptives Gebräu aus Vorurteilen, Ausgrenzungs- und Gewaltphantasien, die sich projektiv in politischen und zwischen-menschlichen Diskursen entladen sowie immer häufiger in terroristi-scher Gewalt eskalieren.

Rassismus kann auch nicht als ad-hoc Reaktion auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen reduziert werden; die Ausgrenzung von Fremden ist tief in den kulturellen Strukturen verwurzelt (vgl Elias/Scotson 1990).

Neuere Untersuchungen belegen, daß nicht soziale Deklassierung, sondern sehr viel stärker utilitaristische Einstellungen zur Arbeit und auch zum privaten Leben für die Übernahme rassistischer Deu-tungsmuster disponieren (Heitmeyer et al. 1992). Insbesondere die (unbewußte) Übertragung des Kosten-Leistungsdenkens auch auf zwischenmenschliche Beziehungen fördert die innere Leere und den Haß auf das "Andere".

Bei der Suche nach Verursachern und aktuellen Förderern rassistischer Ressentiments, die sich mittlerweile nicht nur gegen Ausländer und Flüchtlinge, sondern auch gegen Bürger jüdischen Glaubens richten, geraten in der letzten Zeit immer häufiger Teile der Medien ins Kreuzfeuer der Kritik.

Wie wenig sich die Medien mit der Informationspflicht bescheiden, dokumentierte anschaulich die Berichterstattung während der Progame in Rostock im September 1992: Für spektakuläre Reporterberichte kam es auf allen Fernsehkanälen tagelang zu Programmunterbrechungen und Live-Schaltungen, die randalierende Gruppen auch in öffentlich-rechtlichen Sendern teilweise geschickt zur Selbstdarstellung nutzen konnten. Dieses bloße Einfangen von Authentizität wirkte oft nur als gespenstische Verdopplung der Realität, ohne adäquate journalistische Gestaltung und Analyse. Und auch noch Monate nach den Morden von Mölln reisen rechtsradikale Musikgruppen auf Talk-Tournee durch die Sender oder nutzen Interviews in Wochenmagazinen für werbende Selbstdarstellungen<sup>1</sup>

Drückt dieser journalistische Aktionismus Hilflosigkeit und die Unfähigkeit aus, komplexe gesellschaftliche Phänomene wie Rassismus adäquat zu analysieren, oder aber wird hier nur einmal mehr die rücksichtslose Jagd nach Einschaltquoten und höheren Auflagen deutlich?

- 1 **Wie unterschiedlich die Berichterstattung über rechtsradikale Gewalttäter ausfallen kann, wurde Anfang September während der Rostocker Krawalle beim Vergleich der Nachrichtensendungen von ARD und ZDF deutlich. In der ARD überwog die Hilflosigkeit bzw. das Unvermögen, drastische O-Töne und kriminelle Handlungen, die sich zum Teil während der Berichterstattung ereigneten, adäquat journalistisch zu gestalten. Eines der ZDF-Heute Teams hingegen bezog auch sehr deutlich die Opferperspektive mit ein, zumal nachdem es selbst in einem der brennenden Häuser eingeschlossen worden war.**

In den Wochen danach hatten rechtsradikale Musikgruppen wenig Mühe, auf allen Sendern ihre Thesen zu verbreiten. Insbesondere für die visuellen Medien waren sie zum Nachrichtenfaktor geworden.

Mit Verspätung lud auch der Spiegel die rechtsradikale Gruppe "Störkraft" zum ausführlichen Spiegel-Gespräch (Nr. 53/92 vom 28.12.92). Etwaige Kritik wurde in der Hausmitteilung vorweggenommen: "Wenn solche Töne verstummen sollen, muß darüber geredet werden."

Analysen im Rahmen der Vorurteilsforschung belegen, wie umfassend Politiker und Medien international die Agenda der Berichterstattung über ethnische Minderheiten beeinflussen (van Dijk 1989; 1992). Ruhrmann kann bereits für die westdeutsche Berichterstattung der frühen achtziger Jahre nachweisen, wie sehr die thematischen Präferenzen einen verzerrenden Einfluß auf den deutschsprachigen Alltagsdiskurs über Ausländer begünstigt haben (Ruhrmann 1987). So erwähnen die von Ruhrmann untersuchten Printmedien Ausländer bevorzugt in negativen Kontexten wie Kriminalität, oder sie werden diffus als Fremdkörper beschrieben, deren Anwesenheit die deutsche Gesellschaft angeblich bedroht. Diese Befunde deuten schon an, daß Teile der Medien über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren Stoffe für "Argumentationsraster" geliefert haben, die derzeit nicht nur Alltagsdiskurse sondern auch Politikerreden über Ausländer bestimmen.

Wie sehr der Sprachgebrauch von diesen fremdenfeindlichen Konstruktionen durchwirkt ist, haben Sprachwissenschaftler diskursanalytisch anhand spezifischer Signalwörter und symbolträchtiger Formeln identifiziert.<sup>2</sup>

Mit der Analyse symbolischer Konstruktionen, wie sie sich in der Flutmetaphorik ("Das Boot ist voll", "Asylantenströme", "Asylantenschwemme") wiederfinden, oder aber anhand anderer einschlägiger Reizwörter (Asylanten, Wirtschaftsflüchtlinge, Scheinasylanten), läßt sich nicht nur die äußere Schicht der Vorurteilsdiskurse beschreiben. Über Jahre hinweg sind diese sprachlichen Phantome auch subtil mit "Inhalten" angereichert worden, die heute nicht nur kognitive Argumentationsmuster bestimmen, sondern sehr viel tiefer auch die Gefühlsstrukturen okkupiert haben. Nur so wird die überbordende Angst vor Ausländern annähernd begreiflich. Sie trägt nicht selten psychotische Züge, beispielsweise wenn die Anwesenheit von Ausländern als Erklärung für sozialpolitische Fehlentwicklungen wie Ar-

2 Vgl hier die umfangreichen Forschungen insbesondere von Jäger 1992; Jäger/Januschek (Hg) 1992 und DISS 1992, sowie die von Link 1978, 1982, 1992.

beitslosigkeit, Wohnungsnot oder Kürzung von Sozialleistungen erhalten muß. Rassistische Diskurse sind auch immer Indizien für die Pogrome des Inneren. Niedergehaltene Trauer und verdrängte (Lebens-)Lust nähren nicht nur Haß und Verachtung, sondern fördern auch die Unterwerfung des Denkens.

Anhand eines intermedialen Vergleichs soll im folgenden gezeigt werden, wie umfassend auch Teile der Medien seit Jahren einschlägige Ängste und Vorurteile schüren. Im Mittelpunkt der Analyse steht die exemplarische Dekonstruktion der subtilen journalistischen Realisierungen, die ausländerfeindliche Diskurse mit einem "tieferen Sinn" versehen haben.

Der Nachweis direkter Wirkungen dieser rassistischen Botschaften auf die Einstellung der RezipientInnen kann hier zwar nicht erbracht werden, wohl aber soll beschrieben werden, welche ausländerfeindlichen Wirklichkeitskonstruktionen die untersuchten Medien über längere Zeiträume hinweg verbreitet haben und welche augenfälligen intermedialen Abhängigkeiten sich anhand dieser Inszenierungen nachweisen lassen.

Als Teilsystem der politischen Öffentlichkeit geben Medien nicht nur Standpunkte gesellschaftlicher Gruppen wieder, sondern sie modellieren sie auch. Überdies haben die Medien als eine der wichtigen lebensbegleitenden Sozialisationsinstanzen hohe moralische Verantwortung. Informationen und Meinungen über Migranten können zudem nur von den wenigsten Bürgerinnen anhand von Primärerfahrungen gewonnen und überprüft werden. Der Ausländeranteil beträgt lediglich 7.3 Prozent. Außerdem leben viele Ausländer segregiert von der deutschen Bevölkerung in gettho-ähnlichen Umgebungen. Dennoch läßt sich hieraus keinesfalls der Schluß ziehen, daß die Bürgerinnen deshalb Bewußtseinsopfer der Medien sind. Brandstifter und Beifallklatzler lassen sich nicht simpel als manipulierte Masse entschuldigen.

**Die** Medien, das sind ferner keine abstrakten Instanzen. Auch hier arbeiten konkrete Menschen, die nicht unbedingt aufgeklärter und gebildeter sind als der Durchschnitt ihrer Leserinnen. Sie haben, wie



andere Bürger auch, mit Brüchen in ihren Lebensgeschichten zu kämpfen und müssen beruflich ebenfalls täglich nach dem Konkurrenzprinzip funktionieren. Aufklärung, Analyse oder zumindest die sachliche Informationsverarbeitung scheinen in vielen Redaktionen als journalistische Grundwerte obsolet (geworden) und einem schleichenden Zynismus als Motor und Ausgangspunkt der "Erkenntnisgewinnung" im schnellebigen Nachrichtengeschäft zu weichen. Diese Abwehr, oft eine als Reaktion auf äußere Verhältnisse und innere Nöte, kann sich dann auch in den journalistischen Produkten 'schein-rationalisiert' manifestieren.

Doch selbst wenn Bewußtsein über diese Mechanismen besteht, können die jeweiligen Medien nur sehr bedingt autonom in der thematischen Ausrichtung sowie in der Themenaufbereitung verfahren. Konkurrenz und Zugzwänge diktieren die Art und Weise, in der gesellschaftliche Probleme ausgewählt und journalistisch aufbereitet werden müssen. "Die Medienproduktion ist in zunehmendem Maße Bedingungen ausgesetzt, die mit "sittlicher Gesinnung", mit der Wahrung der "Menschenwürde" oder der Förderung des "Gemeinwohls" praktisch nichts, um so mehr aber mit den Gegebenheiten des Marktes und den Zwängen der Systemorganisation zu tun haben." (Haller/Holzhey 1992, S.9)

Insbesondere Regionalzeitungen und auflagenschwache Magazine sind zunehmend starren Automatisierungen bei der Informationsgewinnung und -Verbreitung unterworfen. Doch auch die Nachrichtenredaktionen der Fernsehanstalten sind abhängig vom Output der Agenturen, und sie nutzen die größeren überregionalen Zeitungen als Themengeber. Die Kapazitäten für eigene und profunde journalistische Realitätskonstruktionen stehen in der Praxis oftmals nicht zur Verfügung.

## 2. Warum ein Vergleich zwischen Bild am Sonntag und Der Spiegel?

Bild am Sonntag (BamS) und Der Spiegel gehören zu den beiden auflagenstärksten politischen Wochenzeitschriften in der Bundesrepublik. Die BamS kann auf eine verkaufte Auflage von 2,7 Millionen Exemplaren verweisen, Der Spiegel erscheint zwar mit "nur" 1,1 Millionen Heften, doch gehören fast 5 Millionen Leser jede Woche zur Fangemeinde.

Als Folge ihrer Stellung im Markt sind beide relativ autonom, zumindest in dem Sinne, daß sie sich weitaus weniger als andere intermedialen Zugzwängen fügen müssen.

BamS und Der Spiegel, das sind die Magazine, die sonntags und montags erscheinen und somit zeitgünstig auf die Themenagenda der Woche Einfluß nehmen können. Sie informieren nicht nur ihre Leserinnen, sondern setzen auch Trends für andere Medien. In der journalistischen Praxis gehören BamS und Spiegel zur wöchentlichen Pflichtlektüre der Redakteurinnen.

Dank einer ausgefeilten Pressepolitik verfügen beide über die Fähigkeit, ihre Themenaufbereitungen vorab medienwirksam am Wochenende über die Nachrichtenagenturen zu verbreiten. Und sowohl die BamS als auch Der Spiegel haben sich eine Infrastruktur gut funktionierender Verbindungen zu Parteien und zum Staatsapparat aufgebaut. So erklärt sich, daß sie jede Woche neu immer wieder vermeintlich Exklusives aus der Politikerszene erhaschen, auch wenn dies oft nicht mehr als atmosphärische Schilderungen sind, die, detailliert aufbereitet, aber den Eindruck von Informationsgewinn suggerieren. Unzweifelhaft wissen beide Printmedien professionell und ohne hohe moralische Barrieren mit den Machtinteressen von Politikern umzugehen. Beide setzen auf Konflikte. Im Geschäft auf Gegenseitigkeit nutzen sie Politikerbegehren nach Auftrittsmöglichkeiten in der öffentlichen Szenerie. Innerhalb dieses Mechanismus sind sich beide deshalb der Beachtung durch die politische Elite gewiß.

Beide beeinflussen nicht nur die Themenagenda, sondern sie beherrschen auch die journalistische Masche des Inszenierens von Skandalen, auf den ersten Blick, wie es scheint, in unterschiedlichem Maße.

Diesem forschem Auftreten nach Außen entspricht eine rigide Hierarchisierung nach Innen, die absoluten Gehorsam erfordert. Die Reporterin oder der Redakteur, die für eines dieser beiden Blätter arbeiten, haben kaum Chancen sich ein individuelles Renomee zu erschreiben. Sie werden nicht nur auf ein vorgegebenes Repertoire an Feinbildern konditioniert, sondern sie müssen ihre Arbeitsergebnisse auch in einen normierten Sprachgestus pressen (vgl Enzensberger 1962; Wallraff 1977, Kuby 1987), Wenig gefragt ist die Gestaltungskraft eigener intellektueller Ressourcen.

Der Publizist Erich Kuby stellt fest, daß dieser Zwang zur Selbstaufgabe für Spiegel-Redakteure noch stärker gilt, als ihn die Bild-Zeitung ihren Mitarbeitern abfordert: "Der SPIEGEL ist das einzige Presseerzeugnis der Bundesrepublik, dessen Erfolgsrezept von seinen Mitarbeitern eine Selbstpreisgabe erfordert, für die nicht einmal mehr die Begriffsklitterung radikaler Kompromiß ... anwendbar erscheint" (Kuby 1987, 48). Diese bedingungslose Kolonisierung des Denkens führt zwangsläufig zur psychischen Unterwerfung. In der zynischen Diktion, die gebetsmühlenartig jedes Spiegel-Produkt durchzieht, scheint diese Entpersönlichung auf. Und Woche für Woche rekonstruiert dieser immanente Zwangscharakter das Regelsystem neu.

### 3. Die Wahl des Zeitraums

Ausgangspunkt für die Analyse ist das Jahr 1986<sup>3</sup>. Mitte der achtziger Jahre hatte sich die innenpolitische Restauration ohne große Wider-

- 3 **Der Zugriff auf die BamS-Dokumente war sehr zeitaufwendig. Die Dokumentation des Springer Verlages verweigert auch zu Forschungszwecken jegliche Unterstützung. Da kein Register vorhanden ist, mußte jedes Heft von sechs Jahrgängen gesichtet werden.**

stände eingependelt, auf vergleichsweise sattem wirtschaftlichem Niveau. Gleichzeitig verstärkt sich die Thematisierung des Flüchtlingsproblems als neue "Bedrohung" für die bundesrepublikanische Wohlstandsgesellschaft. Seit Mitte der achtziger Jahre beteiligen sich die Medien auffälliger als zuvor an spektakulären Inszenierungen von Ereignissen und Katastrophen (vgl. Ruß-Mohl/Seewald 1992, 23). Ethische Tabus stehen immer häufiger zur Disposition, die Informationsstrategien werden immer fragwürdiger.

Ende April 1986 kommt es in Tschernobyl zum bisher größten bekanntgewordenen GAU des Atomzeitalters und, als Reaktion darauf, aber auch für lange Zeit zur letzten größeren Manifestation innenpolitischer Opposition. Begleitet von massiven Behinderungen durch die Polizei, von denen auch Journalistinnen betroffen sind, machen sich über 100 000 Bürgerinnen und Bürger Anfang Mai auf nach Brokdorf. Tags darauf werden die polizeilichen Übergriffe beim sogenannten Hamburger Kessel weitergeführt.

In seiner Untersuchung "Tschernobyl und die Medien" weist Teichert (1987) anhand der einschlägigen Berichterstattung nach, wie berechtigt die "Glaubwürdigkeitseinbußen" der Medien waren, da sie überwiegend die "Balance zwischen Beschwichtigung und Beruhigung" (Teichert 1987, 203) hielten, während einer Emnid-Umfrage zufolge der Anteil der Kernkraftbefürworter im Mai 1986 von 52 Prozent auf 29 Prozent absank (vgl. Teichert 1987, 199). Das Beispiel zeigt aber zweitens auch die Begrenztheit intellektueller Ressourcen, über solche Katastrophen mit adäquaten journalistischen Wirklichkeitskonstruktionen zu informieren.

Für den WDR-Redakteur Alexander von Cube wurde die Berichterstattung nach Tschernobyl zur "doppelten Katastrophe" (vgl. von Cube 1986, 9). Zur Erinnerung: tagelang wurden die Bürger nicht informiert, dann desinformiert und schließlich beschwichtigt. Und bis heute werden die Folgen verharmlost (vgl. Teichert 1987). Und drittens wird deutlich, wie schnell Journalisten in die Versuchung geraten, statt eigener aufwendiger Recherchen vorschnell die Informationen bestimmter Interessengruppen zu übernehmen.

Dennoch, oder vielleicht auch gerade wegen dieser tendenziellen Unfähigkeit zur Aufklärung, konnten die Medien in den letzten Jahren ihre Macht über das Informationsbedürfnis qualitativ ausdehnen. Für die Normalbürgerinnen, die zwar theoretisch fast jeden Winkel der Welt bereisen können, sind sie mehr denn je das einzige Tor zur Welt postmoderner Katastrophenszenarien und deren häufig internationalen Folgen. Viele dieser Havarien sind zudem mit dem Einsatz der normalen Sinne nicht mehr wahrnehmbar. Oft sind die Folgen erst spürbar, wenn es fast zu spät ist. Die Zusammenhänge zwischen Vulkanausbrüchen in Südostasien und der Abnahme der Ozonschicht können die Bürger in der Praxis nur noch durch die Medien erfahren.

Immer auffälliger verbinden sich die Macht- und Medieneliten zu einem symbiotischen "Supersystem" (Jarren 1988, 629), das immer stärker 'von oben' die Meinungs- und Willensbildungsprozesse strukturiert. Diese "Vermachtung" (Habermas 1990, 32) der öffentlichen Meinung steht den Bürgerinnen oft nur noch als bloßes Konsumprodukt zur Verfügung.

Doch statt analytischer Aufarbeitung gesellschaftlicher Probleme verkürzt sich journalistisches Interesse auf Sensationen, die oft nur noch der "voyeuristischen Bearbeitung menschlicher Schicksale" dient. (Ruß-Mohl/Seewald 1992, 24)

Die "Initialzündung" (Weischenberg 1992), öffentlich über die Moral der Medien nachzudenken, lieferte 1987 die Barschel-Affäre. Doch nahezu ungebrochen setzte sich wenig später die Jagd nach spektakulären Stoffen 1988 mit neuen Höhepunkten fort: Mit den visuell eindrucksvoll festgehaltenen Katastrophenszenarien von Ramstein und Remscheid. Beim Geiseldrama von Gladbeck wurden dann die Grenzen journalistischer Moral eindeutig überschritten. Mit Versuchen, die Geiselnnehmer zu spektakulären Stellungnahmen zu bewegen, behinderten einige Journalisten aktiv die polizeilichen Ermittlungen.

Nach fast schon fiktionalen Inszenierungsregeln begleiteten die Medien dann 1989 den Zusammenbruch der Staatssysteme in Osteuropa. Den Flüchtlingsbewegungen im Sommer 1989 folgten im Herbst die Demonstrationen in den DDR-Städten und schließlich der emphatisch

dokumentierte Fall der Mauer. Diese Szenarien der Superlative endeten vorläufig Weihnachten 1989 mit einem Dokument des Grauens, dem Live-Mitschnitt von der Exekution des rumänischen Diktators Ceausescu und seiner Frau.

Immer stärker verselbständigt sich also die Berichterstattung in einem "eigendynamischen Prozeß" (Haller/Holzhey 1992, 9). Die visuellen und nachrichtlichen Grenzen scheinen längst überschritten. Dramatisierungseffekte des Fiction-Genres sowie ethische Tabubrüche werden für die verkaufsfördernde Nachrichtenaufbereitung eingesetzt. Die Suche nach neuen Feindbildern geht mit einer rasanten Trivialisierung journalistischer Weltsicht einher. In Teilen der Medien ist die politische Prosa auf ein gesellschaftspolitisch unkritisches Niveau der Phrasen und Häme verkommen. So wird nicht die Wohnungsbaupolitik der zuständigen Bundesministerin als Skandal erkannt, sondern lediglich ihr anmaßender Gebrauch von offiziellen Briefköpfen für private Zwecke. Ein Wirtschaftsminister muß nicht wegen seiner fatalen Politik zurücktreten, sondern wegen eines Falles mittelschwerer Vetternwirtschaft. Und wie sehr journalistisches Berufsethos nach anglistischer Manier auf die Niederungen von Sex und Crime verkommen kann, zeigten Bild/Bild am Sonntag und Der Spiegel Anfang 1993 mit ihren "Enthüllungen" über den saarländischen Ministerpräsidenten.

#### **4. Hypothesen für die inhaltliche Analyse**

- H1: BamS und Spiegel verwenden den Begriff "Asylant" bewußt als negativ konnotierten 'Kampfbegriff, den sie subtil mit Sinnzusammenhängen der Bedrohung versehen.
- H2: BamS und Spiegel berichten mit hoher zeitlicher Konsonanz und ähnlicher thematischer Schwerpunktsetzung über Asylsuchende und Flüchtlinge.

- H3: Während die BamS relativ offen mit Rassismen operiert und diesen "argumentativ" einsetzt, macht sich der Spiegel die Methode des Double-bind zunutze und agiert auf der sogenannten "Sachebene" je nach (tages)politischer Opportunität. Auf der latenten Ebene jedoch werden Flüchtlinge durchgängig und massiv verunglimpft.

## EL Analyse

### 1. Karriere eines Wortes: Die Initialisierung des "Asylanten" als Kampfbegriff

Am Ende der neunziger Jahre wird die Bezeichnung "Asylant" sicher einen der oberen Plätze auf der Liste der 'Unwörter' des Jahrzehnts einnehmen. Nur im Duden, der den Eintrag "Asylant" erstmals 1980 aufgenommen hat, fehlen Hinweise auf mögliche Bedeutungen. Doch die linguistische Forschung kann die Begriffsgeschichte dieses 'Unwortes' eindeutig belegen.

*"Personen sollen also besonders dann mit **Asylant** negativ gekennzeichnet werden, wenn das Motiv des politisch Verfolgtwerdens (im eigenen Land) vom Sprecher angezweifelt oder als unwahr eingeschätzt wird." (Strauß/Haß/Harras 1989, 87). Darüber hinaus werde das Wort "Asylant" immer "mit einer Art Katastrophenandrohung zu Zusammensetzungen wie Asylantenstrom, -schwemme, -druck, -flut, -lawine, -Zeitbombe..." verbunden." (Strauß/Haß/Harras 1989, 88)*

Den ersten Nachweis für dieses "Killwort" fand Link bereits 1978 im Mannheimer Morgen: "Asylanten protestieren gegen Zustände im Wohnheim". Sprachkritisch nahm hingegen die Saarbrücker Zeitung schon am 12.7.80 die keimende Popularität dieses Schimpfwortes zur Kenntnis: "Irgendein sprachlicher Übeltäter hat aus den in der Bundesrepublik Asylsuchenden "Asylanten" gemacht und sie damit geistig abgeschoben." (zit nach Link 1986, vgl auch Link 1982; 1992).

Brisante Neuschöpfungen wie die Kompositionen "Scheinasylant" und "Wirtschaftsasylant" verschärfen die negative Aufladung. Damit können die Ursachen und Umstände der Flucht wie Unterdrückung und Verfolgung "verschleiert" werden (Strauß/Haß/Harras 1989, 88; Erler 1987).

Im Jahr 1986 wird der Begriff "Asylant" in beiden untersuchten Medien mit ausschließlich negativen Konnotationen institutionalisiert.

### **1.1. BamS 1986: Der "Asylant" als paramilitärischer Fremdkörper - der semantische Einstieg für fremdenfeindliche Wahrnehmungsmuster**

Leserinnen der Bild am Sonntag sind 1986 mit der Verwendung des Unwortes bereits vertraut. In diesem Printmedium gehört es schon seit Jahren zum Repertoire der suggestiven Schlagworte. "Asylant" wird nicht nur im Rahmen journalistischer Darstellungen (Nachricht, Bericht oder Reportage) verwandt, sondern darüber hinaus wird dieser Begriff auch gezielt mit politischen Positionen in Verbindung gebracht, in denen diese herabsetzende Bezeichnung (noch) fehlt. Als Beispiel hierfür sei auf ein Interview mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg (SPD), (BamS vom 12. Januar 1986,3) verwiesen:

In einem kleinen Kasten unten rechts wird in der Überschrift gefragt: "Kosten Asylanten zuviel Geld?"

Was dann folgt, ist ein sehr kurzes Interview mit Schmalstieg, der in seinen Ausführungen den Begriff "Asylant" nicht gebraucht. Allerdings verwendet die BamS ihn erneut in einer weiteren Interviewfrage:

*"Bild am Sonntag fragte Herbert Schmalstieg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und SPD-Oberbürgermeister von Hannover: 1984 nahmen wir 35 000 Asylanten auf - jetzt fast 74 000. Was muß passieren?"*

*Schmalstieg: 'Die kommunalen Spitzenverbände haben vom Bundeskanzler gefordert, die Verfahrensdauer für Asyl-Anträge auf höchstens ein Jahr zu beschränken. Es muß was passieren. In*



*vielen Städten sind wieder die Obdachlosenunterkünfte überfüllt. Wir müssen sehr darauf achten, daß kein politisch Verfolgter nach Hause geschickt wird; aber kein demokratisches Staatswesen kann es sich leisten, von angeblich politisch Verfolgten zusätzlich belastet zu werden. Das ist auch ein finanzielles Problem.'*

*BamS: '1984 hat der Steuerzahler dafür zwei Milliarden Mark bezahlt...'*

*Schmalstieg: 'Das ist richtig. Es sollte schnell gehandelt werden. Ich hoffe wir können das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten.'*

Mit der geschickten Einbettung des Begriffs "Asylant" in die Rahmehandlung des Interviews wird Material für Assoziationsreihungen geliefert. Die Existenz der Flüchtlinge, die den Steuerzahler 2 Milliarden kosten, kann sich hier emotiv mit der Vorstellung von überfüllten Städten und mangelndem Wohnraum verknüpfen.

Für diese Art der Indienstnahme eignet sich auch der FDP-Politiker Jürgen Möllemann. Mitten im politischen Sommerloch 1986 mobilisiert die BamS mit der Schlagzeile

"Asylantenflut, jetzt muß ein Gipfel her."

In diesem Artikel, der nicht nur mit der Flutmetaphorik operiert, sondern auch mit der "Lawine von Asylanten", also mit Bildern einer weiteren Naturgewalt Gefühle der Bedrohung anheizt, ist von der Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung die Rede, thematisch expliziert von Möllemann, der vorgibt offen mit allen über alles reden zu wollen: "Wenn die Union will, auch über eine Grundgesetzänderung - der wir allerdings skeptisch gegenüberstehen." (BamS 20. Juli 1986, 2)

Das Ansinnen einer Grundgesetzesänderung wird so bereits 1986 als utilitaristische Zwangsläufigkeit gegen die "Fluten" und "Lawinen" von "Asylanten" eingeführt. Der Vorschlag einer Grundgesetzänderung kann nun im Repertoire möglicher Vorstellungen als Ausweg gegen die angstausslösenden "Asylanten" und die von ihnen vermeintlich verursachten Probleme gespeichert werden. Emotionen und rationale Kurzschlüsse werden subtil mit der Konstruktion falscher Gegensätze und Kausalitäten verwoben.

Der Einsatz des Wortes "Asylant" mit dem Ziel, den Grad dieser Botschaften weiter zu forcieren, gerät im Herbst 1986 auf eine qualitativ höhere Stufe. Die "Asylanten" dienen nun der Inszenierung paramilitärischer Bedrohungspotentiale:

"27 000 Asylanten im Anmarsch auf Berlin" (BamS 28.9. 1986, 2).

Die Beschwörung eines "Anmarsch(s) auf Berlin" setzt auf bewußte oder auch schon verschüttete Fragmente historischer Erinnerung.

Im anschließenden Lead wird mit zugespitzter Wiederholung nachgelegt:

"Alarm in Bonn und Berlin: Am Wochenende befanden sich 27 000 neue Asylbewerber auf dem Weg in die Bundesrepublik."

Der letzte Anmarsch auf Berlin fand bekanntlich 1945 durch die Rote Armee statt, ein Ereignis, das im Alltagsverständnis von Teilen der Bevölkerung noch immer als "Kapitulation" gespeichert ist.

Zynisch wirkt diese Art der Aufmachung auch eingedenk des Erscheinungsdatums: Der 28. September 1986; das war der erste Tag der 'Woche des ausländischen Mitbürgers'. Statt in einer solchen Gedenkwoche um Verständnis für Flüchtlinge zu werben, wird subversiv mit Ängsten operiert.

## **1.2. Der Spiegel: Verbreiten von Ambivalenzen als subtile Hinführung auf ein neues Feindobjekt**

Der Spiegel vollzieht Mitte des Jahres 1986 eine Wende in der Wortwahl, und zwar relativ abrupt. Noch im Sommer bleibt die Intention des Artikels: "Asyl Nur Chuzpe" (Der Spiegel 21.7.92, S.66f.) semantisch vage. Überwiegend emotionslos wird berichtet, wie Flüchtlinge über Ost-Berlin ungehindert in den Westen der Stadt kommen. Entsprechend neutral fällt auch die Wahl der Begriffe aus: So wird z.B. 3 mal der "Flüchtling" erwähnt, 7 mal der "Asylbewerber" und 6 mal findet sich der "Asylsuchende". Nur ein einziges Mal ist von "Asylantentransporten" die Rede, was aber auch gutwillig als ironische Wiedergabe von DDR-Vokabular gedeutet werden kann. Politische Vorschläge, das Asylrecht zu verschärfen, werden in diesem Artikel sogar

explizit abgelehnt, weil hinter solchen Bestrebungen der "Stein-schmeißer Strauß" stünde. Eine Woche später noch wird "Die angebliche Asylantenschwemme" als Vokabular des konservativen Teils der Koalition indiziert.

Bis zur Jahresmitte benutzt der Spiegel in seiner Berichterstattung über Asylsuchende also lediglich das Stammwort "Asyl" sowie dessen Komposita "Asylbewerber" oder "Asylsuchende".

Während sich Der Spiegel mit konkreter Wortwahl noch zurückhält, wird bereits auf der Ebene der Bilder und Metaphern ein negativer Zusammenhang auch schon in diesem Artikel konnotiert. Es finden sich die typischen Redewendungen und Phrasen, mit denen bis heute in Teilen öffentlicher Diskurse und Alltagsgespräche ein Konsens über die vermeintliche Bedrohung hergestellt wird. Es sind normierte Versatzstücke wie "Tausende strömen", "aus aller Herren Länder", "Emigranten nutzen die Schleuse". Das "Rekordjahr der Einwanderungswelle" wird beschworen, es ist der "Zustrom so stark angeschwollen", der "Schleichweg nach Westen" wird genutzt, sowie vom "Ansturm" ist die Rede.

Noch subtiler werden Vorstellungen über deutsche Sauberkeit mit Ekel evozierenden Bildern konfrontiert:

*"Menschen schlafen auf den Bahnsteigen, im Bahnhofsklo steht die Jauche knöchelhoch: Szenen wie in den Flüchtlingslagern von Pakistan oder Thailand. Ein Helmstedter Helfer: So schlimm wie im Augenblick war es noch nie."* (Der Spiegel vom 21.7.92, 67, "Nur Chuzpe")

Der Leser erfährt nichts von der Verzweiflung der Menschen, ihren traumatischen Erlebnissen, die Verfolgung und Flucht in der Regel begleiten. Ihr Menschsein scheint nur im Zusammenhang verunreinigter Aborte auf. Zudem sind die Bilder schief konstruiert, oder aber ist dies beabsichtigt? "Jauche" ruft eher Konnotationen wie "Schwein" oder allgemein "Vieh" wach. Menschen hingegen hinterlassen normalerweise Kot und Urin. Durch die Assoziation mit Vieh wird den Menschen ihr Subjektstatus genommen - ob beabsichtigt oder nicht. Und Vieh darf man schließlich schlachten.

Superlative ("So schlimm... war es noch nie") unterstellen eine Omnipotenz journalistischen Wissens. Als Quelle wird jedoch lediglich ein anonymes Helmstedter Helfer angegeben, dessen Aussage also nie überprüft werden könnte.

Am 25. August 1986 bricht Der Spiegel dann auch auf der semantischen Ebene das Tabu: Das Kampfwort "Asylant" kommt nun auch hier zum ideologischen Einsatz, ganz offen und eindeutig mit dem Start der Serie: "Die Spreu vom Weizen trennen". Untertitel: "Eine Spiegel-Serie über Asylanten und Scheinansylanten in der Bundesrepublik".

Ohne jegliche inhaltliche Distanzierung ist ab nun überwiegend von "Asylanten" die Rede. Dies wirkt sich auch auf die Komposita aus:

Schon im Vorbericht zur Serie heißt es nun:

Asylantencontainer

Asylantenschwemme

Asylantenvergehen

Asylantenbetreuer

Mit dem rassistischen Alltagsdiatrich "Asylant" wird also in beiden Medien ein minderwertiges 'menschliches Wesen' konstruiert, es avanciert zu einem Symbol der Bedrohung, dem nur noch Verachtung entgegengebracht werden kann.

## **2. Zeitliche Konsonanzen in der Anordnung der Teilthemen**

Am 20. Juli 1986 eröffnet die BamS auf Seite 2 mit der Schlagzeile "Asylantenflut! - Jetzt muß ein Gipfel her" ihre offensive Kampagne gegen Flüchtlinge und fordert:

"Die Lawine von Asylanten aus Ost-Berlin muß gestoppt werden."

Eine Woche später, am 27. Juli, gibt die BamS doppelseitig (S. 4, 5) mit der Dachzeile "Bild am Sonntag enthüllt Anwälte, Schlepper und Leih-

firmen" vor, den kriminellen Dunstkreis des Flüchtlingsproblems zu beleuchten. Die emotional gefaßte Schlagzeile: "So schamlos verdienen sie an den Asylanten" suggeriert vordergründig Schlepper und Anwälte als neues Teilfeindbild, doch wie noch zu zeigen sein wird, bleibt die Verunglimpfung der Flüchtlinge das eigentliche Thema.

Der Spiegel zieht nach; bereits am 28. Juli 1986 mit einem Titel "Asyl - 'Bis an die Grenze des Zulässigen'"

Die Message ist relativ ambivalent. Wenig später, am 25. August, startet die bereits erwähnte sechsteilige Serie "Die Spreu vom Weizen trennen". In einer Art Fortsetzungsroman wird Woche für Woche eine andere ethnische Gruppe mit den Augen des Spiegels inquisitorisch auf Lebensgewohnheiten sowie die 'Berechtigung' ihrer Asylgesuche "überprüft".

Während dieser Spiegel-Serie erscheint in der BamS der schon erwähnte Artikel: "27 000 Asylanten im Anmarsch auf Berlin".

1987 sind die Flüchtlinge bei der BamS kein Thema, beim Spiegel scheint sogar ein Gesinnungswandel eingetreten zu sein. So wird am 3. August 1987 mit dem Artikel "Die Tür nicht verschließen" die Flüchtlingspolitik der Regierung kritisiert. Unterzeile: "Wie die Bundesrepublik trotz Verfassungsgebots mit Asylbewerbern umspringt" (S.24).

In einer Art "Gruselkatalog menschlichen Umgangs mit Flüchtlingen" wird die Verschärfung des Asylrechts anhand plastischer Beispiele verurteilt. Doch diese scheinbare Anteilnahme an den Schicksalen der Drangsalieren muß im Kontext der damaligen innenpolitischen Diskussion gesehen werden. Zu diesem Zeitpunkt sind politische Forderungen nach Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes lediglich in der CSU populär. Außerdem pflegen deren prominentester Vertreter, der CSU-Chef Franz Joseph Strauß und der Spiegel, ausgefeilte Rituale der Feindschaft, die sich auf die sogenannte "Spiegel-Affäre" von 1962 gründen.

Doch entgegen der gebotenen politischen Opposition formuliert Der Spiegel dennoch Wünsche, wenn auch der Form nach subtil und am-

bivalent: "Eine Änderung des Grundgesetzartikels 16, wie sie CSU und Teile der CDU seit langem verlangen, würde die Verfassungsidee der **-Wirklichkeit** anpassen. Freilich hätte ein solcher Antrag im Parlament keine Chance" (S. 25).

Außerdem ist das Spiegel-Ressort, das überwiegend die Reports über Flüchtlinge und Ausländer verfaßt, seit Sommer 1987 mit einem innenpolitisch wichtigeren Thema beschäftigt, nämlich mit der Inszenierung der Barschel-Affäre (vgl. Weischenberg 1990).

Auch im darauffolgenden Jahr hält sich Der Spiegel mit der Berichterstattung über Flüchtlinge zurück. Bei der BamS hingegen steht das Jahr 1988 im Zeichen des "Scheinasyllanten". Am 10. April liefert die BamS eine Horrorstory über Drogenhändler "Farbige Asylbewerber verkaufen Rauschgift" und läßt am 8. Mai Späth fordern "Scheinasyllanten sofort ausweisen".

Am 29. Mai werden noch einmal die Kosten kritisiert und radikale Lösungen erörtert: "Bayern: Asyl nur für echte Asyllanten".

Zu einem Höhepunkt der Verachtung menschlicher Würde kommt es am 7. August 1988. Unter der Schlagzeile: "Wir haben keinen Platz mehr für Asyllanten", wird der "Asyllant" in generalisierender Form als Schmarotzer und Gewalttäter vorgeführt, der in den Unterkünften randaliert und das Geld der deutschen Steuerzahler in deutsche Traumautos wie BMW und Mercedes investiert.

Da die von der BamS intonierten Themen auch 1988 lediglich politische Extrempositionen in der CDU bzw. CSU wiedergeben, erklärt sich, warum Der Spiegel auf der Ebene der innenpolitischen Diskussion noch immer Zurückhaltung übt. Wie in der BamS - nur ein knappes halbes Jahr später - erscheint im September ein Artikel über 'kriminelle Aktivitäten' und 'Asyllmißbrauch von Afrikanern': "Kriminalität. Blaues Kuvert". Die Intention bewegt sich ganz auf BamS-Niveau. Beide wählen das vorgebliche Aktualitätskriterium "Kriminalität" und suggerieren "Asyllant" = Krimineller. Und Kriminelle haben eben keinen Anspruch auf Asyl.

1989 verstärken beide Blätter wieder ihre einschlägige Berichterstattung. Auf der Suche nach neuen Bündnispartnern für eine restriktivere Asylpraxis schwört die BamS am 29. Januar den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, unter der Überschrift "Das Asylrecht wird oft mißbraucht" auf Linie. Das Gespräch hat keineswegs das Asylrecht zum zentralen Gegenstand, wie dies die Schlagzeile nahelegt. Es ist eher ein round-up über unterschiedlichste innenpolitische Themen: das gestörte Vertrauensverhältnis der Bürger in Staat und Politik im allgemeinen kommen ebenso zur Sprache, wie die Parteispendenaffäre oder Demonstrationen, aber auch zu aktuellen Gerichtsurteilen bezieht Herzog Stellung.

Am 5. Februar rücken die Kosten als Nachrichtenfaktor in den Mittelpunkt: Auf den Seiten 2 und 3 heißt es in der Dachzeile "Neue Schwemme in diesem Jahr" und in der Schlagzeile darunter "Asylanten kosten uns 5 Milliarden".

Eine Woche später, am 12. Februar, diskutiert das Blatt (Seite 9) die Attraktivität von Rückkehrprämien, mit der Schlagzeile: "Beim letzten Mal gingen 150 000". Weiter hinten im Heft beginnt dann die Serie "Unsere Ausländer - Fremde oder Freunde?", die am 19. Februar fortgesetzt wird.

Fast zeitgleich steigt auch der Spiegel mit einer Artikelfolge ein. Auftakt ist die Titelgeschichte "Asylanten. Aussiedler. Gastarbeiter" am 13. Februar. Teil V dieser opulenten Gesamtschau widmet sich fast ausschließlich den Flüchtlingen, mit eindeutiger Zielrichtung schon in der Überschrift:

' "Vielmals küssen die Hand Deutschlands" ' Unterzeile: "Einwanderungsland Bundesrepublik (V): Die Asylsuchenden - Ein Grundrecht wird mißbraucht und mißachtet"

Einen publizistischen Höhepunkt, der an Zynismus kaum zu überbieten ist, liefert die BamS am 26. März - mit einem Aufruf zur Abstimmung mit den Füßen:

'Das Gastarbeiter-Schicksal der Woche "Sollen wir die Krasnicis rauswerfen ?"' Das zu erwartende Resultat dieser "Volksbefragung" ist am

2. April nachzulesen: "57:43! Die Krasnicis sollen raus!".

Doch dann brechen diese, wie es scheint, langfristig konzipierten Kampagnen in beiden Blättern plötzlich ab. Wieder gilt es wichtigeren nachrichtlichen Highlights nachzujagen. Der Zusammenbruch der Staaten in Osteuropa steht unmittelbar bevor, die Flüchtlingsbewegung aus der DDR wird besonders von der BamS mit enthusiastischer Begeisterung kommentiert.

Ab Frühjahr 1990 nimmt die BamS (6. Mai) wieder 'Schlepper und Schleuser' ins Visier, Schlagzeile:

"Nachts, wenn die Menschenschmuggler kommen". Ein Thema, das Der Spiegel am 12. November in dem Report "Manchmal wie ein Tier" ebenfalls aufgreift.

Bereits am 3. September hatte sich Der Spiegel mit dem Titel "Asyl in Deutschland? Die Zigeuner" auf die Agenda der Berichterstattung gegen Flüchtlinge zurückgemeldet.<sup>4</sup> Am 21. Oktober führt die BamS dann polnische Staatsbürger vor, mit der Schlagzeile: "Die Wochenendasyllanten".

Auch 1991 beherrschen zunächst wichtigere Themen wie der Golfkrieg die Schlagzeilen. Im Frühjahr hat die Inszenierung eines neuen Feindbildes zeitweise Konjunktur. Vor dem Hintergrund der ökonomischen und sozialpsychologischen Schwierigkeiten, die der deutsch-deutsche Vereinigungsprozeß mit sich bringt, kaprizieren sich sowohl Der Spiegel als auch die BamS mit kaum verhohlener Häme auf den tumben, wohlstandsgeilen Ossi, der unter anderem auch Ausländern nachstellt. So warnt Der Spiegel am 11.3. "Brutale Ausländerhatz im Osten", und am 9. Juni konstatiert die BamS larmoyant "Ausländerhaß in Ostdeutschland immer schlimmer: Vor dem Dresdner Hauptbahnhof wurden Vietnamesen am hellichten Tag verprügelt - und Hunderte sahen zu".

4 Dieser Titel war Anlaß zu heftiger Kritik; vgl. zusammenfassend Gerhard 1992.



Im April allerdings schaut Der Spiegel noch einmal hinter die alten Kulissen und zweifelt am 8.4., wie ein halbes Jahr zuvor die BamS, die Motive der polnischen Nachbarn an: "Senat rüstet sich gegen Polen-Ansturm". Eine Woche später wird das Treiben der Roma beargwöhnt: "Roma - Kirchenbesetzung gegen Eintrittsgeld". (Spiegel vom 15.4.91)

Beide greifen also in der ersten Jahreshälfte mit Entrüstung den Ausländerhaß im Osten auf und halten sich in der "Asylantenfrage" zurück. In der zweiten Hälfte des Jahres aber steigen sie wieder gemeinsam in die alten Teilthemen ein. Am 3.9. erscheint der Spiegel mit dem - alliterationsreichen und klimaxträchtigen - Titel:

"Flüchtlinge. Aussiedler. Asylanten. Ansturm der Armen"

Knapp drei Wochen später skandiert die BamS am 22. September mit einer groß aufgemachten Geschichte unter den aktuellen Eindrücken der gewalttätigen Ausschreitungen in Hoyerswerda:

"Neue Asylantenflut: Bald eine Million?"

Eine thematische Verschiebung, die angesichts der Verfolgung von Ausländern nur als bewußte Aufhetzung gewertet werden kann. Auch in der täglichen Bild wird mit dieser "Scheinheiligkeit" den ganzen Sommer über gearbeitet:

"Die Deutschen sind weder ausländerfeindlich, noch sind sie Rechtsextremisten. Aber wenn der ungehemmte Zustrom der Asylanten weiterwächst, wird auch die Gewalt gegen sie zunehmen" (Bild vom 30. Juli, zit. nach Leiprecht 1992, vgl. auch Quinkert/Jäger 1992, Gerhard 1992, 164)

Der demagogische Beigeschmack bleibt, auch als die BamS am 29. September mit einer doppelseitigen Geschichte über Aktivitäten der Rechtsextremisten aufklärt:

"Gewaltwelle überrollt unser Land. Die Deutschlandkarte des Hasses"

Einen Tag später erscheint auch Der Spiegel mit einem fast gleichlautenden Titel: "Gewalt gegen Fremde. Hass" (Der Spiegel 30.9.1991).

Anders als die Titelüberschrift nahelegt, wird jedoch in weiten Teilen dieses Reports über Asylmißbrauch und Kriminalität von Ausländern berichtet, ferner werden Vorschläge zur Änderung des Asylrechts diskutiert. Hier findet also wie in der BamS eine Verknüpfung von Themen statt, die logisch wenig miteinander zu tun haben. Mit Hilfe demagogischer Kontrastierung wird suggeriert, die Ursache für Ausländerhaß und gewalttätige Ausschreitungen sei auf die Anwesenheit von Flüchtlingen und ausländischen Arbeitnehmern zurückzuführen.

Da die Bilder von Hoyerswerda um die Welt gehen, müssen auch BamS und Der Spiegel die Gewaltakte verurteilen. Bei der BamS scheint sogar Läuterung eingekehrt zu sein. Mit Rührstories über echte "Asylanten", wie am 13. Oktober 1991 über einen somalischen Botschafter, der zu den "Helden von Mogadischu" gehört habe, wird im Oktober um Anteilnahme geworben. Doch dieses Innehalten währt nur kurz. Bereits am 27. Oktober sind wieder die "Scheinasylanten" dran und explizite Forderungen nach Abschaffung des Asylrechts Thema (vgl. BamS vom 27.10.91).

So strategisch simpel kann der Spiegel noch nicht verfahren. Die politischen Konzepte der Bonner Parteien sind zu dem Zeitpunkt immer noch diffus. Das Blatt setzt daher auf das bewährte Mittel der Ambivalenz. Dies bedeutet auf der argumentativen Ebene die Zurückhaltung mit politischen Forderungen. Doch unterschwellig wird weiter Stoff für die Innenwelten der Agression geliefert. So erscheint am 14.10 die mittlerweile schon berüchtigte Geschichte über Roma-Kinder im Hamburger Karolinenviertel

"Hier steigt eine Giftsuppe auf". (Der Spiegel 14.10.91)<sup>5</sup>

- 5 Den journalistischen Methoden dieses Reports wurde auch in den Medien heftig widersprochen. Betroffene, die von der Spiegel-Reporterin befragt worden waren, kritisierten sinnentstellende Wiedergaben ihrer Äußerungen. Wissenschaftler, Pastoren und Anwohner nahmen Stellung. "Diese allgemeine Verurteilung schürt Fremdenhaß", fürchtete damals die Sozialwissenschaftlerin Christa-Berta Kimmich in der Hamburger Morgenpost vom 17.10.1991.

Ende des Jahres, am 18.11., wird dann beim Spiegel modernistisch mit akademischer Unterstützung gegen den Strich gebürstet: "Ausländer: Berliner Wissenschaftler gegen rechte und linke Denkblockaden".

Im Dezember werden alte, sozialwissenschaftlich jedoch nicht belegbare Kausalitäten aufgefrischt, am 2.12 mit "Sozialwohnungen: kaum noch Billigquartiere für Deutsche". Und Christop Hein denkt eine Woche später über "Ausländerfeindlichkeit und Armut in Deutschland" nach.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1992 hält sich die BamS völlig zurück. Nicht so Der Spiegel, der am 6. April mit dem Titel "Asyl - die Politiker versagen" noch einmal die Stimmung anheizt. Dann erscheinen in kurzer Abfolge im Herbst drei Titel. Der erste "Wut auf den Staat, Asyl-Notstand" wurde als Reaktion auf die Rostocker Krawalle konzipiert. Schon die Überschrift wirbt hier wieder unverhohlen um Verständnis für die jugendlichen Täter; auf jeden Fall aber werden mit der thematischen Verknüpfung "Wut auf den Staat" und "Asyl-Notstand" die eigentlichen Ereignisse euphemisiert, nämlich die kriminellen Anschläge jugendlicher Gewalttäter sowie die aufgeputschte Zustimmung ihrer beifallklatschenden Eltern.

Auch der zweite Titel betreibt diese Form der thematischen Verschiebung schon in der Schlagzeile "Abschiebung Asyl: Bonn will 300 000 ausweisen" (9.11). Und in der letzten Titelgeschichte "Mörder von Rechts" wird das Ausmaß des Rechtsradikalismus subtil verharmlost und thematisch wieder mit der Asylproblematik verknüpft.

### **3. Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses**

#### **3.1. Rassistische Argumente oder subtile Verführung - Metaphern und Bilder als Agenten der Ängste**

Öffentlichkeit, ob von Politikerinnen oder den Medien hergestellt, manifestiert sich nur zum Teil in rationalen Diskursen. Gerade dann,

wenn brisante Themen zur Debatte stehen, haben Phrasen und Floskeln Konjunktur, lenken Symbole und Euphemismen von den Kernproblemen ab. "Mit Worten wird gelogen in diesem Land", doch es merke kaum jemand, stellt der ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser (FR vom 8.7.92) fest.

Der Politologe Murray Edelman unterscheidet zwei Kategorien von Informationen: die semantische und die ästhetische. Kommunikationswissenschaftliche Untersuchungen konzentrieren sich, um dargestellte Fakten und Sachverhalte oder temporale Strukturen zu erfassen, vorrangig auf die erste. Für die politische Sinndeutung hingegen scheinen aber die ästhetischen Informationen der latenten Ebene zentral, da sie "innere Zustände" auslösen (Edelman 1976, 96).

Auch die Massenmedien transportieren also nicht nur Nennwerte politischer Ereignisse, sondern diese enthalten immer auch die "Bedingung für Generierung und Darstellung einer symbolischen Wirklichkeit" (Sarcinelli 1987, 199).

Gerade im politischen Sprachgebrauch übernehmen eher die Konnotationen gebrauchter Begriffe meinungsbildende Funktion. Dieses Doppelspiel mit Sprache zielt also vorrangig auf die "Versorgung der Gefühlsstrukturen". In scheinbar rational geführten Diskursen müssen deshalb Code-Wörter bzw. sprachliche Konstruktionen enthalten sein, die im Subjekt innere Monologe zum jeweiligen Thema auslösen, die dann entsprechende Bilder und Vorstellungswelten generieren. Verschlüsselte Botschaften können also Einstellungen evozieren, modifizieren und festigen, die weitgehend nicht auf Beobachtungen und empirischen Beweisen beruhen, "sondern auf den gesellschaftlichen Deutungsmustern einzelner Gruppen" (Edelman 1976, 94).

Dabei ist anzunehmen, daß auch öffentliche Multiplikatoren wie Politiker und Journalisten sich dieser Ebene der Wahrnehmung seltener mit Vorsatz bedienen als weithin angenommen. Jede Partei hat zwar ihre Sprachstrategen, und in vielen Redaktionen liegen für Zwei-

**6** Mit der Unterscheidung von semantischer und ästhetischer Information sowie mit der Kategorisierung "innere Zustände" bezieht ich mich auf Edelman/Moles (1968), vgl. Edelman 1976, 96f.

felsfälle Leitlinien für den Sprachgebrauch bereit. Doch der große Teil dieser professionellen Sprachbenutzer handelt eher intuitiv, nämlich im Rahmen des jeweiligen favorisierten Normen- und Wertesystems, das eben auch auf spezifische Phantasien und Gefühlslagen verweist. Diesem System entsprechen persuasive Methoden sprachlicher und journalistischer Realisierungen.

Professionelle Sprachstrategen und Sprachbenutzer knüpfen mit ihren Produkten also an vertrauten Erfahrungen und Vorstellungen der Nutzerinnen an. Nur so ist zu erklären, warum sie das ausgeprägte Bedürfnis nach Anschaulichkeit und Identifikation befriedigen.

Um beschreiben zu können, welche inneren Szenarien insbesondere die Thematisierung gesellschaftlicher Reizthemen bedient, müssen die "Eigenlogiken" der signifikanten Schlüsselbegriffe und symbolischen Konstrukte der jeweiligen Diskurse (z.B. über Ausländer/Asylsuchende) decodiert werden.

Bucher und Fritz behaupten einen regelhaften Zusammenhang zwischen "explizit Geäußertem und den impliziten Intentionen", der sich vorzugsweise in metaphorischen, ironischen und/oder euphemistischen Wendungen (Bucher/Fritz 1989, 137f., 142) äußere.

Die Sprachwissenschaftlerin Renate Bartsch stellt fest, daß diese Konstrukte zudem die Orte sind, wo am ehesten sprachliche und soziale Norm-Varietäten ausgelöst werden können: "Die wichtigsten Redefiguren im Zusammenhang der semantischen Veränderung sind Metapher und Metonymie in ihren verschiedenen Ausprägungen" (Bartsch 1985, 204). So scheint also auch der eigentliche Wirkungsbereich von Normen weniger auf der Informations- als auf der Bedeutungsebene zu liegen.

Symbole und Metaphern werden hier zunächst allgemein als Träger von Bildern verstanden, die auf einen bestimmten Sinnzusammenhang verweisen, der immer auch über der Wirklichkeitsebene des konkreten Alltags liegt (Berger/Luckmann 1991, 42).

Die Bedeutungen von Symbolen und Metaphern lassen sich selten eindeutig definieren. Daher sind sie besonders geeignet, auch widersprüchliche Erfahrungen zu integrieren. Symbolisierte Verdichtungen tragen aber immer auch den Charakter von Ersatzrealitäten in sich (Edelman 1976, 4). Bezogen auf die politische Rede, faßt Edelman diese Mechanismen so zusammen: "Jede politische Rede evoziert also bestimmte kognitive Einstellungen in einem großen Teil der Zuhörerschaft (und im Redner selbst!) durch stillschweigend metaphorische Unterstellungen und nicht die expliziten Ausführungen" (Edelman 1976, 150). Daraus läßt sich folgern, daß Symbolisierungen über den Umweg durch die Innenwelten auch Kognitionen erzeugen. Edelman behauptet sogar, daß sich das ganze Denken metaphorisch äußere, "innere oder äußere Konflikte und Leidenschaften als Katalysator unserer Bindungen an einen ausgewählten Bereich von Mythen und Metaphern wirken, der Wahrnehmungen der politischen Welt formt" (Edelman 1976, 148). Dann wären Metaphern und Symbole so etwas wie eine Eintrittskarte für die emotionale Seite des Bewußtseinsprozesses.

Sie sind aber auch Seismographen ideologischer Strömungen: "Dieser Zugang zur Ideologie über die Metapher beruht auf der Annahme, daß Metaphern die tiefverwurzelten Erfahrungen der Mitglieder eines sozialen Netzwerkes widerspiegeln. Ihre frühesten räumlichen und materiellen Erfahrungen werden in sprachlichen Ausdrücken konzeptionalisiert, die in einer späteren Phase benutzt und reinterpretiert wurden, um eher geistige Erfahrungen zu kommunizieren." (Dirven 1992, 76). Metaphern und Symbole sind auch geeignetes Material für die Suche nach Spuren tief verwurzelter Irrationalismen, mit denen kommuniziert wird. Und in diesem Umfeld gedeihen auch emotionale Dispositionen für Vorurteile, auf deren kommunikationsfördernde Funktion Wodak et al. hinweisen: "Soziale Vorurteile haben auch sprachliche Orientierungsfunktion" (Wodak et al. 1990, 36).

Diese Strukturen nutzen die Medien. Sie haben "eine Art Verfügungsrecht über die Symbole und Metaphern" (Rust 1980, 11), weil sie zwi-

schen den "Polen von Rationalität und Emotionen" (Rust 1980, 19) vermitteln, also zwischen Information und Anschauung. In jedem Fall teilen die Medien auch mit Hilfe von Symbolen und Metaphern mit, **wie** etwas zu sehen ist (Opp de Hipt 1987, 64).

Die Analyse medial verbreiteter "rassistischer Feindbilder" sollte sich daher auf die Stoffe für spezifische Bilder und Metaphern konzentrieren, die wie Chiffren innere Monologe des Hasses auslösen. Die Analyse der manifesten Ebene, etwa der Nachweis "falscher bzw. unlogischer Argumentation" führt da wenig weiter. Gegen die Suche nach Sündenböcken sowie gegen 'Überfremdungsängste' läßt sich schwer argumentieren, da diese weitgehend auf ein irrationales "Überzeugungs"-Potential rekurrieren, in dem sich Beobachtungen mit inneren Zuständen wie Stimmungen und Motiven mischen und "im Wissensvorrat des Beobachters als Deutungsschemata abgelagert" (Schütz/Luckmann 1990, 204) werden. Ausländerfeindliche Diskurse und entsprechende mediale Kommunikationsstrategien sind also auf der rationalen Ebene schwer zu fassen. So schreibt auch Jobst Paul: "Wir versuchen den Rassismus rational zu analysieren, während er seine Macht und Dynamik gerade aufgrund der mythischen und psychischen Energien gewinnt, die in die Kultur investiert werden" (Paul 1992, 210).

Die "Poesie" dieser rassistischen Konstruktionen entsteht an den Nahtstellen, die Sinn- und Gefühlsstrukturen ansprechen, in denen sich subjektive Wahrnehmungen speichern, die um so stärker auch "Einstellungen" generieren, je häufiger sie mit kollektiven und öffentlichen Strategien der Verdrängung korrespondieren. Sie können jedoch solange nicht als neurotische Störungen bzw. kulturelle Deformation erkannt werden, solange sie "Gültigkeit" weit über die jeweilige soziale Peergroup hinaus beanspruchen und zudem in der öffentlichen Kommunikation ständig "verobjektiviert" werden. Bresser stellt zum Phänomen der Ausländerfeindlichkeit fest: "Seit einiger Zeit wird Sprache politisch nicht nur benutzt, um zu beschwichtigen, sondern um das genaue Gegenteil zu erreichen - zuzuspitzen, zu emotionalisieren, Stimmung zu machen" (Bresser 1992, 16).

### 3.2. Der Fremde: ein minderwertige Spezies Mensch. Am Beispiel der Berichterstattung von Bild am Sonntag und Der Spiegel im Jahr 1986

#### 3.2.1. *BamS als Initiator thematischer Verschiebungen*

##### 3.2.1.1. *Der Ermordete ist selbst Schuld*

Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1986 liefert die BamS eindeutiges Material für ausländerfeindliche Alltagstheorien. Über Ausländer wird überwiegend in Kontexten krimineller Handlungen berichtet, ihre Anwesenheit als Bedrohung der deutschen Gesellschaft inszeniert.

Am 5. Januar 1986 nimmt BamS die Ermordung des Türken Ramazan Avci (26) zum Anlaß einer doppelseitigen Nachbereitung.

Dachzeile:

"Wir Skins sind stark. Wie die HJ. Lasche Typen kotzen mich an..."  
(Nicht als Zitat gekennzeichnet.)

Für die Story zeichnen zwei junge Bild-Reporter (21 und 25 Jahre alt) verantwortlich, die sich in der Skin-Szene umgeschaut haben: "Wir wollen wissen, warum sich junge Leute in Deutschland gegenseitig zu Tode prügeln." Sie geben vor, sich unvoreingenommen mit den Umständen auseinanderzusetzen. Doch schon die Schlagzeile

"Ramazans Ende - im Sarg zurück nach Anatolien"

bezieht sich verharmlosend auf das Ereignis mit tödlichem Ausgang. Auch die knapp gehaltene Schilderung des Tatherganges wirkt äußerst zurückhaltend. Im ersten Schritt der Täter-Opfer-Umkehr wird die Tat euphemistisch umschrieben. Nicht von Mord ist die Rede, sondern: "Der Türke Ramazan Avci (26) starb nach einer Schlägerei mit Skinheads in Hamburg." Auch der rassistische Hintergrund dieser und anderer Terrorakte kommt nicht zur Sprache. Stattdessen notieren die beiden Reporter: "Wir sind verabredet mit dem Neonazi Thomas W.(22), dessen Bruder Rene (18) im Knast sitzt. Rene war dabei, als Hamburger Skinheads zwei Tage vor Heiligabend den Türken Ramazan Avci (26) totschiessen, wie es Augenzeugen später berichten."



Die Beteiligung von Rene wird sogar angezweifelt. In einem Kurzinterview fragen die Reporter den Bruder des mutmaßlichen Täters:

"Ist dein Bruder Rene ein Mörder, fragen wir Thomas, den Neonazi. 'Rene ist ein lieber kleiner Kerl', sagt Thomas. 'Man kann sich gar nicht vorstellen, daß der jemanden totschießt. Doch jetzt ist er selbst in Gefahr: Die Hälfte der Insassen im Untersuchungsgefängnis sind Türken, wollen Rene umbringen. Wenn er heil aus der U-Haft kommt, wird er sich gleich wieder seiner alten Clique anschließen. Er hat ja sonst niemanden.'"

Das ist zwar völlig unlogisch, doch die kausalen Kurzschlüsse bleiben unkommentiert, ohne Darstellung von Gegenmeinung und Analyse. Insgesamt ist dieser Textteil ein fragwürdiges Ergebnis journalistischer Recherche und Aufbereitung und trägt stark demagogische Züge. Aus den verschiedensten Zusammenhängen wird ein Bild an das andere gereiht. Die Bedeutung der Mordtat schwächt die partielle Charakterschilderung des mutmaßlichen Täters ab. Danach findet ein räumlicher Wechsel in das Hamburger Untersuchungsgefängnis statt. Der Bruch der thematischen Kohärenz wird durch den Entwurf eines irrationalen Szenarios noch zugespitzt. In dessen Folge wird der Tatverdächtige plötzlich zum Opfer der 'kriminellen' Gruppe der Türken ("Die Hälfte der Insassen sind Türken!") stilisiert. Und ein Türke war auch der Tote. Spätestens jetzt bekommt das verbreitete Vorurteil 'viele Türken sind kriminell, deshalb haben sie selbst Schuld' in allen seinen möglichen thematischen Variationen neue Nahrung.

Im weiteren Verlauf der Reportage wird offen um Verständnis für die Nazis geworben. Sie hätten keinen anderen Halt als die Gruppe und würden deshalb auch die Hitler-Jugend glorifizieren. Kommentarlos schildern die Reporter den Tagesablauf eines Skins und dessen Lust auf Randalen: "Wir wollen niemanden umbringen, nur'n bißchen verprügeln, macht doch Spaß. Und außerdem: Wir müssen uns ja verteidigen, die Türken jagen uns doch auch."

Dann folgt die Zwischenüberschrift: "Angst? Wir nicht"

Und im weiteren Textverlauf wird das letzte Skin-Argument bestätigend aufgenommen:

*"Tatsächlich: 'Skins wir jagen euch' und 'Rache für Ramazan steht mit schwarzer Sprühfarbe auf Hauswänden und Schau-fenstern in Bergedorf Hassan (17, Schüler aus Wilhelms-burg): 'Wir haben keine Angst. Wir haben uns Messer und Gaspi-stolen gekauft. Abends gehen wir nur noch mit 10 bis 15 Mann weg. Wenn wir Skinheads sehen, schlagen wir zu.'"*

Die Bereitschaft junger Türken zur gewalttätigen Auseinandersetzung läßt sich BamS vom Bruder des getöteten A. bestätigen: "Auch Türken fangen schon mal Streit an."

Dann folgt die Schilderung eines Skinheads, der sich aus Angst vor Türken nicht mehr allein in die U-Bahn wagt. Abschließend wird zur Einordnung der dubiose Kommentar eines Psychologen eingeholt: "Seelisch stehen Skinheads mit dem Rücken zur Wand. Ihr Trost: Wenn ihr uns schon nicht liebt, so sollt ihr uns wenigstens fürchten und hassen. Ihr Motto. Gemeinsam sind wir unausstehlich." So werden rechtsradikale Gewaltakte als Probleme gestörter Adoleszenz verharmlost.

Gegen Ende der Geschichte darf ein junger Mann mit dem Namen "Kahlkopf nach der Zwischenüberschrift "Wie wird man Skin?" ausführlich die Initiationsriten der Skins beschreiben und über rechtsradikale Kleiderordnung schwärmen:

*"Echt praktisch dieser Outfit. Du fühlst dich wie im Krieg, bist beweglich, immer bereit zum Zuschlagen."*

Der eigentliche Anlaß der Berichterstattung, die Ermordung des Türken A., ist am Ende dieser Story kein Thema mehr. Schritt für Schritt wurde das Bewußtsein über das Verbrechen emotiv in ein Verständnis für die Täter umgeleitet.

- 7 **Die Verwendung der Redewendung "Gemeinsam sind wir unausstehlich" ist besonders perfide, handelt es sich doch um einen geflügelten Slogan der Neuen Frauenbewegung, der nun mit rassistischen Inhalten in Verbindung gebracht wird.**

Ein wichtiges Mittel dieser Um-Inszenierung ist die geschickte Anordnung von Bildern, die vorhandene Vorurteilsstrukturen über Türken bedienen. Die sprachlichen Strategien werden durch die journalistische Methode des story-telling unterstützt. Der Textverlauf folgt dem Prinzip eines unlogischen Erzählstroms, der sich im assoziativen Aneinanderreihen von Zitaten generiert. Ein analytisches Abwägen von Fakten, Ereignissen und Einstellungen unterbleibt hingegen völlig.

### 3.2.1.2. *Die Flüchtlinge als Schmarotzer der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft*

Im publizistischen Sommerloch 1986 fährt die BamS fort, Ressentiments gegen Flüchtlinge zu schüren, und konnotiert, wie mit dem schon erwähnten Artikel "Asylantenflut - Es muß ein Gipfel her", bedrohliche und vorgeblich unabwendbare Szenarien. Eine Woche später kündigt die doppelseitige Dachzeile:

"Bild am Sonntag enthüllt: Anwälte, Schlepper und Leihfirmen"

Exklusives an. Die Schlagzeile

"So schamlos verdienen sie an den Asylanten" (BamS 27.7.86,S.4,5)

führt zunächst ins vermeintliche Thema ein, das sich jedoch nach den ersten drei Textspalten nahezu erschöpft hat. In diesem ersten Textdrittel werden zwar Machenschaften von "Schleppern" beschrieben, aber das Versprechen von Enthüllungen wird nicht eingelöst. Es sind Episoden, die zum Teil Erfahrungen von Grenzschutzbeamten wiedergeben. Überwiegend aber bleiben Handlungsträger sowie die Quellen dieser Schilderungen im Dunkeln. Ebenso namen- und konturlos wird über die in Verruf geratenen Anwälte und Leihfirmen berichtet. Doch diese episodische Reihung von Allgemeinplätzen wird dramaturgisch geschickt in einprägsame Bilder eingepaßt. So weiß der Reporter von einem unbekanntem Taxifahrer zu berichten:

*"Ein Taxifahrer aus Helmstedt erzählte mir: 'Kürzlich wurde ich zu einer Telefonzelle bestellt. Da warteten drei Asylanten und gaben mir einen Zettel, auf dem eine Adresse in Bochum stand. Ich*

*wollte erst nicht fahren, weil ich dachte: Die steigen aus und du siehst keinen Pfennig. Die Männer gaben mir dann aber 300 Mark als Abschlag.' In Bochum lieferte er die drei vor einem Geschäftshaus ab. Im Erdgeschoß das Büro einer Baufirma, darüber eine Pension. Im Büro zahlte man ihm die restlichen 400 Mark für die Tour..." (BamS 27.7.86, S.5)*

Mit dieser Taxifahrer-Episode wird der narrative Bogen zum eigentlich beabsichtigten Hauptthema geschlagen, nämlich zu den angeblich dubiosen Tricks und Verhaltensweisen der Flüchtlinge. Wieder werden die politische und wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern außen vor gelassen, wie auch die Schicksale der Betroffenen. Stattdessen wird an niedere Gefühle wie Neid und Ekel appelliert.

Als Gewährsmänner dienen wieder Grenzbeamte, oft namenlos. Dafür läßt BamS sie detailgenau berichten, wie sich die Flüchtlinge Eintritt ins gelobte Land verschaffen und suggeriert damit Authentizität. Ein namenloser Grenzer gibt zu Protokoll:

*"Wir finden Pässe selbst in schmutzigen Kinderwindeln oder in Büstenhaltern".*

Gleich im Anschluß geht es ohne logische Plausibilität weiter:

*"Ohne Pass läßt sich auch Geld verdienen. Manche geben bei der Vernehmung irgendeinen Namen an, kassieren dann in Helmstedt Unterstützung: 308 Mark Sozialhilfe im Monat dazu Kostenübernahme für Wohnheim oder Pension, Beihilfe für Kleidung und Hausrat, auf Antrag sogar Telefon (30 Einheiten im Monat frei). Dann setzen sie sich in eine ander Stadt ab und beantragen erneut Sozialhilfe. Grenzschützer Neering: 'Wir vermuten, daß 20 bis 30 Prozent der Asylanten so doppelt oder dreifach kassieren.' Die Kripo in Helmstedt, die solche 'abgängigen' Asylanten suchen soll, ist hoffnungslos überfordert. Neering klagt 'Die Ausländer können uns Märchen aus Tausendundeiner Nacht erzählen....'".*

Und sicher nicht zufällig sind z.B. am Rande dieser Doppelseite drei kleinere Bildgeschichten zum Thema plazierte: So sehen wir einen Ghanaer, der gerade angekommen, telefoniert, - angeblich mit seinem Schlepper - erläutert uns die Bildunterschrift. Ein weiterer Ghanaer,

auch erst wenige Stunden in Deutschland, sitzt schon gemütlich in einem Wohnheim am Tisch und läßt es sich schmecken. Er kaut mit vollem Mund, sieht proper und gut genährt aus. Mögliche Assoziation "der leidet nicht an Hunger". In der Unterzeile folgt eine detaillierte Schilderung des Menüs: "Jetzt ist er hungrig. Das warme Essen, das die Stadtküche zweimal täglich liefert: Lammbraten mit grünen Bohnen und Bratkartoffeln, dazu ein Liter Orangensaft - doch der soll für den ganzen Tag reichen". Welche anderen Gefühle als Neid und Mißgunst soll diese Aufzählung wecken?

Darunter steht eine längere Geschichte über eine Mutter mit 10 Kindern, die aus dem Libanon geflüchtet ist, nun aber per Flugzeug nach Kairo abgeschoben werden soll. Die Überschrift lautet: "Eine Mutter und ihre zehn Kinder: 11 Tickets zurück nach Beirut". Lapidar wird mitgeteilt, daß die Frau keine Chance auf Asyl habe, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen geflohen sei. Zwei Grenzschutzbeamte sollen sie nun in den Libanon zurückbegleiten. BamS-Kommentar - fett gedruckt: "Preis für die Tickets 10 720 Mark. Von der Bundesregierung bezahlt, von unserem Geld also." Und sicher nicht zufällig ist am linken Rand dieser Doppelseite folgende Meldung aus einem völlig anderen Kontext plaziert:

"Heizkosten runter! Reden sie jetzt mit Ihrem Vermieter". Impuls für das Assoziationszenario: "Wir Deutsche leiden Not, die Asylanten leben in Saus und Braus..."

Am 28. September erscheint dann, wie schon erwähnt, zum Beginn der Woche des ausländischen Mitbürgers die Story mit der Schlagzeile "27.000 Asylanten im Anmarsch auf Berlin", dramatisiert, als sei der Krieg ausgebrochen. Und zum Schluß wird der Kanzler mit der Äußerung zitiert, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei. Damit wird das subtile Schüren von Ängsten in die offizielle politische Linie eingepaßt.

3.2.2. *Die publizistische Inquisition durch den Spiegel: 'Die Spreu vom Weizen trennen'*

Die exemplarische Analyse rassistischer Feinbilder im Nachrichtenmagazin Der Spiegel beschränkt sich auf die Serie "Die Spreu vom Weizen trennen" (August/September 1986). In diesen Texten finden sich bereits all die Stereotype und Versuche, Ausländer zu kriminalisieren, die dann Anfang der neunziger Jahre als "Argumente" auch für die Gewalt der Straße herhalten müssen. Außerdem wird in diesen Reports noch stärker mit subtilen Mitteln der Stigmatisierung gearbeitet als in späteren Jahren. Nach wie vor hält auch Der Spiegel dieses Werk für bedeutsam. Voller Stolz rühmt sich die Redaktion in der Hausmitteilung vom 9. November 1992, mit dieser Serie Aufklärungsarbeit über den 'Mißbrauch von Asyl' geleistet zu haben:

*"...belegte eine sechsteilige SPIEGEL-Serie über "Asylanten und Scheinasylanten", daß der Asyl-Artikel des Grundgesetzes mittlerweile weniger dem Schutz vor Verfolgung als vielmehr der ungehinderten Zuwanderung diene."* (Spiegel-Hausmitteilung vom 9.11.92, 3).

Noch im Sommer 1986 hält sich der Spiegel-Titel "Asyl - 'Bis an die Grenze des Zulässigen'" (28. Juli 1986) in der Aussage fast positionlos zurück. Nur knapp einen Monat später startet dann die sechsteilige Serie

"Die Spreu vom Weizen trennen" Untertitel: "Spiegel-Serie über Asylanten und Scheinasylanten in der Bundesrepublik".

Der Auftakt ist den Tamilen gewidmet, dann folgen die Ghanaer, die Türken und Kurden, schließlich kommen Polen und Iraner auf den Prüfstand. Die sechste Folge, die im Rahmen dieser Analyse nicht berücksichtigt wird, beschreibt die Arbeitsweise der "Schlepper".

**8 Die Analyse dieses letzten Serienteils konzentriert sich ganz auf die "Machenschaften" der "Schlepper" und ist eine endlose Aneinanderreihung von überwiegend unzureichend belegten Impressionen und Anekdoten, die kriminalistische Akribie vortäuschen, aber häufiger noch kriminalisieren.**

In dieser Fortsetzungsstory ist all das noch einmal nachzulesen, womit die BamS ihre Leser bereits konfrontiert hat, nur umfangreicher an Episoden und Einschätzungen. In der Vorlaufgeschichte

"Der Druck muß sich erst noch erhöhen" (25. 8.86)

wird auf der Ebene der politischen Argumentation ironische Distanz zu CSU-Forderungen nach Verschärfung der Asylpraxis gewahrt:

"Um die Stimmung im Volk rechtzeitig zu den Wahlen anzuheizen, helfen Unionspolitiker mit schreckenerregenden Zahlen nach."

Doch die unterschwellige Strategie ist bereits erkennbar, nämlich das Gros der Flüchtlinge als "Scheinasyllanten" zu "entlarven". So wird z.B. eine provokativ gemeinte Überlegung der taz, alle Flüchtlinge ins Land zu lassen, um so im Sinne einer Wiedergutmachung die Schäden der Kolonialeroberungen zu mindern, in aggressiver Weise aufgegriffen:

*"Die Produzenten solcher Patentideen lassen freilich außer acht, daß keineswegs die Ärmsten der Armen, sondern eher, wie zum Teil schon jetzt, die Cleversten der Cleveren ein Flugticket lösen würden, um die geöffneten Grenzen zur Bundesrepublik zu passieren - eine Völkerwanderung wäre die Folge..."* (Der Spiegel vom 25.8.1986, 79).

Belegt werden solche Feststellungen nicht, eine kritisch-historische Betrachtungsweise unterbleibt. Statt argumentativ auf die Folgen der Kolonisation einzugehen, wird auf platte Rhetorik gesetzt ("Ärmsten der Armen", "Cleversten der Cleveren"), die Konstruktion unlogischer Gegensätze (Folgen der Kolonisation versus "Cleversten der Cleveren") mit einprägsamen Alliterationen unterstrichen. Ausgerüstet mit dieser Art Lesehilfe, kann sich der Leser nun ein paar Seiten später durch die Serie arbeiten.

Um einen möglichst systematischen, wenn auch nur vorläufigen Überblick geben zu können, soll im folgenden die Verwendung journalistischer und sprachlicher Methoden zur Inszenierung rassistischer Feinbilder anhand von vier zentralen Kategorien beschrieben werden.

## 1. Kulturelle Stereotypisierungen

Für diese Kategorie wurden Äußerungen zusammengestellt, die sich auf kulturelle Lebensgewohnheiten der jeweiligen Minderheit beziehen.

### Tamilen

*"Nach den Erfahrungen von Peter Hugler, Sri-Lanka Fachmann beim Zirndorfer Asyl-Bundesamt, sind die Tamilen Flüchtlinge von besonderer Seriosität: 'Unheimlich ruhige Zeitgenossen, Krämer- und Buchhaltertypen.' Das erste, was diese Asylanten in Deutschland kauften, sagt er, sei ein Ringbuch: 'Um den Asylantrag abzuheften.' 'Freundlich lächelnd und stets gepflegt', so beobachtete eine Sozialarbeiterin im Landkreis Stade an der Elbe ihre Klientel aus Sri Lanka, treten die Asiaten im Supermarkt auf, um von der knappen Sozialhilfe Zahnpasta und Reis zu erstehen - richtig gute Deutsche." (Spiegel 25.8.86, 80) (Das ist gleichzeitig der Einstieg in die Serie.)*

### Ghanaer

*"In der Bundesrepublik mögen sich die temperamentvollen Schwarzafrikaner mit dem tristen Asylanten-Dasein in Sammelagern mit peniblen Hausordnungen häufig nicht abfinden. Während sich Asylbewerber etwa aus Ostblockländern oder aus Südasien beim Heimpersonal mit bisweilen unterwürfig anmutender Höflichkeit und hervorgekehrter Sauberkeit anbieten, treten Ghanaer häufig furchtlos und fordernd auf, organisieren Hungerstreiks, machen Rabatt und legen sich mit Nachbarn an." (Der Spiegel vom 1.9.86, 103)*

### Türken

*"So gehört es zum Alltag westdeutscher Asylprüfer beispielsweise die politische Lage in einem Kaff und wie Kivah zu analysieren, einem Bergdorf im Südosten Anatoliens, in dem die Zeit vor Jahrhunderten Kurden stehengeblieben scheint. Zwischenüberschrift: Blutrache wegen einer Melone. Keine Straße, keine Stromleitung führt nach Kivah, Wasser wird noch immer aus Brunnen geschöpft...." (8.9.86, 89)°.*



## Polen

*"Zur Arbeitssuche dient oft der Kirchgang, der Kontakt mit Landsleuten, die schon alle Schliche kennen..."* (Spiegel 15.9.86, 127)

## Iraner

*"Den Flüchtlingsbetreuern des Rot-Kreuz-Wohnheimes ...ist die Szene bei der Mittagessen-Ausgabe schon vertraut: In einer langen Schlange warten Inder, Afghanen, Libanesen geduldig auf ihre Ration. Dann kommen die Iraner. Dreist schlendern sie an der Warteschlange vorbei, greifen sich, außer der Reihe ihre Portion Hühnerbein mit Reis und lassen sich zum Mahle nieder. 'Selbstbewußt und aufmüßig', sagt eine Heimbetreuerin, sei die persische Klientel. Grund: 'Die fühlen sich hier als die wahren Flüchtlinge.'" (Spiegel 22.9.86, 94).*

Obwohl jede Folge sich über zehn bis 15 Textseiten erstreckt, erfahren Leser oder Leserin kaum etwas über kulturelle Wurzeln und Gewohnheiten der jeweiligen ethnischen Gruppe. Und die Textstellen, die sich auf (angebliche) Eigenschaften beziehen, geben eher Aufschluß über den ethnozentrierten Blickwinkel des Verfassers.

Die hier dokumentierten "Charakterisierungen" bedienen billige Klischees, sind ausnahmslos diskriminierend und werden auch im jeweiligen Textverlauf nicht relativiert. Die Recherchepfade und Quellen bleiben verborgen, oder sie sind einseitig und ungenau (z.B. Sri Lanka-Fachmann beim Zirndorfer Asyl-Bundesamt, eine Sozialarbeiterin im Landkreis ...). Die journalistische Strategie besteht darin, einzelne Beobachtungen (das Anlegen von Notzbüchern, Kontakte beim Kirchgang, kulturelle Rückständigkeit, Verhalten bei der Essensausgabe) nicht als subjektive Erlebnisse mit konkreten Menschen wiederzugegeben, wie es für eine seriöse, informierende Berichterstattung üblich ist, sondern sie werden vom Standort der auktorialen Perspektive aus in generalisierender Weise als Eigenschaften der jeweili-

**zu erfahren ist, obwohl viele Türken schon seit 20 Jahren in der Bundesrepublik leben. Vielleicht läßt sich dies damit erklären, daß die in Deutschland lebenden Türken auch in den Jahren vor 1986 schon häufig Objekte der Berichterstattung waren.**

gen Ausländergruppe unterstellt. Besonders deutlich wird diese Methode in der Art und Weise wie die Ghanaer charakterisiert werden:

*"In der Bundesrepublik mögen sich die temperamentvollen Schwarzafrikaner mit dem tristen Asylanten-Dasein in Sammel-lagern mit peniblen Hausordnungen häufig nicht abfinden."*

Der Satz impliziert, alle Ghanaer würden sich überall in der Bundesrepublik so verhalten. Diese Behauptung wird auch durch die Einschränkung "häufig" nicht relativiert. Eine Steigerung findet im zweiten Teil dieses Zitats (siehe oben) statt. Nun werden die Ghanaer als Gewalttäter stigmatisiert. Mehr noch als die anderen sind sie die letzte 'Spreu vom Weizen', denen deshalb jegliche Sympathie verwehrt werden muß. Die Konzentration auf kräftige Reiz-Bilder (Hungerstreik, Rabatz, furchtlos fordernd, Schwarzafrikaner) verwischt, daß hierfür keinerlei aussagekräftige Fakten oder "Beweise" beigebracht werden.

## **2. Fluchtgründe/Fluchtumstände**

Auf der Suche nach Schilderungen, die über Fluchtgründe 'aufklären', wurden Hinweise auf konkrete Einzelschicksale notiert oder/und Fakten, die über Zusammenhänge informieren.

### **Tamilen**

*"Doch Geld ist für die meisten, die weg wollen, kein Problem: Das sind keine Hungerleider, sondern Ärzte und Ingenieure, Söhne aus wohlhabendem Hause, Leute mit Familienschmuck. Wegen der paar Mark deutscher Sozialhilfe kam da keiner. 'Ich dachte, ich werde in Deutschland sofort akzeptiert und ich könnte arbeiten', berichtet der Tamile Nikolous, der in Wuppertal nun seit zwei Jahren auf seine Asylenerkennung wartet. Er hatte daheim ... im englischsprachigen Wochenblatt "Weekend" eine Reportage über die Massenflucht seiner Landsleute via Ost-Berlin gelesen. Die fiel ihm wieder ein, als er bei einer Razzia in seinem Phono-*

*und Video-Shop von Singhalesen verhaftet wurde ... Nikolous rannte im Kugelhagel seinen singhalesischen Verfolgern davon, versteckte sich und kaufte ein Ticket nach Deutschland. Wie Nikolous dachten zu viele...." (Der Spiegel v. 25.8.86, 85f.)*

### Ghanaer

*"Dabei ist Ghana trotz dieser Spitzenposition, keineswegs ein Land, in dem Bürgerkriege toben wie etwa in Sri Lanka oder im Libanon. Und wenn dort gefoltert oder gehungert wird, eher weniger als in vielen anderen Staaten der Dritten Welt."... "Kaum ein Ghana-Kenner bezweifelt, daß die überwiegende Mehrheit derer, die nach Deutschland auswandern, dort nicht Schutz vor politischer Verfolgung sucht, sondern dem wirtschaftlichen Elend entkommen will." (Der Spiegel 1.9.86,100)*

### Türken

*"Nicht nur Bonns Regierende mißtrauen den Asylbewerbern aus der Türkei. Vier von fünf dieser Bewerber, meint und auch ein Sachkenner wie Kamil Taylan, selber anerkannter Asylant und seither Gutachter in Kurden Asylverfahren, "erzählen Märchen aus Tausendundeiner Nacht"- der Anteil entspricht ziemlich genau der gegenwärtigen Ablehnungsquote." (Der Spiegel 8.9.86, 86)*

### Polen

*"Was heute aus Polen kommt, ist ein bunt gemischtes Völkchen. Dazu gehört etwa das Pärchen, das nur gekommen ist, um sich das Geld für eine eigene Wohnung in Posen zu beschaffen, oder der Mann, der seine Frau loswerden will." (Der Spiegel 15.9.86, 111)*

*"Nach Deutschland, um die Frau loszuwerden" erscheint auch als Zwischenüberschrift! "Sie bleiben mal Tage, mal Monate, mal Jahre, manchmal für immer - teils als wirklich politisch Verfolgte teils als Wirtschafts- oder Sozialflüchtlinge, als Schwarzarbeiter oder Touristen, der Freiheit oder der schnellen Mark wegen, weil sie gerade Ferien haben oder eigentlich weiter wollen, nach Australien, Kanada oder, am liebsten, nach Amerika, wo schon so viele von ihnen leben. 'Jeder geht dahin', sagt ein Polen-Flüchtling, 'wo es scheener is.' " (Spiegel 15.9.86, 107)*

## Iraner

*"Kein Zweifel: Kaum ein Land der Erde bietet seinen Bürgern derzeit so viele Anlässe zur Flucht wie der Iran ... Genau darin aber, so scheint es, sehen Bonns Regierende zunehmend ein Problem. Während sie Asylbewerber aus anderen Herkunftsländern anlasten, ohne handfeste Fluchtgründe nach Deutschland zu kommen, sind ihnen die Iraner wegen der schieren Zahl derer unheimlich, die mit guten Gründen nach Deutschland kommen könnten."* (Spiegel 22.9.86, 95)

Mehrfach werden in diesem Bericht auch die Foltermethoden des iranischen Regimes beschrieben, nach dem Erkenntnisstand von amnesty international.

Die Iraner ausgenommen, werden die Fluchtgründe der anderen Gruppen sämtlich in Zweifel gezogen. Die Motive der Tamilen, von denen die meisten angeblich aus "wohlhabendem Hause" kommen, werden banalisiert (Der Tamile N. nimmt Reportage und Razzia zum Anlaß und kauft sich ein Ticket nach Deutschland). Die euphemistische Wendung über die Situation in Ghana ist an Menschenverachtung kaum zu überbieten: "Und wenn dort gefoltert oder gehungert wird, eher weniger als in vielen anderen Staaten der Dritten Welt". Türken und Kurden werden als Lügner entlarvt, die Märchen erzählen. Daß dies vier von fünf Türken tun, wird einem anerkannten "Asylanten" als Feststellung unterschoben, mit dem Wörtchen "auch" wird scheinbar der Bezug zu "Bonns Regierende" hergestellt. Die Polen werden als die Gruppe verwitzelt, die ebenfalls keine akzeptablen Fluchtgründe vorbringen kann. Die Schilderungen sind gespickt mit Anspielungen und uralten Klischees über die östlichen Nachbarn.

### 3. **Emotionales Schüren von Ängsten mit konstruierten Katastrophenszenarien**

#### Tamilen

*"Doch es gibt auch andere Organisationen: Ein ganzes Geflecht tamilischer Vereine agiert im Halbschatten der Asylantenhilfe -*

*niemand weiß genau, was da eigentlich genau organisiert wird: Menschenhandel, Waffenhandel, Rauschgifthandel?" (Der Spiegel 25.8.86, 88)*

*"Die Leute von der Insel vom anderen Ende der Erde haben in der seit Jahren anhaltenden Asylanten-Debatte wie kaum eine andere Volksgruppe immer wieder für Zündstoff gesorgt." (81)*

## Ghanaer

*"Unter den gut 100 000 Asylbewerbern, die allein in diesem Jahr in der Bundesrepublik erwartet werden, ist wohl keine Gruppe so umstritten wie die der Ghanaer." (Der Spiegel 1.9.86, 100)*

*"Um ihr spärliches Einkommen aufzubessern, jobben daher fast alle Ghanaer nebenher, organisieren Schiebereien oder kassieren Schmiergelder." (dies tun sie laut Spiegel in Ghana; Der Spiegel 1.9.86, 102)*

*"Bei der Ausreise aus Ghana geben sich die Asylanten als Touristen aus ... Fast immer ist die Einladung getürkt (! B.H.) ... Überdies versuchen listige Ghanaer immer wieder, die Beamten mit gefälschten Arbeits- oder Eheverträgen zu täuschen, die Strohmannen in der Bundesrepublik verschaffen. Als Gegenleistung winken den Deutschen, die sich als Scheinehepartner oder Scheinunternehmer zur Verfügung stellen, nach Ermittlungen von Fahndern bisweilen amouröse Stunden mit schwarzen Schönheiten." (S. 103) "Amouröse Stunden für den Strohmann" erscheint auch als Zwischenüberschrift.*

## Türken

*"Voller Unbehagen registrieren Staatsschützer auch, daß Zuwanderer aus Kurdistan, vor allem Kämpfer der marxistisch-leninistischen PKK, ihren Krieg gegen die Anhänger der türkischen Zentralregierung, aber auch blutige interne Fraktionskämpfe mehr und mehr auf deutschem Boden austragen. Allein in Hamburg sollen PKK-Anhänger in den letzten Jahren ein halbes Dutzend Türken brutal überfallen und mißhandelt haben ... (Der Spiegel 8.9.86,103)*

## Polen

*"So kommen denn nun Tausende, zu Wasser, zu Lande und in der Luft." (Der Spiegel 15.9.86, 107)*

*"Der Notgroschen für die ersten Tage in der Fremde - am liebsten Dollar oder Westmark - liegt gewöhnlich schon vor der Übersiedlung auf der Bank. Erworben werden die Devisen entweder legal oder, eine polnische Spezialität, offiziös reingewaschen." (114)*

*"Mindestens Dreiviertel der 10 000 in Hamburg gemeldeten Polen, schätzt die Ausländerpolizei, arbeiten schwarz. Dazu kommen viele "Arbeitstouristen", die offiziell nirgendwo auftauchen. In Berlin ist es ähnlich..." (125)*

Auch der Spiegel appelliert wie die BamS an dumpfe Ängste deutscher Bürger. Ausufernde Schilderungen krimineller Handlungen werden unzulässig generalisiert (vgl. auch Ruhrman 1987), ohne analytische Untermauerung. Der Wiedererkennungswert ist jedoch hoch, können diese Episoden doch vom Rezipienten, der auf diese Art der Berichterstattung in der Regel seit Jahren konditioniert ist, als angebliche Grundeigenschaft der ethnischen Gruppen in schon vorhandene Vorurteilsstrukturen und Deutungsmuster eingeordnet werden oder aber auch neue Ressentiments wecken. TAMILIEN, aber auch Türken und Kurden, bekommen den Stempel 'militante Kriminelle' verpaßt; die Polen werden, wie seit 200 Jahren üblich, als verschlagenes "Völkchen" vorgeführt (vgl zur deutsch-polnischen Geschichte Broszat 1972).

Als 'listiger Kleinkrimineller' soll auch der Ghanaer in Erinnerung bleiben. Und das Episödchen über "amouröse Stunden mit schwarzen Schönheiten" ist gleichermaßen für die Befriedigung niederer Gefühle wie Gier und Haß geeignet. Wie bei der BamS verlieren sich die Quellen solcher Wirklichkeitskonstruktionen überwiegend im Nebel der Recherche.

Doch nicht nur zu seinen Objekten der Berichterstattung pflegt Der Spiegel ein zynisches Verhältnis. Die redaktionelle Strategie kalkuliert auch gezielt mit intellektuellen Schranken bei seinen Lesern. Dies

zeigt sich in der inflationären Verwendung von Superlativen. So erfährt der Leser über die Tamilen:

*"Die Leute von der Insel, vom anderen Ende der Erde haben in der seit Jahren anhaltenden Asylantendebatte wie kaum eine andere Volksgruppe immer wieder für Zündstoff gesorgt" (25.9.86).*

Nur eine Woche später wird schon auf Vergeßlichkeit gesetzt, denn jetzt heißt es über die Ghanaer:

*"Unter den gut hunderttausend Asylbewerbern, die allein in diesem Jahr in der Bundesrepublik erwartet werden, ist wohl keine andere Gruppe so umstritten, wie die der Ghanaer."*

#### **4. Entwürfe irrealer Szenarien**

Für diese Kategorie sind Textstellen zusammengestellt worden, die noch eklatantere Brüche in der Logik und Textkohärenz aufweisen, als die Beispiele zuvor.

##### **Tamilen**

*"Hat das alles einen Sinn - die Flucht aus dem Fernen Osten in den deutschen Westen? Die Tamilen stellen solche Fragen nicht. Sie beten in ihren Wohnheimen zu grellbunten Hindu-Götterbildern - und im übrigen sind sie gut im Organisieren ... Aus Frankfurt lassen sie sich ihre exotischen Kochgewürze von Landsleuten mitbringen, und am Samstagnachmittag trifft 'Tamilen Münster' auf 'Tamilen Dortmund' zu einem Fußballmatch. Zwar hat die Ausländerbehörde das Herumreisen verboten - doch das nimmt keiner so ernst." (Der Spiegel 25.8.86,87).*

*"'Der Bürgerkrieg', sagt der Frankfurter Professor Manfred Zuleeg, 'ist mittlerweile die Nagelprobe des Asylrechts.' Kein Wunder: Wenn Flüchtlinge aus dem Bürgerkrieg als asylberechtigt angesehen werden, dann stehen Krieger aus aller Welt ins Land. Wo immer in der Welt um die Macht im Staat gerungen wird, beide Seiten könnten nach Deutschland kommen, um ihre Wunden zu pflegen oder einander auf fremden Boden zu bekriegen." (Der Spiegel 25.8.86,88).*

## Ghanaer

*"Wer aus welchen Gründen kommt, läßt sich oft nur schwer ausmachen. In den deutschen Asylantenheimen, in denen Ghanaerinnen und Ghanaer zu dröhnenden Reggae-Rhythmen im Jogging-Anzug durch Zimmer und Flure tänzeln, verlieren die Zuwanderer plötzlich ihre selbstbewußte Lässigkeit, wenn sich Reporter nach Fluchtgründen erkundigen."* (Der Spiegel 1.9.86, 101)

## Polen

*"Beim Kirchgang an Sonntagen, wenn die Polnische Gemeinde in der überfüllten St.-Joseph-Kirche an der 'Großen Freiheit' auf St. Pauli zur schwarzen Madonna von Tschenschow betet ("Gott, gib uns unsere freie Heimat wieder"), geben die Polen ihre Liebesgaben an bereitstehende Lastwagen auf."* (Der Spiegel 15.9.86, 117)

In diesen Beispielen ist jegliche Argumentationslogik außer Kraft gesetzt. Losgelöst aus allen rationalen Kontexten, werden hier Teilthemen kombiniert, die überwiegend aus völlig unterschiedlichen Zusammenhängen stammen. Eine argumentative Entwirrung erübrigt sich, denn diese Bilder und Reizwörter sind nur noch Chiffren für eine "Expertensprache" der Vorurteile und des Hasses. Sie bedienen Assoziationsszenarien für einschlägige innere Monologe.

Besonders in Episoden wie denen über die Ghanaer verdichten sich alle nur möglichen verklemmten Begierden, abgedrängten Wünsche und Autoritätsfixierungen des deutschen Kleinbürgers. Den Schwarzen, die ihre Körperlichkeit trotz der Umstände sinnenfroh erleben, wird Demut abgefordert:

*"In den deutschen Asylantenheimen, in denen Ghanaerinnen und Ghanaer zu dröhnenden Reggae-Rhythmen im Jogging-Anzug durch Zimmer und Flure tänzeln, verlieren die Zuwanderer plötzlich ihre selbstbewußte Lässigkeit, wenn sich Reporter nach Fluchtgründen erkundigen."* (101)

Dieses Inquisitionsbegehren des weißen Reporters gegen die Lebensfreude macht dennoch "kulturellen Sinn", kann sich der Sittenwächter doch auf gute alte protestantische Tradition berufen. So echauf-



fierte sich bereits 1843 in ähnlicher Herrenmenschentalität der missionarische Eindringling Carl Hugo Hahn über afrikanische Gewohnheiten:

*"Auch einem satanischen Tanz der Gomaxa-Damaras mußte ich ein Ende machen ...Die Einwohner stoben auseinander, als sie mich kommen sahen. Ziemlich unsanft faßte ich einen der Damaras an der Schulter und gebot auf der Stelle Ruhe. Das wirkte. Sie gingen ein wenig erschrocken und still auseinander, und der Spektakel hatte ein Ende."* (Hahn 1984, zitiert nach von Paczensky 1991, 137)

### 3.2.3. Sexismus - das verborgene Fundament rassistischer Feindbilder

Ist von Flüchtlingen die Rede, so steht überwiegend der sogenannte "Asylant" zur Disposition: fremd, dunkelhäutig, männlich. Nur in Ausnahmen kommt die Situation asylsuchender Frauen zur Sprache.

Henning Escher wertete im Auftrag der FU-Berlin die einschlägige Berichterstattung acht überregionaler Zeitungen (FAZ, SZ, FR, Handelsblatt, Die Welt, taz, Die Zeit, Der Spiegel) des Jahres 1992 aus (Escher 1993, 20 f.). Durchschnittlich finden Frauen nur in zehn Prozent aller 2300 Fälle Erwähnung. In keinem einzigen Artikel berücksichtigt Der Spiegel Immigrantinnen. Escher wertet dies als "ein Höchstmaß an Ignoranz weiblicher Biographien" (Escher 1993, 20). Doch selbst in der taz stehen in sechs von sieben Reportagen Männer im Mittelpunkt. Ausführliche Einzelfallschilderungen kommen insgesamt in allen Medien kaum vor, lediglich in drei Prozent, das sind 68 Beiträge. Und in diesen werden frauenspezifische Fluchtgründe nur in sechs Fällen umfangreicher thematisiert.

Wenn Frauen in BamS oder Spiegel als Asylsuchende thematisiert werden, dann fast ausschließlich im Rahmen sexistischer Stereotype. Sind sie Angehörige islamischen Glaubens, wie Türkinnen oder Iranerinnen, dann werden sie in der Regel als rückständige Kopftuchträgerinnen ohne eigene Persönlichkeit beschrieben. Ihre patriarchal geprägten Lebensbedingungen werden sensationslüstern ausgeschlachtet (Vgl. Der Spiegel vom 29.10.90: "Knüppel im Kreuz, Kind im

Bauch"). Für den männlichen Leser bleiben sie so unwirkliche, weil asexuelle Wesen. Größter Verachtung sind jedoch die schwarzen Frauen ausgeliefert.

Ein Beispiel aus dem Spiegel soll genügen. Das deutsche Nachrichtenmagazin hat sich schon vor 1986 auf Afrikanerinnen kapriziert. Im Mai 1985 erscheint der Artikel

Dachzeile: "Asyl-Schwindel" mit der Schlagzeile: "Ins Dekollete" (27.5.85)

Ohne Beleg wird unterstellt, daß Ghanaerinnen nach Deutschland kommen, um vorrangig der Prostitution nachzugehen:

*"Auf eine Anerkennung als Asylanten kommt es den Mädchen aus Ghana und ihren Zuhältern allerdings gar nicht an. 'Viele der Ghanerinnen', beantwortete kürzlich der Berliner Senat eine Anfrage der Alternativen Liste, 'waren bereits in ihrem Heimatland als Prostituierte tätig'. In der Bundesrepublik möchten sie möglichst viel Geld verdienen - ein Wunsch, der nach dem Ausländerrecht keinen Anspruch auf Aufenthalt begründet."*

Schon zu Beginn dieser Story werden einschlägige Männerphantasien aufs Ausführlichste mit plastischen Bildern und Details aus der Prostitutionsszene versorgt. Sogar über Preise wird informiert:

*"Schon für 30 bis 50 Mark bieten die Frauen... bedürftigen Freiern ihre Dienste an. Vor allem ausländische Gastarbeiter greifen dankbar zu - in der Stuttgarter Innenstadt müßten sie mehr als das Doppelte zahlen."*

Der schreibende Kenner mit Kaufmannsmentalität ist auch über Kurse und "Arbeitsbedingungen" in anderen Städten genauestens informiert. Die Vorlieben der Kundschaft hat er ebenfalls akribisch recherchiert. Da versteht es sich fast von selbst, wenn auf die Angabe von Quellen verzichtet wird. Auch über die angebliche sexuelle Leistungsfähigkeit der diffamierten Frauen kann sich der Leser ein Bild machen: "Bis zu sechsmal pro Nacht bedienen die Afrikanerinnen ihre zumeist türkische und jugoslawische Kundschaft. (Spiegel 27.5.85,50)

Doch auch deutsche Freier, weiß das deutsche Nachrichtenmagazin, bleiben bei Ghanaerinnen, die "neuerdings unter Männern als Ge-

heimtip" gelten, nicht abstinent. Dies fördert laut Spiegel allerdings Agressionen unter Frauen: "Mancherorts, so in Hamburg und in Karlsruhe, führte der Zustrom der Afrikanerinnen schon zu Handgreiflichkeiten zwischen einheimischen Dirnen und den schwarzen Konkurrentinnen."

Dieser Artikel dokumentiert eher subjektive Freiererlebnisse, gibt aufschlußreiche Einblicke in die Niederungen sexueller Verkrüppelungen und Frauenverachtung. Nach nachrichtlich relevanten Zusammenhängen sucht die Leserin vergeblich, auch wenn dieses Produkt im Politikteil des Blattes steht.

Die gleiche sexistische Diktion findet sich auch ein Jahr später in der Serien-Folge über die Ghanaer wieder. Die Ghanaerin bleibt weiterhin mit dem Stigma der Prostitution behaftet. Fast wortgleich heißt es über die Preise:

*"Für 30 bis 50 Mark bieten dunkelhäutige Schöne ... bedürftigen Freiern ihre Dienste an."* (Spiegel 1.6.86,104)

Und erneut wird der Mythos bedient, die Ghanaerinnen würden aus Spaß und Freude dem Gewerbe der Prostitution nachgehen:

*"Viele Frauen aus Ghana waren allerdings schon in Afrika als Prostituierte tätig, etwa in den Großstädten der reichen Nachbarländer. ... Wie unbefangen manch eine schwarze Prostituierte ihrem Geschäft nachgeht, haben der Stuttgarter Sozialarbiter Gerd Mäschle und sein Kollege Klaus Hampel erlebt. Weil einige Ghanaerinnen im Wohnheim ... die Telefonnummern ... gegeben hatten, mußten die beiden wiederholt Anrufe von Freiern oder Saunaclubs abwimmeln."*

*Ein Dauerkunde, der auf dem benachbarten Schlachthof arbeitete, pflegte seine Auserwählte mit Naturalien zu bezahlen. Er kam zweimal pro Woche mit bluttriefenden Plastiktüten ins Asylantenheim."*

Über den Zweck der Prostitution erfährt die Leserin staunend:

*"Mit der schnell verdienten Mark kaufen die Frauen sich und ihren Zuhältern Kleidung oder den begehrten Walkman".* (104)

Diese trivialen Episoden befriedigen das voyeuristische Bedürfnis nach Anzüglichem, und sie nähren zudem Vorurteilsstrukturen über Flüchtlings-Frauen. Die Fakten sind dünn, dafür können die prallen Bilder im Unterbewußten ankern. Der Spiegel richtet die asylsuchende Ghanerin für die Phantasien deutscher Leser journalistisch als käuflich zu erwerbende Hure zu.

Wie eng sexistische Einstellungen mit rassistischen Überzeugungen korrespondieren, das konnten Adorno und Theweleit schon vor Jahren belegen. In einer neueren Untersuchung weist auch der Sozialpsychologe Vinnai auf diese krude Verbindung von "ethnozentristischen" Einstellungen und "angstbesetzter" Frauenfeindlichkeit hin, die autoritätsfixierten Charakteren eigen sei: "Die Toleranz gegenüber dem Andersartigen, an die jede Humanität gebunden ist, wird bei Männern von einer aus kulturellen Traditionen resultierende Frauenfeindlichkeit untergraben" (Vinnai 1992, 75).

#### 4. **Zusammenfassung**

Insgesamt ist festzuhalten, daß BamS und Der Spiegel mit hoher zeitlicher Konsonanz und ähnlichen thematischen Schwerpunkten über Flüchtlinge und Asylsuchende berichten, wobei in der Tendenz der BamS eine Vorreiterrolle zukommt. Der Spiegel übernimmt dafür die quantitative Ausgestaltung der von der BamS initiierten Teilthemen. Diesen intermedialen Abhängigkeiten entsprechen auch die inhaltlichen Intentionen. Beide Printmedien operieren bereits Mitte der achtziger Jahre überwiegend mit Feindbildern und einer permanenten Entwertung und Kriminalisierung der Subjekte. Ihre Alltagshypothesen über angeblich soziale und kulturelle Gewohnheiten von Ausländern liefern Material für Bedeutungskonstruktionen, in denen die Fremden als die bedrohlichen "Anderen" stigmatisiert werden.

Diese Zuschreibungen und Verurteilungen erfolgen jedoch nicht rational. Die Prinzipien der Recherche sind bei beiden streckenweise un-

durchsichtig und überwiegend einseitig. Statt analytischer Argumentation wird mit den trivialen Methoden des storytellings und willkürlichen Analogiebildungen auf das Initiieren von Assoziationsketten gesetzt, die geeignet sind, innere Szenarien der Angst und des Hasses auszulösen. Statt mit Fakten und anderen journalistischen Angeboten zur Erweiterung kognitiver Prozesse, muß sich die Leserin mit Surrogaten der Information, überwiegend in Form von Irrationalismen, zufriedengeben. Mit diesem rabulistischen Jargon haben Bild am Sonntag und Der Spiegel über Jahre hinweg die Inszenierung rassistischer Feindbilder gefordert, die stark androzentrische Züge aufweist:

"Das Bild des abgewehrten Fremden zeigt bei Männern häufig 'feminine' Züge wie Gefühlsbetontheit, Mangel an Selbstdisziplin oder eine verführerische Sinnlichkeit ... Wenn die Sexualität in starre, klischeehafte Muster gepreßt werden muß, in die ein lebendiges sinnliches Begehren kaum eingebracht werden kann, bekommen das nicht nur Frauen, sondern auch Ausländer zu spüren." (Vinnai 1992,75f).

Rassismen, die heute wie Kraken die Köpfe und Seelen vieler Bürger kolonisieren, dokumentieren aber auch den Grad der Zerstörung von Vernunft und Sinnlichkeit.

Vor dem Hintergrund der rassistisch motivierten Morde werte ich die Berichterstattung von BamS und Spiegel als eine Form der strukturellen Gewalt gegen Ausländer. Nach Galtung liegt Gewalt dann vor, "wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung" (Galtung 1975, 9). Gewalt wird also vom Objekt der Gewalt her definiert und schließt nicht nur die direkte physische Anwendung, sondern auch die Einschränkungen mit ein, die Menschen an der Verwirklichung ihrer Menschenwürde hindern.

## Literatur

- Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt 1971
- Anderson, J.A. (Hg.): Communication Yearbook, Los Angeles 1989
- Baacke, Dieter/Kübler, Hans-Dieter (Hg.): Qualitative Medienforschung, Tübingen 1989
- Bartsch, Renate: Sprachnormen: Theorie und Praxis, Tübingen 1985
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1991, zuerst 1966
- Bresser, Klaus: "Die Worttäuscher haben die Roßtäuscher abgelöst", Frankfurter Rundschau 8.7.92, S. 16
- Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972, zuerst 1963
- Bucher, Hans-Jürgen/ Fritz, Gerd: Sprachtheorie, Kommunikationsanalyse, Inhaltsanalyse, in: Baacke, Dieter/Kübler, Hans-Dieter (Hg.): 1989, S. 135-160
- Cube, Alexander von: Doppelte Katastrophe, Journalist 6/1986, S.9
- Dirven, René: Metapher und Ideologie, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) (1992), S 75-86.
- DISS: SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Duisburg 1992 (Redaktion: Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Joachim Pfenig)
- Edelman, Murray: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt 1976
- Elias, Norbert/Scotson, John L.: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt 1990
- Enzensberger, Hans Magnus: Die Sprache des SPIEGEL, in: ders. Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie, Frankfurt 1962, S. 74-105
- Erler, Brigitte: "Asylanten" - Wie ein Begriff zu Politik wird, amnesty international-Info 10/1987, S.3-5
- Escher, Henning: "Im Zweifelfall männlich". Frauen sind in der Zuwandererdebatte der Medien kein Thema, asylum. Journaille 5. Hamburg 1993. (Hg. vom Institut für Journalistik. Allende Platz 1, 2000 Hamburg)

- Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens - und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg 1975
- Gerhard, Ute: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu 'Asylantenfluten' werden. Zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Programmen, in: Jäger/Januschek (Hg.) 1992, S. 163-178
- Habermas, Jürgen: Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder "normal" geworden, Die Zeit vom 11.12.1992, S.48
- ders.: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt 1990, zuerst 1962, Vorwort der Neuauflage, S. 11-50
- Haller, Michael/Holzhey, Helmut (Hg.): Medienethik, Opladen 1992
- Heitmeyer, Wilhelm: Sprengsatz. Rechtsradikalismus kommt aus dem Zentrum der Gesellschaft. Interview mit der taz vom 8.10.91. Berlin
- Heitmeyer, W /Buhse,H./Liebe-Freund,J./Möller,K./Müller,J./Ritz, M./Siller,G./Vossen,J.: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie - Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, Weinheim, München 1992
- Jäger, Siegfried: BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg 1992
- ders./Januschek, Franz (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991, Oldenburg 1992 (=Osna-brücker Beiträge zur Sprachtheorie Nr. 46)
- dies.: Einleitung: Der Diskurs des Rassismus, in: dies. (Hg.) 1992, S. 5-12
- Jarren, Otfried: Politik und Medien im Wandel: Autonomie, Interdependenz oder Symbiose? Anmerkungen zur Theoriedebatte in der politischen Kommunikation, Publizistik. 33. Jg. 1988, Heft 4, S. 619-632
- Kuby, Erich: Der Spiegel im Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin, München 1987
- Leiprecht, Rudolf: Ein Problem nur für "Fremde"?. Rassismus - die Macht der Zuschreibung, Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 45, Dezember 1992, Offenbach/Main, S. 17-33
- Link, Jürgen: Die Struktur des Symbols in der Sprache des Journalismus. Zum Verhältnis literarischer und pragmatischer Symbole, München 1978
- ders.: Kollektivsymbole und Mediendiskurse, kultuRRevolution 1 (1982), S. 6-21

- ders.: Asylanten. Ein Killwort, kultuRRvolution 2 (1983) S. 36-38.
- ders.: Asylantenflut oder "Flüchtlinge raus", taz vom 24.7.86, S. 5
- ders.: Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger, S./Januschek, F. (Hg.) 1992, S. 37-52
- Moles, Abraham A.: Informationstheorie und ästhetische Wahrnehmung, Köln 1971
- Opp de Hipt, Manfred: Denkbilder in der Sprache von CDU und SPD, Opladen 1987
- Paul, Jobst: "Geist" vs. "Tier": Rassismus und Gewaltästhetik, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) 1992, S. 210-228
- von Paczensky, Gert: Teurer Segen. Christliche Mission und Kolonialismus, München 1991
- Quinkert, Andreas/Jäger, Siegfried: Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von Bild gegen Flüchtlinge im Herbst 1991, Duisburg 1992<sup>2</sup> (=DISS-Skripte Nr. 4)
- Ruhrmann, Georg: Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung 'ausländerfeindlicher' Alltagstheorien, Opladen 1987
- ders.: Die Konstruktion des Fremden in den Medien. Struktur- und Folgeprobleme, in diesem Band.
- Ruß-Mohl, Stephan/Seewald, Berthold: Die Diskussion über journalistische Ethik in Deutschland - eine Zwischenbilanz, in: Haller, Michael/Holzhey, Helmut (Hg.) 1992, S. 22-36
- Rust, Holger: Medien-Betrieb. Spiel zwischen Mythos und Aufklärung, Berlin 1980
- Sarcinelli, Ullrich: Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik, Opladen 1987
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas: Strukturen der Lebenswelt, Frankfurt 1990, zuerst 1984
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Stichwort Asylant, Berlin/New York 1989
- Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Band 1 und 2. Frankfurt 1989 (zuerst 1977 und 1978)



- Teichert, Will: Tschernobyl in den Medien. Ergebnisse und Hypothesen zur Tschernobyl-Berichterstattung, Rundfunk und Fernsehen 1987/2, 35. Jg., S 185-204
- van Dijk, Teun A.: Structures of Discourse and Structures of Power, in: Anderson, J.A.(Hg.) 1989, S. 18-59
- Jäger, S./Januschek, F. (Hg.) 1992, S. 103-129
- ders.: Eliten, Rassismus und die Presse, in diesem Band
- Vinnai, Gerhard: Das innere Ausland. Thesen zur Sozialpsychologie der Fremdenfeindlichkeit, taz vom 27.11.91, S. 12
- ders.: Fremdenfeindlichkeit und die Krise der Linken. Zur Sozialpsychologie von Rassismus, Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 45, Dezember 1992, S. 71-77
- Wallraff, Günter: Der Aufmacher. Der Mann, der bei Bild Hans Esser war, Köln 1977
- Weischenberg, Siegfried: Die Barschel-Affäre. Eine qualitative Analyse zu einem Fall in der "Mediengesellschaft", Werkstattberichte der Forschungsgruppe Journalistik Band 3, Münster 1990
- ders.: Journalistik. Medienkommunikation: Theorie und Praxis, Opladen 1992
- Wodak, Ruth/Nowak, Peter/Pelikan, Johanna/Gruber, Helmut/de Cillia, Rudolf/Mitten, Richard: "Wir sind alle unschuldige Täter!". Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt 1990

Georg Auernheimer

## **Die unausweichliche welthistorische Konfrontation:**

### **Peter Scholl-Latours Fernsehserie "Das Schwert des Islam"\***

Während der Golfkrise und dann vor allem während des Golf-Krieges wurden die Moslems in allen westlichen Ländern mit einer Welle von Mißtrauen und Feindseligkeit konfrontiert. Zu den Repressionen und Schikanen von staatlichen Stellen (Internierung, Personenkontrollen etc.) kam in Westeuropa und in den USA eine Verschärfung des Alltagsrassismus gegen orientalisches aussehende Straßenpassanten, Nachbarn und Arbeitskollegen. Es wurden Brandanschläge auf Moscheen und Wohnungen verübt, Ladenbesitzer bedroht etc. Dabei machte man oft keinen Unterschied zwischen Arabern, Iranern und Türken, ja nicht einmal zwischen den arabischen Nationalitäten, ungeachtet ihrer Position im Golfkrieg.

Inzwischen scheint das während des Golf-Kriegs produzierte Feindbild nicht mehr aktuell. Die Feindseligkeiten gegen Orientalen scheinen eine Episode gewesen zu sein. Zu denken gibt jedoch die Schnelligkeit, mit der das neue Feindbild Islam Verbreitung fand. Wahrscheinlich wäre diese Welle von Mißtrauen und Haß nicht denkbar gewesen, wenn nicht schon ablehnende Einstellungen und negative - oder sehr ambivalente - Bilder von den Arabern, den "Mohammedanern", den Orientalen in unseren Köpfen vorhanden gewesen wären. Ich gehe davon aus, daß aus Anlaß der Krise, des militärischen Konflikts kollektive Vorstellungen revitalisiert worden sind. Es wurden gleichsam Bilder über den Islam aus dem kollektiven Gedächtnis abgerufen.

\* Um einen Vorspann erweiterte Fassung eines Artikels, der im Frühjahr 1993 in einem Sammelband des Palmyra-Verlags Heidelberg mit dem Titel "Das Schwert des "Experten"". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild", hg. von Verena Klemm und Karin Hörner, erschienen ist.

Sollte diese Annahme richtig sein, so wäre kritische Wachsamkeit auch in Zukunft angebracht. Bis vor kurzem stand der Nord-Süd-Konflikt nicht nur im Schatten des Ost-West-Konflikts, sondern er artikulierte sich auch überwiegend im Schema der Gegnerschaft zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das heißt, die unterentwickelten Länder orientierten sich entweder an der planwirtschaftlichen oder marktwirtschaftlichen Ideologie. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems könnte die "Rückbesinnung" auf eigene Traditionen bei sich verschärfenden Gegensätzen zwischen dem Norden und dem Süden für viele Staaten attraktiv werden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten können - wie beim islamischen Fundamentalismus - auf kulturelle Entfremdung und Enteignung durch den Westen zurückgeführt werden. Dies legt eine Reaktion unsererseits nahe, die dem gleichen kulturalistischen Schema folgt.

Unabhängig davon ist heute schon in Europa die Neigung verbreitet, die die hohe Verschuldung der Dritte-Welt-Länder und all die anderen bedrängenden ökonomischen und ökologischen Probleme mit der "Mentalität" der Menschen dort zu erklären, was von kritischen Rückfragen entlastet, die unsere Wirtschafts- und Lebensweise betreffen. Es scheint sich "ein Zeitalter des 'Weltbürgerkriegs' (Carl Schmitt) mit verworrenen Fronten anzukündigen" (so Robert Kurz in der FR vom 7.9.1991). Je mehr sich das Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden vergrößert und weitere sozioökonomische Verwerfungen entstehen, umso verständlicher wird die Auflehnung gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit, umso wahrscheinlicher der Versuch, aus der Notlage auszurechnen. Führern vom Schlage eines Saddam dürfte es in dieser Situation leichtfallen, die Massen zu mobilisieren. Für solche Konflikte gewinnt auf unserer Seite ein Rassismus Bedeutung, der mit kulturalistischen Erklärungsmustern operiert.

Das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen Europa und den angrenzenden Regionen führt außerdem dazu, daß immer mehr Menschen "hierher" zu kommen versuchen werden, um an unserem Reichtum teilzuhaben. Ein weiteres Fluchtmotiv sind die Konflikte zwischen den

verarmten Nachbarn. Die Immigration weckt schon jetzt Bedrohungsängste und forciert Planungen, die "Festung Europa" gegen die Habenichtse abzuriegeln. Ordnungspolitische Maßnahmen müssen dabei wohl durch Ideologien gestützt werden, um sich zu legitimieren. Dazu eignet sich hervorragend die Ideologie der kulturellen Überlegenheit und Differenz als einer unaufhebbaren Differenz, wie sie von rechten Kreisen wie der Neuen Rechten schon seit längerem - nicht zuletzt im Hinblick auf den Islam - propagiert wird. Doch auch Publizisten wie Peter Scholl-Latour, die fast beliebigen Zugang zu den Massenmedien haben, tragen zu den angesprochenen Ressentiments in der Bevölkerung erheblich bei.

Im Januar 1991, als die Falken in Washington nach mehrmonatigem Aufmarsch in der Wüste den Krieg gegen den Irak ausbrechen ließen, wurde vom Zweiten Deutschen Fernsehen die vierteilige Serie *"Das Schwert des Islam. Revolution im Namen Allahs"* von Peter Scholl-Latour ausgestrahlt. Ein sehr gutes Timing also. Die Einschaltquoten müssen, nach der Auflage des gleichzeitig herausgegebenen Begleitbuches zu urteilen, enorm gewesen sein. Das Buch mit dem gleichen Titel (Heyne Verlag) war innerhalb einer Woche vergriffen und hielt auf der Bestseller-Liste des Spiegel längere Zeit den ersten Platz. Die Menschen hatten scheinbar das Bedürfnis, sich wenigstens einen Reim auf die Geschehnisse auf der Arabischen Halbinsel machen zu können, wenn sie schon zur Ohnmacht verurteilt waren. Und der "große Kommunikator" Scholl-Latour bot ihnen tiefgründige Erklärungen, die etwas Faszinierendes im Doppelsinn des Wortes (lat. fascinare = bezaubern, behexen) an sich hatten. Mit dem Image "des kenntnisreichsten, seriösesten Journalisten deutscher Sprache" (so die Süddeutsche Zeitung nach dem Klappentext des Buches) und dem Gestus des großen Deuters vermittelte er Zuschauern und Lesern eine Sicherheit des Wissens, welche die Unbeeinflussbarkeit des aktuellen Geschehens kompensieren half. Den leichten Schauer angesichts der drohenden islamischen Weltrevolution nahm man dabei gern in Kauf. Dieses Erfolgsrezept ließ auch die später von Scholl-Latour produzierte Serie *"Den Gottlosen die Hölle"* zum Medienereignis werden.

Scholl-Latours politische Botschaft las sich so: Der Golfkrieg war unvermeidlich wie alles, was an Konflikten mit der islamischen Welt noch folgen wird. Der Eindruck der Unausweichlichkeit dieses Ereignisses war angesichts der damaligen Beunruhigung und Kriegsunlust der bundesdeutschen Bevölkerung sicher politisch hilfreich. Den Lesern der Illustrierten Quick wurde es noch etwas deutlicher gesagt. "Warum es am Golf keinen Frieden geben kann!" titelte die Quick am 17. Januar 1991 und startete eine Artikelserie des "Star-Journalisten" Scholl-Latour, einen gekürzten Abdruck des Buches *"Das Schwert des Islam"*. Bisher hatte Scholl-Latour vor allem für ein Publikum aus der Mittelschicht eine Erklärung und Rechtfertigung des Vernichtungskriegs. Gerade beim "Bildungsbürgertum", soweit es so etwas noch gibt, kann er, so scheint es, Erfolge verbuchen, weil er sich nicht einfach mit klischeehaften Feindbildern begnügt.

Bei der kritischen Würdigung der Werke Scholl-Latours geht es weniger um die Frage, ob die gelieferten Informationen immer korrekt sind und wissenschaftlicher Überprüfung standhalten, wie es um seine Kenntnisse und seine Seriosität bestellt ist, die er zu suggerieren versteht. Gegen Kritiker hat er sich gut gewappnet. Gegenüber dem Vorwurf der Überzeichnung oder Vernachlässigung von Sachverhalten kann er meist auf relativierende Bemerkungen verweisen, die er an wenigen Stellen macht, ohne daß freilich die zentralen Botschaften dadurch beeinträchtigt würden. Niemand soll dem "Nahost-Experten" nachsagen können, er habe irgendetwas außer acht gelassen. Aufschlußreich ist dabei übrigens ein Vergleich zwischen dem Text der Fernsehsendung und dem Buchtext. Nur im Buch, das ja anders rezipiert wird als eine Sendung - der Leser kann sich während der Lektüre Gedanken machen, Verbindungen zu seinem bisherigen Wissen herstellen, nochmals nachlesen - findet sich zum Beispiel eine Einschränkung des Klischees von dem seinem Wesen nach militanten und intoleranten Islam. Nur im Gedruckten macht Scholl-Latour Zugeständnisse an die historische Wahrheit. Hier werden - freilich eher beiläufig - "Perioden großer Toleranz" (S. 78) unter islamischer Herrschaft und "die Duldsamkeit der mittelalterlichen Kalifen" (S. 45)

erwähnt.<sup>1</sup> Die zentrale Botschaft aber heißt: Der Islam neigt seinem Wesen nach zur Militanz und Intoleranz. Der Islam sei "eine politische Religion" mit ungeheuerem Expansionsdrang. In der Sendung werden solche Aussagen durch die Verknüpfung von Wort und Bild vermittelt. - Während Scholl-Latour aus dem Studio einen Zwischenkommentar über den Islam als politische Religion spricht, illustriert eine Karte im Hintergrund die Ausbreitung des Islam.

Es geht also weniger um die Korrektheit der einzelnen Aussagen, als vielmehr um das Weltbild, innerhalb dessen die Informationen erst ihren Stellenwert erhalten, und es geht darüber hinaus um die mediale Wirkung, die sich in der Verbindung von gesprochenem Text, Bild und - teilweise - Musik entfaltet. - Dazu im folgenden nur einige exemplarische Hinweise.

Kulturen sind in der Vorstellungswelt von Scholl-Latour - und hier steht er vermutlich seinem Publikum recht nahe - weitgehend monolithische Gebilde, deren Wesenszüge sich vor Zeiten herausgebildet haben. Sie haben etwas von Lebewesen an sich. Auch wenn sie zeitweise "geschlummert" haben mögen, wie der Islam, so verschaffen sich diese Wesen doch immer wieder ihr historisches Recht, und zwar "unerbittlich" - dieses Attribut (oder auch gleichbedeutende wie "zwingend") verwendet Scholl-Latour zur Beschreibung historischer Entwicklungen ausgiebig. "Schlummern" und "Erwachen" bestimmen den Rhythmus der Geschichte. Dem liegt ein zyklisches Geschichtsbild zugrunde, welches nach Peter Scholl-Latour zumindest für die islamische Welt gültig ist. Während Europa "bis auf den heutigen Tag den Fortschrittsglauben hochhält", scheint sich die islamische Entwicklung "in einem ständigen Kreislauf zu bewegen" (S. 88). Der "Nahost-Experte" verweist auf Arnold Toynbee und den gelehrten Ibn Khaldun aus dem 14. Jahrhundert. Aus dieser Perspektive sind die Kulturen die eigentlichen geschichtlichen Subjekte, nicht die Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Lebensbedingungen, nicht wirtschaft-

**1** Die Seitenzahlen beziehen sich auf P. Scholl-Latour: *Das Schwert des Islam*. 2. Aufl. München 1990. Abweichungen des gesendeten Textes habe ich gekennzeichnet, wo es mir wichtig erschien.

liche Interessengruppen. Es gibt keine Dialektik zwischen gesellschaftlichen Erfahrungen und kulturellen Transformationen. So wie Vulgärmarxisten geschichtliche Prozesse auf Biegen und Brechen immer auf ökonomische Entwicklungen zurückführten, so ist für einen Kulturalisten wie Scholl-Latour letztinstanzlich alles durch kulturelle Gegensätze zu erklären. "In letzter Analyse" ist eine seiner Lieblingsformeln. Zu den Nationalitätenkonflikten in Jugoslawien etwa meint er: "In letzter Analyse verläuft hier die Kluft zwischen dem orthodoxen Christentum der Serben auf der einen Seite und dem zutiefst islamisch geprägten Lebensstil der Albaner auf der anderen" (S. 63). Die Erwägung, daß es sich schlicht um politische Machtfragen oder ökonomische Interessen handeln könnte, wird beiseite gewischt. Sie erscheint allenfalls oberflächlich. Wirtschaftliche und politische Interessen spiegeln sich nicht in den kulturellen Idealen, sondern umgekehrt. Solche Interessen seien nur vordergründig die Motive für einen Streit, der eigentlich ein Kulturkonflikt sei. Die Menschen machen sich nach dieser Vorstellung nicht kulturelle Traditionen schöpferisch zu eigen, um sich in ihrer Welt zu orientieren oder um die vorgefundenen Verhältnisse umzugestalten. Sie bedienen sich nicht ihrer kulturellen Symbolwelt, um Konflikte zu deuten und Interessen zu artikulieren. Sie sind Geschöpfe und Gefangene ihrer jeweiligen Kultur, die "zutiefst" (siehe oben!) ihr Leben und Denken, ihre "Mentalität" prägt.

Weit verbreitet ist die Vorstellung, es gebe grundverschiedene "Mentalitäten" mit so stark variierenden Bedürfnissen und Lebensansprüchen, daß man die europäischen Maßstäbe bezüglich der Lebensqualität nicht an Menschen aus anderen Kulturen anlegen könne. - Chinesen seien genügsam, Japaner arbeitsam bis zur Selbstaufopferung, Orientalen schicksalsergeben, Schwarze gutmütig und bei entsprechender Anleitung fleißig etcetera. Diese Vorstellung teilt offenbar auch Scholl-Latour, und er bestärkt sie - zum Beispiel so: "Man will im Westen nicht begreifen, daß man in der Levante mit Konflikten Jahrzehnte, ja Jahrhunderte leben kann" (1. TV-Folge). Ja, ja diese Levantiner! - Etwas streitsüchtig, aber sie arrangieren sich mit jeder Situation, mag der Zuschauer denken. Warum spricht Scholl-Latour hier

von der "Levante", warum nicht vom Nahen Osten oder vom Vorderen Orient? Um die Levante, einen historischen Begriff (nach Duden "Bezeichnung für die Mittelmeerländer östlich von Italien"), rankt sich ein Kranz von Assoziationen, was vor allem in dem Bild von der "levantinischen Lebensart" deutlich wird. Man weiß an dieser ebenso wie an anderen Stellen nicht, ob Scholl-Latour solche Wörter bewußt einsetzt, oder ob sie ihm aus der Feder fließen, weil er die stereotype Vorstellungswelt der Masse seines Publikums teilt.

Dazu gehört auch die Vorstellung von homogenen Kulturen oder "Kulturkreisen". Die Mehrdeutigkeit kultureller Symbole wird übersehen. So fällt auch kein Blick auf die Meinungsverschiedenheiten um die richtige Deutung der jeweiligen Tradition. Das Phänomen, daß Traditionen mit unterschiedlichen Bedeutungen "besetzt" werden und umkämpft sind - Sozialwissenschaftler sprechen vom "Kampf um kulturelle Hegemonie"<sup>2</sup> - bleibt völlig unbeachtet. Die Tatsache, daß die Interpretation kultureller Traditionen, speziell religiöser Traditionen, immer umstritten ist, wird ausgeblendet. Kulturen erscheinen als homogene Gebilde mit einheitlichen Wesenszügen. Sie sind deshalb auch - logische Konsequenz - nicht miteinander vereinbar. Der Gegensatz der Kulturen wird zur Triebkraft des geschichtlichen Prozesses. Alle Charakteristika eines kulturalistischen Weltbilds sind in Scholl-Latours Äußerungen über den Islam auffindbar. Selbst manche an sich unverfängliche Textpassage, der man spontan zustimmen möchte, sollte vor dieser Interpretationsfolie gelesen werden.

Geschichte wird zur Wiederkehr des immer Gleichen. Konflikte reichen in die "Nacht der Frühgeschichte" zurück. Charakteristisch für Scholl-Latour ist eine Mythologisierung der Geschichte. So wird der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern zum "Schicksalskampf. Diese Deutung wird zwar Saddam Hussein zugeschrieben, aber zugleich bestätigt. "Dieser Konflikt reicht in die Urzeit zurück bis zum Stammvater Abraham" (S. 22). Es handelt sich Scholl-Latour

2 So zum Beispiel der französische Philosoph der Neuen Rechten Alain de Benoist unter Verwendung einer Kategorie von Antonio Gramsci, die er nach Neurechts wendet.



zufolge um "die Fortsetzung eines semitischen Bruderzwistes, eines Erbstreites, der sich in der Nacht der Frühgeschichte verliert" (ebd.). Man will es kaum glauben - "mit Abraham oder Ibrahim hat doch alles begonnen" (S. 32, vgl. S. 40). Weltgeschichte also als Familiensaga? Jugendliche Palästinenser führen mit der Intifada einen "uralten Erbstreit" fort. Kommentar zu Bildern von Mekkapilgern und Wallfahrtsritualen: "Die Wallfahrt nach Mekka ruft den Ursprung der semitischen Tragödie ... voll ins Gedächtnis". Scholl-Latour hat noch eine tiefgründigere Interpretation parat: "Hier geht es um einen Streit um die Gunst Gottes." Er spricht, wohlgemerkt, nicht von Deutungsmustern in den Reihen der Konfliktparteien. Es besteht gewiß kein Zweifel, daß irdische Interessenkonflikte immer wieder und in aller Welt mythologisiert worden sind und in ideologischen Formen ausgetragen werden. Vor allem die Religion kann auf diese Weise reale Gewalt gewinnen, zu einer politischen Realität werden. Nicht diese distanzierte Aussage jedoch erreicht die Zuschauer und Leser. Die Warnung "mächtige Mythen erheben wieder ihr Haupt" (S. 25) hat keinen analytischen Gehalt, obendrein wird sie wegen der unpassenden Metapher um ihre Wirkung gebracht. Vielmehr glaubt Scholl-Latour offensichtlich selbst an die unaufhaltsame Revitalisierung der Religionen. Interessant ist, wie die mythische Weltsicht in der Sendung mit Hilfe von Bild und Ton suggeriert wird. Während die Zuschauer von "uralten mythischen Gegensätzen" hören, blicken sie auf eine Flußlandschaft mit Palmen (Nilufer?). Die Filmmusik aus "Exodus" im Hintergrund erinnert musikalisch an die biblische Thematik. Gleichzeitiger Sprechertext: "Ein Gotteskrieg wird heute ausgetragen, der bis in die Nacht der Zeiten zurückreicht" (1. Sendefolge).

Die Darstellung der aktuellen Konflikte im Nahen Osten ist voll mythischer Bezüge. Scholl-Latour spricht von der "babylonischen Streitmacht" des Irak. Saddam Hussein wird als "der neue Nebukadnezar" vorgestellt, an anderer Stelle als "der neue Belsazar von Babylon". Die Regierung Shamir sieht angeblich "die Stunde eines neuen Armageddon" heraufziehen. Die Panzer der ägyptischen Armee im Sechstagekrieg erscheinen "wie einst die Kampfswagen des Pharao". Wenn es den Autor einmal gepackt hat, so der Eindruck, kann er es gar nicht

mehr lassen, ständig Bezüge zu den Geschichten des Alten Testaments herzustellen. Das mag insofern wirkungsvoll sein, als sie an Vertrautes beim Publikum anknüpfen. Stellenweise bringt die Leidenschaft für biblische Vergleiche aber eine unfreiwillige Komik mit sich. So erinnern Scholl-Latour Feuer sogleich an die Jünglinge im Feuerofen, selbst die Einfälle irakischer Pyrotechniker bei einem Spektakel zu Ehren des Diktators. Und Erdgasfackeln im Iran "erinnern auf ihre Weise an jene Lehre des Zarathustra ..." (S. 124). An anderer Stelle legt Scholl-Latour die mythische Bezugnahme geschickt anderen in den Mund. Ein israelisches Mädchen in Uniform beispielsweise läßt er "das Heldentum der neuen Makkabäer" besingen (S. 58). Oder er nimmt zur rhetorischen Frage Zuflucht. - "In Gaza wurde - so berichtet die Bibel - auch der hebräische Kriegsheld Samson gefangengehalten und geblendet... Ist es ein Zufall, daß gerade in Gaza die nationalistische, arabisch-palästinensische Motivation des Widerstandes mehr und mehr durch die Parolen der islamischen Revolution ... überlagert wird?" fragt Scholl-Latour (S. 33). Manchem mag es schwerfallen, den Zusammenhang zu durchschauen. Aber vielleicht kann er sich dieser Geschichtsdeutung gerade wegen ihres geheimnisvollen Charakters nicht entziehen.

Es verwundert nicht, daß im Rahmen dieses Geschichtsbildes auch die Betrachtung des Islam im Grunde unhistorisch ist, so gewiß Scholl-Latour über den Aufstieg und Untergang islamischer Reiche und über epochale Ereignisse zu plaudern weiß. Er erliegt der Imagination eines authentischen Islam und spiegelt damit die Sichtweise der Fundamentalisten unreflektiert wider, verdoppelt diese bloß. Der islamische Fundamentalismus ist für ihn "im Grunde nur streng praktizierter koranischer Glaube" (S. 25). Er wird nicht als Reaktion auf den Imperialismus des euroamerikanischen Blocks, auf strukturelle Heterogenität und eine widersprüchliche Modernisierung verstanden. Scholl-Latour sitzt dem Phantom einer "reinen" Lehre genauso auf wie die religiösen Eiferer in allen Offenbarungsreligionen. Zitat: "Anscheinend ist in Saudi-Arabien der Islam in seiner ganzen Reinheit erhalten geblieben" (S. 91).

Kulturelle Transformationen werden übergangen. Jedenfalls werden sie nicht als Antworten auf historische Herausforderungen sichtbar. Deshalb verschwinden auch die Differenzen zwischen den verschiedenen Formen und Richtungen des Islam. Sie werden von Scholl-Latour überpinselt, obwohl er natürlich - das ist er seinem Ruf als "Nahost-Experte" schuldig - zu Protokoll gibt, daß er um regionale Besonderheiten, um islamische Rechtsschulen und Sektenbewegungen weiß, nicht zu reden vom Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten, der sich längst in deutschen Medien herumgesprachen hat. Ungeachtet dessen wächst der Islam vor den Zuschauern und Lesern zu einer homogenen Größe von bedrohlichem Ausmaß an mit einheitlichen Wesenszügen wie Militanz, Fanatismus, Unberechenbarkeit.

Schon der Titel der TV-Serie "Das Schwert des Islam" stützt sich auf verbreitete Klischees aus unserem Schulbuchwissen. Er ruft - ebenso wie der Titel der vierten Folge "Der neue Tatarensturm" - Bilder ab, die im kollektiven Gedächtnis der Europäer gespeichert sind, und löst damit einen Effekt des Wiedererkennens aus. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der sog. Indikativ, die Titelanzeige, der vier Sendefolgen: Zuerst weht die grüne Fahne des Propheten über den Bildschirm, wird dann überblendet vom Bild flinker Reiter im Wüstensand (?), vor denen der Obertitel erscheint. Der Untertitel "Revolution im Namen Allahs" wird illustriert von einer Massenaufnahme. Frauen im Tschador, von der Kamera von schräg oben erfaßt, bewegen sich über den Bildschirm. Die ganze Bilderfolge wird begleitet von Musik mit Bläsern, die etwas Schicksalhaftes, Bedrohliches suggeriert. Dann folgt der Titel der jeweiligen Sendefolge. Scholl-Latour bezieht sich auf die Vorstellungen seines Publikums, um sie dann zu bestätigen. - "Wer von islamischer Revolution redet, denkt an diese Phänomene: fanatische Massen, tiefverschleierte Frauen, die die ganze Strenge des koranischen Gesetzes fordern, hysterische, aggressive Frömmigkeit, eine morbide Sucht nach dem Martyrium und ein makabrer Kult mit den Leichen der Märtyrer ..." (S. 108 f.) Die Aufnahmen von Massendemonstrationen im Iran liefern, indem sie den Zuschauer scheinbar zum Augenzeugen machen, quasi den Beweis. Die US-Amerikaner meint Scholl-Latour am Ende seines Buches vor den "unberechenba-

ren Leidenschaften der islamischen Massen" (S. 155) warnen zu müssen. Das Klischee vom irrationalen Orient wird in Bilder von hitzeblühenden Wüstenlandschaften übersetzt. Scholl-Latour: "Persien mit samt seiner wiedererstandenen schiitischen Frömmigkeit ist ein schwer verständliches, völlig irrational wirkendes Land" (S. 110). Darüber ist eine orientalische Flötenmelodie gelegt, so daß die vertrauten Muster sich ergänzen (3. Sendefolge). Bemerkenswert ist der Beginn der dritten Sendefolge: Iranische Kriegsheimkehrer aus der irakischen Gefangenschaft kriechen auf das Grabmal des Khomeini zu und tragen heulend ihre Reue darüber zur Schau, daß sie nicht als Helden gestorben sind. - Zweifellos ein befremdliches, peinliches Schauspiel, mit dem Scholl-Latour das Kapitel über "die späte Rache Khomeinis" eröffnet. Er spricht damit gleich einige gängige Stereotypen an: Irrationalität, Fanatismus und Unterwürfigkeit des Orientalen.

Der Jihad wird zwar nicht zum Wesenskern des Islam erklärt. Er gehöre nicht zu den fünf Säulen des Islam, so Scholl-Latour. Aber: "Aus den Suren des Koran klingt eine ganze Folge von eindeutigen Appellen an die Gläubigen. Sie sollen auf dem Weg Allahs streiten, sie sollen töten und getötet werden, um der gerechten Sache willen" (S. 58). Das Märtyrertum im Jihad erscheint fast als normales Bedürfnis jedes Muselmanen. "Die unberechenbaren Leidenschaften der islamischen Massen" (S. 155) können einem Angst einjagen. Wieder wird der Fanatismus eindrucksvoll über Bilder vermittelt. Der Zuschauer sieht afghanische Mudschaheddin beim militärischen Drill in den Bergen. Sie robben mit nacktem Oberkörper durch den Schnee und schonen sich offenbar nicht bei der Vorbereitung auf den Kampf. Nach einem Bildschnitt blickt man auf eine Geißelszene aus dem schiitischen Trauermonat Muharram. Die nackten Oberkörper der Mudschaheddin und der Geißler stellen ein kontinuierliches Bildelement dar und signalisieren Leidenschaft, Inbrunst, Fanatismus.

Dem kulturalistischen Denkschema entspricht es, daß Scholl-Latour sogar dem Ayatolla Khomeini ungeachtet der zahllosen Folteropfer im Iran eine gewisse Größe bescheinigt. Ja, er spricht fast ehrerbietig von

dieser "alttestamentarischen Erscheinung" (S. 118). Verständlich erscheint ihm "die Verzweiflung der Bevölkerung über den Verlust dieser mythischen Figur, dieses Mannes, der den strengen Richtergestalten des Alten Testaments ähnlich war" (S. 120). Während Aufnahmen vom berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran gezeigt werden, sagt Scholl-Latour: "In der Strafanstalt von Evin nahm Khomeini manche Züge des 'Alten vom Berge' an" (S. 120). Despotismus, Irrationalität und Folter sind dieser Kultur nun mal eigen - so das Fazit dieses fragwürdigen Kulturrelativismus. Das skizzierte Welt- und Geschichtsbild hat seine eigene Logik. - Wenn die Geschichte ohnehin unerbittlich ihren Gang geht, so läßt sich auch kaum ein moralisches Urteil über ihre Agenten fällen. Khomeini wird in eine "eiskalte Einsamkeit" entückt; denn er weiß um "die Widersprüche, die Ausweglosigkeit seines heiligen und schrecklichen Experiments" (S. 117). Übrigens hat "einsame Einsamkeit" dem Autor offenbar so gefallen (- im Buchtext ist noch nüchterner von Einsamkeit die Rede -), daß er sie auch in der Serie "Den Gottlosen die Hölle" benutzt, und zwar als Attribut für Iwan den Schrecklichen. Höhepunkt der Stilisierung Khomeinis ist eine Passage am Schluß des dritten Teils. Scholl-Latour zitiert Nietzsche, während er die Zuschauer in einen Sonnenaufgang im Gebirge schauen läßt: "Also sprach Zarathustra und verließ seine Höhle, glühend und stark wie die Morgensonne, die aus den dunklen Bergen kommt." Fanfarenmusik mit Trommeln soll wohl das Überwältigende der Szenerie erhöhen und eine "Schicksalsstunde" (S. 125) ahnen lassen. Und Scholl-Latour fährt fort: "Wer möchte da nicht auch an Khomeini denken...?"

Zur Logik kulturalistischer Denkweise gehört auch der unversöhnliche Gegensatz der Kulturen. Deshalb sehen manche Sozialwissenschaftler/innen darin auch eine neue Variante des Rassismus, zum Teil auch eine Einstiegsdroge in den Rassismus alter Art.<sup>3</sup> Dies wäre,

**3** Für Etienne Balibar und einige andere Ideologietheoretiker ist der neue Rassismus nicht mehr biologistisch, sondern kulturalistisch begründet. Scholl-Latour bestätigt dieses Urteil mit Äußerungen bei seinen Medienauftritten. So kündigte er bei einer Talk-Show mit der israelischen Anwältin und Pazifistin Felizia Langer seine Bereitschaft zum Gespräch auf. Er wolle gerne streiten, aber nur mit einem "anständigen Palästinenser" und

nebenbei gesagt, eine eigene Untersuchung auch bei Scholl-Latour wert, der in der erwähnten neueren Serie "Den Gottlosen die Hölle" gehäuft rassistische Attribute wie "blonde Slawen" oder "asiatische Gesichtszüge" verwendet und ihnen historische Bedeutsamkeit verleiht. In "Das Schwert des Islam" wird der unversöhnliche Gegensatz zwischen dem Islam und dem Judentum, dem Christentum oder auch dem Hinduismus kulturell oder mythisch begründet. Mit der "Götterwelt des Hinduismus", der angeblich "den täglichen Lebenslauf" von achthundert Millionen Indern bestimmt, "kann es für einen frommen Mohammedaner keinen Kompromiß geben" (S. 62), was suggeriert, daß Konflikte unvermeidlich sind. Die jahrhundertelange friedliche Koexistenz der Religionen wird kaum erwähnt und bleibt unerklärt. Der Konflikt zwischen Serben und Albanern ist ebenso "in letzter Analyse" kulturell bedingt (siehe oben!), wie es auch bei dem Kleinkrieg zwischen Armeniern und Aserbeidschanern nur "vordergründig um einen Territorialstreit (geht)" (S. 138). Die Konflikte erhalten damit eine andere Wertigkeit. Sie scheinen auf Dauer gestellt und letztlich unaufhebbar. Scholl-Latour "erscheint eine Lösung des aktuellen Konfliktes um das Heilige Land zwischen Israeli und Palästinensern kaum vorstellbar" (S. 42). Die Hoffnung auf Aussöhnung und "die Arbeit an Konfliktlösungen wird zu einer Sache von Schwarmgeistern. Nach einer Rückblende auf die erbitterten Auseinandersetzungen im Libanon und die Massaker in den Palästinenserlagern verkündet Scholl-Latour: "Die Todfeindschaft zwischen arabischen Christen und arabischen Moslems... entlarvte die Vorstellung von einem säkularen, toleranten und multikonfessionellen Palästinenserstaat, in dem Juden, Mohammedaner und Christen gleichberechtigt

einem "anständigen Israeli". Authentisch, echt, "anständig" ist eben nur, wer in seiner Kultur verwurzelt, ihr und seiner Gemeinschaft treu, um nicht zu sagen verschworen ist. Dem irakische Außenminister sprach Scholl-Latour in einem Interview Mitte Februar 1991 politische Handlungsmöglichkeiten im Ringen um eine Waffenruhe ab; denn dieser sei Christ, so seine Begründung. Er unterstellte mehr oder weniger explizit Verständigungsprobleme zwischen dem christlichen Minister und seinem islamischen Regierungschef. Deutlicher könnte die Unterstellung unüberwindlicher kultureller Gegensätze nicht zum Ausdruck gebracht werden.

leben könnten, als schwärmerische Utopie" (S. 52). Der internationale Kontext bleibt ausgeblendet. Es wird nicht gefragt, wieweit die Gegensätze im Libanon von außen geschürt worden sind, ob man nicht ethnische Spannungen, die sich mit sozialen überlagerten, politisch instrumentalisiert hat. Statt solcher Trivialitäten wird den Zuschauern und Lesern der tiefverankerte kulturelle Gegensatz als Erklärung angeboten. Dabei wird ihre Aufmerksamkeit allerdings immer besonders auf die Unduldsamkeit des Islam gelenkt. Damit wird langsam der Kern der Botschaft von Scholl-Latour deutlich: die Warnung vor dem Islam.

Ihre besondere Aktualität bekommt diese Warnung angesichts der Zuwanderung muslimischer Immigranten. Aufgrund der kulturellen Differenz und besonders auch des Charakters des Islam sind Muslime nicht im europäischen Kulturkreis integrierbar. "Immer wieder wird die Frage gestellt, warum die Muslime sich in fremde Kulturen so schwer integrieren lassen" (S. 44), eröffnet der "Nahost-Experte" dem Publikum, bevor er zur Sache kommt. Wie fatal erweist sich doch aus der tieferen Einsicht des Experten heraus die Illusion der französischen Militärs, "sie könnten acht Millionen Muselmanen des Maghreb in die französische Republik und den westlichen Lebensstil integrieren" (S. 100). Und die Kommunisten in der Sowjetunion erlagen der gleichen Illusion, wie sich heutzutage herausstellt. Die Franzosen sind inzwischen klüger geworden: "Nicht nur rassistisch oder faschistisch angehauchte Franzosen blicken mit bösen Ahnungen auf die Bildung einer massiven exotischen Bevölkerungsgruppe im eigenen Land, die weniger aufgrund ihrer maghrebinischen Merkmale als infolge ihres kompromißlosen religiösen Engagements im Sinne des Korans weder integrierbar noch assimilierbar ist" (S. 107). An dieser Äußerung läßt sich schön zeigen, wie geschickt Scholl-Latour vorgeht, um dem Publikum sein Urteil beizubringen. - Zuerst werden Zeugen aufgerufen, in diesem Fall die Franzosen, und zwar beileibe nicht bloß "faschistisch oder rassistisch angehauchte Franzosen". Das erhöht die Glaubwürdigkeit, obwohl dunkel bleibt, woher Scholl-Latour weiß, daß die Franzosen solch "böse Ahnungen" haben. Er selber hält sich zunächst bedeckt, attestiert den Franzosen aber insofern Realitäts-

sinn, als jene Bevölkerungsgruppe tatsächlich nicht assimilierbar ist. Dies wird nicht etwa durch den Konjunktiv als Meinung der Franzosen gekennzeichnet. Der Indikativ zeigt an, was wirklich der Fall ist. In der Sendung wird die Aussage wiederum auf eine 'überwältigende' Weise ins visuelle Medium übersetzt. Die Kamera folgt einer Frau in eine enge Gasse, vermutlich im Algerierviertel von Marseille. Das Kopftuch macht die Frau als Muslimin kenntlich. Vor einem Hauseingang stehen zwei Männer, von denen einer die Zudringlichkeit der Kamera mit gespreizter Hand abwehrt. Hier wird der Film angehalten. Die Hand, die den ganzen Bildschirm ausfüllt, bildet den Hintergrund für den Abspann der dritten Sendefolge und hinterläßt beim Zuschauer, so darf man annehmen, einen nachhaltigen Eindruck im buchstäblichen Sinn des Wortes. Die Botschaft, die ihn zusammen mit dem gesprochenen Text erreicht, heißt: Die Muslime schließen sich ab. Sie bilden eine für Europäer unzugängliche Gemeinschaft mit eigenen Gesetzen, eben "eine massive exotische Bevölkerungsgruppe", womöglich einen Staat im Staate. - Ein gefährlicher Sprengsatz also.

Die angebliche Bedrohung hat aber noch andere Dimensionen. Durch das Erwachen des Islam treibt die Weltgesellschaft auf eine globale Konfrontation zu. So die Message von Scholl-Latour. "Eines ist sicher: Khomeini hat die Fackel der islamischen Revolution entzündet und allen gegenteiligen Behauptungen zuwider lodert diese Fackel weiter" (3. Sendefolge). Das Feuer ist bereits nach Norden in die ehemalige Sowjetunion übergesprungen, wie das "Aufflackern" der Volkserhebungen dort zeigt (S. 28). Man achte übrigens auf die Metapher! Scholl-Latour liebt Bilder von Naturkatastrophen, speziell Feuer und Sturm: "ein mörderischer, alles vernichtender Wirbelwind" (der Mongolensturm, S. 67), ein "heiliger Sturm, der aus der Wüste kam" (der Coup der Wahabiten, S. 91). Der ganze arabische Orient erscheint als ein "unberechenbarer Brandherd" (S. 9). Die Fronten jener bevorstehenden globalen Konfrontation sind bereits vielerorts eröffnet: im Nahen Osten, in Zentralasien, im Maghreb und eben selbst im Innern Europas (vgl. S. 155). Es droht eine "Völkerwanderung von Süd nach Nord", unter Umständen durch eine islamische Machtergreifung in Nordafrika und Anatolien beschleunigt, die aber im übrigen "unter-



schwellig bereits in Gang gekommen ist" (S. 155), wie Scholl-Latour seinen Lesern verrät. In Bezug auf Frankreich stellt er klar: "Es handelt sich hier nicht um eine Immigrationswelle, es handelt sich um eine Völkerwanderung, und das Bild der provenzalischen Städte hat sich in den letzten zwanzig Jahren massiv verändert... Algier ist in Marseille präsent" statt umgekehrt wie früher (S. 104). "Noch (!) segnet die Madonna den südfranzösischen Hafen" wird den Fernseh-Zuschauern gesagt, während man ihnen die goldglänzende Madonnenstatue und die Ansicht einer Kirche über Marseille zeigt, bevor die Kamera hinabtaucht in die Straßen des Gettos. - Wiederum eine zugegebenermaßen recht gelungene Inszenierung der zentralen Botschaft mit einiger Suggestivkraft. Die globale Konfrontation, auf die wir "zutreiben" - eine beim "Nahost-Experten" beliebte metaphorische Wendung - entspricht, so wird unterschwellig nahegelegt, ebenso "einem uralten unerbittlichen Gesetz" (S. 22) wie der Streit zwischen Juden und Arabern. Sogar die "führenden Männer des Kreml" konnten sich der späten Einsicht in "diese historische Unerbittlichkeit" nicht entziehen. Schon de Gaulle soll gesagt haben: "Eines Tages werden sogar die Russen begreifen, daß sie Weiße sind" (S. 153). Ein großer Wissender quasi wie der Autor selbst. Diesem "drängt" sich die Parallele zwischen Algerien und Afghanistan "auf. Der Afghanistan-Krieg gewinnt vor diesem Deutungshorizont weltgeschichtliche Dimension. Die Auflösung des "russischen Imperiums" war quasi vorprogrammiert. Denn: "Es kann nicht ausbleiben, daß der kriegerische islamische Eifer ... auf die Muselmanen der Sowjetunion in der einen oder anderen Form übergreift" (S. 137). Die Bedeutung der wirtschaftlichen Probleme bleibt dabei wiederum unterbelichtet.

Wenden wir uns abschließend noch einmal mit Scholl-Latour dem Nahost-Konflikt zu, der uns als die Manifestation eines "uralten Erbstreits" (S. 32) vorgeführt wurde! Die Unmöglichkeit kultureller Koexistenz wird dort besonders prägnant deutlich. Der Rekurs der Konfliktparteien auf mythische Traditionen im zeitgeschichtlichen Konflikt wird, wie gesagt, nicht kritisch beleuchtet. Vielmehr dichtet der Experte selber einen Geschichtsmythos. Und er wird samt seinem Publikum zum Opfer seines Mythos; denn eine Konfliktlösung er-

scheint "kaum vorstellbar" (S. 42). Es gibt "keine tragfähige Kompromißlösung" (S. 155). Insofern ist Gewalt legitim, so kann man schlußfolgern, Aufrüstung geboten, der vernichtende Erstschlag kein Tabu, wenn man nicht passiv der Dinge harren will, die da kommen, was sich - zumal bei der von Scholl-Latour suggerierten Intoleranz der Araber - nicht empfiehlt.

In zwei Heldenmythen wird die Botschaft vom bevorstehenden Endkampf symbolisch verdichtet: im Kampf der Kreuzritter und im sagenumwobenen Kampf der Juden auf der Felsenfestung Massada. Die US-Marines in Beirut traten 1982 bereits - so wieder einer der beliebten historischen Vergleiche von Scholl-Latour - "die Nachfolge jener abendländischen Kreuzritter des Mittelalters an, die sich zweihundert Jahre lang im Heiligen Land behauptet hatten" (S. 52, in der Sendung gestrichen). In der Sendung folgt nach der Aufnahme von US-Marines ein Schnitt. Dann werden die Ruinen einer Kreuzfahrerburg gezeigt. Im Text heißt es, begleitet von Gregorianischem Choral: "In diesen Festungen hatte sich die Christenheit mit dem Mut der Verzweiflung festgekrallt und dem Ansturm des Halbmondes standgehalten" (S. 53). Dieser Satz hält einer rationalen Überprüfung kaum Stand. - Die Christenheit dürfte kaum in den Kreuzfahrerburgen Platz gefunden haben. Vom "Ansturm des Halbmondes" zu sprechen ist historisch unsinnig, weil der Halbmond erst Jahrhunderte später zu einem militärischen Symbol geworden ist. - Aber das tut der suggestiven Wirkung des Satzes im Verein mit Bild und Musik keinen Abbruch. Das gleiche Arrangement wählt Scholl-Latour für die mediale Umsetzung der Geschichte von den Helden von Massada, "wo nach der Zerstörung des salomonischen Tempels durch den römischen Kaiser Titus die letzten Eiferer des jüdischen Widerstandes, die Zeloten, Zuflucht gesucht und ein letztes Bollwerk errichtet hatten" (S. 54). Auch hier weckt liturgischer Gesang, diesmal in Hebräisch, zusammen mit dem Blick auf die Ruinen die schmerzliche Erinnerung an eine friedliche Welt, die zerstört wurde. Und dabei mag sich zugleich eine böse Ahnung der eigenen Bedrohung regen.

Die Faszination der Beiträge von Scholl-Latour dürfte sich aus folgender Motivkonstellation speisen: Die Fernsehzuschauer/Leser blicken mit einem gewissen Schaudern auf die Bedrohung, die sie mit ihm heraufziehen sehen, wobei sie zugleich das Gefühl haben, als Eingeweihte des tieferen Einblicks in welthistorische Gesetzmäßigkeiten teilhaftig zu werden. Sie teilen quasi die Überlegenheit des Experten.

Wie sich Scholl-Latour zum großen Wissenden stilisiert, sei an folgender Geschichte verdeutlicht, die er gegen Ende des vierten Teils der Sendereihe in einem Zwischenkommentar aus dem Studio zum Besten gibt. Er berichtet von seinem ersten Besuch in den zentralasiatischen Gebieten der Sowjetunion im Jahr 1958. "Ich kam damals aus Algerien, wo der Kampf der Franzosen gegen die Algerier noch im Gange war, und machte Station in Moskau und suchte dort den deutschen Botschafter Kroll auf und fragte ihn, ob in dem muslimischen Teil der Sowjetunion nicht eines Tages ähnliche Ereignisse stattfinden können wie in Nordafrika. Und er sah mich nur fassungslos an und hat mich wohl für einen perfekten Dummkopf gehalten. Nun, wir sehen, daß die Dinge doch in Gang gekommen sind." Mit der befriedigten Feststellung am Schluß attestiert sich Scholl-Latour nicht nur Weitblick, sondern fast schon Sehergabe.

Die Funktion des herauspräparierten Weltbildes bedarf kaum noch der abschließenden Erläuterung: Die Umdeutung des Nord-Süd-Konflikts zum unvermeidlichen kulturellen Gegensatz erheischt die politische Zustimmung zur weiteren Aufrüstung des Westens. Vernichtungsschläge wie am Golf erscheinen legitim. Die Festung Europa wird psychologisch vorbereitet.

Cornelia Wilß

## **Die Diskussion über Rassismus in "linken" Medien.**

### **Konjunkturelle und kontinuierliche Rezeption. Ein Überblick**

Die Medien, die ich hier vorstellen will, fallen aus dem Untersuchungsbereich der anderen Beiträge dieses Bandes etwas heraus. Ich habe die folgenden als "links" einzustufenden Zeitschriften nicht danach untersucht, inwieweit sie sich in den Fallen des Anti-Rassismus verstricken - obgleich sie es gelegentlich auch tun. Mein Interesse galt vielmehr der Frage, wie das Thema Rassismus aufgegriffen und diskutiert wird. Dabei habe ich solche Medien herausgegriffen, die ich regelmäßig ungefähr seit 1985 in der Zeitschrift DIE BRÜCKE vorstelle und die in ihren jeweiligen Leserinnenkreisen "meinungsbildend" wirken oder die zumindest den Anspruch erheben, linke Meinungsmacher zu sein. Berücksichtigt habe ich vor allem Ausgaben, die 1991 und 1992 erschienen sind. Und dies nicht nur aus Bequemlichkeit: Denn verglichen mit nur vor fünf Jahren ist das Interesse an Ursachenforschung und Wirkungsweisen von Rassismus, aber auch die Auseinandersetzung mit antirassistischen Strategien und dem eigenen "linken Rassismus" deutlich gestiegen.

Ich habe folgende Sparten ausgewählt: überregional erscheinende Zeitschriften aus dem links-alternativen Spektrum, entwicklungspolitische Zeitschriften, "antirassistische" Zeitschriften und interkulturelle Blätter aus dem eher pädagogischen Bereich. Dabei erhebt diese Auswahl keines Falls den Anspruch auf Vollständigkeit: die Fülle des Materials - von Büchern über Broschüren und Eintagsfliegen oder kontinuierlich erscheinenden Zeitschriften wächst und wächst.

Der folgende Überblick ist also weniger gedacht als eine wissenschaftliche Untersuchung als vielmehr ein Streifzug durch den Dschungel linker Medien zum Thema "Rassismus".

1. **Überregional erscheinende Zeitschriften aus dem sogenannten linken Spektrum:**

"Kommune"  
"Widerspruch"

"Sozialismus"  
"Schwarzer Faden"

"Konkret"

**KOMMUNE**

Die Monatszeitschrift *Kommune* legt Wert auf ihren Forumscharakter für Politik, Ökonomie, Kultur. Sie wird überregional vertrieben und wirkt als grün-alternatives Blatt mit Hang zum Pragmatischen. Der Themenbereich Rassismus bzw. die Debatte um Gegenstrategien werden sporadisch aufgegriffen; seit Anfang 1991 läßt sich allerdings ein erhöhtes Interesse an den Themen feststellen. Vor allem die Kritik am "Multikulturalismus" bestimmt die Diskussion Anfang des vergangenen Jahres. Nachdem im ersten Heft 1992 eine Rezension "Multikulturalismus von Rechts" über das im rechten Arun-Verlag erschienenen Buches "Multikultopia" erschien, erhält in der Folge Nummer die linke Multikulturalismus-Kritik Darstellungsraum. Frank-Olaf Radtke wirft den Verfechterinnen der multikulturellen Gesellschaft vor, soziale Probleme zu "ethnisieren". Mit einer ironisch gestimmten Replik reagiert in der Folge Nummer Marcella Heine. Vehement setzt sie sich für das Recht auf ihre individuelle Kultur ein, die von den Erfahrungen einer in Deutschland lebenden Italienerin geprägt ist: "... daß ich nicht bereit und nicht in der Lage bin, meine ethnische und nationale Zugehörigkeit, die nun mal zu mir gehört, wie ein altes Kleid, abzulegen, um mich in eine "universale Weltbürgerin" Radtkescher Prägung (und deutscher Muttersprache) zu verpuppen". Also nicht "Hände weg vom multikulturellen und ethnischen Diskurs", wie es Radtke fordert, weil diese Diskussion vom Kampf für die soziale und rechtliche Gleichstellung ablenke, sondern hin zu "einer multikulturellen Gesellschaft, die die politische Emanzipation der Minderheiten voraussetzt und zugleich begünstigt".

Eine hitzige Debatte über "antideutschen Antirassismus" lieferten sich zu Beginn des Jahres 1992 die Wissenschaftlerin und Alt-68igerIn, wie sie selbst bemerkt, Monika von Freyhold, und der Publizist Bernd

Ulrich. Ausgehend von der These Ulrichs, daß von Freyhold "eine besonders differenzierte Form des antideutschen Antirassismus" betreibe, gerät die Debatte über die Frage, ob das Ausländerproblem nicht eher ein "Problem ausländerfeindlicher Inländer" sei, zur Farce. Die erbooste Michaela von Freyhold wirft ihrem Kritiker schließlich vor, ein "Fall von Neorassismus" im grünen Gewand zu sein: "Früher mußte man, um die Argumente von Neorassisten kennenzulernen, in den entsprechenden rechten Medien nachlesen. Heute liefert auch die alternative und liberale Presse deren Thesen frei Haus, nach dem Motto: Immer nur gegen Rassismus ist langweilig, ein bißchen Kontroverse macht die Sache pikanter, man muß über alles reden können, entschiedene Gegnerschaften sind altmodisch ..." Für den erwünschten unterhaltsamen Pluralismus im grün-alternativen Spektrum sorgt ein neuer Typus von jüngeren Intellektuellen, der mit dem Stil des alternativen Diskurses vertraut ist und nun mit Entrüstung und Wehleidigkeit fordert, man müsse sich deshalb mit seinen »prodeutschen prorassistischen Affekten« wohlwollend befassen." So weit zum Generationskonflikt zwischen '68ern und '78ern, wobei anzumerken bleibt, daß Herausgeber Joscha Schmierer alle Mühe hatte, den Streit beizulegen. Bis ins Juniheft konnte man das Hin- und Her nachlesen.

Die Fragestellung, wie sich institutioneller Rassismus mit den Mitteln der demokratischen "Zivilgesellschaft" bekämpfen läßt, rückt in den im letzten Halbjahr erschienenen Ausgaben in den Vordergrund. Der Herausgeber Joscha Schmierer in der Oktoberausgabe:

"Der Kern des 'Ausländerproblems' ist, daß der Staat einen beträchtlichen und überhaupt nicht wegdenkbaren Teil der Gesellschaft immer noch der vollen staatsbürgerlichen Rechte beraubt und infolgedessen schon lange nicht mehr Repräsentant der Gesellschaft ist, die ihn trägt. Wenn es um den Rechtsstatus dieser Bürgerinnen und Bürger einerseits und um Zuwanderungs- oder Asylfragen geht, tritt der Staat stets als Sachverwalter der Deutschen auf und stärkt damit Herrenvolktendenzen, die in Teilen der Gesellschaft grassieren. Da die Staatsbürgerschaft weiterhin über das Blut, statt über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auf dem Boden des Landes definiert wird,

wirkt der Staat als Trutzburg dieser gesellschaftszerstörenden Tendenzen. Über ihn werden alle gesellschaftlichen Probleme völkisch umcodiert."

Beim Thema "Zuwanderung" provoziert die Kommune die grüne Gemeinde. Nachdem die Bundesdelegiertenkonferenz gegen den von Bündnis 90/Grüne eingebrachten Entwurf für ein Einwanderungsgesetz abgestimmt haben, kritisiert Joscha Schmierer in der Juni-Ausgabe die grüne Basis als Erfüllungsgehilfen von Asylausheblern: Mit ihrer Entscheidung trügen die Grünen so selbst zur Demontage des Artikel 16 bei. In der Novemberausgabe trägt Cohn-Bendits Berater beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Thomas Schmid, ein Plädoyer gegen die Verwilderung des Westens vor, in dem er an den republikanischen Geist dieser Republik appelliert. Zwar geht der Frankfurter Publizist mit der herrschenden politischen Klasse hart ins Gericht, wenn es um die geplante Änderung des Asylgrundrechts geht. Wo es doch darum gehen müßte, "der populistischen Aushebelung des demokratischen Regelsystems" ohne Wenn und Aber entgegenzutreten. Tatsächlich aber gibt sie (die SPD), "um der Großen Koalition und um der Brüder und Schwestern Wolfgang Thieries wegen - der populistischen Erpressung nach und kleidet sie in ein nationalsoziales Begehren". So weit - so gut.

Dann aber widmet sich Thomas Schmid denjenigen, die den Artikel 16 des "antifaschistischen Stachels" wegen "unsäglich ideologisieren". Statt den Asylparagrafen solle man die Einwanderung in den Mittelpunkt stellen und den "leidenschaftlichen Kampf für die Neudefinition der deutschen wie europäischen Staatsbürgerschaft führen. Was ihn, Schmid, von den "unsäglichsten Antifaschisten" unterscheidet, ist, daß er diese Republik, die diesen "herzlich gleichgültig" sei, in der Substanz für reformierbar hält.

### *SOZIAUSMUS*

Auch die Zeitschrift Sozialismus versteht sich als Forum für die politisch-theoretische Debatte der Linken, erscheint im Hamburger VSA-Verlag und steht in gewisser Konkurrenz zur Kommune.

In dieser Zeitschrift spielt die Kritik an der aktuellen Asyldebatte und die "Renaissance der Nation" in den letzten Ausgaben eine wichtige Rolle. Sozialismusredakteur Joachim Bischoff versucht in der Oktoberausgabe, ideologiegeschichtliche Faktoren zur Bestimmung des Nationalen zu ergründen. Dabei macht er biologistische Deutungsmuster und Mythen aus, die sich in der Konstruktion vom gesellschaftlichen Organismus "Staat" oder "Volk" als Abstammungsgemeinschaft entladen. Was die Linke gegen die Rückkehr der Nation tun kann? Bischoff will die Verteidigung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher rechtsstaatlicher Strukturen verteidigt wissen. Zum anderen plädiert er dafür, den sozio-ökonomischen Unterbau der sich verschärfenden sozialen Ängste und Konflikte zu thematisieren. Schließlich geht es ihm um die Auseinandersetzung mit den nationalistischen Stimmungen und Gefühlen, sowie um die Absicht der politischen Rechten, mit diesen Stimmungen einen neuen Block sozialer Kräfte zu formieren.

Ein anderes Thema, das die Sozialismus-Redakteure Joachim Bischoff und Richard Detje umtreibt, ist die Frage nach Sinn und Unsinn der "Asyldebatte"; aber vor allem die Frage: Was treibt die SPD um? Weshalb ein "derart fulminanter Anpassungsprozeß an einen verlogenen rechten Diskurs"? Trauriges Resümee: die SPD taugt eher als "willfährige Erfüllungsgehilfin des Demokratieabbaus", nicht jedoch als Oppositionspartei.

Einen aktuellen Beitrag von Christoph Butterwegge "Rechtsruck in Deutschland - Eurorassismus im Binnenmarkt" leitet die Zeitschrift mit einem Appell ein, nicht das "Verschwinden der Utopien" nach 1989 zu beklagen, sondern danach zu fragen, weshalb sie im Westen verschwunden sind. Es wird höchste Zeit, eine Klärung herbeizuführen, wie den rechtspopulistischen Versprechungen, den rechtsradikalen Organisationen und dem sich metastasenhaft ausbreitenden Rassismus das Wasser abgegraben werden kann. Das wäre ein Beitrag zur Rekonstruktion der Linken.



Hier sei der Einschub erlaubt: Beide Zeitschriften sehen - wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - in der möglichen Strategiedebatte zur Überwindung der völkisch verankerten Nationalstaatsdoktrin einen Beitrag zur Zivilisierung der Gesellschaft und erhoffen sich davon darüber hinaus einen Beitrag zur Rekonstruktion der Linken. Diese Dimension erscheint mir neu - die Thematisierung völkischer Traditionen im deutschen Nationalstaat war in den achtziger Jahren eher ein Randthema, das der migrantenpolitischen Szene gerne überlassen wurde. Dazu ist die Zeitschrift VIA-Materialien des Dachverbands der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit, die Zeitung der IAF, des Verbandes bi-nationaler Familien und Partnerschaften, und verstärkt vor allem in der Mitte der achtziger DIE BRÜCKE zu zählen.

### **KONKRET**

Was ist rassistische Multikultur? Ein neues Wortgetüm oder einfach das richtige Wort für den inflationären Gebrauch des Wortes "multikulturell"? Ursula Kreft versuchte sich schon 1989 in der Juliausgabe von konkret in Szenenschelte:

"Die multikulturelle Utopie soll ein Mittel sein, den Rassismus zurückzudrängen. Tatsächlich ermuntert die Utopie offenbar viele Befürworter, auf die negativen Vorurteile der Rassisten mit positiven Vorurteilen zu reagieren. Rassistische Stereotypen (Türken stinken, Asylanten sind Schmarotzer) werden mit alternativen Stereotypen (Türken sind ordentliche Gewerkschafter, Asylanten sind unheimlich produktiv) beantwortet. Dazu paßt die Annahme, Rassisten müßten lediglich einige Ausländer kennenlernen, damit sie ihre Vorurteile auflösen. Die multikulturelle Gesellschaft ist für die meisten Befürworter ein harmonisches Ideal. Ausländer, die dem Klischee nicht entsprechen, können das Ideal stören. Auch ihre Zahl kann die multikulturelle Utopie gefährden."

Krefts Kritik zielt schlußfolgernd auf Cohn-Bendit, der das allgemeine Bleiberecht folgendermaßen als Phrasenklopferei bewertet: "Ich bin

gerade gegen solche allgemeinen Beschlüsse, weil ich meine, wir müssen uns im Einzelfall ansehen, welche Menschen herkommen."

Wolfgang Pohrt formuliert in Konkret 11/92 eine noch schärfere Absage an "Multikultur". "Multirassismus" überschreibt er sein in München gehaltenes Referat: "Die zentrale Lüge des Geredes von den verschiedenen Kulturen besteht also darin, daß es Einwanderer zu Angehörigen einer anderen Kultur erklärt, obgleich diese Einwanderer sich in allen Dingen von Belang überhaupt nicht von den Einheimischen unterscheiden müßten. Wenn sie es doch tun, liegt das nicht an ihrer Herkunft, sondern an den Bedingungen im Einwanderungsland". Kurzum lautet Pohrts provokante These: "Weil sie als Einwanderer nicht akzeptiert werden, sondern Ausländer bleiben sollen, müssen sie hier die Exoten spielen. ... Nur begreiflich, daß dann Einwanderer in der Bundesrepublik manchmal so türkisch werden, wie sie in der Türkei nie gewesen waren und die hochmoderne türkische Oberschicht überhaupt nicht gewesen ist. Denn in keinem der Herkunftsländer von Einwanderern dominiert noch unangefochten eine auf Tradition basierende geschlossene Lebensform mit festen Sitten, Bräuchen, Trachten, Festen, was schon daraus ersichtlich wird, daß diese Länder zu Auswanderungsländern geworden sind."

Man braucht nicht Cohn-Bendits pädagogisiertem Modell von der multikulturellen Gesellschaft zustimmen. Und natürlich lenkt das ständige Propagieren des multikulturellen Miteinanders von politischen und ökonomischen Problemen ab. Doch Pohrts Negation von kulturellen Unterschieden zugunsten des Anspruchs auf aufgeklärten Universalismus negiert, daß eingewanderten Minderheiten und Flüchtlingen kulturelle Rechte verweigert werden und die deutsche Kultur von Immigrantinnen als dominant empfunden wird. Aber dieses Thema ist nicht die Sache von Konkret.

### ***Widerspruch***

Im vergangenen Jahr sind zwei Hefte der in der Schweiz erscheinenden Zeitschrift *Widerspruch* erschienen, die auch ein Jahr später

nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Heft 21 der "Beiträge zur sozialistischen Politik" steht unter dem Thema "Neuer Rassismus". Etienne Balibar untersucht in seinem Beitrag Ursachen eines spezifischen "europäischen Rassismus", der über die Vielzahl "nationaler" Situationen hinweg nicht darüber hinwegzutäuschen mag, daß Diskriminierung der nicht-europäischen Staatsbürger notwendiger Bestandteil der europäischen Gemeinschaft ist.

Ausgehend von den "Come together"-Ideologie des Textilgiganten "United Colors of Benetton" entwickelt Wieland Elfferding eine Kritik der "agressiven Toleranz". Gemeint ist eine neue subtile Form des Rassismus im Prozeß einer Amerikanisierung der sozialen Verhältnisse in Europa, die den Schein des Rassen- und Klassenfriedens in den Köpfen zementiert.

Fallstricken antirassistischer Strategien, die sich hinter multikulturalistischen oder universalistischen Ethikmodellen verbergen, geht Jost Müller auf den Grund. Droht die Kulturrevolution von rechts? Hanspeter Siegfried untersucht das Modell "Ethnopluralismus", das die Neue Rechte unter dem Dogma der "Pflicht zur Differenz" zwischen den Ethnien propagiert.

Neben einer Fülle weiterer Beiträge, beispielsweise zur Frage des Machtverhältnisses zwischen eingewanderten und einheimischen Frauen (Annita Kalpaka) oder zur Verwurzelung der Neuen Rechten in der Schweiz soll hier der Beitrag von Guido Hischier erwähnt werden. Untersucht wird, inwieweit die Neue Weltordnung vom Standpunkt der Herrschenden aus einen Ausweg aus der Krise der alten kolonialen Weltordnung ist. Dieser Beitrag stützt sich auf Überlegungen zu einer "Theorie der hereinbrechenden Ränder". Gemeint ist, wie der Autor in Heft 22 der Zeitschrift zum Schwerpunktthema Neo-Kolonialismus vertiefend erklärt, daß ein Welt-Apartheids-Regime keine Chance hat. Bekanntlich existiere auch noch eine "Fünfte Kolonie", die von innen heraus, von der Basis kommt und "nur einem einzigen Prinzip gehorcht, nämlich der auf der unabdingbaren Würde des Menschen errichtete Autonomie".

SCHWARZER            FADEN:

*Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit*

Der Schwarze Faden versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung liberärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik und Kultur von unten befassen. Ich habe die Zeitschrift hier mitaufgenommen, weil sie im autonomen Spektrum eine herausragende Rolle spielt. In der Ausgabe 2/92 fragt sich die autonome LUPUS-Gruppe: Was hat das multi-kulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun? Es folgt eine Auseinandersetzung mit - wie könnte es auch anders sein - Cohn-Bendit und anderen "multi-kulturellen Ideologen" und deren Verhältnis zu Rassismus, das sich durch "Gleichgültigkeit gegenüber Armut und den Ursachen für Vertreibung und Verfolgung" auszeichne. Mehr noch. Den Kapitalismus bzw. den freien Markt macht das Autorenkollektiv als notwendiges "Regulativ" für das Funktionieren der multikulturellen Gesellschaft aus.

Aber wie sieht dagegen die autonome antirassistische Praxis aus? Klar ist: Die "Straßenarbeit vor Ort" gegen die Glatzen allein sei noch keine antirassistische Strategie: "Es geht darum, für Bedingungen (mit-) zukämpfen, daß Nicht-Deutsche hier leben können, wie sie wollen, arbeiten können, wann sie wollen, wohnen können, wo sie wollen. Alleine die Durchsetzung dieser Forderungen würde gegen alle Zwangsmaßnahmen des Ausländerinnengesetzes verstoßen, gegen alle Arbeitssondergesetze für Nicht-Deutsche." Das Credo heißt Selbstbestimmung von Migrantinnen und Flüchtlingen gegen jede Art rechtlicher und gesetzlicher Repression.

Die sich auch im autonomen Spektrum entwickelnde Debatte über Ursachen rassistischer Ideologien dreht sich im wesentlichen um die Frage:

"Gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen? Ist der "Rassismus" Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmu-

sik? Wollen die Leute "einfach nur ihren Rassismus ausleben? Oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests.

Wir denken, daß sich "rassistische" Denkweisen eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen lassen. ... Gerade weil sich da nicht nur "blanker Rassismus" ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant. Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des "blanken Rassismus" durch den "blanken Antirassismus" rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. ... Wenn wir solche Mobilisierungen wie den "Schönauer Mob" (bezieht sich auf den Angriff von Bürgern im Mannheimer Stadtteil Schönau [C.W.]) wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassismus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfes zu interpretieren ...

Je eher die Immigrantinnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen Immigrantinnen und "Einheimischen" gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende rassistische Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden."

(Auszug eines Beitrags zu Solidaritätsaktionen für das AsylbewerberInnenheim in Mannheim/Schönau aus dem Antifa-Spektrum)

Eine andere kritische Stellungnahme aus dem Antifa-Spektrum:

"Die Linksradiakalen haben hier aufgrund ihres Ghettodaseins lange Jahre eine Einflußnahme versäumt. Zulange lehnten sich viele mit der Landkommune, dem Unizirkel, der Hausbesetzung oder dem Brandanschlag (selbst-)zufrieden zurück. ... Hinzukam die Differenzierungslosigkeit vieler Antiimps (= Anti-Imperialisten, C.W.) und Autonomen, wenn sie von der "faschistischen Fratze der BRD" sprachen, anstatt die BRD-Demokratie zu analysieren.

Deutlich gewarnt wird davor, in Flüchtlingen revolutionäre Subjekte zu sehen, die als Avantgarde den antiimperialistischen Kampf führen

könnten - eine Position, die vor allem in Bündnisfragen artikuliert wird, wenn es darum geht, Vertreter zu finden, die für die EinwanderInnen und Flüchtlinge sprechen sollen.

## 2. **Klassische "Dritte Welt Zeitschriften":**

**Blätter des IZ3W    Forum des BUKO    ila-Nachrichten**

### *Blätter des IZ3W*

Die Blätter des IZ3W spielen in der entwicklungspolitischen Diskussion seit Ende der siebziger Jahre eine wichtige Informationsrolle. Sie bieten jährlich acht Themenhefte mit einem aktuellen Informations- und Berichtsteil (z.B. Länderberichte). Die Blätter werden vom Freiburger Informationszentrum Dritte Welt herausgegeben.

Im November 1990 stellte die IZ3W-Redaktion in einem redaktionellen Vorspann dezidiert ihr Interesse an Inlandsthemen wie Asyl- und Flüchtlingspolitik und Rassismus vor:

"In der vergangenen Dekade wurde ein Rassismus sichtbar, der scheinbar der Vergangenheit angehörte. Die Artikulation fremden- und ausländerfeindlicher Positionen hat als Gegenreaktion die Karriere einer antirassistischen Politik gefördert (Geißler, Cohn-Bendit), die auf ein multikulturelles Zusammenleben setzt. Auf ein von oben verordnetes Programm also, in dem die kulturelle Vielfalt betont wird, wodurch der Fremdenhaß sich in Nichts auflösen soll. Dieser Ansatz verkennt die tiefe Verwurzelung rassistischer Ideologien in unseren Köpfen. Eine genauere Analyse des Begriffs "Rassismus" und seiner Funktion in unserer Gesellschaft im historischen Kontext ist dringend geboten."

Auch hier wird die Schaffung von rechtlichen und politischen Grundlagen zur Gleichberechtigung von Immigrantinnen als Basis und Ansatzpunkt für eine antirassistische Politik in der BRD genannt.

Die Autoren dieses Heftes sind bekannt:

Zu nennen ist vor allem Jost Müllers Beitrag "Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus" (entnommen aus Diskus, Frankfurt 2/89) und Rudolf Leipreichts Beitrag zum alltäglichen Rassismus ausländerfreundlicher Menschen "Das Ausländerproblem in den Griff kriegen". Darüber hinaus wird die Begriffsverwendung "Rassismus" statt "Ausländerfeindlichkeit" thematisiert; auch wird der Rassismus gegen Sinti und Roma aufgegriffen - ein Thema, das in momentan in nahezu allen linken Medien gestreift wird.

Daß die rassistisch motivierten Angriffe auf Immigrantinnen und Flüchtlinge der Behandlung des Themenschwerpunkts Nationalismus in den Blättern eine neue Richtung geben, stellt die Redaktion zur Jahreswende 1991/1992 fest:

"Das prinzipielle (wenn auch in realiter klassengebundene) Recht an den Reichtümern in diesem "unseren" Land teilzuhaben, ist an die nationale Kategorie des Deutscheins gebunden. Das ist der rechtliche Normalzustand, eine allgemein akzeptierte Selbstverständlichkeit. Dieser Besitzchauvinismus gemixt mit ein paar zusätzlich geschürten Bedrohungsängsten von "Asylantenfluten" führt zum Pogrom."

Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas "Nationalismus": historische Zusammenhänge seiner Entstehung und theoretische Bestimmungen der Idee Nation, Nationalismus im Trikont, der Streit um "nationale Befreiung", liegen zwei Ausgaben der Blätter dazu vor.

In der Ausgabe Nr. 178 untersucht Reinhart Köbler in seinem Artikel "Einschluß und Abgrenzung" die historischen Bedingungen für die Nationenbildung in Europa. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß dafür immer ökonomische Gründe ausschlaggebend waren, und er entlarvt die Vorstellung von der Kulturnation als Mythos. Henning Melber erweitert diese These um den Aspekt des Rassismus, der als "ideologischer Kitt" bei der Durchsetzung des Nationalismus dient. Für ihn geht Nationenbildung immer einher mit Ausgrenzung, wobei dem Staat hierbei die Rolle der Vermittlungsinstanz zufällt. Detlev Claussen zeigt die Entwicklung vom Traditionellen Judenhaß zu mo-

dernem Antisemitismus auf, die auch in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Europa steht.

Das thematische Fortsetzungsheft widmet sich in der Ausgabe Nr. 183 vom August/September dem Thema Nationalismus und Nationalstaat in der Dritten Welt. Ich kann hier nicht auf die Theoriebeiträge eingehen, möchte aber erwähnen, daß das Thema "Linke und Nationalismus" oder "Gibt es einen "guten" bzw. "schlechten" Nationalismus?" in den Blättern und im Internationalismusspektrum sehr widersprüchlich diskutiert wird. Nationale BefreiungsanhängerInnen können schwerlich wie Jürgen Elsässer, konkret-Autor und Mitglied der Initiative "Nie wieder Deutschland", für einen "nationalen Nihilismus" eintreten.

Ergänzend über die Arbeit der Blätter muß angemerkt werden, daß in diesem Jahr auch zwei Hefte zum Thema Kolonialismus erschienen sind. Im Rahmen der Kampagne 1992 bringt die Redaktion eine Vielzahl von Beiträgen, die den Zusammenhang von kolonialen Strukturen und Rassismus als Legitimationsgrundlage für die Ausbeutung der "eroberten Länder" beleuchten.

### ***Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen***

Die Zeitschrift des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen habe ich vor allem im Zusammenhang mit dem neuen "Arbeitsschwerpunkt Rassismus" beim BUKO ausgewählt. Dieser Arbeitsschwerpunkt wurde im vergangenen Jahr gegründet, um die inhaltliche und strukturelle Verknüpfung der "3. Welt- und Internationalismusarbeit" mit der Arbeit gegen Rassismus und Eurozentrismus zu initiieren. Rassismus sollte nicht Randthema, sondern ein wesentliches Schwerpunktthema des Kampagnenschwerpunktes "500 Jahre Kolonialismus" werden. In dem Grundlagentext heißt es im weiteren, daß zusammen mit der Flüchtlings- und Anti-Rassismus-Bewegung versucht werden soll, die europäische Flüchtlingspolitik gegenüber den Menschen aus dem Trikont und die Kontinuitäten rassistischer Weltbilder sowie deren Funktion aufzugreifen. Rassismus wird im



weiteren als ideologisches Moment definiert, welches der herrschenden Flüchtlingspolitik ihre Legitimation verleiht und durch die Konstruktion von Rassen Menschen in eine hierarchische Ordnung preßt. Die Zielsetzung lautet: Internationalismusarbeit muß anti-rassistisch und antisexistisch, Asyl- und Flüchtlingsarbeit antiimperialistisch sein. Das bedeutet momentan, schreiben die Initiatorinnen, sich der bundesdeutschen und europäischen Asylrechtsverschärfung und den rassistischen Angriffen auf Migrantinnen und Flüchtlinge entgegenzustellen und sich für gleiche Rechte aller in der BRD lebenden Menschen einzusetzen.

Das Forum als Medium der Aktivitäten im BUKO greift die Rassismus-Debatte in mehreren Ausgaben auf. Erwähnen möchte ich vor allem das Novemberheft von 1990. Auf dem Titelblatt ist zu lesen: "Multikulturalismus - Multikulturalität - Multikulturell oder was? Im Heft selbst finden sich die schon erwähnten Thesen von Frank-Olaf Radtke über vier Formen der Ethnisierung der Gesellschaft und eine scharfe Kritik an Heiner Geißlers multikultureller Konzeption.

Im weiteren spielt die "antirassistische Selbstfindung" eine wichtige Rolle, zum Beispiel in dem im November 1991 abgedruckten Forumsgespräch "Diese Scheiß-Deutschen". Dabei plädieren die teilnehmenden Türkinnen im Gegensatz zu den Deutschen für eine positive Konnotation des Begriffs "Nationalismus".

Im Dezemberheft wird die Reflexion über linken Antirassismus fortgesetzt: Ute Osterkamp setzt sich provokativ und gründlich mit linker antirassistischer Identitätssuche auseinander und arbeitet die Gründe für den Erfolg des Modells von der multikulturellen Gesellschaft heraus. Schließlich sei auf das Interview mit dem schönen Titel "... und Dein Feindbild sind ausländische Männer" hingewiesen. Ein Beitrag über das sexuelle Interesse ausländischer Männer an deutschen Frauen, besser Frauen aus der Solidaritäts-Bewegung, das die ganze Palette der Klischees über den südländischen Macho präsentiert.

## *ILA*

Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika hat in diesem und im letzten Jahr inhaltlich wesentlich zum Kampagnenjahr 1992 anlässlich des Widerstands zu den 500 Jahr-Feierlichkeiten beigetragen. Im September 1991 hat die Redaktion ein umfangreiches Heft zum Thema "500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik" herausgebracht. An zahlreichen Beispielen weisen die vielen Autorinnen des Heftes wirtschaftliche Ausplünderung, sexistische Unterdrückung und Instrumentalisierung von Frauen und von Rassismus gegen die Menschen aus anderen Kontinenten auf. Kontinuitäten kolonialistischer und rassistischer Politik werden ebenso thematisiert wie der "Mythos der Zivilisation"; auch werden die Aufklärer des 18. Jahrhunderts nach rassistischen Argumentationen abgeklopft. Zitat aus Kants großer Völkerschau:

"In den heißen Ländern reift der Mensch in allen Stücken früher, erreicht aber nicht die Vollkommenheit der temperierten Zonen. Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Rasse der Weißen. Die gelben Inder haben schon ein geringes Talent. Die Neger sind weit tiefer, und am tiefsten steht ein Teil der amerikanischen Völkerschaften" (aus Kant's große Völkerschau).

Die Zeitschrift widmete die Maiausgabe 1992 vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zu 500 Jahren Kolonialismus und Widerstand dem häufig vernachlässigtes Thema: "Schwarze Kultur - Schwarzer Widerstand". Die Beiträge zum Schwerpunktthema sind vielfältig. Eine Auswahl: Afrika in Amerika - Sklavenhandel und Plantagensklaverei in der Neuen Welt; Geschichte und Gegenwart des Rassismus in Cuba; Creoles - Die vergessenen Schwarzen von Nicaragua und vieles mehr. Auch in der ILA wird über den Paternalismus in der Linken gestritten unter dem Thema: "Alle Weißen sind Rassisten!?" An dem Gespräch nahmen drei schwarze Deutsche, drei Einwandererinnen und Journalisten der Kölner Stadt-Revue teil. Ein anderer Beitrag "Immer nur die anderen?" beschäftigt sich mit Rassismus in der Linken und in der Frauenbewegung.

Einen ungewöhnlichen Blick auf scheinbar Bekanntes liefert die Aus-

gabe über Columbus anlässlich der 400-Jahr-Feierlichkeiten 1892 in der Rezeption zeitgenössischer deutscher Medien. Die hier zusammengetragenen Quellentexte aus zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften vermitteln ein bezeichnendes preußisch-imperialistisches Kolumbusbild. Ihre Berichte reichten von liberal und kritisch gegenüber den feudalkolonialen Exzessen bis zum ungenierten Jubeln der Taten des Helden, das tiefe Spuren im innerdeutschen Seelenleben hinterlassen hat. Manche Medien versuchten gar, den Genuessen als "rothaarig und sommersprossig" zu germanisieren.

Es gibt eine Reihe weiterer Zeitschriften, z. B. Dritte Welt, infoe-Magazin, ein Forum für ethno-ökologische Probleme, Entwicklungspolitische Korrespondenz, die Süd-Ost-West-Zeitschrift "Umbrüche", um nur einige zu nennen, die sich am Rande mit Ursachen und Wirkungen von Rassismus befassen. Auf sie alle kann hier nicht intensiv eingegangen werden, ebenso wenig auf länder- oder kontinenten-ausgerichtete Blätter. Abschließend hierzu soll noch die Zeitschrift des Türkei-Informationsbüro genannt werden. Deren Themenspektrum hat sich von der Exilberichterstattung über staatliche Repression in der Türkei, vor allem gegen die kurdische Minderheit, erweitert. Immer häufiger werden Rassismus und Vertreibungspolitik in Deutschland, staatlicher und alltäglicher Rassismus z.B. durch Ausländergesetze thematisiert.

### 3. **Antirassistische Zeitungen**

Schließlich möchte ich drei Zeitschriften vorstellen, die sich explizit als antirassistische Zeitschriften verstehen. DIE BRÜCKE, bei der ich seit zehn Jahren arbeite und die in Rezensionen als solche bezeichnet wird, habe ich hier nicht erwähnt.

#### ***Morgengrauen***

Morgengrauen ist eine relativ junge antirassistische Zeitung. Sie wurde im November 1991 nach Hoyerswerda unter der Federfüh-

rung der Vereinigten Sozialistischen Partei gegründet, wird aber von einem breiten Spektrum aus der sogenannten Antirassismus- und Flüchtlingsbewegung unterstützt. Morgengrauen erscheint im Zeitungsformat in großer Auflage. Die Zeitung bietet eine Mischung aus aktuellen Meldungen aus der antirassistischen Szene, von Berichten und Kommentaren zur aktuellen Asyl- und Ausländerpolitik und setzt sich bisweilen auch theoretisch mit Rassismus, Antisemitismus und Migration auseinander. Eine Auswahl der Themen der seit November 1991 erschienenen Hefte: das neue Asylverfahrensgesetz, Leben in Sammellagern, Gleichstellung der Juden im deutschen Reich - Parallelen zur heutigen "Ausländerpolitik", globale Armutswanderungen - mörderischer Weltmarkt, Roma-Widerstand in Köln, Ausländerpolitik in Deutschland. Dabei fällt auf, daß die Beiträge bereits in anderen Zeitschriften (z.B. DIE BRÜCKE oder ID Asyl - einer Zeitschrift zur Flüchtlingspolitik) diskutiert wurden, hier aber in leicht verständlicher Form dargeboten werden. Morgengrauen zielt auf antirassistische Praxis. Ein Zitat zum redaktionellen Selbstverständnis:

"Rassismus - das ist für uns nicht nur die auf ethnische Minderheiten gerichtete Gewalt von Skinheads und Neonazis. Diese wählen nur die brutalste Form. Die anhaltende Diskussion der Politikerinnen über die Verschärfung des Asylrechts, bei der Menschen nur als Problem gehandelt werden, verleiht der rassistischen Gewalt einen legitimen Charakter. Feinere und versteckte Formen von Rassismus entdecken wir überall, auch bei den "normalen Bürgerinnen", bis hinein in die Kreise derjenigen, die sich für die Rechte der hier lebenden Menschen einsetzen. Für uns sind Menschenrechte nicht teilbar. Antirassismus bedeutet auch, sich für eine Demokratisierung der Gesellschaft einzusetzen. Und sich aktiv einzusetzen für Gleichberechtigung aller Menschen bei gleichzeitiger Achtung des Rechtes auf Unterschiedlichkeit und kulturelle Vielfalt."

### *IDEEN*

So nennt sich eine relativ neue Vierteljahresschrift für antirassistische und antifaschistische Arbeit, die seit kurzem vom Lamuv-Verlag herausgegeben wird. Ihre Gründung geht zurück auf die Frankfurter Aktionskonferenz "Dem Haß keine Chance", die im November 1990 mit viel Streit auseinanderbrach. Von den Redakteurinnen weiß ich, daß die Zeitschrift vor allem in kirchlichen und Gewerkschaftskreisen gelesen wird bzw. an Mitglieder weitergegeben wird. Die Zeitschrift greift aktuelle Themenschwerpunkte heraus und setzt sich vor allem mit der Gefahr wachsenden Rechtsradikalismus auseinander. So bietet die Februarausgabe 1992 zum Thema Nationalismus und Rechtsextremismus in Europa Beiträge von Hajo Funke, Reinhard Kühnl, Christoph Butterwege. Ich denke, es ist nicht falsch, der Redaktion von IDEEN auch pragmatische Absichten zu unterstellen. Das heißt, zum einen, thematische Hintergrundbeiträge zu liefern, zum anderen aber, programmatische bis hin zu realpolitische Ansätze für die aktuelle Ausländer- und Flüchtlingspolitik zu veröffentlichen. Einen wichtigen Schwerpunkt bildet darüber hinaus die Rubrik Aktionen, Ideen, Projekte beispielsweise für die Sozialarbeit mit Jugendlichen und für die antirassistische Praxis.

### *ZAG*

Hinter dem Kürzel verbirgt sich ein Berliner "Zeitungsprojekt antirassistischer und antifaschistischer Gruppen", herausgegeben von der Antirassistischen Initiative e.V. und dem Antifa-Infoladen. Auch diese Zeitschrift ist neu und soll ab jetzt vierteljährlich erscheinen. Sie will vor allem antirassistischen und antifaschistischen Gruppen Raum bieten, ihre Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen, Termine etc. zu veröffentlichen. In der letzten mir vorliegenden Ausgabe wird deutlich, daß ZAG nun auch "theoretische" Beiträge aufgreift, z. B. einen Beitrag von Siegfried Jäger über Ausmaß und Ursachen von Rassismus in Deutschland. Zum anderen spielt auch hier, wie übrigens in den Blättern des IZ3W, dem Forum, ID Asyl, der BRÜCKE, den IDEEN und anderen die Auseinandersetzung mit dem spezi-

fischen alltäglichen und staatlichen Rassismus gegen Roma und Sinti eine wichtige Rolle.

Als Beispiel dafür, wie sich "etabliertere" Medien mit Aufklärungsanspruch dem Thema widmen, sei die Zeitschrift für Kulturaustausch genannt, die vom Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart herausgegeben wird. "Fremde in Deutschland" heißt der Schwerpunkt der Ausgabe 1/1991. "Fremde", denn wie heißt es im Vorwort nach altbekanntem Szenenspruch und Aufkleber "Wir sind Ausländer ... fast überall". Doch von dem so um Toleranz werbenden Spruch sei in Deutschland, dem Verkehrsknotenpunkt zwischen Nord und Süd, West und Ost wenig zu spüren, meint der Herausgeber. Aufgezählt werden eine Reihe von wohlbekanntem Gründen, die das Leben der "Ausländer" hier erschweren: Gastfreundschaft kann in Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit umschlagen; die Bedeutung der ausländischen Arbeitnehmer für die deutsche Wirtschaft wird verkannt; das Ausländerrecht erschwert die Möglichkeiten der Integration; Flüchtlingen und "Asylanten" weht ein kalter Wind entgegen; das Fremde wird von der deutschen Gesellschaft nicht als selbstverständlich angesehen; Reintegration ist schwierig usw. Doch - so wirbt der Autor für den "Kulturkontakt" - das "Fremde", das "Ausländische" kann auch als "bereichernd, befruchtend und positiv empfunden werden". Doch daß Immigrantinnen und ihre Kulturen hier immer noch als "Fremde" titliert werden, ist eher die Ausnahme. In gängigen Fachzeitschriften wie zum Beispiel dem in Frankfurt erscheinenden Informationsdienst zur Ausländerarbeit, herausgegeben vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, und den in vielen anderen pädagogischen Zeitschriften wie "Lernen in Deutschland" oder der kürzlich in "Interkulturell" umbenannten Zeitschrift "Ausländerkinder" wird die Akzeptanz der Einwanderung hervorgehoben.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Zeitschrift "gemeinsam". In ihrer 16. Ausgabe stellen Christian Petry, Arnold Klönne und Lutz Hoffmann Thesen zur Überwindung von Rassismus in der Bundesrepublik zur Debatte. Lutz Hoffmann und Arno Klönne verorten den Rassismus als Strukturprinzip in der bundesdeutschen Gesellschaft. Sie

fordern die Durchsetzung radikaler Gleichheit für alle Bürgerinnen dieses Staates, was bedeutet, das völkische Prinzip der ethnischen Homogenität abzuschaffen. Für den Ausbau individueller Handlungsmöglichkeiten und pädagogischer Praxisansätze interkultureller Begegnung argumentiert Christian Petry. Sein Plädoyer richtet sich gegen die der Pädagogik zugeschriebenen Hilflosigkeit bei der Überwindung von Rassismus. Anregungen für Projekte interkultureller Begegnung liefern Berichte aus der Praxis in der Zeitschrift, die sich vor allem an ein pädagogisch interessiertes Lesepublikum wendet.

Es gäbe hier nun die vielen interkulturell zusammengesetzten Jugend-"kultur"-Zeitschriften zu erwähnen, wie die in Frankfurt erscheinende "Storni your Brain" oder "Diyalog" oder die in Berlin verbreiteten Zeitschriften "Mosaik" und "Kauderanza". Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem festzuhalten, daß diese Zeitungsprojekte von jungen Leuten auch als ihre spezifische Widerstandsform gegen Rassismus begriffen werden.

Über ihr Motiv, ein Zeitungsprojekt zu starten schreiben die Redakteurinnen von "Diyalog":

"Wir haben uns zusammengefunden, weil wir uns durch die verstärkt aufgekommene Fremdenfeindlichkeit bedroht gefühlt haben und uns eine Opferrolle nicht zuschreiben lassen wollen. So entstand die Idee, eine Migrantinnen-Zeitschrift zu machen, mit dem Ziel, Erfahrungen untereinander auszutauschen und gemeinsam gegen die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland aktiv zu werden."

Mit diesem programmatischen Satz möchte ich den Streifzug durch die linke Medienlandschaft beenden, wohl wissend, daß ich hier nur kleine exemplarische Ausschnitte vorstellen konnte.

Christoph Butterwegge

## **Die Rolle der Massenmedien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus/Rassismus:**

### **Ansatzpunkte einer Gegenstrategie**

Um die extreme Rechte und den Rassismus wirksam bekämpfen zu können, muß man zunächst Klarheit über deren Entstehungsursachen, Erscheinungsformen und Funktionen gewinnen. Nur aus einer solchen Analyse, die hier nicht geleistet werden kann, deren Kenntnis aber vorausgesetzt wird<sup>1</sup>, ergibt sich die richtige Gegenstrategie.

Der Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung, sondern wurzelt im Machtzentrum der Gesellschaft, hat nicht nur mit individuellen Problemsituationen, Prädispositionen und psychischen Deformationen einzelner Personen, sondern auch mit den Herrschaftsverhältnissen zu tun. Er ist bloß zum geringsten Teil eine politische Restgröße, d.h. ein Überbleibsel aus dem sog. Dritten Reich bzw. der Versuch, dieses in modernisierter Form wiederzuerrichten (Neofaschismus/-nazismus). Vielmehr handelt es sich in erster Linie um ein Produkt des "Zeitgeistes", um das Resultat aktueller Entwicklungsprozesse (einer Atomisierung, Individualisierung und Entsolidarisierung) der Gesellschaft. Die extreme Rechte hält einer mit Gewalt durchgesetzten Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft im Umbruch - wengleich verzerrt, durch Traditionslinien und internationale Kräfteverhältnisse vielfältig gebrochen - gewissermaßen den Spiegel vor.

Eine Gesellschaft, die immer mehr Gruppen (z.B. Ausländer/innen, Homosexuelle, Aidskranke, Behinderte, alleinerziehende Mütter, Arbeitslose, Jugendliche ohne Lehrstelle und Berufsausbildung, Alte, Ob-

**1** Vgl. hierzu neben zahlreichen anderen Publikationen: Christoph Butterwegge/Horst Isola (Hg.) 1991; Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hg.) 1993



dachlose, Straffentlassene, Drogenabhängige) an den Rand drängt und ausgrenzt, darf sich nicht wundern, wenn ein wachsender Teil ihrer Mitglieder - meistens nach rechts - radikalisiert wird. Zwar erscheint uns die moderne Industriegesellschaft im Vergleich mit ihren Vorgängerinnen nicht gewalttätiger. Was sie jedoch von diesen unterscheidet, ist ihr zivilisationstheoretisch begründeter Anspruch einer friedlichen Lösung sozialer Konflikte, verbunden mit einer "Glaubwürdigkeitslücke", also einer signifikanten Kluft zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Brutalität jugendlicher bzw. Kinderbanden, einzelner Subkulturen (Skinheads, Hooligans) und neonazistischer Gruppen wuchs in dem selben Maße, wie das Gewaltpotential in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, die Ellenbogenmentalität im Berufsleben und die Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr zunahm.

Gleichzeitig hat sich der Rechtsextremismus so ausdifferenziert, daß der traditionelle Antifaschismus - auch durch eigenes Versagen in den Ländern des "realen Sozialismus", wo er zur Staatsdoktrin avancierte - überholt erscheint, zumindest aber stark überfordert ist und durch neue Kampfmittel und andere Methoden ergänzt werden muß. Desintegration ("Nazis raus!"), Maßnahmen der Repression ("Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!") und die Projektion der Vergangenheit in die Zukunft ("Auf dem Weg ins Vierte Reich") sind denkbar ungeeignet, Rechtsextremismus als Gefahr sowohl für den inneren Frieden wie für die Demokratie kenntlich zu machen und zurückzudrängen.

### **Medienöffentlichkeit, Massenbewußtsein und Alltagsrassismus**

Rassismus ist ein staatliches Macht- und gesamtgesellschaftliches Gewaltverhältnis (institutioneller bzw. struktureller Rassismus: Asylrecht und Ausländergesetze), aber auch eine Ideologie, die Rangunterschiede zwischen Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (intellektueller Rassismus) sowie Denken und Handeln von Millionen Menschen beeinflußt (Alltagsrassismus). Die meisten Betroffenen sind gleichwohl weder Rassisten noch Rechtsex-

tremisten, aber "in rassistische Diskurse verstrickt" (S. Jäger 1992) und sich dieser Tatsache nicht bewußt.

Sozialdarwinistische und rassistische Denkmuster entstehen nicht von selbst, sondern werden schon in frühester Kindheit eingeübt. Die (neu-)rechte Publizistik, aber auch öffentliche Massenmedien, transportieren sie in die Köpfe der Bürger/innen hinein - häufig ohne sich dessen bewußt zu sein.<sup>2</sup> (Ethnische) Minderheiten werden mit Hilfe der Medien als solche identifiziert und kriminalisiert.<sup>3</sup>

Die Massenmedien fungieren gewissermaßen als Vermittlungsglieder zwischen den einzelnen Wirkungsfeldern des Rassismus. Während die Informationen über Fluchtursachen und deren Hintergründe (von der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und den Ausbeutungspraktiken kapitalistischer Großkonzerne über den Öko-Kolonialismus bis zu den Waffenexporten "unserer" Rüstungsindustrie) mehr als defizitär zu nennen sind, behandeln Reportagen aus der sog. Dritten Welt nur Naturkatastrophen, Kriege bzw. Bürgerkriege, Militärputsche und Palastrevolutionen, wodurch sich das Vorurteil verstärkt, daß Afrikaner und Asiaten zwar Nutznießer der westlichen Zivilisation und moderner Technologie, aber zu demokratischer Selbstverwaltung unfähig seien.

In der Wohlstands-, Wegwerf- und Walkmangesellschaft des modernen Kapitalismus zerfallen soziale Beziehungen/Milieus, die Menschen (unterschiedlicher Herkunft, aber auch Hautfarbe) bisher miteinander verbanden, so daß sich multimediale Kommunikationsmängel besonders gravierend auswirken. Bilder werden - genauso wie Wörter und Sätze - zu gefährlichen Waffen, auch wenn sie keine blutenden Wunden hervorrufen. "Die kommunikative Gewalt muß gerade heute, in einer Zeit, in der Gruppen 'Ausländerschweine raus' schreien, bevor sie Asylbewerberheime anzünden, mindestens so ernst genommen werden wie personale, strukturelle und kulturelle Gewalt, zumal eine Interdependenz zwischen diesen besteht."<sup>4</sup>

2 Vgl. Margret Jäger/Siegfried Jäger 1988, S. 259

3 Vgl. dazu: Franz Hamburger (Hg.) 1988

4 Christa Jenal 1993, S. 167

Ohne die alarmistische Berichterstattung der Massenmedien über "Scheinasylanten", "Asylantenfluten" und Ausländerkriminalität wären Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, also Pogrome mit einem applaudierenden Publikum, gar nicht möglich gewesen. Im deutschen Mediendiskurs dominierten aber seit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung solche Kollektivsymbole wie "brechende Dämme" und das "volle Boot" Bundesrepublik, die nicht nur in der *rechtsextremen* Publizistik mit (neo)rassistischen Grundpositionen verknüpft wurden.<sup>5</sup>

Es bedarf gar nicht einer tendenziösen Überschrift wie "Türken überfielen Tankstelle", um Ausländer zu stigmatisieren und den Rassismus zu stimulieren. Schon eine - scheinbar objektive - Statistik zur Ausländerkriminalität, die nicht kommentiert wird, verbreitet die rassistische Botschaft, Menschen anderer Herkunft seien aufgrund ihrer biologischen oder kulturellen Disposition für Straftaten anfälliger. Journalisten, die das geistige Klima mit Horrorberichten über vagabundierende Sinti und Roma ("Zigeuner"), kurdische Dealer ("islamische Drogen-Mafia") und polnische Schlepperbanden, Schmuggler oder Schwarzarbeiter vergiften, sind Wegbereiter der rechtsextremistischen Gewalttäter.

Aufklärung deutscher Rezipienten über die schwierige Lage von Migranten würde das Verständnis füreinander und das friedliche Zusammenleben erleichtern. Statt - häufig mit einem Anflug von Sensationier - über Probleme zu berichten, die Flüchtlinge machen, könnte etwa das Fernsehen mehr und genauer über Probleme berichten, die sie haben (Fluchttraumata, Angst vor Abschiebung und Anschlügen).

In der Medienberichterstattung über rassistische Gewalttaten wurde entweder durch Ausblendung des organisierten Rechtsextremismus der Eindruck erweckt, als habe sich der "Volkszorn" eher naturwüchsig entladen<sup>6</sup>, oder durch die Konzentration auf - meist jugendliche -

5 Vgl. dazu: Ute Gerhard 1992, S. 171; DISS 1992

6 Vgl. Martin Dietzsch 1992, S. 52

Neonazis so getan, als ob diese außerhalb eines politischen und gesellschaftlichen Bedingungszusammenhanges stünden, der sie zu ihren Aktionen ermutigt. Nur selten gerieten dagegen "Krawatten-Skinheads" (Bernhard Sander) aus der Grauzone zwischen etabliertem Nationalkonservatismus und Neofaschismus in das Blickfeld der Öffentlichkeit, die an den Schalthebeln der Macht von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Publizistik sitzen.<sup>7</sup>

Für Übergriffe auf Flüchtling(swohnheim)e und die Eskalation der Gewalt wurde nicht etwa die demagogische Asyldebatte, sondern der angeblich massenhafte Mißbrauch dieses Grundrechts verantwortlich gemacht.<sup>8</sup> Ohne die monatelange Medienkampagne zur Änderung des Grundgesetzes hätte der Pogromherbst 1992 aber vermutlich nicht stattgefunden. Vielmehr bereitete die systematische publizistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge den Nährboden für Hetzpropaganda neonazistischer Organisationen ("Ausländer raus!" - "Deutschland den Deutschen!") und rassistische Übergriffe.

Deutschland unterscheidet sich von vergleichbaren Staaten in Europa durch seine obrigkeitsstaatlichen Traditionen und die Skrupellosigkeit seiner Eliten, die nicht davor zurückschrecken, den Rechtsextremismus/Rassismus für ihre Zwecke einzuspannen. Kennzeichnend für diese Tendenz zur bewußten Instrumentalisierung des (Neo-) Faschismus war die wesentlich mit Hilfe der Massenmedien inszenierte Asyldebatte. Wann immer man seit der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR die Zeitung aufschlug, Radio hörte oder das Fernsehgerät einschaltete, wurde man unweigerlich mit dem "Asyl- und Ausländerproblem" konfrontiert. Tendenziös war allein schon die gezielte Überdimensionierung bzw. Dramatisierung des Themas, die ich an einem Zahlenbeispiel verdeutlichen möchte: Für die Unterbringung/Verpflegung von Flüchtlingen gab die Bundesrepublik 1991 ca. 5,5 Mrd. DM aus - eine auf den ersten Blick horrende Summe, die sich aber stark relativiert, wenn man bedenkt, daß die deutsche Pharmaindustrie im Vergleichsjahr 1991 ziemlich genau denselben

7 Vgl. dazu: Raimund Hethy/Peter Kratz (Hg.) 1991

8 Vgl. Joachim Pfennig 1992, S. 19 f.

Betrag ausgab, um die Ärzte (fast hätte ich geschrieben: zu schmieren) über ihre Produkte zu informieren.

Die Asyldebatte war ein gigantisches Ablenkungsmanöver und eine politische Generalprobe: Sie vernebelte die sozialen Probleme im vereinten Deutschland und deren wirkliche Verursacher, bereitete das Volk aber auch auf die Einschränkung anderer demokratischer und sozialer Grundrechte vor: Kaum hatte die SPD ihre Bereitschaft signalisiert, Leistungskürzungen für Asylbewerber mitzutragen, gab die Bundesregierung ihre Absicht bekannt, die Sozialhilfe generell "einzufrieren" bzw. im Rahmen des "Solidarpakts" sogar um drei Prozent zu kürzen.

Die Opfer rechtsextremer Gewalt finden - übrigens nicht nur in der *Regenbogenpresse* - sehr viel weniger Aufmerksamkeit als die Täter. Neben der (Re-)Privatisierung sozialer Risiken, Deregulierung und Rationalisierung im Gefolge des Regierungswechsels Schmidt/Kohl 1982 hat die Privatisierung audiovisueller Medien zum Rechtsruck und zur Privatisierung der Gewalt von rechts beigetragen. Zu befürchten ist, daß rechtslastige Jugenddeliquen auf die Blutorgien des Reality-TV mit steigender Gewaltbereitschaft reagieren. Daher kann man die Verantwortung der Medienmacher für die Bestätigung, Bestärkung oder Bekämpfung rassistischer Ressentiments im Massenbewußtsein gar nicht genug hervorheben. Georg Hansen befürchtet, daß die Massenmedien im europäischen Einigungsprozeß jene Rolle der geistigen Formierung einer neuen Nation und der Ausgrenzung aller "Gemeinschaftsfremden" spielen werden, die der Schule im Rahmen der Reichsgründung 1870/71 zufiel.<sup>9</sup>

#### **Vom "kolonialen Blick" über die Selbsterforschung zur kollektiven Gegenwehr**

Der Rassismus ist nicht nur ein integraler Bestandteil unserer Kultur und westlicher Tradition, sondern auch die politisch-ideologische

Einstiegsdroge für Mitglieder, Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien, man könnte auch sagen: der geistige Kitt, der so unterschiedliche Personen wie Skinheads, organisierte Neonazis, national-konservative Wissenschaftler, Stammtischbrüder und "Protestwähler" (der REPublikaner, DVU oder NPD) miteinander verbindet.

Ein Stück davon steckt als Erbe des europäischen Kolonialismus und Resultat eines Systems der rassistischen Sozialisation vermutlich in jedem Deutschen. Henning Melber spricht von einem "kolonialen Blick", und man braucht nur Kinder-, Jugend- und Schulbücher oder Comics daraufhin anzuschauen, um zu sehen, wie und warum dieser weiterhin existiert.<sup>10</sup> Nicht zuletzt deshalb fällt es so schwer, nicht (mehr) rassistisch zu sein.<sup>11</sup>

Der "Rassismus in uns", d.h. die Tatsache, daß wir Grundlagen dieser Ideologie gewissermaßen mit der Muttermilch aufsaugen, darf nicht als billige Ausrede für Untätigkeit bei seiner Bekämpfung dienen, denn Rassismus ist mehr als die Verinnerlichung solcher Vorurteile in der Kindheit und wirkt nur, weil er funktional im Hinblick auf die Ausgrenzung anderer (Gruppen von) Menschen ist.<sup>12</sup> Der antirassistische Kampf beginnt daher mit einer kritischen Selbstreflexion: Warum habe ich mehr Angst, spätabends zusammen mit Schwarzen als gemeinsam mit Weißen an einer Bushaltestelle zu warten? Wieso starre ich "fremdländisch" aussehende Passanten an oder schaue demonstrativ weg? Weshalb frage ich ausländische Kolleg(inn)en oder Kommiliton(inn)en sofort, wann sie wieder zurückkehren, statt ihr Hiersein als völlig normal zu empfinden? Ertappe ich mich manchmal dabei, das Schimpfwort "Asylanten" zu gebrauchen, obwohl ich durchaus weiß, was solche Begriffe in den Köpfen anrichten?

Bezeichne ich Einwanderer aus Armutsregionen als "Wirtschaftsflüchtlinge", statt Boris Becker und Michael Stich, die ihren Wohnsitz aus steuerlichen Gründen nach Monaco verlegt haben, so zu nennen?

10 Siehe Henning Melber 1992; Jörg Becker 1977; Norbert Bernhard 1986

11 Vgl. Annita Kalpaka/Nora Räthzel (Hg.) 1990

12 Vgl. Sigrid Harnisch/Petra Wagner 1992, S. 19

Vorurteile sollten hinterfragt und rassistische Äußerungen so weit wie möglich vermieden werden. Hierbei können die Erfahrungen und Erkenntnisse der interkulturellen Pädagogik wertvolle Dienste leisten<sup>13</sup>, Begegnungen mit "Fremden" und Auslandskontakte hilfreich sein.

Die "Solidität des Denkens" und die "Sensibilität der Sprache" müssen durch eine "Solidarität des Handelns" ergänzt werden. In diesem Sinne ist unser aller Zivilcourage gefordert: kein Heldenmut gegenüber einer Gruppe von mit Baseballschlägern ausgerüsteten Skinheads, sondern die Bereitschaft zum Widerspruch im Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft und der Öffentlichkeit. Werden Türkenwitze in meiner Gegenwart erzählt, muß ich mich protestierend zu Wort melden. Wird ein Ausländer (z.B. am Bankschalter, beim Sozialamt oder im Kaufhaus) schlechter behandelt/bedient als sein deutscher Mitbürger, so ist dies ein Grund zum Eingreifen. Ein massenhaftes "Coming-out" der vielen überzeugten Antirassisten in unserem Land würde verhindern, daß Menschen mit rechtsextremen Einstellungen glauben, ihrerseits die Volksmeinung zu vertreten.

Der nächste Schritt betrifft die Artikulation und die öffentliche Demonstration einer antirassistischen Position - ganz egal, ob es sich um die Beteiligung an Lichterketten, Mahnwachen oder Info-Ständen handelt. Flüchtlingsinitiativen, Solidaritätsbekundungen (Leserbriefe, Unterschriftenlisten) und Stadtteilgruppen mit einem Telefonnetz zum Schutz von Ausländerwohnheimen schlagen den Bogen zu denjenigen, die gegenwärtig durch neofaschistische Banden am meisten bedroht sind. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl anderer Projekte, die sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus/Rassismus bewährt haben und als Vorbild dienen können.<sup>14</sup>

**13 Vgl. dazu: Lida van den Broek 1988; Manfred Hohmann/Hans H. Reich (Hg.) 1989; Ursula Schneider-Wohlfart u.a. 1990**

**14 Vgl. Ralf Erik Posselt/Klaus Schumacher 1991; Christiane Rajewsky/Adelheid Schmitz 1992**

### **Die Demokratie der Bundesrepublik braucht Bewegung**

Zwar gab es schon nach den Brandanschlägen in Hoyerswerda, Hünxe und Rostock-Lichtenhagen spontan organisierte Mahnwachen und Telefonketten zum Schutz der Unterkünfte von Asylsuchenden, die Vorstellung einer breiten Bürgerrechts- und Solidaritätsbewegung nahm jedoch erst nach den Morden von Mölln sichtbar Gestalt an. Lichterketten mit mehreren hunderttausend Teilnehmern haben zum Jahreswechsel 1992/93 ein Zeichen gesetzt, reichen aber nicht aus, um den Rechtsextremismus und Rassismus einzudämmen. Gegenwehr und Widerstand müssen vielmehr verstärkt werden, wobei - wie im Falle der Bewegung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles - ein (antirassistischer) Minimalkonsens zwischen den beteiligten Bürgerinitiativen und Organisationen ausreicht, um breite Aktionsbündnisse zu schließen.<sup>15</sup>

Der Rechtsextremismus in den 90er Jahren mag auch ein "Rückschlag des politischen Pendels", d.h. eine Reaktion auf die Erfolge der außerparlamentarischen Protestbewegungen in den frühen 80er Jahren - besonders die Frauenemanzipation - sein. Bürgerinitiativen und Bewegungen (Frieden, Frauen, Ökologie) haben damals Demokratie als Möglichkeit, Politik "in der ersten Person" mitzugestalten und gemeinsam stark zu sein, konkret erfahrbar gemacht. Nach der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR hat die politische Klasse den Solidaritätsbegriff für sich reklamiert und (als finanzielle Bringschuld der West- gegenüber den Ostdeutschen) nationalistisch uminterpretiert.<sup>16</sup>

15 Vgl. Barbara Steffens 1992, S. 246

16 Vgl. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, z.B.: **Solidarisches Handeln zur Verbesserung der Lage in den neuen Bundesländern. Erklärung des Bundeskanzlers auf der Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften in Bonn**, in: **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.)**, Bulletin 13/1991, S. 81 ff.; **Innerdeutsche Solidarität vor der Bewährung. Rede des Bundeskanzlers auf der Hannover-Messe**, in: Bulletin 36/1991, S. 261 ff.; **Aktive Solidarität aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung. Erklärung des Bundeskanzlers zum 1. Mai 1992**, in: Bulletin 46/1992, S. 419



Ganz ähnlich verlief die Debatte über eine Autobahn-Vignette. Die Einführung dieser (gegenüber einer Erhöhung der Mineralölsteuer) unökologischen und unsozialen Maßnahme begründete Verkehrsminister Krause nationalistisch: Ausländische Fahrer sollen nicht bevorzugt werden, sondern dafür bezahlen, daß sie "deutsche Straßen" be- und abnutzen. Dieser Prozeß einer semantischen Enteignung, verbunden mit der Substitution sozialer Politik durch Rhetorik nationaler Identität muß rückgängig gemacht, "Solidarität" rekonstruiert werden, will man die Ideologie der (Volks-)Gemeinschaft, die durch Ausgrenzung aller "Undeutschen", ethnischer Minderheiten, sozialer Randgruppen und Behinderter gekennzeichnet ist, zurückdrängen. Gefordert sind vor allem die Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte, damit die sich in einer Zeit knapper Ressourcen weiter verschärfenden Verteilungskämpfe nicht länger zwischen Armen und noch Ärmeren (Asyldebatte!), sondern wieder zwischen Armen und Reichen stattfinden. Nur so lassen sich gegenüber den staatlichen Stellen Forderungen durchsetzen, die allen Betroffenen ein friedliches Zusammenleben ermöglichen und Zukunftsperspektiven bieten.

Zwischen Gewalt und Gewalt besteht ein gewaltiger Unterschied; sie ist gleichwohl keine wirksame Waffe im Kampf gegen die Neonazis. Rechtsextremismus und "autonomer" Antifaschismus schaukeln sich vielmehr gegenseitig hoch; letzterer sorgt durch seine Militanz für Medienresonanz und eine größere Akzeptanz des ersteren, wie beispielsweise im Falle der REPublikaner, die ihren spektakulären Wahlerfolg zum Westberliner Abgeordnetenhaus 1989 nicht zuletzt linksradikalen Gegendemonstranten zu verdanken hatten.<sup>17</sup>

### **Ein neues Dreiklassenwahlrecht oder Rechtsgleichheit für Deutsche und Ausländer?**

Sowenig der Rechtsextremismus monokausal zu erklären ist, sowenig läßt er sich eindimensional bekämpfen. Dazu bedarf es einer sehr viel komplexeren Gegenstrategie, die auf mehreren Ebenen ansetzt und

17 Vgl. Barbara Blattert/Thomas Ohlemacher 1991, S. 63 ff.

deren Bestandteile gut aufeinander abgestimmt sein müssen. Patentrezepte zur Bekämpfung der rechtsextremen Gefahr gibt es nicht<sup>18</sup>, aber eine Vielzahl von Ansätzen, die sich wechselseitig ergänzen und miteinander kombinieren lassen. Das Spektrum der Handlungsfelder reicht von der Sozialpädagogik (Jugendarbeit) über die Kultur (Rockkonzerte gegen rechts) und Publizistik (Rolle der Berichterstattung über rassistische Gewalt in den Massenmedien) bis zu den verschiedenen Politikbereichen (Soziales, Bildung, Kultur, Innere Sicherheit: Polizei, Verfassungsschutz, Justiz). Die Außenpolitik ist genauso gefordert wie die Kommunalpolitik, von der gleichfalls wesentliche Impulse zur Völkerverständigung (Städtepartnerschaften) ausgehen können.<sup>19</sup> Auch für das Problem des zunehmenden Rassismus gilt: Global denken, lokal handeln!

Gegenmaßnahmen betreffen unterschiedliche Zielgruppen: Zuerst genannt seien die (potentiellen) Opfer rechtsextremer Gewalt, also Flüchtlinge und Arbeitsmigranten. Ausländer/innen dürfen weder diskriminiert noch stigmatisiert, ihr Rechtsstatus muß demjenigen deutscher Staatsbürger angeglichen werden, damit man sie leichter vor den Gewalttätern, die in aller Regel Wehrlose, auf jeden Fall aber Schwächere angreifen, schützen kann.

Ausländerfeindlichkeit bekämpft man nicht, indem man die Ausländer bekämpft und das Asylrecht noch mehr einschränkt, sowenig man die Arbeitslosigkeit bekämpft, indem man Arbeitslose bekämpft und ihre Leistungsansprüche kürzt. Ganz im Gegenteil: Rassistische Vorurteile verfestigen sich um so mehr, je weniger ihnen die staatliche Politik widersteht. Wenn eine restriktive Ausländer- und Asylgesetzgebung das Zusammenleben verschiedener "Ethnien" bzw. "Kulturen" erleichtern würde, hätte das sog. Dritte Reich in dieser Beziehung ein Musterland und spätestens nach Entrechtung der Juden durch die Nürnberger Gesetze von jeglichem Antisemitismus frei sein müssen.

**18 Beckmesserische Kritik ohne konstruktive Alternativen übt jedoch Wolfgang Kowalsky 1992. Vgl. auch: Linke Strategien gegen rechte Gefahren. Streitgespräch zwischen Wolfgang Kowalsky (IG Metall) und Alex Demirovic (Institut für Sozialforschung), in: DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE 2/1993, S. 162 ff.**

**19 Vgl. Barbara Steffens 1992, S. 242 f.**

Zwar gilt der Fötus einer hirntoten Frau nach herrschender Lehre als Rechtssubjekt, "Ausländer", die hier geboren, aufgewachsen und verwurzelt, also eigentlich "Inländer ohne deutschen Paß" sind, unterstehen jedoch einem Sonderrecht, das sie daran hindert, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen. Bisher durften in der Bundesrepublik geborene, aufgewachsene und lebende "Ausländer" beispielsweise nicht wählen. Im Rahmen der westeuropäischen Integration wird zumindest den EG-Ausländern ab 1995 (neben dem Europa-) das kommunale Wahlrecht eingeräumt, wodurch ein Dreiklassenwahlrecht entsteht: Deutsche sind durchgängig, EG-Bürger auf der untersten und höchsten Vertretungsstufe, Ausländer anderer Herkunft wiederum gar nicht wahlberechtigt.

Natürlich würde der Rassismus durch ein Wahlrecht ohne ethnische Differenzierungen nicht quasi über Nacht verschwinden, sondern für eine Übergangszeit möglicherweise sogar noch zunehmen. "Doch trägt die Gewährung des Stimm- und Wahlrechts unabhängig von Hautfarbe, Herkunftsland und -kultur dazu bei, die Auswirkungen des Rassismus, vor allem des institutionellen Rassismus, zu verringern."<sup>20</sup>

Der demagogischen und verlogenen Asyldiskussion, die von den eigentlichen sozialen Problemen im Land und deren Verursachern genauso ablenkt wie von den Fluchtursachen, der neokolonialen Ausbeutung und der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, muß eine Konzeption geregelter Einwanderung und Einbürgerung die Spitze abbrechen.

Statt dessen diskutiert die deutsche Linke seit geraumer Zeit darüber, ob die "multikulturelle Gesellschaft" oder die Demokratie bzw. die republikanische Staatsidee die geeignete Antwort auf den zunehmenden Rassismus darstellt.<sup>21</sup> Meiner Ansicht nach handelt es sich hierbei um eine Scheinalternative. Eine "offene Republik", wie sie etwa Dieter

**20** Christian J. Jäggi 1992, S. 169

**21** Vgl. dazu: Axel Schulte 1990, S. 3 ff.; Christoph Butterwegge 1992, S. 161 ff.; Stefan Gaitanides 1993

Oberndörfer vorschwebt<sup>22</sup>, kann keine offenen Grenzen haben und muß Rücksicht auf die verschiedenen Kulturen, Religionsgemeinschaften und Volksgruppen nehmen, wenn ihre Existenz auf Dauer gesichert werden soll. Eine "multikulturelle Gesellschaft", die nicht auf einem Bekenntnis zur demokratischen Republik und gleichen Rechten für alle Bürger/innen beruht, wäre kein Entwicklungsmodell für ein gedeihliches Miteinander, sondern eine irreführende Bezeichnung für das Neben- oder Gegeneinander verschiedener Ethnien. Daher sprechen Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid von der "multikulturellen Demokratie", die deshalb ein Wagnis ist, weil sie sowohl Chancen wie auch Risiken für die Einwanderungsgesellschaft in sich birgt.<sup>23</sup>

Die politischen Alternativen zum Rechtsextremismus und Rassismus heißen: Rückbesinnung auf wirklichen Republikanismus und Multi- bzw. Interkulturalismus. Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit für in- und ausländische Bürger bilden nämlich die Grundlage einer multikulturellen Gesellschaft, hier verstanden nicht als soziale Zustandsbeschreibung, sondern als politische Zielvorstellung. Anzuknüpfen wäre an die Traditionen der Französischen Revolution mit ihrem Katalog universeller Menschenrechte und republikanischer Prinzipien: "Die Einführung eines europäischen Niederlassungs- bzw. Bürgerrechts würde erst möglich machen, was im Programm der auf Gleichheitspostulaten basierenden bürgerlichen Demokratie angekündigt ist."<sup>24</sup>

Längst überfällig sind die "Entnationalisierung" einer bisher an das "deutsche Blut" gekoppelten Staatsbürgerschaft, Erleichterung der Einbürgerung und Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften.<sup>25</sup> Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 mit seinem völkisch-nationalistischen Grundverständnis darf nicht länger die Richtschnur für Behörden der Bundesrepublik sein. Einwanderungs- und

22 Siehe Dieter Oberndörfer 1991

23 Vgl. Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid 1992, S. 13

24 Frank-Olaf Radtke 1988, S. 125

25 Zur konkreten Ausgestaltung solcher Regelungen vgl. Lutz Hoffmann 1992

Niederlassungsregelungen würden zu einer Politisierung der "Ausländerfrage" beitragen, die eigentlich ein Inländerproblem ist.

Die Debatte über Einwanderung wird zukünftig verstärkt unter dem Gesichtspunkt der Vereinigung Europas geführt werden. Dabei steht die Alternative zur Diskussion, ob (West-)Europa zu einer Art "Wohlfahrtsfestung" oder zu einer "offenen Vielvölkerrepublik" wird. Diese Alternative betrifft nicht nur Arbeitsmigranten und Flüchtlinge, sondern bildet eine Schlüsselfrage für jede/n von uns und die weitere Entwicklung unseres Kontinents.

Trotz geringer und widersprüchlicher Erfahrungen<sup>26</sup>, etwa in Frankreich, Großbritannien oder den USA, könnte ein europäisches Antidiskriminierungsgesetz helfen, halbwegs gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen für Migrant(inn)en zu schaffen. Eine positive Diskriminierung bzw. "Privilegierung" der Einwanderer gegenüber Einheimischen würde jedoch das Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden soll. Statt Quotenregelungen für benachteiligte Minoritäten zu treffen, sollte man deren Bildungsniveau durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen anheben und die berufliche Weiterbildung ausbauen. Nur wenn sie durch Leistung überzeugen, können solche Bevölkerungsgruppen in der Konkurrenzgesellschaft bestehen, ohne Neidgefühle zu wecken und Vorurteilen neue Nahrung zu geben.

#### **Aufklärung und/oder Auflösung rechtsextremer Organisationen?**

Das Problem des Rechtsextremismus/Rassismus ist viel zu ernst, um es dem Staat und seinen Behörden zu überlassen; diese dürfen aber nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern müssen in den Kampf dagegen - wo immer möglich - einbezogen werden. Sympathisanten des Rechtsextremismus sind autoritätsgläubig und daher in der Regel "von oben" leichter beeinflussbar als "von unten". Neofaschistische Gewalttäter/Rechtsterroristen sollten viel konsequenter als

**26** Vgl. dazu: Jacqueline Costa-Lascoux 1991, S. 283 ff.

bisher verfolgt und hart bestraft werden.<sup>27</sup> Zu denken gibt allerdings, daß ausgerechnet diejenigen nach schärferen Gesetzesbestimmungen (Erweiterung des Landfriedensbruch-Tatbestandes, Lockerung des Datenschutzes usw.) rufen, die bestehende Strafgesetze (etwa die Paragraphen gegen Volksverhetzung, Aufhetzung zum Rassenhaß und die Benutzung nationalsozialistischer Symbole) im Kampf gegen den Rechtsextremismus bisher nicht oder nur sehr zögerlich angewendet haben. Angesichts der bestehenden Macht- und Mehrheitsverhältnisse kann die Forderung nach schärferen Strafgesetzen leicht zum Alibi für eine Demontage von Bürgerrechten werden. Demokratische Grundrechte einzuschränken würde die Gesellschaft jedoch einem Polizeistaat näherbringen, wie ihn sich die Rechtsextremisten wünschen.

Das administrative Vorgehen gegen Neonazis und ein Verbot ihrer Organisationen können weder die argumentative Auseinandersetzung mit ihnen ersetzen noch die Ursachen für den Rechtsextremismus beseitigen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß politische Märtyrer geschaffen werden, was im Hinblick auf jugendliche Sympathisanten kein Beitrag zur Bekämpfung, sondern zur Aufwertung/Stärkung des Rechtsextremismus wäre. "Alle Gegenwehr muß aber darauf achten, daß sie den noch kleinen Kreis der Unbelehrbaren isoliert und ihnen nicht Zweifelnde, Gefährdete, sympathisierende in die Arme treibt."<sup>28</sup> Daher muß die Auflösung neofaschistischer Gruppierungen wie der "Nationalistischen Front", der "Deutschen Alternative" und der "Nationalen Offensive" mit weiteren Schritten, aber auch mit einer systematischen Aufklärung über ihre den republikanisch-demokratischen Grundwerten widersprechenden Zielvorstellungen verbunden werden, soll sie nicht zum Feigenblatt gegenüber dem Ausland verkommen. Die "Protestwähler" rechtsextremer Parteien dürfen nicht ausgegrenzt, sondern können zurückgewonnen werden, indem man ihnen eine Plattform für Gesellschaftsprotest bietet.

27 Vgl. zu einigen skandalösen Fällen aus der Behörden- und Gerichtspraxis: Heribert Prantl 1993, S. 152 ff.

28 Manfred Linz 1990, S. 205

Falsch wäre es, Toleranz gegenüber dem organisierten Neofaschismus für ein Gütesiegel der Demokratie zu halten; Parteienverbote sind damit durchaus vereinbar. Sowenig der illegale Drogenhandel durch die Gewerbefreiheit gedeckt ist, sowenig lassen sich faschistische Agitation und Propaganda mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit rechtfertigen. Solche Organisationen, die den Nationalsozialismus nachahmen, bewußt verharmlosen bzw. verherrlichen oder ihre Ziele mittels der Androhung/Anwendung von Gewalt durchzusetzen suchen, sind also zu verbieten.

Akzeptierende Jugendarbeit mit Skinheads, die bisher noch in den Kinderschuhen steckt<sup>29</sup>, gleicht einem pädagogischen Balanceakt, weil sie Gefahr läuft, entweder durch Kritik das nötige Vertrauen ihrer Klientel zu verspielen oder deren Orientierungsmuster durch den Verzicht auf politische Auseinandersetzung zu verfestigen. Es kommt nämlich darauf an, die Mitglieder einer Gruppe als Personen, nicht aber deren politische Positionen zu tolerieren.

**Der Rechtsextremismus verschwindet nur, wenn die Gesellschaft grundlegend verändert wird**

Wenn Rechtsextremismus und Jugendgewalt - wie oben dargestellt - keine Randerscheinungen sind, sondern ein Resultat der modernen Leistungsgesellschaft, muß man diese grundlegend verändern, um jene besiegen und beseitigen zu können. Mit Personalverstärkungen bei der Polizei und ein paar D-Mark mehr für Sozialarbeiter/innen ist es nicht getan. Dringend bedarf es demokratischer und sozialer Reformen, einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einer Linderung der Angst vor Erwerbslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg durch eine allgemeine Grundsicherung, einer Vermehrung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

**29** Vgl. dazu: Franz Josef Krafeld (Hg.) 1992; Albert Scherr (Hg.) 1992; Rudolf Leiprecht (Hg.) 1992

Dem in Europa grassierenden Rassismus ist nicht mit moralischem Rigorismus beizukommen. Kein Mensch wird allein dadurch zum Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft, daß man ihm in den leuchtendsten Farben die Vorteile der kulturellen Vielfalt schildert. Artikel, die Deutschland eine kulinarische Verödung prophezeien, wenn die Restaurants mit ausländischer Küche wieder verschwänden<sup>30</sup> gehen - unabhängig von den vermutlich vorwiegend traditionellen Eßgewohnheiten der Rassisten - am Kern der Sache vorbei.

Auch der Bau preiswerter Mietwohnungen oder die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze in Krisenregionen beseitigen - so dringlich sie sein mögen - keineswegs die Ursachen für den Rassismus und Rechtsextremismus. Längerfristig angelegte Strategien kommen nicht ohne konkrete Utopien einer friedlichen Welt ohne Waffen und Naturzerstörung aus. Dabei geht es um den Abbau verbreiteter Vorurteile durch befriedigende Gegenerfahrungen im Umgang mit "Fremden", aber auch um die Wiedergewinnung der eigenen Handlungsautonomie, die durch fortschreitende Rationalisierung, Automatisierung und Anonymisierung in der Fabrik oder im Büro (Computer), im Alltag ("neue Unübersichtlichkeit" bezüglich der Stromrechnung genauso wie im Hinblick auf das Bankkonto) oder in der Freizeit (total durchorganisierte Pauschalreisen) verloren zu gehen droht.

#### **Der Utilitarismus als hilfloser Antirassismus**

Eine Strategie, mit der Ausländerfeindlichkeit entgegengewirkt werden soll, besteht darin, die Notwendigkeit der Einwanderung mit der rückläufigen Geburtenrate, der ungünstigen Altersstruktur und fehlenden Arbeitskräften in Bereichen zu begründen, wo Deutsche nicht gern tätig werden. Dem Schreckensbild des untergehenden (mit ausländischen Flüchtlingen überfüllten) Bootes läßt sich jedoch nicht mit der Fiktion eines "leeren Luxusliners", d.h. einer fast völlig verwaisten, nur noch von immer weniger Deutschen bewohnten Bundesrepublik entgegenwirken.

30 Vgl. Fritz Brehm 1984 S. 203 ff.



Dieser "Antirassismus" sucht Ressentiments gegenüber Zuwanderern dadurch abzubauen, daß deren Notwendigkeit und/oder Nützlichkeit (für das Funktionieren der Aufnahmegesellschaft) mit Blick auf die negative Bevölkerungsentwicklung und die tendenziell schwindende Konkurrenzfähigkeit "unserer" Volkswirtschaft nachgewiesen werden. Solche Positionen, die in der Politik, in der (west)deutschen Wirtschaft, in der Publizistik und in der Wissenschaft vertreten werden<sup>31</sup>, machen mit dem Argument, daß "uns die Ausländer mehr nützen, als sie uns kosten", jedoch eine Milchmädchenrechnung auf: Wer rassistisch eingestellt ist, fragt nämlich nicht nach dem gesamtwirtschaftlichen Interesse an der Ausländerbeschäftigung, sondern verhält sich irrational und handelt impulsiv. "'Kosten-Nutzen-Rechnungen' und 'Überzeugungsargumente' werden kaum einen Rassisten von seinen Vorurteilen abbringen."<sup>32</sup> Genausowenig stört ihn, daß Ausländerfeindlichkeit und Rassismus den sozialen Frieden bedrohen<sup>33</sup>, ganz im Gegenteil! Er will ja gerade Aufmerksamkeit erregen und für Unruhe sorgen, um sich mit seinen Überzeugungen durchzusetzen.

Zuwanderer, die in der Vergangenheit häufig genug als industrielle Reservearmee, demographische Manövriermasse und Konjunkturpuffer erhalten mußten, werden als Lückenbüßer und als Lebenselixier für "ein vergreisendes und sterbendes Volk" betrachtet, das die Folgen des "Pillenkicks" ausgleichen soll.<sup>34</sup> Im Appell an den nationalen und persönlichen Egoismus ("Ausländer sichern unser Sozialsystem") manifestiert sich ein gesellschaftspolitischer Utilitarismus, der jederzeit zur Grundlage rechtsextremer Politik umfunktioniert werden kann. Propagiert werden müßte aber gerade eine Denkweise, die Menschen nicht danach beurteilt, was sie volkswirtschaftlich leisten.

Genausowenig, wie Rassismus auf der Ausplünderung durch Zuwanderer beruht, ist Antirassismus ein Rechenexempel. Ignoriert wird dabei, daß eine Gesellschaft, die sich den Wanderungsbewegungen

**31** Vgl. z.B. Roland Tichy 1990; Günter Buttler 1992

**32** Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen 1992, S. 122

**33** Vgl. Hakki Keskin 1990, S. 91 ff.

**34** Siehe Heiner Geißler 1991, S. 13

nicht anpassen, sondern nur von ihnen profitieren will, das eigentliche Problem und der Nährboden für Rassismus ist.<sup>35</sup> Die Entscheidung für oder gegen Rassismus beruht nicht auf einem Kosten-Nutzen-Kalkül, sonst wäre sie je nach demographischer Entwicklung oder Konjunkturlage auszurichten. Wer Einwanderer nur eigener Vorteile wegen akzeptiert, negiert ihr Aufenthaltsrecht, sobald sich der Wind dreht und Nachteile drohen, etwa wenn eine Wirtschaftskrise heraufzieht. Ihre Verwertbarkeit darf deshalb kein Argument für den Aufenthalt von Ausländern sein.

Den Bürger(inne)n, die Angst vor Fremden haben, weil sie um ihren - oftmals bescheidenen - Lebensstandard fürchten, muß gleichwohl vermittelt werden, daß es ihren eigenen Interessen durchaus nicht widerspricht, wenn der Verfassungsgrundsatz, wonach alle Menschen gleich sind, realisiert wird. Statt monatelang über wachsende "Flüchtlingsströme" zu lamentieren, könnte man die für den Staat viel teurere Kapitalflucht (aus Anlaß der Zinsabschlagssteuer, die seit dem 1. Januar 1993 erhoben wird) öffentlich thematisieren.

Fremdenfeindlichkeit ist nicht zuletzt Resultat der Entfremdung, die Einheimische fälschlicherweise Ausländern zuschreiben, aber gesellschaftlichen Entwicklungs-, Krisen- und Umbruchprozessen sowie der Unfähigkeit des bürgerlich-demokratischen Staates zur Problemlösung geschuldet ist. Um das Übel an der Wurzel zu packen, muß die Politik humane Arbeits- und Lebensbedingungen in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung schaffen. Dafür ist die Wiederherstellung sozialer Handlungskompetenz der Individuen, die lernen müssen, ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und sie auch gegen bestehende Machtverhältnisse durchzusetzen<sup>36</sup>, eine Grundvoraussetzung.

Der Versuch, rassistische Vorurteile zu widerlegen, muß mißlingen, wenn Menschen nur noch in solchen Kategorien denken. Sie sollten demokratische Gegenerfahrungen machen und durch Erfolgserleb-

35 Vgl. Rudolf Leiprecht 1991, S. 45

36 Vgl. Nora Rätznel 1991, S. 45

nisse zur Bewältigung sozialer Problemlagen ermutigt werden. Vorhandene Mitbestimmungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz, im Betrieb und am Wohnort sind auszuweiten. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg wären Runde Tische, Volksbegehren und -entscheid unter dem Motto: Mehr **direkte** Demokratie wagen!

Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen sind Gift für den Rechtsradikalismus, plebiszitäre Partizipationsformen nicht nur eine Möglichkeit, mehr Bürger/innen für Politik zu interessieren, sondern auch eine Waffe im Kampf gegen den Neofaschismus. Für immer überwinden läßt sich der Rassismus/Nationalismus aber wahrscheinlich nur in einer ganz neuen Weltordnung, die nicht mehr auf wirtschaftlicher Ausbeutung, zerstörerischer Konkurrenz und der Unterdrückung von sozialen Emanzipationsbestrebungen basiert.

## Literatur

- Becker, Jörg: Alltäglicher Rassismus. Afro-amerikanische Rassenkonflikte im Kinder- und Jugendbuch der Bundesrepublik, Frankfurt am Main/New York 1977
- Bernhard, Norbert: Tarzan und die Herrenrasse. Rassismus in der Literatur, Basel 1986
- Barbara Blattert/Thomas Ohlemacher: Zum Verhältnis von Republikanern und antifaschistischen Gruppen in West-Berlin. Dynamik, wechselseitige Wahrnehmungen und Medienresonanz, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/1991
- Fritz Brehm: Keine Spaghetti Carbonara? - Eine Aktion, in: Rolf Meinhardt (Hg.), Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden. Beiträge gegen die Ausländerfeindlichkeit, Reinbek bei Hamburg 1984
- Christoph Butterwegge: Renaissance des Rassismus - Multikulturalismus als Gegenmodell? in: Peter Krahulec/Horst Kreth (Hrsg.), Deutscher Alltag als Risiko: Bilanzen - Lernorte - Mittäterschaften, Münster/Hamburg 1992

- Butterwegge, Christoph/Isola, Horst (Hg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?, 3. Aufl. Bremen/Berlin 1991
- ders./Jäger, Siegfried (Hg.): Rassismus in Europa, 2. Aufl. Köln 1993
- Günter Buttler: Der gefährdete Wohlstand. Deutschlands Wirtschaft braucht die Einwanderer, Frankfurt am Main 1992
- Daniel Cohn-Bendit/ Thomas Schmid: Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1992
- Jacqueline Costa-Lascoux: Gesetze gegen Rassismus, in: Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991
- Dietzsch, Martin: Rechte Träume vom Terror, in: DISS 1993, S. 51-54
- DISS: Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, 2. Aufl. Duisburg 1993
- Klaus Farin/ Eberhard Seidel-Pielen: Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland, Berlin 1992
- Stefan Gaitanides: Die "multikulturelle Gesellschaft" - Realität, Utopie und/oder Ideologie?, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hg.), Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik, Köln 1993
- Heiner Geißler: Deutschland - ein Einwanderungsland?, in: Wahid Wahdatehagh/S. Shahram Iranbomy (Hg.): Einwanderbares Deutschland oder: Vertreibung aus dem Wohlstands-Paradies?, Frankfurt am Main 1991
- Gerhard, Ute: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu "Asylantenfluten" werden. Zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: Siegfried Jäger/Franz Januschek (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991, Oldenburg 1992, S. 161-178 (=Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46)
- Hamburger, Franz (Hg.): Kriminalisierung von Minderheiten in den Medien. Fallstudien zum "Zigeuner"-Bild der Tagespresse, Mainz 1988
- Hansen, Georg: Die exekutierte Einheit. Vom Deutschen Reich zur Nation Europa, Frankfurt am Main/New York 1991
- Sigrid Harnisch/Petra Wagner: "Ausländer bleiben - Nazis vertreiben"? - Überlegungen zum hilflosen Antirassismus, in: Forum Wissenschaft 3/1992, S. 17-21

- Hethey, Raimund/Kratz, Peter (Hg.): In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991
- Lutz Hoffmann: Die unvollendete Republik. Einwanderungsland oder deutscher Nationalstaat, 2. Aufl. Köln 1992
- Manfred Hohmann/Hans H. Reich (Hg.): Ein Europa für Mehrheiten und Minderheiten. Diskussion um interkulturelle Erziehung, Münster/New York 1989
- Siegfried Jäger: BrandSätze. Rassismus im Alltag, 1. u. 2., durchgesehene Aufl. Duisburg 1992.
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried: Die alte Schande im neuen Gewande. Perspektiven und Chancen der Neuen Rechten, in: Siegfried Jäger (Hg.), Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin/Bonn 1988
- Christian J. Jäggi: Rassismus. Ein globales Problem, Zürich/Köln 1992
- Jenal, Christa: Zwischen Ungeschicklichkeit und Skandal. Die Gewaltsprache in Politik und Medien, in: Johan Galtung u.a. (Hg.), Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik. Friedenswissenschaftliche Stichwörter zur Zeitdiagnose, Münster 1993
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, 2. Aufl. Leer 1990
- Hakki Keskin: Ausländerfeindlichkeit und Rassismus - eine Bedrohung für den sozialen Frieden, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hg.), Verdeckte Gewalt. Plädoyers für eine "Innere Abrüstung", Frankfurt am Main 1990
- Wolfgang Kowalsky Rechtsaußen ...und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt am Main/Berlin 1992
- Franz Josef Krafeld (Hg.): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen, Bremen 1992
- Rudolf Leiprecht: Rassismus und Ethnozentrismus bei Jugendlichen. Zu den unterschiedlichen Formen dieser ausgrenzenden und diskriminierenden Orientierungen und Praxen und zur Notwendigkeit einer mehrdimensionalen antirassistischen Praxis, Duisburg 1991 (DISS-Text 19)
- Rudolf Leiprecht (Hg.): Unter Anderen. Rassismus und Jugendarbeit. Zur Entwicklung angemessener Begriffe und Ansätze für eine verändernde Praxis (nicht nur) in der Arbeit mit Jugendlichen, Duisburg 1992

- Manfred Linz: Was tun gegen den Rechtsextremismus? - Strategien und wen sie erreichen, in: Kurt Bodewig u.a. (Hg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, 2. Aufl. Essen 1990
- Melber, Henning: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick, Frankfurt am Main 1992
- Dieter Oberndörfer: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg/Basel/Wien 1991
- Pfennig, Joachim: Aus Opfern werden Täter. Verschärfung der Asyl- und Ausländerpolitik, in: DISS 1993, S. 19-23
- Ralf-Erik Posselt/Klaus Schumacher: Dem Haß keine Chance! - Projekthandbuch "Rechtsextremismus". Handlungsorientierte Gegenstrategien und offensive, ausländerfreundliche Auseinandersetzungsformen mit rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen in der Jugendszene. Eine Sammlung von Ideen, Aktionen, Projekten, Argumenten und Beispielen aus der (offenen) Jugendarbeit, 3. Aufl. Schwerte 1991
- Heribert Prantl: Staatsgewalten auf Tauchstation. Polizei, Justiz und die rechte Gewalt, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 2/1993
- Frank-Olaf Radtke: Institutionalisierte Diskriminierung - zur Verstaatlichung der Fremdenfeindlichkeit, in: Rainer Bauböck u.a. (Hg.): ...und raus bist du! - Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien 1988
- Nora Rätzkel: Formen von Rassismus in der Bundesrepublik, in: Margret Jäger/Siegfried Jäger (Hg.): Aus der Mitte der Gesellschaft (I). Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa, Duisburg 1991 (DISS-Text 20)
- Christiane Rajewsky/Adelheid Schmitz: Wegzeichen. Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, Tübingen 1992
- Albert Scherr (Hg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, Bielefeld 1992
- Ursula Schneider-Wohlfahrt u.a. (Hg.): Fremdheit überwinden. Theorie und Praxis des interkulturellen Lernens in der Erwachsenenbildung, Opladen 1990
- Axel Schulte: Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT 23-24/1990

- Barbara Steffens: Was ist machbar gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus? - Eingriffsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, in: Roland Appel/Claudia Roth (Hg.): Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln 1992
- Roland Tichy: Ausländer rein! - Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, 2. Aufl. München/Zürich 1990
- Lida von den Broek: Am Ende der Weißheit. Vorurteile überwinden, Berlin (West) 1988

**Die Autor(inn)en**

**Prof. Dr. Georg Auernheimer**, Hochschullehrer für Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg

**Dr. Hauke Brunkhorst**, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt

**Dr. Christoph Butterwegge**, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

**Prof. Dr. Teun A. van Dijk**, Hochschullehrer für Diskurstheorie und Diskursanalyse an der Universität Amsterdam

**Brigitta Huhnke**, Journalistin (Hamburg)

**Margret Jäger**, Diplomökonomin und Sprachwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

**Prof. Dr. Siegfried Jäger**, Hochschullehrer für Sprachwissenschaft an der Universität GH Duisburg und Leiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

**Prof. Dr. Jürgen Link**, Hochschullehrer für Literaturwissenschaft und Diskursanalyse an der Universität Bochum

**Bernd Michael Matouschek, M.A.**, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien

**Dr. Georg Ruhrmann**, Privatdozent für Sozial- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Bochum

**Cornelia Wilß**, Journalistin, Frankfurt

**Prof. Dr. Ruth Wodak**, Hochschullehrerin für Sprachwissenschaft an der Universität Wien





Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat sich zum Ziel gesetzt, fortschrittliche Bildungs- und Forschungsarbeit zu gesellschaftlich wichtigen Problemen durchzuführen, die in der offiziellen und institutionalisierten Forschungs- und Bildungslandschaft vernachlässigt werden oder gar nicht vorkommen. Solche Arbeiten beziehen sich auf den Zusammenhang von Sprache, sozialer Lage und Bewußtsein der Bevölkerung.

Der Name des Instituts ist Programm, auch wenn die Verbindung von Sprach- und Sozialforschung auf den ersten Blick als ungewöhnlich erscheinen mag. Doch sie hat sich bisher in wissenschaftlicher und in politischer Hinsicht als fruchtbar erwiesen: Sprachwissenschaftliche Forschung, die Sprache als gesellschaftlichen Gegenstand versteht, bedarf immer gesellschaftstheoretischer Einbettung. Andererseits erfährt die sozialwissenschaftliche Arbeit durch die systematische Beachtung sprachlicher und kommunikativer Prozesse vielfach neue Dimensionen. Diese Aspekte miteinander zu verbinden, ist Sinn und Zweck der Arbeit des Instituts.

Durch Publikationen, Seminare, Vorträge und Erarbeitung von Bildungsmaterialien werden die Resultate unserer Forschung öffentlich gemacht. Bisherige Arbeitsschwerpunkte sind:

- Erforschung von Rechtsextremismus und Rassismus in der BRD
- Diskurswerkstatt: Analysen verschiedener Diskursebenen (Medien, Erziehung, Alltag); Weiterentwicklung diskurstheoretischer Ansätze
- Entwicklung von selbstorganisierter Lehrerfortbildung
- Aufarbeitung relevanter gesellschaftlicher Themen für Schule und Erwachsenenbildung
- Integration allgemeiner und beruflicher Bildung in berufsbildenden und Kolleg-Schulen (wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuchs des Landes NRW)
- Einrichtung eines Archivs zum Rechtsextremismus

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind in Vorbereitung bzw. können in das Institut eingebracht werden.

Wir laden dazu ein, sich an der Arbeit des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung zu beteiligen. Dies kann geschehen durch Mitgliedschaft, Mitarbeit in den Forschungs- und Arbeitsgruppen usw. Weitere Informationen können über folgende Adresse bezogen werden:

**Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V.**  
**Realschulstr. 51 - 47051 Duisburg**  
**Telefon: 02 03 - 20 24 9 - Telefax: 0203 - 28 78 81**

Spätestens seit den Überfällen auf Flüchtlingsunterkünfte im Herbst 1991 wird darüber diskutiert, daß die Medien bei der Erzeugung und Verfestigung rassistischer Haltungen eine wichtige Rolle spielen.

Im Nachhinein kann festgestellt werden, daß der Mainstream der Medien durch systematisches Verschweigen erhebliche Möglichkeiten verschenkt hat, der Verbreitung der rassistischen Stimmung wirkungsvoll entgegenzuarbeiten.

Die hier veröffentlichten Beiträge kritisieren die Medien aber nicht nur, sie diskutieren auch mögliche Gegenmaßnahmen und strategische Ansatzpunkte politischer (und privater) Gegenwehr.

#### **DIE VIERTE GEWALT. Rassismus und die Medien.**

Mit Beiträgen von: Hauke Brunkhorst, Jürgen Link, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Teun A. van Dijk, Bernd Matouschek, Ruth Wodak, Georg Ruhrmann, Brigitta Huhnke, Georg Auernheimer, Cornelia Wilß, Christoph Butterwegge

Spätestens seit den Überfällen auf Flüchtlingsunterkünfte im Herbst 1991 wird darüber diskutiert, daß die Medien bei der Erzeugung und Verfestigung rassistischer Haltungen eine wichtige Rolle spielen.

Im Nachhinein kann festgestellt werden, daß der Mainstream der Medien durch systematisches Verschweigen erhebliche Möglichkeiten verschenkt hat, der Verbreitung der rassistischen Stimmung wirkungsvoll entgegenzuarbeiten.

Die hier veröffentlichten Beiträge kritisieren die Medien aber nicht nur, sie diskutieren auch mögliche Gegenmaßnahmen und strategische Ansatzpunkte politischer (und privater) Gegenwehr.

#### **DIE VIERTE GEWALT. Rassismus und die Medien.**

Mit Beiträgen von: Hauke Brunkhorst, Jürgen Link, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Teun A. van Dijk, Bernd Matouschek, Ruth Wodak, Georg Ruhrmann, Brigitta Huhnke, Georg Auernheimer, Cornelia Wilß, Christoph Butterwegge